

Christian Christen

Italiens Modernisierung von Rechts
Berlusconi, Bossi, Fini oder
die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates

Schriften 10

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Christian Christen

Italiens Modernisierung von Rechts

**Berlusconi, Bossi, Fini oder
die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates**

Mit einem Vorwort von **Prof. Dr. Herbert Schui**,
Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Christen, Christian:

Italiens Modernisierung von Rechts; Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates /
Christian Christen. – Berlin: Dietz, 2001
(Schriften / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 10)

ISBN 3-320-02028-5

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2001

Umschlag: Egbert Neubauer, MediaService

Typografie und Satz: MediaService, Berlin

Druck und Bindearbeit: BärenDruck, Berlin

Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
I. Italienische Verhältnisse	17
Ein kurzer Rückblick	20
1996: Der Sieg, der eine Niederlage war	22
Modernisierung von Rechts: Die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates	24
II. Ein Mann und seine Partei: Silvio Berlusconis Forza Italia	27
A. ENTWICKLUNG DER PARTEI	29
1. Ein Unternehmer geht in die Politik	29
2. Eine moderne Partei wird gemacht	30
3. Gesucht und gefunden: Die Strategie für eine rechts-liberale Massenpartei	33
4. Verkehrte Welt: Der politische Rückschritt gilt als modern	37
B. KERNBOTSCHAFTEN	42
1. Im Angebot: Ein neues Wirtschaftswunder	44
2. Exkurs: Das italienische Wirtschaftswunder nach 1946	46
3. Die Mittelschicht weist den Weg in die Zukunft	49
4. Freiheit über alles!	53
5. Zerschlagung des Sozialstaates	56
6. Die italienische Variante des autoritären Wettbewerbsstaates	59
III. Lega Nord: Umberto Bossis Stimme des unterdrückten Nordens	65
A. ENTWICKLUNG DER PARTEI	69
1. Die regionalen Ligen konstituieren sich (1979-1989)	69
2. Die Entwicklung zur einheitlichen Kraft (1989-1992)	72

3. Konsolidierung als politische Kraft (1992-1994)	74
4. Stürmische Zeiten (ab 1994)	75
B. KERNBOTSCHAFTEN	80
1. Region statt Nation!	82
2. Zerschlagung des Zentralstaates	84
3. Föderalismus und Makro-Regionen statt Zentralstaat	86
4. Kritik am Sozialstaat – Favorisierung der Produktionsgemeinschaft	89
5. Wertevermittlung und soziale Sicherung in der Gemeinschaft	92
6. Ethnisch-kultureller Rassismus und Anti-Meridionalismus	95
7. Süditalien: Der Antagonismus des guten Nordens	99
IV. Alleanza Nazionale: Gianfranco Finis neofaschistische Partei	103
A. ENTWICKLUNG DER PARTEI	108
1. Die Gründungsphase (1946-1950)	108
2. Erste Konsolidierung (1950-1960)	110
3. Stagnation und außerparlamentarische Militanz (1962-1969)	112
4. Grundlagen für eine umfassende Modernisierung und neue Offensive (1969-1977)	114
5. Machtkampf und Aufbruch (1977-1993)	116
6. Das Projekt Alleanza Nazionale (ab 1993)	119
B. KERNBOTSCHAFTEN	124
1. Historisierung des Faschismus und Aufbruch in eine neue Ära	124
2. Ideologische Basis: Kritiklose Kontinuität	127
3. Wirtschaftsliberalismus und moderner Autoritarismus	130
4. Starker Staat und Präsidialverfassung	134
5. Soziale Gemeinschaft statt Wohlfahrtsstaat	138
V. Rechte Dominanz und Linke Krise	143
Rezept des rechten Erfolges: Die soziale Verankerung	145
Links und am Ende	148
Endnoten	151
Abkürzungsverzeichnis	165

Vorwort

HERBERT SCHUI

Neoliberalismus: Für Herrschaftssicherung und gegen die Produktion von potentielltem Reichtum

Wirtschaftstheorien, oder umfassender, Lehrmeinungen haben einen objektiven Zweck, der weiter reicht als die Suche nach zutreffenden Erklärungen für gesellschaftliche Sachverhalte: Lehrmeinungen sind programmatisch. Wenn Adam Smith herausarbeitet, dass der industrielle Bourgeois der beste Sachwalter des gesellschaftlichen Überschusses ist, indem er seinen Eigennutz auf der Basis uneingeschränkter Eigentumsrechte auf offenen Märkten durch die Konkurrenz im Zaum gehalten auslebt, dann ist dies gleichzeitig ein kraftvolles Plädoyer für den klassischen Laissez-faire-Kapitalismus als diejenige Wirtschaftsordnung, die den Wohlstand der Völkerschaften voranbringt. Nicht anders bei Marx' politischer Ökonomie, die zu sehr ernüchternden Ergebnissen kommt, was die Wohlfahrt der großen Mehrheit der Bevölkerung im Kapitalismus angeht: Auch sie verfolgt ein politisches Ziel, nämlich die Überwindung des Kapitalismus. Dann schließlich die überaus erfolgreiche Gegenbewegung der Neoklassik, die die gesellschaftliche Entwicklung aus der Wirtschaftstheorie herauslöst, das politische Element der nationalökonomischen Doktrinbildung zum Teufel wünscht und den Staat zum Residuum erklärt, der nur dort tätig wird, wo die Logik des Modells Lösungen durch den Markt nicht zulässt. Damit aber ist diese Lehrmeinung keineswegs ohne politische Programmatik. Denn immerhin ist ihr Grundanliegen nachzuweisen, dass von den wenigen Ausnahmen des Marktversagens abgesehen Privateigentum, Markt und freier Wettbewerb die wirtschaftlichen Hilfsmittel am effizientesten gruppieren.

Daran mussten spätestens dann tiefgreifende Zweifel aufkommen, als sich in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zeigte, dass Arbeit und Realkapital in Mengen ungenutzt blieben. Mit der Allokationseffizienz dieses gesellschaftlichen Arrangements konnte es nicht weit her sein, denn wenn die Arbeiter nach Arbeit suchen und die Fabriken verrotten und für viele Mangel auch an den allernotwendigsten Produkten herrscht, dann spätestens müssen Zweifel aufkommen an der Übereinstimmung von gesellschaftlicher Vernunft und Marktkräften. Oder genauer: Das System der unsichtbaren Hand, dem die Neoklassik verpflichtet ist, auch wenn sie vom Aspekt der Entwicklung absieht, war gedacht als ein überlegenes rationales Verfahren zur Ressourcenallokation und zur wirtschaftlichen Entwicklung. Es war der Mechanik Newtons entlehnt, es sollte Effizienz und „natürliche“ Freiheit vereinen. Spätestens in der Weltwirtschaftskrise aber musste klar werden, dass dieses System nur für eine

Entwicklungsetappe des Kapitalismus angemessen war, in der alles darauf ankam, durch Minimierung des Massenkonsums zu einem möglichst hohen Überschuss und damit zu hohen Akkumulationsraten zu kommen. Diese Krise war aber gerade dadurch ausgelöst worden, dass mittlerweile die rentablen Investitionsmöglichkeiten weniger rasch anwuchsen als der Überschuss, der bei Vollbeschäftigung produziert werden konnte. Die von der Neoklassik inspirierten Regierungen suchten die Ursache für diese Pleite in Störungen des Marktes. Besonders die Löhne schienen als Ergebnis der Tarifverträge zu hoch, um zu markträumenden Preisen auf dem Arbeitsmarkt kommen zu können, also zu Vollbeschäftigung. Damit aber musste das Gegenteil von dem erreicht werden, was beabsichtigt war: Die Arbeitslosigkeit musste weiter zunehmen.

Die Lösung hat schließlich der Keynesianismus gebracht – aber es war eine für den Kapitalismus gefährliche Lösung, denn der Staat war in dieser Theorie kein Residuum, ihm kam vielmehr eine entscheidende Rolle zu. Und diese Rolle lässt sich nur sehr unklar mit einem der üblichen IS-LM-Schemen der Lehrbücher erfassen, die im wesentlichen die Wirkungen des Geldes auf das Niveau des Output untersuchen. Um was es tatsächlich geht, hat Keynes im letzten Kapitel seiner Allgemeinen Theorie zusammengefasst: Solange, wie es an Realkapital fehlt, ist die kapitalistische Gesellschaft auf die Ersparnisse der Reichen angewiesen, um mit einem vergrößerten Kapitalbestand die Produktion zu vermehren und die Arbeit produktiver zu machen. Aber wenn dies bedeutet, dass bei Vollbeschäftigung mehr Überschuss produziert und damit investiert werden könnte, als bei gegebenen Vorstellungen zur Rentabilität der Investitionen tatsächlich investiert wird, dann mehrt der Hang der Reichen zur Ersparnis den gesellschaftlichen Reichtum nicht, er verringert ihn vielmehr. Damit spricht die keynesianische Theorie zwei wesentliche Dinge an: Die Reichen haben unter dieser Bedingung keine positive Funktion, die Festlegung des Umfangs der Investitionen durch die Privatwirtschaft – als Ergebnis von deren Rentabilitätserwartungen – schränkt die Bildung von Produktivvermögen unnötig ein. Der Schluss, der hieraus zu ziehen ist, muss alle orthodoxen Parteigänger des Kapitalismus zutiefst beunruhigen. Denn nun gewinnt, gegeben das Ziel allgemeiner Wohlfahrt, der Staat das Recht, die Verteilung des Einkommens zu regeln und über die Investitionen zu entscheiden. Dies durch eine Kombination von unmittelbarer Planung, Empfehlungen und Zinspolitik. Damit werden die Eigentumsrechte in zweifacher Hinsicht beschränkt: Die Verteilung der Einkommen richtet sich nun nicht mehr ausschließlich am Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Lage auf dem Arbeitsmarkt aus; überdies wird die Verfügung über das Einkommen, soweit die privaten Investitionen Gegenstand politischer Planung werden, beschränkt und schließlich wird das Einkommen der Rentiers durch die Zinspolitik festgelegt. Doch damit noch nicht genug: Wenn der Staat das Recht hat, durch Verteilungspolitik die makroökonomischen Aggregate konsumieren und investieren aufeinander abzustimmen, also alles auf eine höhere Steuer für Gewinneinkommen hinausläuft und auf vermehrte Konsumausgaben, dann liegt es nahe, dass der staatliche Konsum gesteigert wird. Dann verbindet sich die Abstimmung der genannten Aggregate mit dem Wohlfahrtsstaat, indem das Gesundheitswesen, das Bildungssystem, der soziale Wohnungsbau und vieles mehr verbessert werden. Damit werden nicht nur die Eigentumsrechte beschränkt, sondern auch die Konsumfreiheit all derjenigen, für die der Wohlfahrtsstaat Leistungen erbringt. Denn die Einkommenspolitik verteilt nicht einfach zugunsten einer gro-

ßen Bevölkerungsgruppe und überlässt dieser die freie Entscheidung über die Verwendung ihres Einkommens, sie müssen vielmehr das konsumieren, was der Staat ihnen zuteilt. Damit ist ihre Freiheit, so das Argument der neoliberalen Scharfmacher, ähnlich eingeschränkt wie die der Investoren. Vollbeschäftigung und Wohlfahrt also auf Kosten der Freiheit, das heißt der Freiheit in Form des Rechtes an privatem Eigentum und der Souveränität als Konsument. Es ist das Ende des Laissez-faire.

Mit dieser kurzen Skizze aber ist noch nicht alles zum Keynesianismus gesagt. Hinter all dem steht die entscheidende Frage, ob und wie eine Gesellschaft eine wachsende Arbeitsproduktivität nutzen kann. Wenn jemand für seinen unmittelbaren Bedarf produziert, ist all dies keine Frage wert. Er hat bei höherer Produktivität die Wahl zwischen mehr Freizeit oder mehr Produktion, seine höhere Produktivität ist für ihn in jedem Fall von Nutzen, und auch wird er nicht gezwungen, durch mehr Stress zu mehr Produktivität zu kommen. Wenn aber die Produktion gesellschaftlich ist, arbeitsteilig, wenn die Gesellschaft in Klassen geschichtet ist, Macht und Eigentum ungleich verteilt sind, dann geht die Nutzung der Produktivität eigentümliche Wege. In einer historischen Agrarwirtschaft ist die Sache noch recht übersichtlich: Die Mächtigen halten die Arbeitenden bei schmaler Kost in Schach, mit dem Überschuss am Arbeitsprodukt machen sie sich ein gutes Leben. Produktionstechnische Neuerungen gibt es kaum. Erste bedeutende Schwierigkeiten treten mit der beginnenden Neuzeit auf. So erwähnt Marx, dass im 17. Jahrhundert die Bandmühle (ein Vorläufer des mechanischen Webstuhls) in Danzig verboten wurde, weil „diese Erfindung die Masse der Arbeiter zu Bettlern“¹ machen würde. Dies wird dann 1685 durch ein kaiserliches Edikt bekräftigt. Schließlich die Zerstörung von Maschinen in England durch die Ludditenbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Weberaufstände in Schlesien und vieles mehr an Maschinenstürmerei. Dann der sprichwörtliche Heizer auf der E-Lok, der den Studierenden in den Anfangssemestern die notwendige Abscheu vor Gewerkschaften näherbringt. Diese wenigen Beispiele können bereits belegen, wie schwer es recht unterschiedlichen Gesellschaften fällt, technischen Fortschritt und Arbeitsproduktivität im Sinne eines allgemeinen Wohlfahrtsziels zu nutzen.

„Es bedarf, so Marx, Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt.“² Aber diese Zeit und Erfahrung hat auf sich warten lassen. Keynes' Theorie zum Unterverbrauch ist ein neuer Versuch, das Wachstum von Arbeitsproduktivität und gesellschaftlichem Reichtum miteinander zu verbinden. Keynes' Lösung setzt als Institution den demokratischen Staat voraus. Dieser ist legitimiert, die genannten Eingriffe in die Eigentumsrechte vorzunehmen. Partizipative Massendemokratie wird damit zum entscheidenden Moment, die Früchte der Industrialisierung zu ernten. Damit könnte, in historischer Perspektive gedacht, das Proletariat entschädigt werden für die Entbehrungen, die es für die Industrialisierung hat auf sich nehmen müssen. Würde nicht so verfahren, dann wäre der Kapitalismus durch Krise, Massenelend und soziale Widersprüche auf das Äußerste gefährdet. Soll er also weiterbestehen, muss er sich ändern. Herbeiführen muss diese Änderung sein feindlicher Zwilling, die Demokratie. Aber auch diese Demokratie muss sich notwendigerweise ändern. Diese Staatsform muss nun ermöglichen, dass das objektive Interesse der Mehrheit der Bevölkerung von

dieser subjektiv wahrgenommen, artikuliert und durchgesetzt wird. Damit ist sicherlich nicht ein allgemeines Einverständnis zum Überleben des Kapitalismus vorausgesetzt. Für Keynes selbst stand dies zwar außer Frage, aber eine Entwicklung „über Keynes hinaus“ war vorstellbar. Die linke Sozialdemokratie jedenfalls wollte den keynesianischen Reformismus zum Ausgangspunkt nehmen für einen Prozess, der schließlich in einen freiheitlichen Sozialismus münden würde.

Dass sich hiergegen Widerstand breit macht, ist nicht überraschend. Kalecki fasst das Unbehagen der „Führer der Wirtschaft“ am Wohlfahrtsstaat in den folgenden Punkten zusammen: die Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich, der Verwendungszweck der Staatsausgaben, die sozialen und politischen Veränderungen, die bei Vollbeschäftigung eintreten.³ Was die akademische, die wissenschaftliche Seite angeht, hat sich dieser Widerstand im Neoliberalismus formiert, und folglich lässt sich dessen Anliegen am besten verstehen, wenn die Ziele seines Gegners, des keynesianischen Wohlfahrtsstaates (oder auch des Entwicklungsstaates der Dritten Welt), deutlich sind. Der Neoliberalismus muss demnach den Beweis antreten, dass der wirtschaftlichen Entwicklung kein Ziel von außen, so ein Wohlfahrtsziel, vorgegeben werden darf, dass der Staat zu keiner überlegenen Lösung wirtschaftlicher Fragen fähig ist. Die bewusste, kollektive Formulierung und Durchsetzung eines gesellschaftlichen Zieles – der bewusste Einsatz kollektiver Vernunft – ist damit nicht möglich.

Die Ablehnung einer der Privatwirtschaft äußeren Zielsetzung folgt aus dem Verständnis der Wirtschaftsgesellschaft als einer – so Hayek – spontanen Ordnung, die niemand gewollt und bewusst herbeigeführt hätte. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer Evolution, eines Siebungsvorganges, in dem historisch das Nicht-Überlebensfähige marginalisiert oder eliminiert wurde. Die spontane Ordnung ist keine zweckgerichtete Organisation. „Die Grundidee der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung (oder Maximierung des Sozialprodukts) ist nur einer Einzelwirtschaft angemessen [...], nicht jedoch der spontanen Ordnung einer Katallaxie, die keine gemeinsamen konkreten Ziele hat.“⁴ Denn würde hier ein konkretes Ziel vorgegeben, dann müsste dieses Ziel mit großer Wahrscheinlichkeit in Widerspruch geraten mit derjenigen individuellen Freiheit, die darin besteht, unter Beachtung bestimmter allgemeinverbindlicher und staatlich garantierter Regeln (so das Privateigentum, der Wettbewerb, die Vertragsfreiheit usw.) seine Ziele individuell zu formulieren und am Markt zu verfolgen. Diese individuelle Freiheit hat unbedingten Vorrang; das Ergebnis der Handlungen, die so zustande kommen, bestimmt den Gang der Gesellschaft. Dies ist die Evolution. Ihre Richtung ist offen. Es ist dies Poppers Offene Gesellschaft, die allein das Überleben der Menschheit, und dies in Freiheit, sicherstellen kann. Wohlfahrt ist allenfalls eine Beigabe, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit eine Attacke auf die Freiheit.

Hierbei wird im neoliberalen Entwurf die Forderung, oder sollte man sagen, die Sehnsucht nach Gerechtigkeit nicht völlig aufgegeben; sie existiert als prozedurale Gerechtigkeit weiter.⁵ Alles Gesellschaftliche stellt sich als Tausch dar. Die Verhältnisse, die Menschen zueinander eingehen, sind Benutzungsverhältnisse: Jeder gliedert sich mit seiner ursprünglichen Ausstattung, so mit seinem Arbeitsvermögen (Humankapital), seinen Produktionsmitteln und – in erweiterter *Definition*, da ja jedes gewünschte Dasein oder Ziel ein (Wirtschafts-)gut ist – mit seinen anderen persönlichen Eigenschaften wie Güte, Schönheit in

den Tauschprozess ein und erwirbt das, wovon er zu wenig besitzt, bis sein individueller Nutzen maximiert ist. Gerecht ist die Tauschprozedur dann, wenn niemand beim Tausch – etwa durch physischen Zwang – Nutzen einbüßt, sondern wenn alle Tauschpartner Nutzen dazugewinnen. Was die anfängliche Ausstattung mit Gütern bestimmt, bleibt im Dunkeln und damit die Macht und die Herrschaft auch. Schließlich besteht ein Unterschied, ob jemand über Arbeitsvermögen oder über Produktionsvermögen verfügt. Und an dieser Macht ist nicht zu rütteln, denn es gäbe einleuchtenderweise keine prozedurale Gerechtigkeit, wenn Produktionsmittel nationalisiert oder doch wenigstens das Verfügungsrecht darüber eingeschränkt würde. Es ist leicht zu sehen, dass die keynesianische Lösung der Frage, wie mit der wachsenden Arbeitsproduktivität umzugehen ist, wegen der Verteilungspolitik des Staates prozedural nicht gerecht wäre, und dass überdies die individuelle Freiheit bei Verfolgen des Wohlfahrtsziels wesentlich eingeschränkt würde.

Damit ist, sehr grundsätzlich, die Frage angesprochen, wie es denn mit „der Moderne“ weitergehen soll. Hier ist an Habermas anzuknüpfen.⁶ Soll sie sich zur tatsächlich partizipativen Massendemokratie mit den Attributen, die im Sinne des Keynesianismus von ihr zu verlangen sind, weiterentwickeln, damit sie „vollendet“ werden kann, damit sich Condorcets Erwartung erfüllt, Künste und Wissenschaften könnten nicht nur die Kontrolle der Naturkräfte befördern, sondern auch die Welt- und Selbstdeutung, den moralischen Fortschritt, die Gerechtigkeit der gesellschaftlichen Institutionen, sogar das Glück der Menschen? Oder ist das Projekt der Moderne verloren zu geben, indem „die kognitiven Potentiale, soweit sie nicht in technischen Fortschritt, ökonomisches Wachstum und rationale Verwaltung einfließen, so eingedämmt [...] [werden], daß eine auf erblindete Traditionen verwiesene Lebenspraxis nur ja unberührt bleibt.“⁷ Ob Popper, wie Habermas betont, sich noch nicht von den Neukonservativen hat vereinnahmen lassen, ist nicht ganz offenkundig, den dessen Offene Gesellschaft ist ja identisch mit dem, was Hayek mit seiner Katallaxie beschreibt, und diese steht nicht dafür, dass die Erwartungen Condorcets erfüllt werden könnten. Hayek schließlich setzt sich entschieden für eine Eindämmung der kognitiven Potentiale ein. Der Rationalismus und Konstruktivismus der europäischen Aufklärung, so Hayek, zielt im Rahmen eines gesellschaftlichen Entwurfes darauf ab, „die Kräfte der Natur in derselben Weise zu beherrschen, wie dies mit den Kräften der Natur gelungen ist. [...] Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft.“⁸ Man sieht, wirkliche Demokratie gehört zur Vollendung der Moderne, und dies nicht nur in ihrer allgemeinen Bedeutung von Freiheit, was zu sagen jedem postmodernem Dummschwätzer leicht fällt, sondern als die entscheidende Voraussetzung, die verfügbaren materiellen Lebensgrundlagen für die Freiheit von Armut, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Vergrößerung der staatlichen Leistungen im kulturellen und sozialen Bereich zu nutzen.

Für den Neoliberalismus ist nun wichtig, dieses Glücksversprechen der Moderne umzu- deuten. In Aussicht gestellt wird nicht mehr Smith' Wohlstand der Nationen, sondern allenfalls die Freiheit, sich unter Beachtung der Regeln, welche die prozedurale Gerechtigkeit verlangt, frei am Markt zu betätigen. Produktion und Wirtschaft haben dann nicht mehr den Zweck, kollektiven und individuellen Bedarf zu decken, neben anderem eine materielle Grundlage für zivilisatorischen Fortschritt zu sein. Dieses alte Versprechen wird entmaterialisiert. Nur Freiheit bleibt übrig – diese allerdings so lange verballhornt, bis sie identisch ist

mit Kapitalismus. Damit aber muss auch die Legitimierung des Kapitalismus auf eine andere Basis gestellt werden.

Wenn sich die Wirtschaftsgesellschaft, die Katallaxie, ihr Glück blind sucht in der Evolution mit offenem Ergebnis, wenn die ganze Gesellschaft ein System reibungslos funktionierender, individueller Benutzungsverhältnisse sein soll und Freiheit sich darin erschöpft, im paarweisen Tausch zu benutzen oder benutzt zu werden, dann muss der Neoliberalismus alles denunzieren, was außerhalb dieses Systems gesellschaftliche Ziele avisieren könnte. An erster Stelle steht hier der Staat, fast gleichrangig dann die Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretung mit umfassenden Zielen. Dieses Attribut ist deswegen wichtig zu betonen, weil eine neoliberal bestimmte Politik nichts gegen Gewerkschaften einzuwenden hat, wenn diese „den Einzelnen gegen Willkür schützen“, d.h. der prozeduralen Gerechtigkeit zur Geltung verhelfen, und „in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen.“⁹ Folglich befasst sich die neue politische Ökonomie sehr eingehend mit dem vermeintlichen Versagen des Staates – besonders des demokratischen. Er kann nur dann eine positive Funktion haben, wenn er sich einzig darauf verlegt, die Grundlagen und Regeln des Systems zu gewährleisten, alle Interventionen aber, die darüber hinausgehen könnten, unterlässt. Der Staat ist für die Garantie der sogenannten Rahmenbedingungen da, die Garantie des Privateigentums, des Wettbewerbs, des freien Marktzutritts, der Vertragsfreiheit, der Vertragsvollstreckung. Alles andere ist Sache des privaten Bereiches. Damit sind die politische und die private (und privatwirtschaftliche) Sphären klar voneinander getrennt. Folglich können die Neoliberalen dem Begriff der Zivilgesellschaft viel abgewinnen: Diese ist für sie als Instrument der Herrschaftssicherung ein sehr positives Moment des Überbaus. Zivilgesellschaft ist Internalisierung von Herrschaft, was sicherstellt, dass die Verhältnisse, die Menschen zueinander eingehen, von diesen ausnahmslos als paarweise Tauschverhältnisse verstanden werden. Ein Klassenverhältnis gibt es im Bewusstsein der Menschen dann nicht mehr. Damit kommt das Verständnis der Neoliberalen von der Zivilgesellschaft der ursprünglichen Bedeutung des Begriffs, so wie ihn Gramsci verwendet hat, am nächsten. Werden die beiden Sphären nicht klar voneinander getrennt, dann, so der Neoliberalismus, wird der Staat entweder – von Bürokraten gelenkt – tyrannisch, oder er wird die Beute organisierter Interessen, was (bei näherem Hinsehen) stets Beute des Interesses der Arbeiterschaft heißt.

Auch wenn der Neoliberalismus großen Erfolg gehabt hat im ideologischen Kampf gegen die Idee von Demokratie und Wohlfahrtsstaat, so hat er damit die Frage noch nicht gelöst, wie denn die Gesellschaft praktisch funktionieren, mit welcher politischen Bewegung sie sich durchsetzen, wie sie sich legitimieren soll. Zwei Lösungen sind in Sicht: der Rechtsextremismus und der Dritte Weg. Hierbei hat der Rechtsextremismus als erster die Initiative ergriffen. Die meisten dieser Parteien, allen voran in Frankreich, Österreich und Italien, haben ihre traditionelle, völkische Orientierung teils überwunden, teils in den Hintergrund gestellt. Im Falle von Neugründungen ist von vorne herein eine *Affinität* zum traditionellen Faschismus nicht betont worden. Die klassischen Traditionalisten haben innerhalb des Rechtsextremismus am ehesten noch in Deutschland als NPD oder DVU Bedeutung. Sonst aber überwiegt in den Parteiprogrammen der Neoliberalismus, in dem ausdrücklich und positiv etwa auf Hayek oder Friedman Bezug genommen wird.¹⁰ Allianzen zwischen neoliberalen

Parteien und Neofaschisten sind nicht ausgeschlossen: Dies zeigt die Analyse des italienischen Falls.

Mit einer ganz anderen Tradition muss sich dagegen die moderne Sozialdemokratie, so wie sie von Blair oder Schröder dargestellt wird, herumschlagen. Hayek wird hier fürs Erste noch nicht ausdrücklich angerufen. Aber bedenkt man das materielle Ziel des Neoliberalismus, nämlich die Beseitigung des Wohlfahrtsstaates (angeführt mit dem Schlachtruf „Weniger Demokratie wagen!“), und weiter, dass dieser ja zu den traditionellen sozialdemokratischen Zielen gehört hat, dann kommt der Entwurf vom Dritten Weg dem Neoliberalismus sehr entgegen. Einzig Zitate können dies illustrieren. „Zur Politik der Verteilung führt kein Weg zurück“, denn der Wohlfahrtsstaat ist dafür verantwortlich, dass wir (noch) in einer „blockierten Gesellschaft“ leben.¹¹ „Die Ansicht, dass der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzu oft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben die Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmensgeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn – zu häufig zurückgestellt hinter universellem Sicherheitsdenken.“¹² Wichtig ist hier auch die Wendung vom „aktivierenden Sozialstaat“, der die Ursache für Armut nicht in falsch abgestimmten makroökonomischen Aggregaten sieht, sondern darin, dass die Sozialeinkommensbezieher einen Hang zur Verrottung haben, dem durch „Aktivierung“ entgegenzutreten ist. Was man hier nicht mehr wiedererkennt, ist die ursprüngliche Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, der Beschäftigung schafft – und nicht Unterstützung zahlt – indem er das tut, wozu die Privatwirtschaft nicht fähig ist, nämlich Konsumieren und Investieren aufeinander abzustimmen. Statt eines solchen Wohlfahrtsstaates wird die neothomistische Staatslehre um den Begriff des Subsidiaritätsprinzips bestohlen. Gemeinsinn, Familie und Nachbarschaft sollen das besorgen, was dem Staat nicht mehr zukommt, weil dieser dann mit Hilfe von mehr Demokratie zu viel Planung und Intervention entfalten würde.¹³ Der aktivierende Staat dagegen versorgt die Privatwirtschaft mit flexiblem und qualifiziertem „Humankapital“ (lebenslanges Lernen), dass sich zugleich, eingebunden in Familie und Nachbarschaft, beständig in Eigenverantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft übt.¹⁴ Nichts spricht also dagegen, dass die neue Sozialdemokratie die Geschäfte des Neoliberalismus besorgen könnte. Die Unterstützung der Unternehmerschaft wird sie dabei haben. Denn warum sollte diese in Ländern wie Deutschland oder England eine rechtsextreme Partei hochpäpeln, wo doch die Sozialdemokratie alles mit viel weniger Widerstand erledigen kann. Ein Beispiel hierfür sind die durchaus erfolgreichen Versuche, die deutschen Gewerkschaften – auch im Bündnis für Arbeit – auf die Linie der neuen Sozialdemokratie zu bringen, ein anderes Beispiel die Argumente, die in der Zukunftsdebatte der IGM genannt werden.

Für die lange Frist ist damit die Frage gestellt, wie stabil das neue System sein kann. Dies angesichts der objektiven Fakten, die die Ökonomie schafft und angesichts der Akzeptanz, der Legitimierbarkeit dieser Fakten. Welche Kräfte werden sich in den jeweiligen Lagern regen, um das System bei Gefährdung abzusichern – oder, um es zu verändern. Wie stabil und zuverlässig sind also unter dem Gesichtspunkt des kapitalistischen Interesses die beiden Lager? Oder wird sich in der langen Frist eine dritte, gegengerichtete Kraft herausbilden können, wird sie aus einem der beiden Lager stammen oder wird sie sich gänzlich neu formieren?

- 1 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 451.
- 2 Ebenda, S. 452.
- 3 Michael Kalecki, Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: Ders., Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg 1987, S. 235f.
- 4 Friedrich von Hayek, Grundsätze einer liberalen Wirtschaftsordnung, Ordo 1967, S. 11.
- 5 Robert Nozick, Anarchie, Staat, Utopie, München 1976. James Buchanan, Die Grenzen der Freiheit, Tübingen 1984.
- 6 Jürgen Habermas, Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, in: Ders., Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992, Leipzig 1992, S. 32-54. Ursprünglich. Rede aus Anlass der Verleihung des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt am 11.9.1980.
- 7 Ebenda, S. 42.
- 8 Friedrich von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1991, S. 254. Erstveröffentlichung: The Road to Serfdom, Chicago 1944.
- 9 Gerhard Schröder, Toni Blair, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, London, 08.06.1999.
- 10 Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Dirk Kotzur, Günther Bachmann, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München, 1997.
- 11 Bodo Hombach, Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München 1998, S. 11f.
- 12 Schröder/Blair, Der Weg nach vorn, a.a.O.
- 13 Man muss beachten, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht als Ersatz des Staates gedacht ist. Objektiv zielt es vielmehr im hier verhandelten Kontext darauf ab, wie denn die Sphären des Staates und des Privaten voneinander zu trennen seien. Dieses Prinzip sieht keine klare Demarkation beider Sphären vor, vielmehr geht die Sphäre des Privaten stufenweise in die Sphäre des Staates über – entsprechend der Aufgabe, die zu lösen ist.
- 14 Stephanie Blankenburg, Neoliberalismus, ökonomische Theorie, gesellschaftliche Wirklichkeit und „Dritten Weg“, in: Richard Faber (Hrsg.) Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000, S. 204.

I. Italienische Verhältnisse

Am 13. Mai 2001 wird in Italien gewählt. Auf dieses Datum hat sich nach monatelanger Debatte am 9. März das zuständige Gremium (Consiglio dei ministri) unter Vorsitz von Ministerpräsident *Giuliano Amato* geeinigt. Neben der Wahl von 630 Abgeordneten und 315 Senatoren für das römische Parlament wird gleichzeitig die Zusammensetzung von acht Provinz- und 1276 Kommunalparlamenten neu bestimmt.¹ Die fünfjährige Regierungszeit der Mitte-Links-Koalition, denen zuerst *Romano Prodi*, dann *Massimo D'Alema* und seit dem Frühjahr 2000 *Amato* vorstanden, geht damit zu Ende. Eine Neuaufgabe wird es kaum geben, denn der Sieger der Wahlen wird mit großer Wahrscheinlichkeit *Silvio Berlusconi* heißen. Größte und wichtigste Koalitionspartner des Wahlbündnisses *Casa delle Libertà* (Haus der Freiheit) um seine Partei *Forza Italia* sind, wie bereits bei den Wahlen 1994, die von *Umberto Bossi* geführte regionalistische *Lega Nord* und die neofaschistische *Alleanza Nazionale* um *Gianfranco Fini*. Außerdem gehören dem Bündnis die beiden kleinen konservativen Parteien *Centro Cristiano Democratici* (CCD) um *Pier Ferdinando Cassini* und *Cristiani Democratici Uniti* (CDU) von *Rocco Buttiglione* sowie die vor wenigen Monaten gegründete *Nuovo Partito Socialista Italiana* (Nuovo PSI) von *Bobo Craxi* an. Aufgrund des komplizierten Wahlrechts und der fast unüberschaubaren Anzahl von Parteien bestehen darüber hinaus noch Absprachen mit weiteren Splitterparteien.

In dem vorliegenden Buch werden die bestimmenden Parteien der Rechtskoalition – *Forza Italia*, *Lega Nord* und *Alleanza Nazionale* – anhand ihrer Entwicklung, programmatischer Kernbotschaften und politischer Ziele dargestellt. Es geht dabei nicht um die Nacherzählung einzelner Partei- oder Wahlprogramme. Letztere zeichnen sich besonders durch sprachlich geglättete, auf den unmittelbaren „Verkaufsfaktor“ reduzierte Aussagen aus. Eine Analyse der Partei- und Wahlprogramme allein wäre somit nicht aussagekräftig genug und würde keine hinreichenden Rückschlüsse auf die interne und externe Entwicklung zulassen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Stattdessen wird der gesellschaftspolitische Hintergrund, vor dem der Aufstieg der drei Parteien stattfand, skizziert und mit deren Interpretationen der italienischen Vergangenheit und Gegenwart abgeglichen. Konzentriert wird sich auf zwei zentrale Botschaften, die sich durchgängig bei den drei Parteien finden lässt: die radikale Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Regulation der Gesellschaft und am in-

stitutionellen Aufbau der Republik. Als positiven Gegenentwurf propagieren die Parteien eine umfassende gesellschaftliche Modernisierung, die den wirtschafts- und sozialpolitischen Neoliberalismus mit einem autoritären Staats- und Politikverständnis kombiniert.

Das Rechtsbündnis um den Medienunternehmer *Berlusconi* schickt sich nunmehr zum dritten Mal an, die Regierung in Italien zu stellen. Bei einem Sieg würde die Koalition nach 1994 damit zum zweiten Mal regieren, wobei sie dann wohl geschickter agieren dürfte als beim ersten Versuch, um nicht das Debakel der Vergangenheit zu wiederholen. Nach nur sieben Monaten scheiterte die damalige Regierung durch den Austritt der *Lega*. Das Bündnis um *Berlusconi* verlor die parlamentarische Mehrheit, und eine Übergangsregierung um *Lamberto Dini* nahm im Januar 1995 die Arbeit auf. Ein Jahr später stürzte diese ebenfalls. Es kam zu Neuwahlen, die am 21. April 1996 von dem Mitte-Links-Wahlbündnis *L'Ulivo* um den Spitzenkandidaten und heutigen EU-Kommissionspräsidenten *Romano Prodi* „gewonnen“ wurden. Ein Sieg, der den viel tiefer gehenden politischen Niedergang der modernen Linken, der aus der ehemaligen kommunistische PCI und späteren PDS hervorgegangenen heutige *Democratici di Sinistra* (DS), kaschierte. Die absolute Niederlage könnte sich nun fünf Jahre später einstellen, und die DS als größte Partei des Mitte-Links-Bündnisses um ihren parteilosen Spitzenkandidaten *Francesco Rutelli*, den ehemaligen römischen Bürgermeister, in die schwerste Existenzkrise ihrer Geschichte stürzen.

Selbst wenn die Rechtskoalition nicht gewinnt, bleibt festzuhalten, dass die italienische Politik sich seit dem ersten Auftritt *Berlusconi*s, der Gründung seiner *Forza Italia* und der gestiegenen nationalen Bedeutung der rechtspopulistischen *Lega Nord* und der neofaschistischen *Alleanza Nazionale* grundlegend verändert hat. Einige Jahre, bevor die FPÖ um *Jörg Haider* mit ihrem konservativen Partner in Österreich die Regierung stellte und eine europäische Diskussion um die moderne Variante der Zusammenarbeit von rechtsextremer Partei und bürgerlicher Rechten auslöste, gab es in Italien einen erfolgreichereren, aber auch komplexeren und widersprüchlicheren Versuch mit gleicher Zielsetzung. Er war zwar nach kurzer Zeit beendet, aber mittel- und langfristig waren damals bereits Konsequenzen absehbar, die für die Diskussion über die Transformation, Bündnisfähigkeit und Zukunft des rechten politischen Lagers von exemplarischer Bedeutung hätten sein können. Vor und nach 1994 gab es im deutschsprachigen Raum aber nur wenige kritische Analysen, die im Zusammenhang mit den drei Parteien die Verbindung von neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik mit rechtspopulistischen und neofaschistischen Positionen aufgearbeitet haben. Einerseits mag dies der kurzen Zeit der Regierung *Berlusconi*s geschuldet sein, nach dessen Scheitern beruhigt zur Tagesordnung übergegangen wurde. Mit dem vermeintlichen Sieg der Mitte-Links-Koalition 1996 um *Prodi* wurde diese Haltung noch verstärkt. Italien war wieder ein Land mit „normalen“ politischen Verhältnissen. Andererseits ist hierfür die generelle Unkenntnis über die italienische Politik im deutschsprachigen Raum verantwortlich. Die Sprachbarriere² verhindert oft die Rezeption der italienischen Diskussion, und die Komplexität der italienischen Politik führt bis heute zur Wiederholung von Stereotypen und Falschaussagen, die im folgenden Text korrigiert werden sollen. Dritter übergeordneter Faktor ist das relative Desinteresse an einer Diskussion um den Rechtsextremismus/-radikalismus, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt und sich weniger offensichtlich an gewaltbereiten Skinheads und anderer Gruppierungen mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen festmachen lässt.

In den deutschen Medien erfreute sich nach 1994 lediglich die *Lega Nord* als Regionalpartei mit ihren secessionistischen Proklamationen der Aufmerksamkeit. In der wissenschaftlichen Debatte wurde sie primär als neues politisches Phänomen im Zeitalter der Krise des Nationalstaates bzw. des Parteiensystems zur Kenntnis genommen, wobei das Augenmerk auf der Diskussion um einen veränderten Staatsaufbau – Zentralismus versus Föderalismus – lag. Die *Forza Italia* wurde oft reduziert auf den Aspekt der Medieninszenierung, es wurde die Gefahr einer „Mediendiktatur“ beschworen. Dies lag nicht zuletzt an dem Auftreten ihres Gründers, dessen Medienimperium zur Weltspitze gehört. Die Verbindung von Geld und Massenmedien führte daneben zur Konzentration auf den ideologischen Charakter der Partei und verdeckte Fragen über die reale Ausrichtung, worin ihre Attraktivität für die Wähler liegt und wie sie sich in der Oppositionszeit konsolidierte. Mit der *Alleanza Nazionale* trat eine Partei in das Rampenlicht, die für den außenstehenden Beobachter noch schwerer zu erfassen ist. Offiziell gibt es sie dem Namen nach erst seit dem 29. Januar 1995. Real ist sie „identisch“ mit dem neofaschistischen *Movimento Sociale Italiana* (MSI), der bereits 1946 gegründet wurde. Aber auch der MSI als älteste europäische neofaschistische Partei wurde außerhalb Italiens nur wenig beachtet. Eine mangelhafte Kenntnis des historischen Faschismus, die fehlende breite Diskussion über den Neofaschismus und die Transformation des MSI schufen die Bedingungen dafür, dass die *Alleanza Nazionale* bis heute von einer fundierten Kritik ausgenommen wird. Trotz erstaunlicher ideologischer und programmatischer Kontinuität wird die *Alleanza Nazionale* ohne große Probleme in das normale Parteienspektrum integriert. Mit ihren Partnern kann sie so unwidersprochen das politische Agenda-Setting betreiben, so dass die politische Debatte durch die Rechten bestimmt wird – einer Rechten, die weder nur Handlanger des Großkapitals in seiner reaktionärsten Form ist noch mit offenem Terror im Land oder militärischer Aggression nach außen agiert. Angesichts einer möglichen Stimmenausbeute der Rechtskoalition von mehr als 50 Prozent behindern solche Vereinfachungen und Interpretationen letztlich die kritische Analyse der seit Beginn der 90er Jahre beobachtbaren Veränderungen in der italienischen Politik und Gesellschaft.

Ein kurzer Rückblick

Italien wurde zu Beginn der 90er Jahre durch eine tiefe politische Krise erschüttert, deren Auswirkungen bis heute zu spüren sind. Ab dieser Phase wandelte sich das Parteiensystem grundlegend, und die politischen Lager mussten sich neu formieren. Was war passiert? In Italien regierte seit 1945 die konservative *Democrazia Cristiana* (DC) in diversen Koalitionen, deren letzte Galionsfigur *Giulio Andreotti* war. Seit den 70er Jahren griff die DC dabei verstärkt auf die Hilfe der *Partito Socialista Italiano* (PSI) um *Bettino Craxi* zurück. Die zahlreichen Regierungswechsel wurden im Ausland als Ausdruck der Instabilität gewertet. Die Realität war jedoch von einem undurchschaubaren Geflecht zwischen politischem und ökonomischem Establishment geprägt, welches durch Begünstigungen, Korruption, mangelnde Rechtsgrundlagen und einer breiten Akzeptanz halb- und illegaler Machenschaften getragen wurde. Trotz permanenter Koalitionskrisen und Regierungs-

wechsel gab es deshalb nie einen realen Machtwechsel, und Italien galt als blockierte Demokratie.

Fälschlicherweise wird diese vielschichtige Situation oft auf den Begriff organisierte Kriminalität (Mafia) reduziert. Aber wie in allen Nationen spielte nicht nur dieser Faktor eine Rolle bei der Herrschaftssicherung, sondern es gab auch innen- und außenpolitische Notwendigkeiten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des faschistischen Regimes in Italien stellten sich zwei zentrale Probleme: Ökonomisch mussten die Probleme der regionalen Unterentwicklung im Süden (Mezzogiorno), des Wiederaufbaus und des Anschlusses an die Industrienationen gelöst werden. Politisch galt es, die Linke um jeden Preis von der Macht fernzuhalten. Der Kalte Krieg und die äußerst wichtige strategische Stellung Italiens für den Mittelmeerraum forderten ihren Tribut. Die Mezzogiornoproblematik und der nur rudimentär vorhandene Sozialstaat stellten darüber hinaus reale Hindernisse dar, aus denen sich sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen ergaben, die rein marktliberale Lösungen behinderten. Politisch mussten sich die DC und ihre Bündnispartner somit zwischen den beiden Polen – Unterentwicklung und rudimentäres Sozialsystem – bewegen, wobei die Abwehr einer Beteiligung oder sogar Übernahme der politischen Macht durch die kommunistische Partei (PCI) im Mittelpunkt stand. Um dies zu verhindern, war erstens eine enge Verbindung der Staatsführung mit dem ökonomischen Establishment zu gewährleisten. Zweitens waren die materiellen und sozialen Bedürfnisse der eigenen Wahlklientel bzw. der Bevölkerung zu bedienen. In Ermangelung eines Sozialstaates und der kaum als solches zu bezeichnenden wohlfahrtsstaatlichen Regulationen zur Überwindung der strukturellen Unterentwicklung blieb nur der Rückgriff auf ein aus Korruption und Beistand (*clientelismo/assistenzialismo*) bestehendes Gefälligkeitssystem. Beide Effekte, die weithin bestehende regionale Ungleichheit und die andauernde Korruption, standen im Zentrum des politischen Zusammenbruchs der „Ersten Republik“.

Der Zusammenbruch kündigte sich bereits mit dem Aufstieg der norditalienischen regionalistischen Ligen Mitte der 80er Jahre an. Aber erst Anfang der 90er Jahre wurde im Zuge staatsanwaltschaftlicher Untersuchung gegen das umfassende System von Korruption, Klientelpolitik und organisiertem Verbrechen vorgegangen. Am 17. Februar 1992 wurde *Mario Chiesa*, damaliger Direktor einer in Mailand ansässigen wohltätigen Stiftung und Mitglied der PSI, beim Empfang von Bestechungsgeldern (*Tangenti*) ertappt und verhaftet. Die Partei ließ ihn schnell fallen, und *Chiesa* machte daraufhin beim damaligen Mailänder Staatsanwalt *Antonio Di Pietro* umfangreiche Aussagen über das weit verzweigte System der durch Zahlungen gewährten Vorzugsbehandlungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Damit wurde ein Prozess von Verhaftungen, Aussagen und weiteren staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in ganz Italien in Gang gesetzt, der sich unter dem Namen *Mani Pulite* (Saubere Hände) bis in die Gegenwart fortsetzt. Auf dem Höhepunkt wurde gegen zahlreiche Minister, Parlamentarier, Parteigrößen, Manager, Bankiers, aber auch gegen Angehörige der Justiz und der Medien strafrechtlich ermittelt, viele von ihnen wurden rechtskräftig verurteilt. Am Ende der 11. Legislaturperiode im März 1992 liefen gegen insgesamt 447 Parlamentarier (354 aus dem Abgeordnetenhaus und 93 des Senates) Ermittlungsverfahren. Darüber hinaus wurden zahlreiche Politiker in den Regionen und Kommunen der unterschiedlichsten Vergehen, von illegaler Parteifinanzierung, Bestechung und Korruption bis zur Verwicklung mit der Mafia,

beschuldigt.³ Die folgenden schweren Wahlverluste für DC und PSI führten zu ihrer Auflösung. Die politische Struktur der „Ersten Republik“ implodierte.

Im politischen Vakuum der „Zweiten Republik“ wechselten die alten Parteien ihre Namen, spalteten sich und schlossen sich zu neuen Parteien zusammen, und es traten zum ersten Mal ganz neue Parteien auf. Die größte Linkspartei, die kommunistische PCI, änderte ihren Namen zunächst in PDS und später in DS. Damit verbunden war eine radikale programmatische Wende, die u.a. zur Abspaltung der *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) führte. Auf der anderen Seite wechselte der seit 1946 bestehende MSI seinen Namen in zunächst *MSI-Alleanza Nazionale*, um seit 1995 nur noch als *Alleanza Nazionale* aufzutreten. Im Januar 1994 gründete *Silvio Berlusconi* seine *Forza Italia*, die nur wenige Wochen später als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervorging. Ein Jahr zuvor wurde die Partei durch sein Firmenimperium *Fininvest* auf dem „Reißbrett“ entworfen. Sie gilt bis heute als künstliche Partei, deren Führung sich aus den engsten Vertrauten *Berlusconi*s zusammensetzt und die von wenigen Personen kontrolliert, gelenkt und weiterentwickelt wird.

1996: Der Sieg, der eine Niederlage war

Wie erwähnt scheiterte die erste Rechtsregierung nach wenigen Monaten. 1996 trat das Mitte-Links-Bündnis *L'Ulivo* (Olivenbaum) um den Spitzenkandidaten *Prodi* an. Aus der Wahl ging *L'Ulivo* als Sieger hervor, und die Koalition um *Berlusconi* blieb in der Opposition. Das Wahlergebnis führte quer durch alle politische Lager zu Verwirrungen bis hin zu krassen Fehleinschätzungen. Tenor war, dass die rechte Hegemonie gebrochen sei und die Linkskoalition der fortschrittlichen Kräfte eine Mehrheit erkämpft habe. Bei Teilen der europäischen Linken galt der Sieg gar als weiteres Indiz für das nahe Ende der neoliberalen Hegemonie in Europa und für den Niedergang der liberal-konservativen Herrschaft. Manche Superlative wurden bemüht, von der historischen Wende bis hin zur Revolution. Konservative Leitartikel sahen sogar die Renaissance des Kommunismus angebrochen und reanimierten Feindbilder aus der Zeit des Kalten Krieges. Der Realität wurden diese „Analysen“ nie gerecht. Der Sieg von *L'Ulivo* geht einzig auf den eigenständigen Auftritt der *Lega* nach dem Bruch mit dem Rechtsbündnis und den speziellen italienischen Wahlmodus zurück. Faktisch erhöhte sich 1996 der Stimmenanteil aller Rechtsparteien gegenüber der Wahl von 1994 und überstieg deutlich die Stimmen der Mitte-Links-Koalition.⁴

Eine Linke kam an die Regierung, als sie inhaltlich auf den meisten Feldern geschlagen war und fast alle Ansprüche an eine politische Wende durch ihre eigene Modernisierung aufgab. Es wurde ihr unmöglich, ein politisches Projekt zu formulieren, das über ein reibungsloses Management des Tagesgeschäfts hinausging und dessen primäres Ziel darin bestand, die Maastrichtkriterien der EU einzuhalten, um Italien in die Währungsunion des Euros zu führen.⁵ Ökonomisch und sozial hatte sie keine wirkliche Alternative zum Neoliberalismus anzubieten. Sie setzte stattdessen auf eine Abfederung der schlimmsten Folgen der zunehmenden sozialen Polarisierung, auf einen aktivierenden Sozialstaat und die „Neue Mitte“. Haushaltssanierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bildeten den Rahmen ihrer

Politik. In einem Land ohne starke Rechtsparteien kann dieser Pragmatismus durchaus zum erneuten Wahlsieg reichen. In Italien steht dem aber eine politische Rechte entgegen, die inhaltlich dominiert und sich in eine populistisch-neofaschistische und in eine marktradikal-pragmatische Variante teilt. Das Original tritt stringenter und authentischer auf und kann der linken Kopie vorgezogen werden.

Nach der Wahl 1996 versuchte die *Lega* ihren Erfolg auszubauen und setzte wieder stärker auf ihre alte Forderung nach Sezession des Nordens. Aber mit der *Forza Italia* entstand auf eigenem Boden eine ernste Konkurrenz. Sie benutzte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die gleichen neoliberalen Argumente und griff den Föderalismus auf, ohne die nationale Einheit in Frage zu stellen. Viele dankten es der *Lega* nicht, dass sie zum Scheitern der Rechtsregierung beigetragen hatte. Es kam zu Konflikten um den Kurs und Abspaltungen, die das alte Problem verstärkte: Allein ist sie zu schwach, um ihre Ziele national durchzusetzen. Es war nur eine Frage der Zeit, wann *Umberto Bossi* sie wieder in das Rechtsbündnis führen würde. Vor wenigen Monaten war es dann so weit.

Die *Alleanza Nazionale* sorgte durch den Eintritt in die Regierung 1994 für Aufsehen in ganz Europa und erhöhte gleichzeitig ihr Ansehen. *Gianfranco Fini* versuchte in der Oppositionszeit, daran anzuknüpfen und seine Partei zur bestimmenden Rechtspartei auszubauen, um die *Forza Italia* und *Berlusconi* auf lange Sicht überflüssig zu machen. Dieser Schritt sollte ermöglicht werden durch die Modernisierung des Parteiprogramms und die Anwerbung neuer Mitglieder aus den untergegangenen konservativen Parteien. Für kurze Zeit schien der Weg erfolgreich. Die Popularität *Finis* wuchs, und die Erfahrungen aus der langen Parteigeschichte schienen für den Oppositionsalltag besser geeignet zu sein als die neue, künstliche Struktur der *Forza Italia*.

Diese erste ernste Krise meisterte die *Forza Italia* u.a. durch die ihr zur Verfügung stehenden Medien. *Berlusconi* konnte ab 1998 seine Reputation als Oppositionsführer wiederherstellen und seine Partei zum politischen Bezugspunkt aller anderen Parteien ausbauen. Die *Lega* musste ihre separatistischen Ziele zugunsten des Föderalismus aufgeben, und die *Alleanza Nazionale* ihre Positionen den neoliberalen Vorstellungen der FI annähern. Beides führte und führt zu inneren Konflikten und stärkte *Berlusconi*'s Position als unumschränkter Führer des Bündnisses. Vor allem die Parlamentarier der *Forza Italia* nutzten die Oppositionszeit, um den Alltag als künftige Regierungspartei zu üben. Waren die Wahlen 1994 noch durch das Verschwinden der alten politischen Köpfe gekennzeichnet, und rund 70% aller gewählten Abgeordneten neu und unerfahren, änderte sich dies bereits 1996. Neuheit war nicht mehr das alleinige Charakteristikum, um aufgestellt zu werden, und es wechselten immer mehr Politiker aus den alten, untergegangenen Parteien zum Rechtsbündnis. Bis jetzt ist klar, dass nur *Berlusconi* und seine Partei die Konstruktion des heterogenen Wahlbündnisses garantiert, mit der die politische Rechte zurück an die Macht gelangen kann. Die Konsolidierung der *Forza Italia*, die gewachsene Erfahrung ihrer Parlamentarier und Funktionäre und die stärkere Verankerung in der Gesellschaft führten bereits zu Erfolgen bei den Europawahlen 1999 und bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2000. Seitdem werden zwei Drittel der Regionen durch die Parteien des Rechtsbündnisses regiert. Ein Wahlerfolg am 13. Mai 2001 würde diese Phase abschließen.

Modernisierung von Rechts: Die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates

Das Buch konzentriert sich auf die *Forza Italia*, *Lega Nord* und *Alleanza Nazionale*. Die politische Implosion der „Ersten Republik“, die konstatierte soziale und ökonomische Krise und die ungelöste Mezzogiornofrage werden von der Rechtskoalition ideologisch verkürzt auf den italienischen Wohlfahrtsstaat zurückgeführt. Unabhängig von seiner realen Ausprägung werden von den drei Parteien mit unterschiedlichen Schwerpunkten gängige neoliberale Antworten zur Überwindung der konstatierten politischen und ökonomischen Probleme gegeben. In der Rechtskoalition herrscht prinzipiell eine ausgeprägt negative Einstellung zum Wohlfahrtsstaat, welche sich an folgende exemplarische Beschreibung anlehnt: „Die italienische Krise war deshalb jedoch keinesfalls eine wirtschaftliche Krise, sondern vielmehr eine Steuerkrise, hervorgerufen durch eine unvernünftige Verwaltung öffentlicher Mittel [...] Dieses Phänomen [Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staates, Anm. d. Verf.] ist nicht an eine besondere Konjunktur gebunden, es ist vielmehr das typischste und auffallendste organische Laster der Ausbreitung des bürgerlichen Radius des liberalen Staates und der folgenden Geburt der sozialen Demokratie, in dem der Wählerkonsens durch eine enorme Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen erzielt wird. Im Ganzen ist die Steuerkrise eine ‚natürliche‘ Folge der Massendemokratie und ihres grundlegenden institutionellen Ausdrucks: des Wohlfahrtsstaates.“⁶ An dieser Feststellung ist zwar kaum etwas richtig, aber sie greift die beiden Kernpunkte auf, um die sich die Antworten der Rechtsparteien gruppieren: das Problem der Massendemokratie, die über das Parlament den abhängig Beschäftigten potentiell den Eingriff in die wirtschaftlichen Abläufe eröffnet, und die „überbordende“ Umverteilung zur sozialen Korrektur der Produktions- und Verteilungsergebnisse. Radikale institutionelle Reformen und eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik werden zur gemeinsamen Basis der Kritik am italienischen Wohlfahrtsstaat.

Die *Forza Italia* verkauft ihre Antworten bis heute als Bürgerbewegung. Dies ist nicht nur ihrer kurzen Geschichte geschuldet, sondern war immer strategisch gewollt. Mit einer neuen Art der Politik will sie sich von den untergegangenen Altparteien unterscheiden. Schon allein der Name „Vorwärts Italien“ suggeriert den Aufbruch und soll Modernisierung signalisieren. Anfangs gab es kein dezidiertes Parteiprogramm, da man das Korsett der Programmatik verlassen und neue, intelligente Lösungen propagieren wollte. Trotz dieser Phrasen zeigt sich von Beginn eine klare wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung. *Berlusconi* als Selfmademan symbolisiert in seiner Person die Kategorien der favorisierten Konzeption: Leistungsstärke, Individualisierung, Unternehmergeist, Wille zur Macht, Elitebewusstsein, Entfesselung der Marktkräfte und Wettbewerb. Alle Eingriffe des Staates zur Umverteilung werden kategorisch abgelehnt und gelten als unproduktiv, wohingegen der Markt ausnahmslos als Steuerungsinstanz der Gesellschaft gilt. Der einfache Bürger und die produktiven Schichten – vor allem der Klein- und Mittelstand – seien in der Vergangenheit ausgepresst worden und hätten die italienische Gesellschaft einer Wohlfahrtsdiktatur überantwortet. Auch den wirtschaftlichen Dualismus zwischen Nord- und Süditalien führt die *Forza Italia* im Kern darauf zurück, dass die strukturellen Ungleichgewichte erst durch die Staatseingriffe entstanden seien oder zumindest verstärkt wurden. Die behauptete Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes konnte nicht wirken. Daneben unterminiere die sozialstaatliche Inter-

vention die Motivation und Leistungsbereitschaft der Bevölkerung. Den Ergebnissen der Industrie- und Sozialpolitik der Vergangenheit wird ohnehin nur der Status eines Kunstprodukts zuerkannt, da sie keine gewachsene Struktur im Sinne eines evolutionären Prozesses aufwiesen und sich langfristig nicht selbst tragen könnten. Alle sozialen Leistungen und demokratischen Rechte stehen letztlich zur Disposition, und eine mögliche Opposition, vor allem die Gewerkschaften und linke Parteien, wird rigoros bekämpft bzw. es wird bis heute die Gefahr einer kommunistischen/sozialistischen Machtübernahme beschworen. Elitärer Führungsanspruch in Verbindung mit einem auf moderne Medien und Kommunikationsformen basierenden Auftreten, Standortrhetorik und Entfesselung der Marktkräfte sind die Merkmale der größten liberal-konservativen Partei.

Der Bruch mit den institutionellen Strukturen der „Ersten Republik“ wurde am schärfsten durch die *Lega Nord* gefordert, die Mitte der 80er Jahre auf der politischen Bühne Italiens erschien. In ihr sammelten sich die Proteste der wohlhabenden nördlichen Regionen gegen den römischen Zentralstaat, der nach ihrer Auffassung zu Unrecht die Umverteilung in die süditalienischen Regionen organisiert. Diese Transferleistungen, die der Kapitalstock der Mezzogiornopolitik war und als parteiübergreifende innerstaatliche Entwicklungspolitik bis dato akzeptiert wurde, bilden einen Ausgangspunkt, der die Proteste der vermeintlichen Nettozahlerregionen aufgriff und kanalisierte. Forderungen nach einer starken regionalen Autonomie bis hin zur Sezession und eine Steuer- und Finanzhoheit kündigten de facto den Kompromiss zur Entwicklung der gesamten Nation auf und legte jede gesellschaftlich organisierte Verteilungs- und Industriepolitik ad acta. Rassistische und konservative Ressentiments gegenüber den Bewohnern der strukturschwachen Regionen und Migranten sind dabei üblich und untermauern ideologisch die wohlstandchauvinistische Politik der *Lega Nord*. Statt eines Nationalismus bemüht die *Lega* einen Regionalismus, der über die Konstruktion einer regionalen Identität und den Nützlichkeitsaspekt den Prozess von sozialer Inklusion und Exklusion befördert und nicht auf eine Blut und Boden-Ideologie angewiesen ist. Autoritäres, rassistisches Denken und Sozialdarwinismus spielen eine zentrale Rolle, die zwar von europäischen Parteien und Regierungen und innerhalb der italienischen Diskussion immer wieder kritisiert werden. Der spezifische Regionalismus als konstituierender Faktor dieser Positionen gilt hingegen nicht als ein integraler Bestandteil moderner rechter Politik. Hiermit kann die *Lega Nord* vielmehr auf eine Akzeptanz in Europa aufbauen, welche die Subsidiarität und das Konzept vom „Europa der Regionen“ selbst als positiven Bezugspunkt der europäischen Integration ansieht.

Die Programmatik der *Alleanza Nazionale*, der historischen Komponente im Rechtsbündnis, unterscheidet sich u.a. vom Föderalismus bzw. Separatismus der *Lega* und den marktradikalen Lösungen der *Forza Italia* dadurch, dass die Einheit der Nation auf keinen Fall zur Disposition steht. Der Staat müsse auch weiterhin eine herausgehobene Rolle spielen. Seine zentrale Aufgabe findet er als ordnender Faktor, der breit akzeptiert wird und den es unter Effizienzkriterien auszubauen gelte. Ein starkes Präsidialsystem mit plebiszitären Elementen wird befürwortet, um die parlamentarische Suche nach Kompromissen zurückzustufen, da sich durch ein hemmungsloses Verfolgen von Partikularinteressen keine gesamtgesellschaftlich befriedigenden Lösungen für die Probleme des italienischen Volkes finden ließen. Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden nicht wie in vielen neofaschisti-

schen Parteien/Gruppierungen in Abrede gestellt, sondern eine institutionelle Einbindung im korporatistischen Sinne angestrebt. Eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die *Alleanza Nazionale* nicht anbieten. Sie greift ebenfalls auf neoliberale Antworten zurück, verbindet sie mit einer sozialphilosophischen Komponente und ihrem spezifischen Staatsverständnis. Zentral ist der Rekurs auf Werte und Traditionen, die soziale Gemeinschaft und ein Idealbild von der Gesellschaft, um den Verteilungskonflikt zu minimieren. Mit dem starken Bekenntnis zur Nation und der vorgebrachten Sorge um das gesamte Volk wird die *Alleanza Nazionale* für die süditalienische Bevölkerung interessant, die durch die *Forza Italia* und *Lega Nord* ungenügend repräsentiert werden. Dort hatte der MSI bereits seine Stimmhochburgen. Die neofaschistische Partei ist heute zum programmatischen Spagat zwischen autoritärer, aber fürsorgender Partei und der Modernisierung des Wirtschaftssystems mit starken sozialen Einschnitten gezwungen. Setzt sie zu sehr auf Marktlösungen, verprellt sie ihre Stammwähler und muss versuchen, die negativen Folgen der Polarisierung anderen Minderheiten anzulasten und den sozialen Zusammenhalt durch den Rekurs auf Familie und Tradition zu stärken. Die sozialdarwinistische und anti-emanzipatorische Agitation ist ein fester Bestandteil der Strategie, die gesellschaftliche Konflikte in die gewünschten Bahnen zu lenken. Vorgebracht werden diese Argumentationen, wie auch von den beiden Partnern, in moderner Sprache und Begründung, ohne auf eine plakative rassistische oder neofaschistische Rhetorik zurückzugreifen. Zumal sich bereits der historische italienische Faschismus von der deutschen nationalsozialistischen Variante deutlich unterschied. In Italien stand weder der biologische Determinismus, der darauf aufbauende Rassismus und der eliminatorische Antisemitismus im Zentrum des faschistischen Regimes. Jeder Versuch eines Abgleichs der *Alleanza Nazionale* anhand dieser „üblichen“ Kategorien zur Analyse ihres Selbstverständnisses und ihrer Zielsetzung muss deshalb scheitern und führt üblicherweise dazu, sie als postfaschistisch oder rechts zu *definieren*.

Berlin, 3. Mai 2001

II. Ein Mann und seine Partei: Silvio Berlusconi's Forza Italia

Der Erfolg der *Forza Italia* (FI) ist nur zu verstehen, wenn ihre Entstehungsgeschichte und Struktur im Zusammenhang mit dem Mitglieder- und Wählerprofil sowie ihren politischen Botschaften gesehen werden. Die Elemente Partei, Organisation und Ziele werden kontinuierlich aufeinander abgestimmt, um die Positionen massenwirksam zu präsentieren. Dass diese in der Gesellschaft ankommen, ist einerseits *Berlusconi's* Medienimperium zu verdanken. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil, wenn man bedenkt, dass die neoliberale Revolution selbst im Ursprungsland England auf Verbündete und Multiplikatoren in den Medien angewiesen war, die diese Politik transportierte.⁷ Der FI steht ein eigener Medienapparat zur Verfügung, der sie von Beginn an tatkräftig begleitete und aus dessen Umfeld zentrale Personen rekrutiert wurden, um die Partei zu kreieren und ihr Auftreten zu formen. Medienmacht, eine charismatische Führungsperson und eine spezielle Organisation sind also notwendige Bestandteile, um das selbstgesteckte Ziel zu erreichen, die FI zu der dominierenden liberalen Massenpartei in Italien aufzubauen.⁸

Trotzdem wäre es zu kurz gedacht, ihre Wahlerfolge und die wachsende soziale Verankerung allein darauf zurückzuführen. Vor 1994 wären *Berlusconi* und die FI auf keine große Zustimmung gestoßen, da sich die Bedürfnisse der Wähler über die alten Parteien und Institutionen vermitteln ließen. Zu Beginn der 90er Jahre änderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen jedoch fundamental. Erst mit der politischen Krise wurde es überhaupt möglich, radikal neoliberale Positionen zu vertreten. Strategisch geschickt stellte die FI sich dabei als treibende Kraft und zugleich Ergebnis der kompletten Umwälzungen des Parteiensystems dar. Dieser Schachzug erwies sich als goldrichtig. Die Gleichsetzung der FI als Manifestation des Neuen ist aber nicht nur den üblichen Veränderungen des modernen Wahlkampfes und der Darstellung aller Parteien als modern, innovativ und der Zukunft zugewandt geschuldet. Vielmehr wird durch dieses Vorgehen verdeckt, dass die FI die Kontinuität der konservativen Vergangenheit der italienischen Politik am deutlichsten verkörpert.⁹ Dass dieser „Trick“ gelingt, liegt zum einen an der Öffentlichkeit selbst, die in der Mehrheit von einer selbstkritischen Analyse der politischen Geschichte kaum etwas wissen will. Zum anderen bietet die FI durch ihre politischen Botschaften einen Perspektivenwechsel an und *definiert* die Nachkriegsgeschichte in wesentlichen Aspekten stellvertretend für ihre Wähler neu. Vor diesem Hintergrund tritt die Koalition der Rechtsparteien seit 1994 erfolgreich auf, um die konservative Revolution in Italien nachzuholen.¹⁰

A. ENTWICKLUNG DER PARTEI

1. Ein Unternehmer geht in die Politik

Berlusconi hatte ein vitales Interesse am Eintritt in die Politik, nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen Situation seines Unternehmens. Sein *Fininvest*-Konzern war Ende 1992 mit 4.528 Mrd. Lire überschuldet. Eine Besserung war nicht in Sicht.¹¹ Oder anders gesagt: Er stand vor dem Aus. Diese Situation kam nicht aus heiterem Himmel, sondern war absehbar. Seit den 60er Jahren nahm er ständig Kredite auf, um die Liquidität des Konzerns zu gewährleisten. Mit den Krediten wurden wiederum neue Firmen gekauft und die Geschäftsfelder erweitert bzw. gewechselt (Baubranche, Privatfernsehen/Radio, Werbung, Verlagswesen, Handel und Finanzdienstleistungen). Sein gesamtes Imperium war im Grunde auf Sand gebaut und konnte wie ein Kartenhaus in sich einstürzen, sobald die Kreditkette riss oder dem unseriösen Verhalten durch veränderte politische Bedingungen ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Diese Wirklichkeit stimmt jedoch nicht mit der eigenen und propagierten Wahrnehmung überein. Gerade der selbst inszenierte Mythos vom Selfmademan und erfolgreichen Unternehmer ist Bestandteil der wiederholten Begründung dafür, warum *Berlusconi* die einzig richtige Wahl für das Amt des Regierungschefs sei.¹² Sein Erfolg als Unternehmer qualifiziere ihn für die höchsten politischen Aufgaben, da er über alle Voraussetzungen für eine effiziente und gute Amtsführung verfüge. Durch die Betonung seines angeblichen wirtschaftlichen Erfolgs und das Insistieren auf den Mythos des Machers werden gleichzeitig die engen Kontakte zu DC und PSI, den bestimmenden Parteien der italienischen Nachkriegsrepublik bis Anfang der 90er Jahre, verdrängt. *Berlusconi* war von Anbeginn Günstling des mit diesen Parteien verbundenen Systems von Einflussnahme, Gefälligkeiten und Korruption, ohne das er nie erfolgreich geworden wäre. Seine Verbindungen führten bereits vor 1994 immer wieder zu zahlreichen Ermittlungsverfahren und Anklagen gegen ihn und seine Firmen.¹³ Auch heute noch führen die Altlasten aus der Vergangenheit zu Ermittlungsverfahren und Anklagen, denen *Berlusconi* selbst aber bisher nie „zum Opfer“ fiel.¹⁴

Aber kommen wir zurück. Mit dem politischen Niedergang des PSI-Führers *Bettino Craxi* und der Führungsspitze der DC um *Giulio Andreotti* und *Arnaldo Forlani* schwand die politische Protektion für *Berlusconi*, und die Existenz des Konzerns war nicht nur durch sein ökonomisches Agieren gefährdet, sondern nun auch politisch bedroht. Als zentrales Problem stellte sich in der Zeit des politischen Umbruchs die fehlende eindeutige medienrechtliche Grundlage für den Betrieb der Privatsender heraus. Selbst gegen das von *Craxi* durchgesetzte und zum Vorteil *Berlusconi*s formulierte Mediengesetz des damaligen Ministers *Oscar Mammi* (*legge mammi*) wurde immer wieder verstoßen. Der Medienkonzern entstand also nicht nur im rechtsfreien Raum, vielmehr begünstigten die im nachhinein formulierten Gesetze *Berlusconi* so offensichtlich, dass ihre Aufhebung bei Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse immer möglich war, was den Verlust der Sendelizenzen zur Folge gehabt hätte.¹⁵ Damit wäre die wichtigste Einnahmequelle entfallen und die wirtschaftliche Sanierung des Konzerns unmöglich geworden. *Berlusconi*s Imperium wäre de facto zusammengebrochen.

Aber auch von einer anderen Seite drohte Gefahr. Im Kontext der Korruptionsermittlungen, die von der Mailänder Staatsanwaltschaft zu Beginn der 90er Jahre initiiert wurden und die Verbindungen zwischen Politik, organisiertem Verbrechen und Unternehmen aufdeckten, verstärkten sich die Ermittlungen gegen leitende Personen von *Fininvest*. Zusehends wurden die Ermittlungen für *Berlusconi* selbst gefährlich.¹⁶ 1994 schließlich, dem „Geburtsjahr“ der FI und ihrem ersten Antritt bei Parlamentswahlen, tauchten immer neue Fakten auf: Die Privatbank *Rasini*, die bereits in den 60er und 70er Jahren *Berlusconi*'s Aufstieg begleitet hatte, fungierte als „Waschanlage“ von Schwarzgeldern der Mafia. Mit diesen Geldern wurde auch der Konzern versorgt. Die Finanzierung durch seine Hausbank *Banca Nazionale del Lavoro* (BNL) stellte sich im Nachhinein als irregulär und illegal heraus. Geldmittel flossen, weil an ihrer Spitze Vertreter der Geheimloge *Propaganda 2* (P2) standen und diese ihrem „Bruder“ *Berlusconi*, der bereits seit dem 26. Januar 1978 (Nummer 1816) Mitglied der P2 war, beistanden. Darüber hinaus tauchten die ersten gerichtsverwertbaren Hinweise über die Beziehungen zwischen den führenden *Fininvest*-Managern *Alberto* und *Marcello Dell'Utri* zur Cosa Nostra auf.¹⁷ Und es erhärtete sich der Verdacht der permanenten Steuerhinterziehung und Gesetzesübertretungen des Konzerns, zu dessen Zweck dieser in 38 voneinander unabhängige Unternehmenseinheiten aufgeteilt wurde.¹⁸ Für *Berlusconi* stand auf dem Höhepunkt der politischen Krise in Italien also nicht weniger als sein eigenes ökonomisches und politisches Überleben auf dem Spiel. In dieser ausweglosen Situation entschloss er sich, trotz gegenteiliger Meinungen aus dem engsten Führungszirkel des Konzerns, selbst in die Politik einzutreten. Natürlich kam es für ihn nicht in Frage, sich in einer der bereits bestehenden Parteien als „zweiter Mann“ zu engagieren. Zumal es nicht klar war, welche der alten Parteien die Krise überhaupt überleben würde. Gebraucht wurde eine neue Partei, die seinen Ansprüchen und denen der neuen Zeit gerecht werden konnte.

2. Eine moderne Partei wird gemacht

Die Geschichte der FI bestätigt die Weisheit, am Anfang steht die Idee. Bevor die FI 1994 zum ersten Mal in Erscheinung trat, wurde bereits im Herbst 1993 der spätere Wahlkampf und die Ausarbeitung der Strategie in einer streng ausgewählten Gruppe von *Fininvest*-Topmanagern koordiniert. Die Führungsgruppe rekrutierte sich vor allem aus der konzern-eigenen Werbeagentur *Publitalia* um ihren damaligen Chef *Marcello Dell'Utri*. In diesem Zirkel wurde eine Vorauswahl der möglichen politischen Kandidaten für die neue Partei getroffen, und hier lag auch die organisatorische und finanzielle Entscheidungshoheit.¹⁹ *Dell'Utri* holte sich zu diesem Zweck *Domenico Lo Iucco* an seine Seite, der sich später hauptsächlich um die Auswahl der Kandidaten für die Parlamentswahl kümmerte und die Listen zusammenstellte.²⁰ Die lokale und regionale Präsenz sollte später durch die *Forza Italia Clubs* garantiert werden, die der politisch heimatlosen Mittelschicht nach der Auflösung von DC und PSI als Organisationsplattform angeboten wurde. Nach eigenem Verständnis ist der *Forza Italia Club* „eine freie und autonome Vereinigung von Personen, die mit kultureller, sozialer und im weitesten Sinne auch politischer (nicht parteigebundener) Initiative verstehen, die

Wertschätzung, die Verbreitung und Vertiefung der Konzeption einer liberalen Demokratie für das Leben und die Gesellschaft voranzubringen.“²¹ Zur Koordinierung der Clubs, gründete man bereits im November 1993 die *Associazione Nazionale dei Club Forza Italia* (AN-FI), als deren Präsident *Angelo Codigno* eingesetzt wurde, ehemaliger Leiter des französischen Fernsehsenders *Cinq*, der mehrheitlich *Fininvest* gehörte. Er leitete und regelte die Zusammenarbeit und die Führung der lokalen Gruppen sowie die Werbestrategie für ihr medienwirksames Auftreten. Im Dezember stieß zu dieser Gruppe von Vertrauenspersonen noch *Domenico Mennitti*, Exparlamentarier der neofaschistischen MSI, der nicht die einzige personelle Verbindung zu ihr blieb.²² An exponierter Stelle ist der langjährige MSI-Sympathisant *Cesare Previti*, *Fininvest*-Anwalt und engster Vertrauter *Berlusconis* zu nennen, der im Kabinett von 1994 das Amt des Verteidigungsministers übernahm.²³

Um die Bedürfnisse im politischen Lager der Mitte herauszufinden, wurde das aus Mitteln der *Fininvest* gegründete Meinungsforschungsinstitut *Diakron* mit der Aufgabe betraut, eine umfangreiche Studie zu erstellen. Eine ähnliche Studie legte im September 1993 das französische Institut *Design Strategy* vor, um die primäre Zielgruppe der FI, den bürgerlichen Mittelstand, adäquat und effizient mobilisieren zu können. Das vordringlichste Problem der von oben geschaffenen Partei war die fehlende gesellschaftliche Basis von unten. Um die dafür notwendige Grundstimmung zu schaffen, wurde jedoch schon wichtige Vorarbeit geleistet. Ende 1993 gab es einen öffentlichkeitswirksamen Aufruf „unabhängiger“ Professoren und Personen des öffentlichen Lebens, die nicht mit der Korruption und dem Klientelismus der Vergangenheit in Verbindung standen. Der mit der Überschrift „Bürger zum Gegenangriff“ versehene Aufruf stellte bereits zwei wesentliche Elemente der später auftretenden FI heraus: *Erstens* gehe es um die Rückeroberung der Politik durch den einfachen Bürger. Die Übertragung der Rechte an die Parteien und die dort agierenden Intellektuellen sei nicht mehr hinnehmbar. *Zweitens* müsse es zu einer Revolution in Bezug auf die Aufgaben des Sozialstaats kommen, sprich der Wettbewerb müsse Einzug halten im gesamten System der sozialen Sicherung, womit eine Aufwertung der Familie und der Eigenverantwortung verbunden sei.²⁴ Bereits die Sprache ist so abgefasst, dass die Problemsicht einhergeht mit der Diskreditierung jeglicher gesellschaftlichen Intervention zur Herstellung sozialer Gleichheit, die über den Markt und die Privatinitiative hinausweist. Daneben wird nach einer neuen politischen Kraft gerufen, die dem italienischen Bürger eine gute Regierung in einer Zeit garantieren könnte, in der alle anderen nur korrupt seien. Interessant an diesem Dokument ist, dass sich einige der führenden Initiatoren des Aufrufs wenige Wochen später im engsten Führungszirkel der FI wiederfinden und das Parteiprogramm schreiben werden. Von Zufall kann hier nicht die Rede sein; eher von bewusster Strategie, die Stimmung für eine neue politische Kraft auszuloten und mit den Positionen wichtige Diskussionsfelder zu besetzen, um dann genau diese politische Kraft in Form der FI hervorzuzaubern. Allein dieses Vorgehen zeigt das Geschick des Parteimanagements, das sich in den folgenden Monaten noch steigern sollte. Die Strukturen waren vorbereitet und die politischen Ziele und Botschaften relativ klar *definiert*, als es die Partei noch nicht einmal gab. Einzig das Problem der Mobilisierung der Basis war zu lösen. Hier standen die *Forza Italia Clubs* bereit, die in der Außendarstellung die fehlende Bürgerbeteiligung bei der Entstehung der Partei relativieren sollten (bis zum 6. Februar 1994 gab es 2.500 Clubs). Die Vereinsmitglieder fungierten dabei

lediglich als Werbemultiplikatoren und Manövriermasse, um den Charakter einer Bewegung mit pluralistischen Strukturen konstruieren zu können. Die Mitglieder hatten weder Einfluss auf das Programm noch auf die Kandidatenauswahl. Diskussionen waren nicht vorgesehen, weil es nichts zu diskutieren oder entscheiden gab.

Die Hierarchisierung verstärkte sich nach den gewonnenen Parlamentswahlen im März 1994. Die Clubs verloren ihre primäre Existenzberechtigung, lösten sich auf oder entfernten unerwünschte Mitglieder. Es folgte eine Diskussion über Sinn und Zweck der Mitgliedschaft in der FI.²⁵ In dieser angespannten Situation stand *Berlusconis* Führungsanspruch vor der ersten ernstesten Probe. Das Problem wurde wie immer gelöst: Die Organisationsstruktur musste an die veränderten Bedingungen angepasst werden. Zu diesem Zweck setzte die Führung im September 1994 den allgegenwärtigen *Cesare Previti* als nationalen Koordinator der FI ein. Im Oktober präsentierte er seine Vorstellungen von der schlanken Struktur (*partito leggero*), mit der die FI in die nächste Phase eintreten sollte. Die Organisationsstruktur wurde komplett von den Clubs getrennt und auf die gewählten Parlamentarier übertragen. Sie formten ein Kollegium (*collegio uninominale della Camera*), das aus den gewählten und den nichtgewählten Kandidaten der Wahllisten und aus den Mitgliedern der Clubs, die Personen wählen sollten, die in Zukunft die politische Führung der Basisorganisation der Partei bilden würden. Aus dem Kreis der Parlamentarier nominierte *Previti* zusätzlich zwanzig regionale Koordinatoren und Stellvertreter, die aus dem inneren Führungskreis kamen. Gleichzeitig versprach man noch in 1995 einen nationalen Parteitag einzuberufen, an dem Parlamentarier, Europaabgeordnete, die regionalen Koordinatoren und die Führung der Basisorganisationen zusammenkommen sollten, um den weiteren Weg, die Parteistruktur und die Entscheidungsfindung zu diskutieren.²⁶ Der Termin wurde immer wieder verschoben und erst vier Jahre nach dem ersten Auftritt der FI fand im April 1998 in Mailand der erste Parteikongress statt. Am Aufbau und der internen Hierarchie änderte sich auch danach nur wenig.

Fasst man die strukturelle und organisatorische Entwicklung von den Anfängen 1993 bis in die Gegenwart zusammen, so ist das einzige Ziel der Partei, sich unter verändernden Bedingungen immer wieder neu darauf zu konzentrieren, die Positionen der Führung zu verbreiten.²⁷ Hierfür hat die Partei effizient zu sein und kein dahingehendes Eigenleben zu entwickeln, das zu scharfen Diskussionen und internen Machtverschiebungen führt. Trotzdem muss die FI dennoch offen sein, um alle politischen Felder abzudecken und die anfangs sehr reduzierten Botschaften zu erweitern. Das Ziel, eine liberale Massenpartei zu sein, kann sich nicht in der ständigen Wiederholung wirtschaftsliberaler Glaubensbekenntnisse erschöpfen. In der FI entstanden deshalb spezielle Strömungen (*correnti*), welche die Beziehungen zu Gewerkschaften, abhängigen Beschäftigten, Rentnern und zur christlich-konservativen Mittelschicht ausbauen sollten.²⁸ Ebenso schuf die Führung spezielle Organisationsstrukturen für die Zielgruppen, die als primäre Wahlklientel identifiziert waren: *Giovanni di Forza Italia* (Jugendorganisation), *Azzurro Donna* (Frauen), *Seniores* (Organisation der Älteren).²⁹ Das Besetzen „linker Themen“ und die Abschwächung des marktradikalen Auftretens der Anfangszeit ist jedoch nicht nur das Ergebnis der notwendigen Verbreiterung des politischen Angebots, sondern auch eine Reaktion auf die innenpolitischen Spannungen, welche die erste Amtszeit der Rechtsregierung begleitete. Es zeigte sich sehr deutlich, dass zur Durchsetzung der propagierten Reformen nicht nur der politische Wille und eine starke Führung

nötig sind. Einzubinden oder zumindest ruhigzustellen sind relevante Gruppen, die der Politik der FI ablehnend bis skeptisch gegenüberstehen.³⁰ Aus dem Scheitern 1994 zog man den durchaus richtigen Schluss, dass sich der verfolgte wirtschaftsliberale Kurs und die damit verbundene Zerschlagung des „verhassten“ Wohlfahrtsstaates allein mit ökonomischen Begründungen und simplen Glücksversprechen nicht durchsetzen lässt. Es bedarf vielmehr eines sozialen Wertekanons und einer entsprechenden Sozialphilosophie, die es zu entwickeln gilt und in der Gesellschaft verankert werden müssen. In der zurückliegenden sechsjährigen Oppositionszeit hatte sich die FI genau dieser Aufgabe gewidmet, um nicht zuletzt die negativen Effekte ihrer künstlichen und hierarchischen Struktur zu überwinden. Inwieweit diese Transformation gelungen ist, wird sich bei den Parlamentswahlen 2001 zeigen. Gelingt es der Rechtskoalition nicht, die Regierungsmacht zu übernehmen, so wäre die FI einer starken Belastungsprobe ausgesetzt, zumal *Berlusconi* beim Scheitern nach eigener Ankündigung die politische Bühne verlassen würde.³¹ Wie und ob die FI ohne den „großen Führer“ überleben könnte, wäre eine existenzielle Herausforderung. Dann erst würde sich zeigen, ob die FI nach dem Abtreten ihres Gründers überhaupt ein eigenes Leben hat, oder so schnell von der politischen Bühne verschwindet, wie sie entstanden ist.

3. Gesucht und Gefunden: Die Strategie für eine rechts-liberale Massenpartei

Ähnlich wie die Parteistruktur von wenigen Vertrauenspersonen am Reißbrett entworfen wurde und geführt wird, verhielt es sich auch mit den politischen Botschaften und dem daraus resultierenden Selbstverständnis der Partei. Das erste Programm haben *Giuliano Urbani* (Politologe), *Paolo Del Debbio* (Philosoph), der Wirtschaftswissenschaftler *Antonio Martino* (ehemaliger enger Mitarbeiter von *Milton Friedman*) und der pensionierte General *Luigi Cailigaris* geschrieben.³² Das aus 45 kurzen Punkten bestehende Programm war ein Glaubensbekenntnis, das ohne Analyse, Ziele und ausformulierte Umsetzungsschritte auskam. Im Kern gilt auch heute noch die zutreffende Einschätzung der ersten Programmatik: „Obwohl das Programm von *Forza Italia* also keineswegs originell ist, verdient es Beachtung [...] [Es] kommt [...] mit fünf kurz umrissenen übergeordneten Zielen aus: Freiheit der Bürger, Freiheit im Staat, effektive Solidarität, wirtschaftliche Entwicklung und – mehr als Arbeitstitel – Italien und Europa. Daß Freiheit an erster Stelle Freiheit des Unternehmers bedeutet, wird auch hier – wie in *Berlusconi*s Reden – ohne jede Scheu ausgesprochen.“³³

Die programmatischen Aussagen sind interessant, weil sie in der reinsten Form jede politische Position auf ihren Verkaufsfaktor reduzieren. Sprachlich wird dabei die Einfachheit und Pragmatik der betriebswirtschaftlichen Logik eingesetzt und konsequent zur Erklärung gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Probleme verwendet. Im Vergleich dazu fällt die programmatische Anpassung an eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialphilosophie bei anderen europäischen Parteien – rechts wie links – weit zurück. Als neue Partei hat die FI den Vorteil, dass es in ihr keine Strukturen und starken Strömungen gibt, die den programmatischen Kompromiss in soweit erzwingen würden, als dass die Stringenz der Argu-

mentation verloren ginge. Nach außen wirkt dies positiv, da die Botschaften klar bleiben und zusätzliche Aspekte lediglich um die Kernaussagen gruppiert werden. Die 45 Punkte des Anfangsprogramms wurden zu 100 Punkten ausgebaut, denen jeweils ein „Analyseteil“ bzw. Problemaufriss vorangestellt ist. So werden zu den folgenden sechs politischen Schwerpunkten kurze und prägnante Lösungen präsentiert: 1. Die Notwendigkeit eines Präsidialsystems zur Konstituierung einer stabilen Regierung, die den Bürgern einen effizienten, schlanken Staat an die Seite stellt. 2. Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen für ein neues ökonomisches Wunder. 3. Steuerreduzierung, Begrenzung der Staatsausgaben und Inflationsbekämpfung. Förderung der speziellen Ressourcen im Mezzogiorno und die Entwicklung der nationalen Infrastruktur. 4. Ordnung und Sicherheit. 5. Umbau des Sozialsystems und Familienförderung. 6. Internationale Rolle Italiens.³⁴

In der zweiten Phase des 94er Wahlkampfes wurden die politische Strategie und das Auftreten der Partei entwickelt. Basierend auf Umfrageergebnissen (focus groups) zahlreicher eigener (*Publitalia*) und externer Meinungsforschungsinstitute wurde das Produkt – die Partei – auf den Kunden – den Wähler – und umgekehrt so zugeschnitten, dass die höchstmögliche Akzeptanz gesichert wird. Schon damals legte man fest, dass es zu allen wichtigen Fragen keine politische Äußerung geben soll, ohne vorher die öffentliche Meinung zu testen. Alles dreht sich um den Verkauf von Botschaften in einer guten Verpackung, die auf Gefühle und das Alltagsbewusstsein abgestimmt sind. Die Aussagen zu konkreten Politikfeldern oder den Folgen der vorgeschlagenen neoliberalen Rezepte bleiben absichtlich vage. Niemand soll vor den Kopf gestoßen werden. Bis heute hat sich daran kaum etwas geändert.

Als zentraler Ausgangspunkt des Wahlkampfes 2001 wird in Anlehnung an die Nachkriegszeit ein neues Wirtschaftswunder (*boom economico*) und eine kopernikanische politische Wende versprochen, ohne sich jedoch auf die damaligen wohlfahrtsstaatlichen Ansätze zu beziehen. Ganz im Gegenteil wird gerade der italienische Sozialstaat als Kernproblem betrachtet, den es radikal um- bzw. abzubauen gilt. Die Steuerbelastung soll zu diesem Zweck reduziert, die Sozialabgaben verringert und die Staatsverschuldung zurückgefahren werden.³⁵ Das favorisierte Instrumentarium entspricht der angebotsorientierten Konzeption, die den Kapitalbesitzern eine stärkere Autonomie garantiert und die Minimierung ihrer steuerlichen Belastungen in Aussicht stellt, um die privaten Investitionen zu stimulieren. Es wundert nicht, dass die italienischen Unternehmer der FI von Beginn an durchaus aufgeschlossen gegenüberstanden. Nach der Regierungsübernahme 1994 zeigte sich, dass der wirtschaftsfreundliche Kurs nicht nur Propaganda war, sondern zu handfesten Ergebnissen führte, welche die Unternehmerverbände erfreuten. „Für börsennotierte Unternehmen mit einem Vermögen von unter DM 500 Mio. wurde die Vermögenssteuer von 36 auf 20% reduziert. Auch als im Juli die beschäftigungspolitischen Pläne der Regierung bekannt wurden, die die Schaffung von 200.000 neuen Arbeitsplätzen durch Ausdehnung von Zeitverträgen und niedrigen Einstiegsgehältern für Jugendliche vorsehen, fand dies die Zustimmung der *Confindustria*.“³⁶

Führte die eindeutige Politik in der Gesellschaft noch zu Protesten, so war und ist eine interne Diskussion über Inhalte und Ziele der FI nicht nötig. Sie entspricht vornehmlich der Bedürfnislage der Unternehmer, der Selbständigen, der Freiberufler und Angestellten,

die den Parteikern in zweierlei Hinsicht ausmachen. Einerseits findet sich hier, neben der starken Verankerung bei den Hausfrauen, die primäre Wählerklientel, andererseits rekrutieren sich aus dieser Gruppe die Politiker und Funktionäre der FI.³⁷ Herausragende Interessengruppe war dabei der Mittelstand, der exponierteste Befürworter der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der FI. „Speziell für sie [...] hatte *Berlusconis* Wahlverein *Forza Italia* fast sämtliche Maßnahmen ins Wirtschaftsprogramm geschrieben, die der Verband der Kleinunternehmer wenige Monate zuvor als Konzept zur wirtschaftlichen Erholung der Kleinindustrie genannt hatte.“³⁸ Um die Interessenpolitik zu kaschieren bzw. zu ergänzen, müssen die Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik im Wahlkampf natürlich immer allgemein ausfallen. Parallel dazu wird das spezielle Interesse der Unternehmer als gesamtgesellschaftliches Interesse präsentiert, das alle gesellschaftlichen Gruppen über ihre Einkommenserzielung hinaus umfasst. Ökonomische und soziale Widersprüche werden so im Idealistischen einer Werte- und Wettbewerbsgemeinschaft aufgelöst. Die im Zuge der Diskussion über das Verschwinden von Rechts und Links sukzessiv entfallene Unterscheidung wirtschaftspolitischer Konzeptionen greift die FI auf. Zumal diese Art der Entpolitisierung von den Konkurrenten auf der linken Seite des politischen Spektrums ebenfalls betrieben wird. Wenn es aber nur noch eine moderne Wirtschaftspolitik gibt, steht eine „moderne“ Partei nach Art der FI an der Spitze einer Bewegung, bei der die Konkurrenten nur das Nachsehen haben können.

In Italien hat das „Verschwinden der Politik“ noch einen speziellen Grund. Seit den 90er Jahren ist dort eine massive Entpolitisierung als Folge der Skandale und Affären zu beobachten. Die Abkehr von der Politik wird positiv gewendet auch als Emanzipation von den Parteien bezeichnet, so dass alle drei Parteien des Rechtsbündnisses sich selber als Bewegung sehen bzw. verkaufen. In dieser Zeit wurde vieles verdrängt und der Ruf nach einem Neuanfang laut. Mangelnde Reflexion, massive Enttäuschung über das parlamentarische System und die Parteien sowie die Hinwendung ins Private erzeugt vielmehr eine Grundstimmung, die der FI entgegenkommt. In diesem Umfeld lässt sich die ökonomische Analyse und politische Auseinandersetzung durch einfache Parolen und Stereotype ersetzen. Ökonomische und soziale Zusammenhänge lassen sich auf Banalitäten reduzieren, und es wird möglich, primär mit Metaphern und Glücksversprechen zu arbeiten, die vor allem die Emotionen der Wähler/Zuschauer ansprechen. „Die Botschaften waren [und sind, Anm. d. Verf.] mehr emotional als ideologisch. Natürlich gab es ein Programm, ein neoliberales Programm, was für Italien neu war: Zutreffend, mit Perspektive, konkret und alles in allem sehr verschieden von den traditionellen italienischen Wahlprogrammen. Konstruiert als eine Deklaration vager Intentionen, dem jedoch das Motto Silvio *Berlusconis* – ‚Ich bin nicht damit einverstanden‘ – deutlich zu entnehmen war, angereichert mit wenigen klaren Aussagen und vielen Fernsehbildern.“³⁹ Das Motto wurde zum geflügelten Satz, der die Radikalität der Mitte auf den Punkt brachte, die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen in Italien von Grund auf zu verändern.

Wesentliches Erfolgselement der FI ist, dass sie sich als neu und modern präsentiert und so auch gesehen wird. Es gelang ihr auf Anhieb, sich als fortschrittlich, modern und innovativ zu charakterisieren und im Gegenzug die politische Linke als strukturkonservativ und veraltet darzustellen. Hiermit setzt sie auf ein Mittel, das auch in anderen Nationen dem Er-

folg rechter und liberaler Parteien im Zuge der konservativen politischen Wende unterliegt.⁴⁰ Die FI erscheint nicht zuletzt deshalb als neu und effizient, da es ihr 49 Tage nach der offiziellen Gründung gelang, bei den Parlamentswahlen vom 27./28. März 1994 mit 21% zur stärksten Partei zu werden.⁴¹ Der Trend wurde bei der Europawahl 1994 mit 30,6% übertroffen und stoppte bei den Parlamentswahlen 1996 (20,6%). Erst die Europawahlen 1999 (25,2%) zeigten wieder steigende Ergebnisse nach der verlorenen Wahl von 1996. Bei den Regionalwahlen 2000 schließlich trat die 1995 durch den Austritt der *Lega Nord* zerbrochene Rechtskoalition wieder gemeinsam an, wofür sie mit einem überwältigenden Ergebnis belohnt wurde. In 15 der 20 Regionen siegte das Rechtsbündnis. Mit ca. 50% der Stimmen war *Berlusconi* als Führer des alten und neuen Rechtsbündnisses der unumschränkte Wahlsieger.⁴² Hier spiegelt sich nach wie vor das Bedürfnis nach neuen Elementen in der Politik wieder, das sich zum ersten Mal 1994 artikuliert und dessen Bedienung damals wie heute Kernelement des Erfolges der FI ist.⁴³ Diesem Verlangen nach Neuheit in der Politik entspricht sie mit ihrer lokalen Organisationsstruktur auf Vereinsebene in den Clubs.

Die vordergründig egalitäre Struktur stützte zunächst das Bild der neuen Bürgerbewegung, die als spontaner Ausdruck des politischen Aufbruchs gegen die „Erste Republik“ gewertet wurde. Damit knüpfte die FI an das in Italien besonders durch den Faschismus geprägte Verständnis an, dass eine Partei nur als abstrakte Bewegung existiert und sich zum Wohle der gesamten Gesellschaft an die Spitze des Fortschritts setzt. In einigen rechts-konservativen Parteigründungen nach dem Krieg wurde bereits auf den Bewegungscharakter abgehoben, aber der Erfolg hielt sich damals in sehr engen Grenzen. Heute ist es ein wichtiges und nützliches Element. Die starke Betonung des allumfassenden Bewegungscharakters führt dabei dazu, dass die Kernbegriffe Fortschritt und Modernität inhaltsleer bleiben, denn die Existenz unterschiedlicher ökonomischer Interessen muss, wie erwähnt, in Abrede gestellt werden. Die Proklamation der FI, die eigene Politik führe zur Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes, vermeidet nicht nur die Klärung der Verteilungsfrage, sondern kann und muss zwangsläufig jede aus dem Begriff von Abhängigkeit – ökonomisch oder politisch – abgeleitete alternative Zielsetzung und Kritik am bestehenden System als Angriff auf die Gemeinschaft verstehen.

Gegen diese Angriffe wird eine Phalanx des Guten gebildet, wobei sich die Unterscheidung von Gut und Böse in allen politischen Argumentationen der FI wiederfindet. Ein wichtiger Schritt zur Bildung einer politischen Macht im Kampf für das Richtige und Gute war die Vorbereitung der zukünftigen Zusammenarbeit mit der neofaschistischen Partei und ihre spätere Regierungsbeteiligung. Bereits im Entstehungsprozess der FI wurde dies sorgfältig geplant und in Szene gesetzt. So erklärte *Berlusconi* im November 1993, anlässlich der Bürgermeisterwahlen in mehreren Städten (Rom, Neapel, Palermo) neofaschistische Kandidaten zur einzigen wählbaren Alternative gegen die Konkurrenz der linken Parteien. Der Generalsekretär der heutigen AN, *Gianfranco Fini*, kandidierte damals für das Amt des römischen Bürgermeisters gegen den Spitzenkandidaten der „progressiven Kräfte“ *Francesco Rutelli*.⁴⁴ Mit der kalkulierten Sympathieerklärung für *Fini* seitens *Berlusconi* wurde das Terrain für die folgende Rechtskoalition sondiert. Nach den positiven Reaktionen der potentiellen Wählerschaft gab es verstärkte Aktivitäten die Allianz im Hintergrund vorzubereiten, die erst Ende Januar 1994 offiziell verkündet wurde. Natürlich gab es öffentliche Kritik an dieser eindeutigen Positionierung, die jedoch geschickt in die eigene Propaganda eingefügt wurde.

Sie baut auf einem „Antikommunismus ohne Kommunisten“ auf, der in Variationen bemüht wird, um jede Kritik am Auftreten der Partei, ihres Führers oder der Programmatik zu denunzieren. Kritische Medien und Journalisten wurden seitdem aufs' Schärfste angegriffen und als Marionetten einer kommunistischen Verschwörung bezeichnet. Jedem wurde auf diese Weise klar vor Augen geführt, was böse und schlecht für Italien ist. Dem negativen Bild ließ sich der positive Mythos *Berlusconi* entgegensetzen, der sich als Retter des Vaterlandes präsentierte, um die Gefahr von Links abzuwehren. Zwar verloren die neofaschistischen Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl 1993, aber gerade dieser Verlust lieferte den willkommenen Anlass, öffentlich zu erklären, warum *Berlusconi* sich nun selbst in die Politik begeben musste: „Wenn die Protagonisten der Moderne [die Rechte, Anm. d. Verf.] nicht die Kraft haben, ein neues Zentrum der Aggregation zu schaffen, in der die unterschiedlichen Standpunkte zugunsten der Einheit überwunden werden, so ist es notwendig, dass ich diese Verantwortung übernehme. Das große Vertrauen des Landes, dass mir durch meine vierzigjährige unternehmerische Erfahrung entgegengebracht und gerechtfertigt wird, macht es unmöglich, diese Verantwortung abzulehnen und nicht direkt in die politische Konfrontation einzugreifen.“⁴⁵

Die Erosion der alten politischen Mitte und ihre Uneinigkeit waren der zwingende Grund für die Konstituierung einer neuen Partei und im gleichen Moment wurde bereits die Unterstützung und spätere Einbindung der neofaschistischen Partei legitimiert. Sie galt von Beginn an als elementarer Bestandteil des Konzepts einer neuen politischen Mitte, obwohl auch dies nicht unbedingt neu war. Seit 1945 hatte die bürgerliche Rechte zwar nicht mehr so positiv Stellung bezogen, da sich das konservative und liberale Establishment während des Faschismus von 1921 bis 1945 äußerst kooperativ gezeigt hatte und sich in den ersten Nachkriegsjahren davon distanzieren musste.⁴⁶ So spielte die liberale italienische Partei (PLI) nach 1946 eine etwas geringere Rolle als zuvor, da wichtige Vertreter des italienischen Liberalismus die wirtschaftsliberale Ausrichtung des Regimes in den wesentlichen Phasen zwischen 1921 und 1943 in erheblichem Maße stützten.⁴⁷ Die Positionierung der FI zum MSI stand in der Kontinuität der konservativen Nachkriegspolitik der Annäherung, in der die Integration der neofaschistischen Partei in die Politik seit 1952 subtiler betrieben wurde, um Widerstände zu umgehen.⁴⁸ Der Endpunkt der Annäherung war 1994 mit dem Eintritt der damals noch als MSI-AN auftretenden Partei in eine Nachkriegsregierung erreicht. Die Rechtswende der bürgerlichen Mitte ist neben der internen Modernisierung der MSI zur AN und den veränderten Bedingungen für das Auftreten der neofaschistischen Partei der Schlüssel für den Erfolg des Rechtsbündnisses seit dem Zusammenbruch der „Ersten Republik“.

4. Verkehrte Welt: Der politische Rückschritt gilt als modern

Anhand der Entstehung und Entwicklungsgeschichte der FI lassen sich die Kernelemente ihres Demokratie- und Politikverständnisses erfassen. Dazu wird es aber unumgänglich, die schöne Welt der Parteipropaganda zu entzaubern. Generell wird die FI als Partei dargestellt, die ihre schlanke Struktur aus dem Anspruch der Verwirklichung von Basisdemokratie ablei-

ten würde. Man habe aus der Vergangenheit der „Ersten Republik“ gelernt und stelle die Alternative zu den hierarchischen und bürokratischen Strukturen der Altparteien dar. Natürlich wird sie von innen so dargestellt und von wohlwollenden Betrachtern von außen so charakterisiert, mit der das Bild einer innovativen, modernen Partei gezeichnet wird. Nahegelegt werden soll der Schluss, eine solche politische Kraft könne auch die besseren Antworten auf die drängenden Probleme der Gegenwart geben.⁴⁹ Laut eigenem Selbstverständnis ist die FI eine Bewegung und keine Partei, womit ihre Flexibilität als Markenzeichen der unternehmerischen Wurzeln und Ausrichtung interpretiert werden kann, in der die schnelle und pragmatische Entscheidungsfindung dominiert. Diese offizielle Sichtweise ist nicht nur verkürzt, sondern auch falsch. Ergebnis des Pragmatismus, der Flexibilität und schlanker Strukturen ist die autoritäre Führung, in der die Dezentralisierung zwar rhetorisch als wirkliche demokratische Beteiligung des Bürgers dargestellt wird. In der Realität verträgt sich die stärkere Bürgerbeteiligung aber spätestens dann nicht mehr mit der effizienten Führung, wenn gegenteilige Positionen vertreten werden. Das Freiheitsverständnis des Unternehmers, möglichst nicht durch Einsprüche der Arbeitnehmer oder gesetzliche Regulierungen in seinem Handeln begrenzt zu werden, entspricht deshalb eher dem Selbstverständnis der FI und der von ihr favorisierten Regierungsführung. Das ist nur konsequent, denn aus dem Denken und Handeln aus Sicht des Unternehmers gilt Kritik als Gegnerschaft und Angriff auf die eigenen Interessen und hat letztlich keine Berechtigung.

Ein solches Verständnis kollidiert auf politischer Ebene permanent mit demokratischen Gepflogenheiten, wie der Akzeptanz parlamentarischer Einsprüche und außerparlamentarischer Opposition oder der Suche nach Kompromissen. Die FI und ihr Führer agieren deshalb immer auf zwei Ebenen: rigoros die Macht für den angestrebten radikalen Umbau einzusetzen und auf jeden Einspruch oder der Artikulation von Gegenpositionen gereizt und aggressiv zu reagieren. Wer dieses Verhalten primär auf psychologische Faktoren oder ein mangelndes demokratisches Bewusstsein zurückführt, greift zu kurz. Daran lässt sich vielmehr deutlich ersehen, was es heißt, die politische Führung eines Landes mit der Führung eines Unternehmens zu verwechseln. Es besteht durchaus ein qualitativer Unterschied von der über alle Parteigrenzen zu beobachtenden Verschiebung hin zu einer unternehmerfreundlichen Politik und der Gleichsetzung von Unternehmens- mit Landesführung.

Die FI zeigt exemplarisch, dass es nicht gerechtfertigt ist aus „schlanken“ Parteistrukturen per se eine Förderung der direkten Demokratie abzuleiten, die sich an wie auch immer gearteten emanzipatorischen Zielen ausrichten würde. Ganz im Gegenteil lassen sich an der FI die Auswirkungen der Übertragung unternehmerischen Handelns in der Politik am deutlichsten erkennen, die jede Beteiligung mit dem Ziel der internen Richtungsänderung mittels Diskussion ausschließt. Entscheidungen sind durch die Funktionäre der mittleren und unteren Ebene zu befolgen und nicht in Frage zu stellen. Eine Diskussionskultur kann gerade deshalb fehlen, weil keine Analyse stattfindet oder gebraucht wird, da sich die Zielgruppe in der Akzeptanz einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik einig ist. Im Mittelpunkt steht dann nur noch die effektive Umsetzung der Vorgaben, die wiederum von einer ebenfalls ausgewählten Gruppe der Basis zur Verfügung gestellt werden. Basisdemokratische Elemente wie Referenden und Volksbefragungen dienen hingegen lediglich dazu, den Rechtspopulismus und den unumschränkten Führungsanspruch vom Volk im Vorgriff oder Nachhinein

legitimieren zu lassen. Dessen Zustimmung lässt sich wiederum durch moderne Kommunikationsmittel und Verkaufsinstrumente, auf welche die FI unmittelbar zugreifen kann, erzeugen. Aber nicht nur die basisdemokratischen Elemente dienen zur Sicherung der Macht in der Gesellschaft. Zusätzlich bedarf es einer veränderten institutionellen Struktur. Der vehement geforderte Umbau der politischen Entscheidungsfindung zu einem Präsidialsystem fügt sich in das Konzept einer effizienten Staatsführung ein. Wie der Unternehmer in seinem Unternehmen Herr im Haus ist, so stellt sich die FI auch die politische Führung des Landes vor. Entsprechend müssen die Institutionen so umgebaut werden, dass die Macht des vom Volk gewählten Führungspersonals möglichst ungestört regieren kann. Früher galten diese Ansätze zu recht als reaktionär. Ihren heutigen Status der Modernität verdanken sie dem Hinweis, eine solche Art der politischen Entscheidungsfindung sei effizient und koste weniger. Es ist immer wieder erstaunlich, wie die Konzepte der modernen Staatsführung sich durch den Verweis auf die höher bewertete ökonomische Rationalität ohne Probleme mit einem modernen Autoritarismus verbinden lassen und wie weit entfernt sie von den in der Tradition der Aufklärung stehenden Vorstellungen über Demokratie und Parlamentarismus entfernt sind.

Einzig Aufgabe der FI war und ist also, *Berlusconi* an die Macht zu führen.⁵⁰ Dies wird mit dem Dreischritt persönliche Interessen, Konstruktion einer Partei und dem Einsatz modernster Kommunikations- und Marketinginstrumente zur Steuerung und zum Verkauf des Produktes, verfolgt. Gleichzeitig wird die italienische Verfassung und der institutionelle Zugschnitt der Nachkriegsrepublik massiv in Frage gestellt. Demokratie verkürzt sich damit auf Autorität, Elite und Effizienz. Dieses Verständnis ist notwendig, um überhaupt Klientelpartei der Wirtschaft und der „Mitte“ sein zu können. Die eindeutige Interessenpolitik der FI muss trotzdem relativiert werden, um den in der Demokratie notwendigen Wählerauftrag zu erhalten. Eben darauf sind die Fortschritte und Veränderungen in der Argumentation und der Ausrichtung der FI zwischen 1995 und 2001 zurückzuführen, und nicht auf eine programmatische Neuausrichtung. Primäres Ziel der FI in der sechsjährigen Oppositionszeit war es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die unumschränkte liberale Massenpartei der politischen Mitte zu werden. Es stellte sich aber die zentrale Frage, wie dieses mit einer Partei erreicht werden sollte, die de facto in den ersten Jahren ihres Bestehens keine gesellschaftliche Basis hatte. Es war unerlässlich, eine breite soziale Verankerung zu bekommen, die über die Stimmabgabe bei Wahlen hinausging. Klar war auch, dass die Zustimmung zur Programmatik schwindet, wenn die mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik verbundene und gewollte soziale Differenzierung deutlicher artikuliert und favorisiert würde. Abhängig Beschäftigte, sozial schwache Gruppen (Rentner, Studenten, Kranke etc.) und andere Verlierer der angestrebten politischen Wende würden dann nicht mehr ohne weiteres als Wählerpotential und Multiplikatoren zur Verfügung stehen. Der wirtschaftsliberalen Kernbotschaft musste deshalb ein Set von Werten und Traditionen beigelegt werden, das wesentliche Elemente der katholischen Subkultur und der liberalen Diskussion um Kommunitarismus, Subsidiarität und Zivilgesellschaft aufgreift.

Den repressiven Elementen des Neoliberalismus, das Insistieren der Stärkung von Sicherheit und Ordnung, wird ein integratives, positives Element an die Seite gestellt, um die mit der ökonomischen Zielsetzung verbundenen negativen Effekte der Forcierung von Verteilungskonflikten und zunehmendem Wettbewerbsdruck im Inneren abfedern zu können.

Die FI kann damit nach außen als Bürgerbewegung (movimento) mit einer populistischen Programmatik auftreten, wodurch die radikale Personalisierung des Wahlkampfes mit einer autoritären Führung notwendig wird. Diese hierarchisch-elitäre Struktur muss dann während der Regierung beibehalten werden und in die Zurückweisung des parlamentarischen Einspruchs durch andere Parteien und außerparlamentarischer Kritik führen, da ab dem Zeitpunkt der Machtübernahme die Folgen der Interessenpolitik sich sukzessive manifestieren und zu objektiven Gründen gesellschaftlicher Opposition werden können.

Trotz der reaktionären Ziele gilt der politische Auftritt der FI als Indiz für die Modernisierung der italienischen Gesellschaft und wird als radikaler Bruch mit der Nachkriegsordnung verstanden. Die Frage nach der Kontinuität der ersten Republik und der Anpassung der politischen und ökonomischen Institutionen an die Bedingungen, die durch das politische und ökonomische Establishment der Vergangenheit und die sie legitimierende Bevölkerung geschaffen wurden, bleibt hingegen unbeantwortet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die politische Strategie und Zielsetzung der FI im Grunde bereits in den 70er und 80er Jahren in der erwähnten Geheimloge P2 vorgedacht wurden.⁵¹ Nicht nur die personellen und finanziellen Verbindungen zwischen *Berlusconi*, seinem Konzern, der Loge und der ehemaligen politischen und ökonomischen Führung ist hervorzuheben, sondern auch die in der P2 entwickelten Pläne zur Konstituierung einer liberal-konservativen, autoritären Bewegung, die im geeigneten Moment in Italien die Macht übernehmen sollte.

Die P2 selbst ist durch zwei wesentliche politische Phasen gekennzeichnet gewesen. Bis Mitte der 70er Jahre war vor allem der antisystemische Charakter in Form des Staatsstreichs und der terroristischen Gewalt von rechts prägend. Danach stand die Infiltration staatlicher Organe und ökonomischer Institutionen bei gleichzeitiger Arbeit an einer Konzeption für das gemeinsame politische Vorgehen aller konservativ-liberalen Kräfte im Vordergrund. Alle Mittel wurden eingesetzt und für gut befunden, um die Linke, die kommunistische Partei (PCI), von der Macht fernzuhalten. In der zweiten Phase ab 1976 wurde der Plan zur „Wiedergeburt der Demokratie“ (Piano di rinascita democratico) fixiert, der erst Jahre später im Zuge der langjährigen staatsanwaltschaftlichen und parlamentarischen Ermittlungen gegen die P2 an die Öffentlichkeit kam. Als zentrale Botschaft findet sich hierin ein gemeinsames Selbstverständnis der in der P2 organisierten Personen, dass angestrebte System im erster Linie einen höchstmöglichen Grad an ökonomischer Effizienz gewährleisten muss und einzig an den Bedürfnissen der Unternehmer und Kapitalbesitzer auszurichten sei. Favorisiert wurde eine autoritäre, elitäre Gesellschaft, in der viel gearbeitet werden musste und in der es wenig zu diskutieren gab.⁵² Um dies zu erreichen, sollten verschiedene Personen und Strömungen über alle Parteien hinweg mit finanziellen Mitteln unterstützt werden, die diese Zielsetzung verfolgen und/oder in einer neuen, gemeinsamen Partei aufgehen sollten. Gleichzeitig wären Clubs zu gründen, die den Aufbruch in eine neue Demokratie der gesellschaftlichen Basis zu vermitteln hatten und die Verbindung von Unternehmenssektor und Politik herstellen sollten. Flankiert und ausgebaut wurde der weitere Einfluss der P2 über den Ausbau personeller Verbindungen zu den Medien und dem immensen Einsatz von Finanzmitteln. Nicht nur, dass sich die Entstehung der FI in verblüffender Weise nach diesem Drehbuch richtete, auch die politischen Inhalte – effizienter Staat, Präsidialsystem und Freiheit des Kapitals – sind deckungsgleich.⁵³

Alles in allem genügte die Änderung der politischen Landkarte und der Austausch des politischen Führungspersonals, verkörpert durch die siegreiche Rechtskoalition 1994, um das Bild von Modernität zu konstruieren. Angesichts der Verbindungen zur alten Führungsschicht und den „alten“ politischen Zielen in neuem Gewand ist an der FI möglicherweise nur eines wirklich neu. Sie hat die konservativen Stimmen über die alten Parteigrenzen hinweg gesammelt und fungiert als Bindeglied zwischen neofaschistischer AN und regionalistischer *Lega Nord*.⁵⁴ Die Balance der politischen Positionen dieser äußerst heterogenen Gruppierung ist bereits schwierig. Ob darüber hinaus die Konsolidierung der Rechtskoalition und vor allem eine lange, störungsfreie Regierungszeit gewährleistet werden kann, ist fraglich. Nichtsdestotrotz hat die FI bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Kontinuität der politischen Rechtsentwicklung geliefert. In der Phase des politischen Umbruchs und der ökonomischen Stagnation ermöglichte die FI als „Scharnierpartie“ bereits einmal, dass sich eine modernisierte politische Rechte unter Einschluss einer neofaschistischen Partei die Macht sichern konnte, ohne mit ihrer Vergangenheit wirklich konfrontiert zu werden.

B. KERNBOTSCHAFTEN

Vor dem konstituierenden Parteitag der FI am 6. Februar 1994 wandte sich *Berlusconi* in einer Fernsehansprache an die Zuschauer und verkündete seinen Entschluss, ein politisches Amt anzustreben. Mit großer demagogischer Leistung stellte er als zentralen Punkt die Situation in Italien als Konfrontation zwischen den Kräften von Gut und Böse dar, zwischen dem *Pol der Freiheit* und den Linken (Sozialisten, Kommunisten, Atheisten etc.). Ähnlich wie zur Zeit der faschistischen Machtübernahme durch *Mussolini* stellte *Berlusconi* die Unregierbarkeit des Landes durch den möglichen Sieg der Linken in Aussicht, so dass eine Entscheidung zugunsten der bürgerlichen Kräfte dringend erforderlich machte, sollte die Gesellschaft nicht im ökonomischen und sozialen Chaos enden. Hatte die These von der Unregierbarkeit 1920 durch die damalige Streikbewegung und die sozialen Aufstände noch einen realen Hintergrund, so sind die konservativen Parteien des ehemaligen Regierungslagers der Nachkriegszeit selbst für die politische Krise in den 90er Jahren verantwortlich. Die demokratischen Institutionen wurden durch die konservative und sozialistische Führung aufgrund der flächendeckenden Korruption diskreditiert, und das ohne Anzeichen von sozialer Revolte.

Berlusconi, einer der exponierten Vertreter des Klientelismus, interpretiert seit seinem Eintritt in die Politik die Realität stellvertretend für alle Günstlinge der Vergangenheit, die sich in der Gegenwart ihrer Verfehlungen entledigen möchten. Gleichzeitig beschreibt er sein Handeln immer mit altruistischen Motiven und stellt sich als Retter Italiens dar: „Ich verzichte also auf meine Rolle als Verleger und Unternehmer, um meine Erfahrung und all meine Kraft einer Schlacht zur Verfügung zu stellen, an die ich mit absoluter Überzeugung und der größten Zähigkeit glaube. [...] Sie [die Linken, Anm. d. Verf.] glauben nicht an den Markt, sie glauben nicht an den Profit, sie glauben nicht an das Individuum. Sie glauben nicht, dass die Welt sich durch den freien Beitrag so vieler voneinander ganz verschiedener Menschen verbessern kann. Deshalb sind wir gezwungen, uns ihnen entgegenzustellen. Denn wir glauben an das Individuum, an die Familie, an das Unternehmertum, an den Wettbewerb, an den Fortschritt, an die Effizienz, an den freien Markt und an die Solidarität, die Tochter der Gerechtigkeit und der Freiheit.“⁵⁵ Diese Schlacht geht nun nach fünf Jahren Mitte-Links-Regierung in die nächste Runde. Das Wahlbündnis „Pol der Freiheit“ erweiterte sich zum „Haus der Freiheit“ (*Casa delle Libertà*), aber die ideologische Figur des politischen

Showdowns zwischen Gut und Böse bleibt unverändert.⁵⁶ Für die FI steht Italien bei der Wahl 2001 erneut vor einer fundamentalen Richtungsentscheidung. Entweder es gelingt, die nach wie vor als kommunistisch und stalinistisch bezeichnete Regierungslinke, die DS, von der Macht zu vertreiben, oder Italien verlöre den Anschluss ans 21. Jahrhundert.⁵⁷ „Italien beendet das alte Millennium mit 10 Jahren des fortgesetzten Niedergangs und trat in das neue Millennium mit einem verschwendeten Jahr ein: Mit dem Jahr von *Amato*. Italien braucht neue Straßen, aber die Grünen blockieren. Italien braucht Freiheit im Arbeitsmarkt, aber die CGIL [linke Gewerkschaft, Anm. d.Verf.] sagt nein. Italien braucht moderate Steuern, aber das Steuersystem von *Visco* [Finanzminister in der Regierung *Amato*, Anm. d. Verf.] untergräbt die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft und das Wachstum von Reichtum. Italien braucht mehr Sicherheit, aber die Linksregierung kann diese nicht garantieren. Wie niemals zuvor stand das Land vor der Alternative zwischen Niedergang und Aufschwung, zwischen politischer Schwäche und Führungskraft.“⁵⁸

Italien müsse sich auf einen radikalen Schnitt vorbereiten, um den Weg des Niedergangs zu verlassen und den Pfad einer neuen Entwicklung zu betreten. Der Schnitt liegt u.a. darin, Kernelemente der Verfassung von 1948 zu streichen und zu verändern. Nicht nur der institutionelle Aufbau des Staates steht zur Disposition, sondern vor allem die Punkte, in denen aus dem Begriff der Arbeit der gesellschaftliche Reichtum abgeleitet wird und sozialstaatliche Prinzipien konstituiert sind. Die ersten 12 Artikel der Verfassung beschreiben das italienische Staats- und Demokratieverständnis hinsichtlich einer auf Arbeit gegründeten Republik (Art. 1 und 5) und der Anerkennung der Menschenrechte und sozialen Solidarität (Art. 2). Die Republik hat die Aufgabe, wirtschaftliche und gesellschaftliche Behinderung der Freiheit und der Gleichheit der Bürger zu beseitigen (Art. 3) und erkennt darüber hinaus das Recht auf Arbeit an (Art. 4). Natürlich wurden diese Artikel nie zur Grundlage der Realpolitik und im „restaurativen Klima der fünfziger Jahre nur zum Teil verwirklicht, doch boten sie allen reformistischen und emanzipatorischen Gruppen Bezugspunkte für ein Programm, welches seit den 60er Jahren wirksam geworden ist.“⁵⁹ Dieses der Verfassung unterliegende Gesellschaftsverständnis steht diametral zum neoliberalen Gesellschaftsverständnis und gehört nach Meinung der FI somit revidiert. Egal, welche realen Entscheidungen aus der Verfassung tatsächlich jemals abgeleitet wurden. Demgegenüber wird ein modernes, besseres und effizienteres Italien versprochen, zu der auch ein neues Demokratieverständnis gehört, in der die Macht des Staatsoberhauptes ausgebaut werden muss. „Es ist eine kopernikanische Revolution, eine Wende um 180 Grad des Staates, unseres Staates, der an der Bürokratie und am Zentralismus krankt. Eine Revolution der Staatsapparate, seiner Funktionsmechanismen und natürlich seiner Fiskalpolitik, wie sie von der Linken verfolgt wird. [...] Wir stehen vor der Notwendigkeit der grundsätzlichen Reform des Staatsaufbaus und seiner institutionellen Architektur. [...] Die Direktwahl des Staatsoberhauptes, dem dann die Regierungsmacht zufällt, ist eine der wichtigsten Änderungen.“⁶⁰ Ohne Stärkung des Staatsoberhauptes gäbe es „keine“ reibungslose Umsetzung der neoliberalen Positionen, denn in der parlamentarischen Konsensfindung und der damit im Prinzip gewährleisteten Interessenvertretung der Beschäftigten und der Gewerkschaften liegt ein potentiell Hindernis. Folgerichtig verbindet die FI deshalb ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen mit den Forderungen nach dem schlanken Staat und einer veränderten institutionellen Verfasstheit

um das favorisierte Präsidialsystem und den Föderalismus durchzusetzen. Gerade diese beiden Elemente finden sich auch bei der *Lega* und der AN. Trotz der jeweils unterschiedlichen neoliberalen und neofaschistischen Konnotation liegt für alle drei Parteien hier ein gemeinsamer institutioneller Ansatz, um das autoritär-liberale System zu begründen, auf dem ihr neues Italien basieren sollte.

1. Im Angebot: Ein neues Wirtschaftswunder

Kernaussage der FI ist, dass die Umsetzung ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein neues italienisches Wirtschaftswunder initiieren würde. Auch in dieser Hinsicht gleichen sich die Aussagen der Koalitionsparteien. Alle drei versprechen den Wählern eine neue ökonomische Ära und Wohlstand für jeden. In Anlehnung an die Politik *Reagans* und *Thatchers*, auf die *Berlusconi* sich ausdrücklich bezieht, steht der Abbau des Sozialstaats neben der konsequenten Steuersenkung, der Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen und der Verstärkung des Wettbewerbs. Gleichlautende Vorschläge werden für den unterentwickelten Süden, dem Mezzogiorno, gemacht. Im Mezzogiorno sollen darüber hinaus zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd Humankapital (Bildung und Forschung) gefördert, der Tourismussektor ausgebaut und die Landwirtschaft modernisiert werden.⁶¹ In Folge dieser Maßnahmen ließe sich die Produktivität und damit das Wachstum der Volkswirtschaft steigern, die Staatsverschuldung reduzieren und die Herausforderungen des Standortwettbewerbs in der Globalisierung meistern.⁶² Vor wenigen Wochen präsentierte der italienische Industrieverband *Confindustria* seine Wunschliste bzw. Vorstellungen, wie Italien zu modernisieren sei. Wie nicht anders zu erwarten decken sich die angemahnten Reformen, welche die nächste Regierung anzugehen habe, mit den Konzepten der FI: Steuersenkung, Arbeitsmarktflexibilisierung, Investitionen in die Infrastruktur, Umbau des öffentlichen Sektors. Laut einem der ökonomischen Köpfe der FI, *Antonio Marzano*, seien die Vorschläge voll zu unterstützen und entsprächen den Vorhaben der künftigen Rechtsregierung.⁶³ Natürlich wird von der FI nicht die naheliegende Frage geklärt, wie die propagierte Modernisierung finanziell unterlegt sein soll oder wer die Gewinner und wer die Verlierer sein werden. Aber mit dem eindeutigen Bezug auf die liberale bzw. konservative Revolution in den USA und Großbritannien akzeptiert die FI bzw. das Rechtsbündnis letztlich die massiven negativen sozialen Folgen, die mit der dortigen äußerst fragilen ökonomischen Entwicklung verbunden sind.⁶⁴

Die Steuern für alle reduzieren zu wollen, gleichzeitig die Unternehmer zu entlasten, keinen steuerlichen Zugriff auf hohe Vermögen und Gewinneinkommen in Erwägung zu ziehen und eine restriktive Geld- und Haushaltspolitik anzukündigen, bedeutet jedenfalls, dass keine zusätzlichen Mittel für die soziale Sicherung bereitgestellt werden. Woher sollten sie auch kommen, außer durch den unterstellten Aufschwung? Dieses Konglomerat betrachten nicht nur „linke“ Kritiker mit äußerster Skepsis und lehnen es ab, sondern selbst konservative Experten sind besorgt. In einer Zeit, in der die EU-Kommission Italien bereits vor einem steigenden Defizit warnte und die Einhaltung der Maastrichtkriterien angemahnt wurde,

können die Versprechungen der FI nur durch massive Ausgabenkürzungen gegenfinanziert werden. Da diese nicht unmittelbar nach dem Wahlsieg durchgesetzt würden, um nicht die gleichen innenpolitischen Spannungen wie 1994 zu erzeugen, stiege das Haushaltsdefizit und gefährde die Stabilität des Euros.⁶⁵

Die FI verspricht sich einen Aufschwung und verbindet die neoliberalen Forderungen mit einer konsequenten Dezentralisierung staatlicher Aufgaben im Rahmen eines föderalistischen Staatsaufbaus. Die einzelnen Regionen könnten ihre spezifischen Standortvorteile entwickeln und so eine für alle verbesserte innerstaatliche Arbeitsteilung begründen, wobei der Norden mit seiner industriellen Struktur sich besser mit dem landwirtschaftlichen Südtalien verbinden könne. Hieraus sollen sich positive Effekte für den Einsatz der Ressourcen für alle ergeben. Das Konzept des Föderalismus und der Stärkung der Regionen greift die Diskussion des Koalitionspartners im Rechtsbündnis, der *Lega*, auf, die bereits seit mehr als zehn Jahren mit den Forderungen nach Autonomie und einer föderalen Finanzverfassung bis hin zur Sezession des reichen Norditaliens politisch punktet. Beide Parteien stehen sich in Norditalien gerade bei der Diskussion um den Föderalismus als scharfe Konkurrenten gegenüber, da sie identische Wählerschichten ansprechen. In Abgrenzung zur *Lega* ist die FI jedoch nie so weit gegangen, die nationale Integrität in Frage zu stellen. Die FI nutzt die Diskussion um den Föderalismus lediglich, um das aus der favorisierten Entstaatlichung im öffentlichen Sektor unterstellte Wachstumspotential mit einem stärkeren Wettbewerb um die finanziellen Mittel zwischen den Regionen zu unterfüttern. Im Ergebnis sieht die FI ihre Vorschläge als adäquates Mittel, die Boomphase der Nachkriegszeit hier und heute zu wiederholen.

Trotz starker Bezüge zur Vergangenheit, in der die christlich-liberalen Einstellungen und die Leistungsbereitschaft der Einzelnen noch nicht durch den Kollektivismus und die staatlichen Interventionen beschränkt worden seien, wird auf die konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen nach 1946 kaum eingegangen. Die FI argumentiert in der Regel a-historisch, da bei der Propagierung eines neuen Wirtschaftswunders in Anlehnung an die jüngste Vergangenheit nie die spezielle damalige Situation mitgedacht wird. Rückt hingegen die italienische Nachkriegsentwicklung ins Blickfeld, unterliegen die Darstellungen ideologischen Interpretationen, die mit der realen Entwicklung nur sehr wenig zu tun haben. Ausgehend vom liberalen Freiheitsbegriff und der Ablehnung sozialer Regulation ökonomischer Prozesse wird von der FI das Bild eines allumfassenden italienischen Wohlfahrtsstaates konstruiert, der aufgrund seiner Interventionen und seines stetigen Wachstums die Marktkräfte schließlich so weit einschnürte, dass es zur sozialen und ökonomischen Sklerose kommen musste. Dieses Vorgehen mag auf der einen Seite einem verkürzten Verständnis makroökonomischer Zusammenhänge geschuldet sein, welches in der Gegenwart vorherrscht. Auf der anderen Seite ist diese Art der Analyse strategisch geschickt. Es lassen sich damit zum einen ökonomische Krisen immer auf ein Zuviel an Staat projizieren, da unterstellt wird, dass der Markt aus sich heraus Stabilität und Entwicklung erzeugen könne. Zum anderen wird vermieden, jegliche positiven Effekte staatlicher Intervention über den marktkonformen Eingriff zur Herstellung eines Ordnungsrahmens hinaus, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Im Ergebnis lassen sich beide Elemente zur ideologischen Kritik am Konzept des Wohlfahrtsstaates und dem mit ihm verbundenen ökonomischen Ansatz des Keynesianismus nutzen, wie es in den letzten zwanzig Jahren zu beobachten ist.⁶⁶ In der italienischen Variante

der konservativen Revolution finden sich die üblichen Argumentationen bei allen Parteien des Rechtsbündnisses, wenn sie mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung die Nachkriegsentwicklung beschreiben. Es geht also nicht nur um die *Definitions*hoheit darüber, was moderne Politik heute sei, sondern es geht immer auch darum, wessen Interpretation der Vergangenheit in der Gesellschaft als zutreffend gilt. Bereits daraus kann die Rationalität und Richtigkeit der favorisierten Konzepte als Alternative zu den verfehlten Rezepten von gestern abgeleitet werden. Es kann der FI deshalb nie darum gehen, ihr Bild vom Wohlfahrtsstaat an der Realität abzugleichen oder zu hinterfragen, welchen Stellenwert der italienische Staat und die mit ihm negativ assoziierte Wirtschaftssteuerung nach 1946 tatsächlich hatte. Würde sie dies tun, lösten sich viele Behauptungen in Luft auf und es würde deutlich werden, in wessen Interesse sie politisch agiert. Es ist deshalb notwendig einige der zentralen Aspekte des Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit, das die FI und ihre Koalitionspartner versprechen in der Gegenwart zu wiederholen, zu betrachten.

2. Exkurs: Das italienische Wirtschaftswunder nach 1946

Auch Italien partizipierte am weltweiten Nachkriegsaufschwung, der auf einer steigenden Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern basierte. Die fast vollständig erhaltene industrielle Struktur bildete dabei die Grundlage der schnellen ökonomischen Erholung. Im Norden waren nur ca. 10% der Produktionsmittel zerstört worden. Schwerer getroffen war der Süden des Landes. Hier reduzierten sich die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die dortige ökonomische Basis, auf ca. 65% des Vorkriegsniveaus.⁶⁷ Trotz schwerer Kämpfe der Alliierten gegen das faschistische Italien wurden nur ca. 8% des gesamten industriellen Kapitals in Relation zu 1938 vernichtet, das sich mit den notwendigen Finanzmitteln schnell ersetzen ließ.⁶⁸

Zweiter wichtiger Faktor waren deshalb die Zahlungen aus dem *European Recovery Program* (Marshall Plan) von 1948 bis 1952. Italien erhielt in dieser Zeit eine Aufbauhilfe von 757 Mio. Pfund, was einem Anteil von 12% am gesamten ERP entsprach. 70% dieser Mittel flossen in den Auf- und Ausbau der staatlichen Industrie, der Eisenbahn und der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne diesen enorm hohen externen Kapitalzufluss wäre die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich langsamer verlaufen.⁶⁹ Mit den Zahlungen waren jedoch auch innenpolitische Konsequenzen verbunden, nämlich der Ausschluss der Kommunisten (PCI) von der nationalen Einheitsregierung, die nach dem Sieg über das faschistische Regime unter Einschluss der PCI gebildet wurde. Das war der politische Preis, der von den USA gefordert wurde und den die italienischen Christdemokraten um den damaligen Präsidenten *Alcide De Gasperi* zahlten. *De Gasperi* provozierte den Bruch der Koalition und bildete daraufhin am 31. Mai 1947 die vierte Nachkriegsregierung aus DC, der liberalen PLI und der republikanischen PRI. Von diesem Zeitpunkt an stand die italienische Innenpolitik im Zeichen der Abwehr der Regierungsübernahme durch die kommunistische Partei. Koste es, was es wolle.⁷⁰

Dritter Faktor des ökonomischen Aufschwungs waren die Staatsbetriebe bzw. die starke Zentralisation der Produktion in öffentlicher Hand. Die während des Faschismus zwischen

1930 und 1945 betriebene Modernisierung und Zentralisation der Produktionsmittel in Staatsbetrieben bzw. die starke Subventionierung der Unternehmen durch das Regime in Folge von Kriegswirtschaft und permanenter Krisen in der Privatwirtschaft stellte sich nach dem Krieg als vorteilhaft heraus. Eine herausragende Stellung erlangte dabei die bereits während des Faschismus gegründeten staatlichen Auffanggesellschaften für insolvente private Geschäftsbanken *Istituto per la Ricostruzione Industriale* (IRI), die den industriellen Sektor subventionierte, und die 1953 gegründete *Ente Nazionale Idrocarburi* (ENI), in der die Sektoren Energie- und Rohstoffgewinnung, Chemie und Schwerindustrie zusammengefasst waren. Hiermit lagen wesentliche Bereiche des Finanzmarktes und der industriellen Struktur in der öffentlichen Hand bzw. unter starker Kontrolle, womit die Grundvoraussetzungen einer industriellen Modernisierung und gezielten Industrialisierung in den unterentwickelten Regionen gegeben waren. Alleine über diese beiden öffentlichen Holdings wurden 1974 noch 93% des Umsatzes im industriellen Sektor erzielt und 89% aller im öffentlichen Sektor angestellten Arbeitnehmer waren dort beschäftigt.⁷¹

Für die Nachkriegsentwicklung war das in den gesamten öffentlichen Unternehmen zentralisierte Kapital und die über sie bereits zwischen 1921 und 1945 durchgesetzte Industriepolitik ein Träger des Aufschwungs. Wichtig für die Ansätze der nachholenden Industrialisierung im landwirtschaftlich geprägten Südtalien war der Aufbau der *Cassa per il Mezzogiorno* (Ausgleichskasse für den unterentwickelten Süden). Die öffentliche Institution sollte durch die gesteuerte Investitionslenkung den soziökonomischen Dualismus zwischen Nord- und Südtalien überwinden. Agrarreformen brachen das alte Latifundiensystem auf und durch den Einsatz von Technik wurde der Agrarsektor modernisiert. Über die Ausgleichskasse für den Mezzogiorno wurden gleichzeitig notwendige Infrastrukturprojekte und industrielle Produktion, sowohl in Staatsbetrieben als auch in Privatunternehmen finanziert bzw. gefördert.

Das Ergebnis dieser makroökonomischen Faktoren war, dass sich Italien binnenwirtschaftlich entwickelte und die Produktionsstruktur in die europäische und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung integrierte. All dies war jedoch nicht auf einen starken Hang der politischen Führung zum Keynesianismus oder eine stringente wohlfahrtsstaatliche Konzeption zurückzuführen. Ganz im Gegenteil, bereits „[i]m Oktober 1949 hatte die der KPI nahestehende Gewerkschaft CGIL einen ‚Plan der Arbeit‘ (piano del lavoro) vorgelegt, der einer wirtschaftspolitischen Konzeption nach Keyneschem Modell entsprach und der das Problem der Arbeitslosigkeit einer Lösung entgegenführen sollte. Doch er fand weder die Unterstützung der Regierung noch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.“⁷² Wie in den meisten Industrieländern war die staatliche Intervention in den ökonomischen Prozess nach 1945 mehr vom Pragmatismus geprägt und folgte der Einsicht nach der Weltwirtschaftskrise, dass die Probleme sich nicht durch wirtschaftsliberale Konzeptionen lösen ließen. Zumal die italienische Geschichte eine Vielzahl an Hinweisen dafür liefert, dass die seit der Nationalstaatsgründung favorisierte wirtschaftsliberale Ausrichtung des politischen Establishments weder schwere ökonomische Krisen verhinderte noch die soziale Situation der Beschäftigten nachhaltig verbesserte oder die strukturelle Unterentwicklung des Südens jemals behoben hätte.

Die Nachkriegssituation wurde außerdem durch ein zusätzliches, politisches Element geprägt. Den Gewerkschaften und reformorientierten Parteien war es besser als zuvor möglich,

ihre Forderungen nach sozialem Ausgleich und politischer Partizipation durchzusetzen. Nach 1945 mussten sich die konservativen Kräfte zunächst konsolidieren, da die Eliten während des Faschismus eng mit den politischen Machthabern kollaborierten. In Folge des Untergangs des Regimes und des Bürgerkrieges in Norditalien zwischen 1943 und 1945 waren viele von ihnen diskreditiert, und das ökonomische Personal musste ausgetauscht werden. So wurde beispielsweise die komplette Führung des Unternehmerverbandes *Confindustria* ausgewechselt, die unter *Mussolini* führende Aufgaben wahrnahm und in Zusammenarbeit mit dem zweiten Arbeitgeberverband *ASIA (Associazione fra le Società Italiane per Azioni)* die ökonomische Basis des Regimes sicherte. Die Verbandsspitzen traten nach 1945 in die zweite Reihe, um der Kritik hinsichtlich des engen Geflechts von politischer Führung und industriellem Interesse die personelle Spitze zu nehmen.⁷³ In diesem Machtvakuum war der keynesianische Klassenkompromiss auch ohne den konsequenten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel eher möglich. So wichtig die Durchsetzung sozialer und demokratischer Rechte in diesem Zeitraum war, so sehr führte die Ausrichtung auf den Konsens dazu, dass die konservative politische Hegemonie trotz der realen Schwäche nicht mehr in Frage gestellt wurde, wie es noch kurz nach dem Krieg möglich war.⁷⁴

Die ökonomische Voraussetzung des Klassenkompromisses war auch in Italien das hohe Wirtschaftswachstum mit ca. 6% p.a. bis 1963. Die Profite der privaten Unternehmen stiegen trotz nomineller Kostensteigerung mit Hilfe der staatlichen Industriepolitik, ohne die die Anbindung an die weltweite Nachkriegskonjunktur kaum möglich gewesen wäre. Erst 1963 setzte eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Beschäftigten durch höhere Löhne und einen zaghaften Ausbau der sozialen Sicherung ein.⁷⁵ Hohe Umverteilungsforderungen konnten bzw. wurden bis zu diesem Zeitpunkt nicht gestellt. Aber auch danach hielt sich der Zugriff auf den Faktor Kapital in engen Grenzen. Gerade hier zeigt sich eine ganz andere Situation, als wie die FI gerne unterstellt, wenn sie den starken steuerlichen Zugriff auf den Faktor Kapital beklagt. Durch die Möglichkeiten der Kostenüberwälzung auf die Konsumenten, den Zufluss staatlicher Subventionen in den Privatsektor und steigende Zinseinkommen aus Staatsanleihen verbesserten die Unternehmen permanent ihre Situation und profitierten von der staatlichen Politik mehr als die Beschäftigten oder die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen. Die Umverteilung zugunsten des Mezzogiorno und der sozialen Sicherung hingegen resultierte hauptsächlich aus der Besteuerung des Faktors Arbeit und der indirekten Besteuerung des Konsums. Der stetige Beschäftigungsanstieg stellte darüber hinaus Mittel bereit, die durch das staatliche Ausgabeverhalten direkt und indirekt über die Entwicklung der kaufkräftigen Nachfrage an die Unternehmen flossen. Im Zuge dieses externen und internen Wachstums stiegen logischerweise die privaten Investitionen aufgrund der positiven Erwartungen, und das italienische Wirtschaftswunder entwickelte sich auch ohne eine stringent verfolgte keynesianische Wirtschaftspolitik ganz im Sinne der kreislauftheoretischen, nachfrageorientierten Analyse.

3. Die Mittelschicht weist den Weg in die Zukunft

Die besondere makroökonomische Situation der Nachkriegszeit existiert heute nicht mehr. Gleichzeitig hat nach Überzeugung der FI der Staat bzw. die durch ihn exekutierte Politik eine vollkommen andere Funktion als nach 1946. Wie bereits skizziert, wird jede Wirtschafts- und Sozialpolitik von ihr daraufhin untersucht, ob sie den unterstellten, selbsttragenden Aufschwung garantieren könne, der durch das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt allein getragen würde. Positiver Bezugspunkt hierfür sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, freien Berufe und Selbständigen. Hier findet die FI ihre primäre Wahlklientel, deren Forderungen sich im gesamten Programm wiederfinden. Das durch die FI artikulierte Verständnis der politischen Mitte über die freie Gesellschaft und Ökonomie ist folglich aufs engste mit der Stellung und den speziellen Bedürfnissen der Mittelschicht im ökonomischen Reproduktionsprozess verbunden. Die Antworten der FI auf ökonomische und soziale Probleme entsprechen somit überwiegend der spezifischen Sicht der Mittelschicht. Genau wie *Berlusconi* starke persönliche Motive für den Eintritt in die Politik hatte, war die italienische Mittelschicht durch den Untergang der Altparteien gezwungen, einen neuen politischen Repräsentanten für ihre Bedürfnisse zu suchen. Dringend notwendig war dies u.a. aufgrund ihres in der Regel illegalen Verhaltens gegenüber dem italienischen Staat. Die Nachkriegsentwicklung war nämlich nicht allein durch eine im Grunde fehlende wohlfahrtsstaatliche Konzeption und die mangelhafte nachholende Industrialisierung der unterentwickelten Regionen geprägt. Die Mittelschicht entzog sich zudem permanent dem fiskalischen und rechtlichen Zugriff des Staates und profitierte vom umfassenden System der Korruption und der Klientelpolitik.

Im Zuge der makroökonomischen Entwicklung bildete sich sehr schnell ein weiterer Dualismus neben dem des Nord-Süd-Konflikts heraus, der die ökonomische Struktur prägen sollte. Kleine und mittlere Unternehmen überlebten häufig nur, weil sie schon sehr früh große Segmente der Produktion und Dienstleistungen auslagerten bzw. informalisierten. Im Gegensatz zur Strategie der Nutzung von Größenvorteilen (economies of scale) war hiermit ein dynamisches Wachstum in der Nischenproduktion verbunden. Möglich war dies aber nur durch niedrige Löhne, der Umgehung arbeitsrechtlicher und sozialer Bestimmungen, der Verweigerung von Zahlungen für die soziale Sicherung und flächendeckende Steuerhinterziehung. In Verbindung mit der permanenten Abwertung der Lira konnte die italienische Wirtschaft damit ihre aus der geringeren Produktivität resultierenden Wettbewerbsnachteile gegenüber den Konkurrenten auf dem Weltmarkt bis in die 90er Jahre ausgleichen. Nach der Ratifizierung der Maastricht-Kriterien und der Teilnahme Italiens am Projekt des gemeinsamen Binnenmarktes mit einheitlicher Währung entfällt die Politik der permanenten Abwertung als eine Möglichkeit, im Wettbewerb zu bestehen. Im Grunde bliebe entweder nur die Möglichkeit die Kosten durch die Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Entledigung von steuerlichen Belastungen zu senken oder die Innovation in speziellen Sektoren zu stimulieren, indem diese durch so wenige Regulierungen wie möglich behindert werden. Genau die Ansätze also, welche die FI in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der bedrohten Mittelschicht anbietet.

Die Unternehmensstrategie der Informalisierung der Produktionsstruktur nahm immer in Krisenphasen zu und bildete ein umfassendes System des versteckten Lohndualismus zwi-

schen den formellen und informellen Beschäftigungsfeldern.⁷⁶ Mitte der 70er Jahre setzte eine Dezentralisierungswelle der italienischen Produktionsstruktur ein. Das defensive Motiv der Auslagerung wurde offensiv gewendet zur weltmarktorientierten Modernisierungsstrategie für ganz Italien.⁷⁷ Damit war eine veränderte Stellung der klein- und mittelständischen Industrie verbunden, die in der Forschung mit dem Begriff des „Dritten Italien“ gekennzeichnet und mit der Veränderung im Rahmen des Postfordismus erklärt wird.⁷⁸ Ohne weiter auf die Strukturveränderungen oder die reale Aussagekraft des Postfordismus-Ansatzes eingehen zu können, lässt sich feststellen, dass der geschilderte Prozess zum ständigen Anwachsen der Schattenwirtschaft oder der untergetauchten Wirtschaft (*economia sommersa*) führte. In diesem Bereich finden sich „Irregularitäten in Bezug auf die Führung der Unternehmensbilanzen, Anmeldung von Unternehmen, Steuer und Abgabentreue einerseits sowie den irregulären Beschäftigungsverhältnissen andererseits, wobei die beiden Phänomene häufig gleichzeitig anzutreffen sind.“⁷⁹ In der statistischen Auswertung zeigt sich, dass Italien in dieser Hinsicht eine Spitzenposition innehat und nur ca. 50% der Unternehmen frei von den zuvor genannten Aspekten sind. Die klein- und mittelständischen Unternehmen zeichnen sich in Folge dessen durch systematische Steuerhinterziehung bis hin zum Agieren in völliger Illegalität aus, wobei die prekäre und irreguläre Beschäftigung zwischen 1992 und 1997 noch einmal stieg.⁸⁰

Mit dieser Entwicklung der Produktionsverhältnisse ist seit den 70er Jahren die zunehmende Polarisierung in der Einkommensverteilung verbunden. Was in den wenigen Ansätzen durch die Industrie- und Sozialpolitik in den Jahren nach 1946 erreicht wurde, konnte den allgemeinen Trend nicht umkehren, so dass „nach wie vor [...] die Einkommensverhältnisse in Italien von krassen Unterschieden zwischen den sozialen Schichten der Bevölkerung sowie nach Wohnort in den Regionen und Landesteilen gekennzeichnet [sind].“⁸¹ Die meisten wohlhabenden Personen leben in Norditalien und finden sich naturgemäß in den Gruppen der Unternehmer/Freiberufler, Führungskräfte und Selbstständigen. Verbindet man diese Aussage noch mit den Ergebnissen der flächendeckenden Steuerhinterziehung in der „Ersten Republik“, zeigt sich der paradoxe Sachverhalt, dass „[I]aut Steuerstatistik die Lohnabhängigen in Italien im Durchschnitt mehr als Selbständig-Erwerbende und Unternehmer [verdienen]. So verfügen laut Steuerstatistik 38,7% der Advokaten und Rechtsanwälte, 43,8% der Geometer, 40,7% der Agronomen und Veterinäre, 21,6% der Händler und Steuerberater, 19,8% der Ärzte und 21,5% der Börsenhändler über ein Bruttoeinkommen von weniger als 20 Mio. Lire (rund 24.000 DM).“⁸² Eine Aussage, die sich seit Anfang der 90er Jahre kaum verändert haben dürfte, denn eine reale Korrektur der Verteilungsverhältnisse gab es nicht.

Verteilungspolitisch zusammengefasst bedeutet diese Entwicklung, dass 85% der Mittel für die sozialen Systeme des von der FI denunzierten italienischen Wohlfahrtsstaates von den abhängig Beschäftigten aufgebracht werden, die von der Auflösung regulärer Beschäftigungsverhältnisse bedroht sind und deren Lohnforderungen laut herrschender Überzeugung zu hoch seien.⁸³ Die von der FI gerne vorgetragene Warnung vor dem Weg in den Steuerstaat, mit der sie den Abbau der Unternehmenssteuern rechtfertigt, heißt konkret: Die gestiegenen Steuern hat der Produktionsfaktor Arbeit getragen, wie erneut eine jüngste Studie der italienischen Zentralbank nachdrücklich bestätigte.⁸⁴ Italien nimmt hinsichtlich dieser in allen Industrienationen zu beobachtenden Entwicklung die Spitzenposition ein. Nach dem

Abschluss des Maastrichtvertrages in den 90er Jahren verstärkte sich diese Tendenz sogar noch.

Es gibt für die sogenannte politische Mitte also handfeste Gründe, die FI und die *Legge* zu unterstützen. Einerseits war sie selbst so tief in das System von Korruption und Klientelismus verstrickt, dass Schutz vor Verfolgung geboten werden musste. Diesbezügliche Amtshandlungen der Regierung *Berlusconi* ließen 1994 auch nicht auf sich warten. Die Milderung der Strafe (*condone*) von im nachhinein selbst angezeigter Steuerhinterziehung und dem massenhaft begangenen Verstoß gegen die Bauordnung durch „Schwarzbauten“ in Kombination mit der Zahlung von Schmiergeldern wurde vom damaligen Justizminister *Alfredo Biondi* vorangetrieben.⁸⁵ Ein Dekret *Biondis* beschränkte zudem die Möglichkeiten, die Untersuchungshaft u.a. für Bestechung und Bestechlichkeit von Staatsbediensteten zu verhängen. Parallel dazu wurde die zeitliche Beschränkung der staatsanwaltlichen Ermittlungen auf den Weg gebracht.⁸⁶ Alles in allem behinderten diese Vorhaben die Strafverfolgungsbehörden bei der Aufklärung des Systems der Korruption zwischen Politik und Wirtschaft in einem Maße, dass führende Ermittlungsbeamte der Mailänder Staatsanwaltschaft ihren Rücktritt anboten. Erst der daraus folgende öffentliche Druck zwang die damalige Rechtsregierung zur Rücknahme der Dekrete. Ironischerweise wurde kurz nach dieser Aktion bekannt, dass der Bruder *Silvio Berlusconi*, *Paolo Berlusconi*, wegen Bestechung und Steuerhinterziehung im Namen des *Fininvest*-Konzerns von den Mailänder Staatsanwälten mittels Haftbefehl gesucht wurde und die verabschiedeten Dekrete sowohl die Ermittlungen gegen den Konzern und engste Vertraute *Berlusconi* behinderten. Gleichzeitig wurde gegen *Silvio Berlusconi* öffentlichkeitswirksam ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur Bestechung eingeleitet. Die entsprechende Vorladung wurde ihm in Neapel während einer unter seiner „Schirmherrschaft“ abgehaltenen UN-Konferenz zur organisierten Kriminalität zugestellt. Die Interessenkonflikte zwischen dem „neutralen“ Amt des Ministerpräsidenten und der eigenen Vergangenheit wurden für jeden ersichtlich. An dieser Situation hat sich auch im Jahre 2001 nichts wesentliches geändert, denn nach wie vor hat *Berlusconi* den Konzern, wie häufig gefordert, nicht veräußert, und es besteht keine politische Lösung des immanenten Interessenkonflikts.

Neben dem Schutz vor dem juristischen Zugriff ist für die Mittelschicht aufgrund ihrer speziellen Situation zudem der Schutz ihrer ökonomischen Interessen wichtig. Die Abwehr der Besteuerung ihres Einkommens und die mögliche Diskussion um die finanzielle Beteiligung des Faktors Kapital an den Kosten der staatlichen Aufgaben steht an zentraler Stelle. Gleichzeitig zeigt sich das alte Phänomen, dass die Sicherung der Gewinnansprüche nicht durch die Oberschicht selbst am exponiertesten vertreten werden, sondern durch die Mittelschicht. Sie verlieh schon dem italienischen Faschismus die breite Basis, ohne die eine autoritäre Führung kaum möglich gewesen wäre. In diesem Sinne gilt die Beschreibung der damaligen Situation auch heute, dass der Mittelstand „[...] der Großbourgeoisie das Gewicht seiner Masse [leiht], ohne das keine Herrschaft imstande ist, sich zu halten. [...] Der Mittelstand ist das Fundament, auf das die kapitalistische Herrschaft sich stützt.“⁸⁷ In der Nachkriegszeit wuchs die Mittelschicht aufgrund der skizzierten günstigen ökonomischen Bedingungen zu einer respektablen Größe, deren Existenz in der Gegenwart durch die politische und vor allem ökonomische Krise selbst nachhaltig in Frage gestellt wird.⁸⁸ In der

Phase der Stagnation und des Verdrängungswettbewerbs hat sie, nach den abhängig Beschäftigten, als nächstes mit dem Verlust ihrer Einkommensquellen zu rechnen. Ihre wirtschaftliche Lage ist dabei Ausdruck der unmittelbaren Abhängigkeit von der industriellen und landwirtschaftlichen Akkumulation. Trotz der sinkenden Beschäftigtenzahlen wird in diesen Sektoren in den Industrienationen der überwiegende Anteil des gesellschaftlich erzeugten Mehrwerts produziert und realisiert. Die klein- und mittelständischen Unternehmen sowie die Dienstleistungen selbst fungieren dabei zum einen als materielle und ideelle Zulieferer für die Produktion und zum anderen als Absatzmarkt der industriellen Produktion. Viele von ihnen entstanden erst in Folge der Dezentralisierung oder der zuvor charakterisierten Informalisierung in der ökonomischen Krise der 70er Jahre. Im Konsumbereich sind die Unternehmen abhängig von den realen Löhnen des primären und sekundären Sektors, der Arbeitslosenquote und mit der damit verbundenen Höhe des sozialen Transfereinkommens. Für die Dienstleistungen gilt, wie für große Teile der klein- und mittelständischen Produktion, dass sie in den Bereichen des (Luxus-)Konsums (Mode, Möbel, Kunstgegenstände etc.) angesiedelt sind und hier ihre internationalen Absatzmärkte finden.

Jede Verringerung der Mittelschicht aufgrund von Insolvenzen wirkt sich damit kontraktiv aus, da sich aus den mittleren und hohen Einkommen die kaufkräftige Nachfrage für diese Produkte und Dienstleistungen in erster Linie speist. Das gilt sowohl auf dem Inlands- als auf den Exportmärkten. Die Tertiarisierung der Gesellschaft hat eben nicht zur Folge, dass der tertiäre Sektor aus sich heraus autark lebensfähig ist. Er ist stattdessen weiterhin von der Entwicklung im primären und sekundären Sektor abhängig. Dieser Zusammenhang wird von der FI nicht gesehen. Ganz im Gegenteil veranlasst die Zersplitterung der Produktion in eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Einheiten sie zur Annahme, dass diese aus sich heraus Träger eines kommenden ökonomischen Wachstums sein können. Bei der FI finden sich auch die üblichen Thesen, dass der Dienstleistungsbereich selbst primärer Wachstumsmotor sei und im Zeitalter des Internets und der Globalisierung die „New Economy“ den nächsten Wachstumsschub bereit halte. Vergessen wird dabei, dass bereits heute im italienischen Dienstleistungssektor die höchste Zahl an prekärer und irregulärer Beschäftigung vorliegt und geringe Löhne gezahlt werden. Wie aus diesen Umständen ein Aufschwung mit guter sozialer Sicherung und kaufkräftigen Löhnen werden kann, bleibt das Geheimnis der FI und ihrer Partner. Trotzdem greifen sie für ihre angestrebte gesellschaftliche Revolution als „[...] soziale Protagonisten auf die Mittelschicht zurück, mit ihrem objektiven politischen Wunsch nach Effizienz, der Lockerung des Steuerdrucks als ökonomischem Instrument und der Ideologie des Liberalismus und der Rechten als ihren politischen Repräsentanten.“⁸⁹ Die Interessenpolitik der Rechtskoalition hat einen klaren Auftrag und Bezugspunkt. Die gerne suggerierte Negation bzw. Überwindung von unterschiedlichen Interessen einer modernen politischen Zielsetzung, Floskeln die von rechten und linken Parteien gleichermaßen ins Feld geführt werden, erweist sich in der Realität als bloße ideologische Rhetorik.

4. Freiheit über alles!

Die Richtlinien, nach denen die FI Italiens Modernisierung betreiben will, bleiben folglich nur auf den ersten Blick allgemein und nichtssagend. Die Füllwörter der modernen politischen Sprache wie Freiheit, Demokratie, Solidarität und Wohlstand für alle haben als klaren Bezugspunkt die absolute Entfaltung der Marktgesetze in der Gesellschaft, durch die sie letztendlich in allen Bereichen auch gesteuert werden soll. Im Zentrum dieses Ansatzes steht, wie nicht anders zu erwarten, die Handlungsfreiheit der Besitzer von Produktiv- und Kapitalvermögen. Die Inhalte und die Umsetzung des politischen Programms sind damit klar vorgegeben. Ein unschätzbare Vorteil der FI ist dabei, dass sich ihre Vorstellungen nicht in Konkurrenz zu systemkritischen Überlegungen befinden, da die Regierungslinke selbst seit Beginn der 90er Jahre auf die Modernisierung ihrer Programme und auf den „Dritten Weg“ setzt.⁹⁰ Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Konzepten der FI ist von diesem Standpunkt her kaum mehr möglich, da die radikale Kritik auch die eigene Positionsverschiebung mit einschließen müsste. Es gibt natürlich noch Unterschiede zwischen den Polen Mitte-Rechts und Mitte-Links. Sie sind in Italien aber häufig nur noch graduell. *Marco Revelli* zieht deshalb aus seiner Analyse der jüngsten politischen Entwicklung den Schluss, dass in Italien zwei rechte Ansätze über alle Parteigrenzen hinweg dominieren: eine populistisch-faschistische und eine technokratisch-elitäre Variante. Beide verfolgen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine neoliberale Politik, um die Probleme der postfordistischen Gesellschaft in den Griff zu bekommen.⁹¹ Die Ziele und Forderungen der FI sind deshalb keiner prinzipiellen Kritik aus dem größten gegnerischen Lager ausgesetzt.

Darüber hinaus legitimieren sie sich durch die fortgeschrittene Individualisierung quasi aus sich selbst. Ausgangspunkt aller Argumentationen der FI ist der Begriff der Freiheit. Freiheit wird von ihr nicht mit den sie konstituierenden materiellen Bedingungen verknüpft, die den realen Gestaltungsrahmen des Individuums bestimmen. Damit der Einzelne seine begrenzte Freiheit im Kapitalismus überhaupt ausleben kann, muss ihm auf der einen Seite eine materielle Basis in Form einer sozialen Infrastruktur bereitgestellt und auf der anderen Seite ein Schutz vor zu starker Ausbeutung und ökonomischer Macht gewährt werden. Die dafür notwendige gesellschaftliche Intervention, sei es über den Staat oder andere kollektive Systeme – Gewerkschaften und Verbände – wird immer zu Begrenzungen der individuellen Freiheit führen.

Diese Begrenzungen waren und sind der Ansatzpunkt für neoliberale und konservative Gesellschaftskritik, die soziale Regulation immer als Angriff auf eine abstrakte Freiheit darstellt. Was für viele erst den individuellen Spielraum erweitert, wird negativ gewendet, einzig als Begrenzung denunziert. Dass in der modernen Debatte primär die Erweiterung der Freiheit der Besitzer von Produktivvermögen gemeint ist, geht dabei häufig unter. Die FI hingegen bezieht hier eindeutig Stellung und baut ihr gesamtes ökonomisches Konzept um ein Mehr an Freiheit für die Unternehmer und Selbständigen auf, woraus ein neues Wirtschaftswachstum resultieren soll, an dem alle partizipieren würden.

In der Programmatik der FI findet sich folgerichtig auch die Grundüberzeugung des Neoliberalismus, der einer sozialen Regulation eine rein normativ vorausgesetzte Freiheit entgegenstellt. „Wir glauben an die Freiheit des Unternehmens und an die Freiheit des Marktes,

gesteuert durch konkrete und klare Regeln, die für alle gleich sind. Aber die Freiheit wird nicht dankenswerter Weise durch den Staat bereitgestellt, denn sie existiert vor dem Staat und hat Vorrang vor ihm. Sie ist ein natürliches Recht und entspringt der menschlichen Natur. [...] Wir glauben, dass der Staat dem Bürger dienen muss und nicht der Bürger dem Staat: Der Bürger ist der Souverän.“⁹² Es wird abstrahiert von den realen ökonomischen und sozialen Bedingungen in der Gesellschaft und eine Gleichheit halluziniert, die so nicht existiert. Gleichheit heißt hier im Grunde nur noch Chancengleichheit, ohne dass überhaupt erwähnt wird, dass von Anfang an ungleiche Ausgangsbedingungen durch den Besitz oder eben Nicht-Besitz von Produktionsmitteln und Kapital in der Gesellschaft bestehen. Freiheit gilt nach dem voraussetzungslos gedachtem neoliberalen Verständnis als Fächer von Möglichkeiten, die jedem/jeder sich bietenden Chancen zu nutzen. Wer sie nicht optimal nutzt, ist selber schuld und hat die sozialen Folgen selbst zu tragen. Oder anders ausgedrückt: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied und trägt allein das Risiko des Scheiterns. Der sozialen Regulation wird in allen Facetten das Bild einer freien Marktwirtschaft entgegengesetzt, die per se den höchst möglichen Genuss an persönlicher Freiheit bereitstellt und die Individuen in ihrer Lebensgestaltung nicht behindert. Freiheit wird primär als negative Freiheit gedacht, als Abwesenheit von Zwang und Emanzipation vom (Sozial-)Staat und den ihn konstituierenden Regeln, die in wirtschaftliche Abläufe eingreifen, um die materiellen Grundlagen von Freiheit für die Nicht-Besitzenden der Produktionsmittel, ihre Entwicklung und ihre gesellschaftliche Teilhabe bereitzustellen.

Bei der FI sind solche Eingriffe nur insoweit gerechtfertigt, als sie eine minimale Grundversorgung garantieren sollten, die sich am christlich geprägten Gedanken der sozialen Fürsorge ausrichtet.⁹³ Den sozialpolitischen Positionen der FI, die konstituierendes Element ihres Freiheitsverständnisses sind, unterliegen zwei Positionen: Sie basieren einerseits auf einem positiven familiären Fürsorgegedanken und hegen andererseits ein prinzipielles doppeltes Misstrauen, erstens gegenüber dem ineffizienten Ausgabeverhalten des „verhassten“ Wohlfahrtsstaates und zweitens gegenüber der Bevölkerung, deren Inanspruchnahme sozialer Leistungen nicht wirklich gerechtfertigt sei. Parallel dazu obliegt die *Definitionshoheit*, was denn nun überhaupt gerechtfertigt sei, dem politischen Verständnis der FI und kann sich verändern. Im Kern können somit alle sozialen Ansprüche an den Staat respektive die Gesellschaft je nach konjunktureller Lage und politischer Situation überprüft werden. Die übliche These des überbordenden Sozialstaats wird in diesem Ansatz geschickt mit den gesellschaftlichen Ressentiments gegen Sozialschmarotzer verbunden. Die Gewährung nicht gerechtfertigter Leistungen sei deshalb primär dafür verantwortlich, dass die wirklichen Bedürftigen unzureichend versorgt würden. So wird der Sozialstaat neben der ökonomischen Ineffizienz noch moralisch diskreditiert.

Mit dieser Argumentation greift die FI auf die mittelständische Sozialphilosophie zurück, die auf den in der Vergangenheit realisierten individuellen Möglichkeiten der sozialen Mobilität basiert.⁹⁴ Der daraus resultierende Freiheitsbegriff speist sich u.a. aus der Verfügung über Produktionsmittel und Kapitaleinkünfte, seien sie noch so gering. Die Abgrenzung gegenüber dem Arbeiter und Angestellten gelingt durch die Selbstwahrnehmung als Unternehmer, das Eigentum stellt die Verbindung mit den Großunternehmen her. Die eigene materielle Situation suggeriert die Unabhängigkeit von der gesellschaftlichen Situation, so

dass das mittelständische Kleinbürgertum auch als „Klasse ohne Klassencharakter“ bezeichnet wird.⁹⁵ Weder gehören sie der Klasse der Arbeiter und Angestellten an, die als Beschäftigte ihre Abhängigkeit spätestens mit der Entlassung realisieren müssen, noch der Klasse des Kapitals und Großbürgertums, deren relative Unabhängigkeit von den ökonomischen Krisen sie nicht erreichen können. So wird die individuelle Leistungsfähigkeit überhöht und zur einzigen gesamtgesellschaftlichen Perspektive zur Überwindung der Krise. Die strukturelle Ungleichheit wird nicht thematisiert, denn der eigene Aufstieg war vermeintlich nur der eigenen Kraft geschuldet. Jeder Hinweis auf eklatante materielle und damit politische Ungleichheiten gilt dann nur noch als falsche Kritik am normativen Prinzip der marktwirtschaftlichen Freiheit, sie habe ja auch den eigenen Aufstieg ermöglicht.

Stellt man hingegen nüchtern fest, dass die realisierte soziale Mobilität eine Folge der sich verändernden Nutzung des Mehrprodukts war und damit selbst notwendiger Bestandteil der privaten Akkumulation ist, zeigt sich ein anderes Bild. Wie in allen anderen Nationen erforderte das ökonomische Wachstum in Italien eine stärkere Durchlässigkeit der sozialen Grenzen, da die personelle Struktur nicht den Erfordernissen der wachstumsorientierten modernen Gesellschaft nach einer veränderten Qualifizierung entsprach (Facharbeiter, Akademiker, breiter Mittelstand als Basis der Dienstleistungen etc.). Feudale Strukturen, die vor allem in den unterentwickelten Regionen noch heute ausgeprägt sind, standen dem Fortschritt als Entwicklungsblockade gegenüber und selbst konservative Kräfte unterstützten ihren Abbau. Gleichzeitig wurde trotz der erreichten sozialen Mobilität und individuellen Partizipation am Wachstum die strukturelle Ungleichheit nicht überwunden. Das war auch nie erklärtes Ziel: Die Leistungsanreizfunktion würde durch die überproportionale Nivellierung der Unterschiede zwischen Arm und Reich verschwinden, so dass die ökonomische Reproduktion auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise unterminiert würde. Selbst der Zustand der Vollbeschäftigung birgt deshalb die latente Gefahr, dass die Herrschaftsstrukturen über ein zugelassenes Maß hinaus in Frage gestellt werden könnten. Die sich daraus ergebenden Probleme erfordern es, zur Aufrechterhaltung der Disziplinierungsfunktion von Arbeitslosigkeit jegliche wirksame Vollbeschäftigungspolitik nicht zu lange aufrechtzuhalten bzw. sie immer nur als abgeleitete Funktion der übrigen ökonomischen Ziele zu *definieren*.⁹⁶ Im Kern wird das Prinzip der Meritokratie damit nicht aufgegeben, so dass die Produktivitätsentwicklung nur bis zu einem bestimmten Grad in sozialen Fortschritt für die Masse umgesetzt werden durfte.

Bei stagnativer ökonomischer Entwicklung können die latent vorhandenen feudalen Strukturen revitalisiert werden, um die soziale Mobilität und den Rechtsanspruch auf Teilhabe am Mehrprodukt zurückzudrängen, die jetzt zum Hindernis der privaten Akkumulation wird. Bei sinkenden Wachstumsraten muss die politische Reaktion von rechts die hohen Profitansprüche der Vergangenheit verteidigen. Wird die Umverteilung aus den hohen Wachstumsraten, den Sozialversicherungsbeiträgen der Lohnabhängigen und ihren Steuern nicht mehr möglich, so könnte zur Sicherung und zum Ausbau der sozialen Systeme auf die stärkere Besteuerung von Vermögen und höheren Einkommen zurückgegriffen werden. Genau diese Einkommensgruppen entzogen sich jedoch gemeinsam mit den Besitzern des Produktivkapitals kontinuierlich der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates und wurden von der politischen Führung noch gedeckt. Die Möglichkeit, die Handlungsfreiheit der Mittelschicht und

der ökonomischen Eliten zu revidieren, führte dazu, dass sie sich nach neuen Vertretern ihrer Interessen umsehen musste, die mit dem alten Regime in geschäftlicher Hinsicht aufs Engste verbunden war und die wirtschaftspolitische Kontinuität garantierte.⁹⁷ Über die Sicherung der eigenen materiellen Interessen – Steuersenkungen und Straffreiheit der bisher üblichen Steuerhinterziehung, Sicherung des Kapitaleinkommens durch die Garantie eines hohen Zinssatzes, Abbau der sozialen Leistungen, die nicht selbst in Anspruch genommen werden, Forderung nach monetärer Zuwendung (Subventionen) und rechtlichem Schutz der Eigentumsordnung durch die staatlichen Institutionen – soll die Struktur der italienischen Gesellschaft festgeschrieben werden. Forderungen nach Umverteilung müssen abgewiesen und die in der Vergangenheit begangene illegale Bereicherung im nachhinein legalisiert werden. Die Forderung der FI nach Senkung des Spitzensteuersatzes von 50 auf 30% und zusätzlicher Entlastung der Besserverdienenden ist eine klare Aussage, wie die Verteilungsfrage von ihr geklärt werden soll. Ihre permanenten Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat werden letztendlich verständlich.

Statt Umverteilung von oben nach unten real zu organisieren sollen vielmehr die Sozialsysteme (Bildung, Gesundheit, Rente etc.) in großem Maße privatisiert werden, um die Finanzierung durch den Staat zu beenden. Ein allgemeiner rechtlicher Anspruch auf soziale Sicherung über das Existenzminimum hinaus, das der *Definitionshoheit* der herrschenden Klasse unterliegt, wird dabei abgelehnt. Im Gegensatz dazu wird der paternalistische Beistand propagiert, was nichts anderes als ein modernes Almosensystem begründet, in der das Individuum auf die humanistische Freigiebigkeit der vermögenden Bevölkerungsteile oder die Familie angewiesen ist. Der Glaube an die Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und an die individuelle Lösung sozialer und ökonomischer Missstände mittels Marktsteuerung lässt auch nur schwer ein anderes Verständnis zu. Soziale Rechte, die sich aus dem Entwicklungsstand der modernen Gesellschaft herleiten und mit der steigenden ökonomischen Leistungsfähigkeit und dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum erweitert werden könnten, sind mit diesem Ansatz unvereinbar. Der Freiheitsbegriff der FI ist somit Ausdruck der neoliberalen Logik, in der das Individuum in der modernen Gesellschaft aus eigener Anstrengung jegliches Ziel erreichen kann. Das Gleichheitsideal der bürgerlichen Gesellschaft wird dabei idealistisch überhöht und scheint aufgrund der relativen sozialen Mobilität zur absoluten Realität geworden zu sein. Hiermit greift die FI auf Argumentations- und Erklärungsmuster des sozialpolitischen Rollbacks zurück, die seit Mitte der 80er Jahre die politische Diskussion dominieren.⁹⁸

5. Zerschlagung des Sozialstaates

Grundlage der versprochenen Modernisierung der italienischen Gesellschaft und Ökonomie ist die Entfesselung des Wettbewerbs mittels Durchsetzung der Freiheit gegenüber der gesellschaftlichen Regulation. Versprochen wird ein Wirtschaftswachstum, das schließlich irgendwann einmal allen zu Gute käme. In den verschiedensten Varianten wird die Modernisierungstheorie bemüht und in ökonomischer Hinsicht auf die gängige These des trickle-

down-effects vertraut, Profit- und Einkommenssteigerung würden sich trotz zunehmender Polarisierung der Verteilung sukzessive über alle Gruppen nach unten auswirken. Eine Umverteilung wäre demnach nicht nur unsinnig, sondern würde gleichzeitig die ökonomische Dynamik bremsen, die aus steigenden Profiten und Vermögenseinkommen abgeleitet wird.⁹⁹ Um die neoliberale Modernisierung zu initiieren, muss der Sozialstaat grundlegend reformiert werden. Für den FI-Vordenker *Paolo Del Debbio* liegen hier die zentralen Aufgaben der zukünftigen Regierungsarbeit.¹⁰⁰ Seiner Ansicht nach wären so viele Arbeitsschutzgesetze wie nur möglich aufzuheben, da sie den Unternehmer davon abhielten, neue Beschäftigte einzustellen. Natürlich sieht *Del Debbio* auch die mit der Flexibilisierung verbundenen Probleme und Verluste von Sicherheit für die Beschäftigten. Aber diese negativen Effekte würden durch die positiven Effekte steigender Beschäftigung in der Zukunft aufgehoben und überkompensiert. Gleichzeitig sei eine kontinuierliche Senkung der Steuern notwendig, denn nur die Reduktion des Steuerdrucks könne die finanziellen Spielräume eröffnen, die zu ökonomischem Wachstum führen würden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird demnach immer mit der radikalen Änderung der Fiskalpolitik verbunden. Zumal beides, starre Arbeitsmärkte und hohe Steuerbelastung, Kernursache der Inflation sei.

Das soziale Netz im Falle der Arbeitslosigkeit wäre so zu gestalten, dass jede Unterstützung nur für einen klar begrenzten, kurzen Zeitraum gewährt wird. Sie sei sofort einzustellen, sobald der Arbeitslose eine Arbeit nicht akzeptiert, die er gefunden hat bzw. die ihm angeboten würde. Jede staatliche Hilfe kann nur ein kurzfristiges Substitut sein und müsse dazu führen, sich so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Um Arbeit zu finden, sind daneben alle Instrumente einzusetzen und private Initiativen zu unterstützen, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt, zu welchen Konditionen auch immer, möglich machen. Vor allem der Non-Profit-Sektor und Dienstleistungsbereich könne ausgebaut werden und Aufgaben übernehmen, die vom Staat nicht mehr übernommen werden sollen bzw. in Konkurrenz zu öffentlich gewährten Dienstleistungen treten könnten. Hier wird ein starkes Wachstumspotential vermutet, das die Massenarbeitslosigkeit absorbieren könne. Schließlich müsse das System der Alterssicherung komplett umgebaut werden, das in seiner gegenwärtigen Form weder der Rentenzahlung im Alter diene und noch einen Versicherungsscharakter habe, sondern ein sozialpolitisches Instrument zur Kompensation von Arbeitslosigkeit sei und den Anreiz zur Arbeitsaufnahme beschränke.¹⁰¹

In diesen und anderen gleichlautenden Analysen des italienischen Sozialstaates greift die FI Probleme auf, die den Bürgern tagtäglich begegnen. Die schlechte soziale Sicherung, die Ineffizienz und die Finanzierung durch die Steuern auf Arbeitseinkommen und über den Konsum bzw. indirekter Steuern speiste immer eine breite Kritik am italienischen Sozialstaat und führte sukzessive zu seiner Ablehnung. Was wäre auch anders zu erwarten, bei einerseits hohen Belastungen und andererseits der Gewährung von rudimentären Leistungen und Ansprüchen. Diese Alltagserfahrungen werden von der FI geschickt für ihre Generalabrechnung mit dem Wohlfahrtsstaat genutzt, die Verteilungsfrage wird auf die Frage der Relation von Leistungen zu Beiträgen reduziert. Warum diese Deformationen überhaupt existieren, wie die soziale Sicherung konzipiert ist und ob die Kritik der FI zutrifft, wird nicht hinterfragt. Es könnten sich sonst auch andere Forderungen ergeben. Denn trotz der Erzählungen der FI über den Sozialstaat sieht die Realität anders aus: Im Niveauvergleich der Soziallei-

stungen zum Bruttoinlandsprodukt fällt Italien zu den anderen europäischen Ländern deutlich zurück.¹⁰²

Der reale Ausgabenanstieg seit Mitte der 70er Jahre ergab sich durch die in allen Industrienationen zu verzeichnende Zunahme der Arbeitslosigkeit und nicht durch den Ausbau an Leistungen für den Einzelnen. Viel wichtiger ist aber, dass ein geringes Niveau der sozialen Sicherung Italien bereits am Ende des 19. Jahrhunderts – zur Zeit der nachholenden Industrialisierung – und während des Faschismus kennzeichnete. Erst danach ergaben sich einige Veränderungen, die das soziale Niveau der Masse mittels Einführung und Ausbau verschiedener Sicherungssysteme zum ersten Mal anhub. Aber nicht durch eine hohe Umverteilungskomponente, wie von der FI unterstellt, vielmehr war und ist die Gewährung sämtlicher sozialer Leistungen wie in allen Nationen auch in Italien am Äquivalenzprinzip zum Arbeitseinkommen ausgerichtet. Eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik existierte dem Grundverständnis nach zu keiner Zeit. Im italienischen Sozialsystem dominieren stattdessen ständische Strukturen: „Das Fürsorgesystem in Italien reflektiert eine Logik des Zugangs zu den Leistungen, die diejenigen bestraft, die keinen fortwährenden Bezug zum Arbeitsmarkt haben und nicht zu einer der Kategorien gehören, denen das Recht auf monetäre Unterstützung zubilligt wird. Der größte Unterschied Italiens gegenüber den anderen europäischen Ländern liegt also im Fehlen eines Instruments, das ein Mindesteinkommensniveau garantiert, welches nicht an die Zugehörigkeit zu einer Berufs- oder Sozialgruppe oder an irgendwelche Verdienste gebunden ist.“¹⁰³ Die seit Mitte der 70er Jahre begonnene und seit den 90er Jahren verstärkte Reform der sozialen Sicherung führte darüber hinaus zu weiteren Leistungskürzungen bei steigenden Beiträgen. Die von der FI gern kritisierte Arbeitslosenunterstützung steht dabei exemplarisch für den Zustand des gesamten sozialen Sicherungssystems in Italien. Nach Einstellung der Zahlungen (max. 180 Tage) gibt es keine finanzielle Unterstützung, so dass bei Langzeitarbeitslosigkeit auf die Invaliditätskasse zurückgegriffen wurde und Arbeitslose eine Invalidenrente beziehen können. Die FI nutzt diesen bekannten Umstand zur Denunziation derjenigen Personen als „falsche“ Rentner, die das Pensionssystem zu unrecht und zu Lasten der tatsächlichen Rentner in Anspruch nehmen. Dieses würde durch den Staat auch noch gefördert. Statt die mangelnde soziale Sicherung zu kritisieren und eine verbesserte Versorgung einzufordern, werden nach hinlänglich bekanntem Muster die Bezieher von Leistungen beargwöhnt und ihr durchaus zweckrationales ökonomisches Verhalten als *asozial definiert*.

Die schon in der Vergangenheit über Steuermittel finanzierte Subvention von Investitionen und die Steigerung der Profite soll hingegen verstärkt werden, indem der Zugriff auf die in der sozialen Versorgung gebundenen Mittel durch die Privatisierung in Aussicht gestellt wird. Die in der Vergangenheit vollzogene Umverteilung von unten nach oben wird also nicht nur gerechtfertigt, sondern kann noch vergrößert werden. Die damit verbundenen zunehmenden materiellen Disparitäten beschneiden zwar die Freiheit bestimmter Individuen, sie können jedoch, ganz im Sinne der Meritokratie, durch ihre persönliche Anstrengung erneut den sozialen Aufstieg schaffen. Alle anderen, die trotz der wiedergewonnenen Freiheit weiterhin am Existenzminimum leben, dienen zur Rechtfertigung zusätzlicher sozialer Einschnitte. Ihre Unfähigkeit beweist im nachhinein, dass sie zu Recht als Sozialschmarotzer bezeichnet werden, die Ausdruck des parasitären Wohlfahrtsstaates sind. Abweichungen von

den normativen neoliberalen Vorstellungen dienen keineswegs der Überprüfung von Prämissen, sondern bestätigen im Zweifel nur, dass die Selbststeuerungsfunktion über den Markt noch nicht vollständig funktioniert.

6. Die italienische Variante des autoritären Wettbewerbsstaates

Wie skizziert, führt die FI eine Beschränkung der Freiheit nicht auf die reale Verteilungssituation in der Gesellschaft zurück. Vielmehr wird die spezifische Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft oder des Individuums auf einer abstrakten politischen Ebene bedroht und eingeschränkt. Neben der allgegenwärtigen Kriminalität werden politische Kräfte – Kommunisten, Linksparteien, Gewerkschaften und Atheisten – zu den eigentlichen Schuldigen gemacht, dass Gedanken-, Religions- und Koalitionsfreiheit eingeschränkt werden. Gleichzeitig sorgen diese Kräfte dafür, dass das Leistungsprinzip beschränkt wird und seine regulierende Funktion hinsichtlich der effizienten Systemstabilisierung verliert. Die genannten Gruppen bedrohen letztendlich qua Omnipräsenz die gesamte Gesellschaft, unterwandern diese und bedrohen die bürgerliche Zivilgesellschaft mit ihren demokratischen Werten. Die FI und vor allem *Berlusconi* greifen bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die alten Propagandamittel des Antikommunismus zurück, obwohl die Kommunisten auch in Italien kaum mehr kurz vor der Machtübernahme stehen. Trotzdem sieht die FI eine latente linke Gefahr und bindet die Wähler über die Beschwörung einer nationalen Gefahr an sich. Bei Abwesenheit eines äußeren Gegners bleibt als einziges Erklärungsmuster der ökonomischen und politischen Krise in Italien der Rückgriff auf die Feinde im Innern der Gesellschaft, die eine reibungslose Funktion der bürgerlichen Gesellschaft verhindern würden.

Eine Auseinandersetzung mit den Funktionsgesetzen des entwickelten Kapitalismus wird umgangen und so die repressiven Strukturen der Reproduktion jeder Kritik entzogen. Bereits bei ihrem ersten Rettungsversuch der italienischen Nation zeigte sich die FI in der Wahl der Worte nicht zimperlich: „Wenn die Linke an die Regierung kommt, wird sie die Presse, das Radio und das Fernsehen unter ihre Kontrolle bringen und mit Hilfe von Prozessen, dem Exil, der Polizei regieren (23.3.94). *Forza Italia* hat Italien vor einem Schicksal ohne Freiheit, Demokratie und Wohlstand bewahrt, das unabweisbar schien (5.7.94). Die Linke war bereits kurz vor der Machtübernahme: in allen Schlüsselpositionen, in den Schulen, den Universitäten, in den Verlagen, in den Fernsehsendern, in den Staatsanwaltschaften hatte sie bereits ihre Leute postiert. Wir sind noch einmal davongekommen, nun heißt es, unsere Freiheit und unsere Wohlstand weiter zu verteidigen (14.11.94).“¹⁰⁴ Natürlich kann die Freiheit neben den materiellen Zwängen auch von anderen Faktoren begrenzt werden. Diese resultieren häufig aus der Verbindung mit ökonomischen und politischen Zielsetzungen, die auf spezielle Herrschaftsbeziehungen zurückgeführt werden können. Gekennzeichnet war und ist die italienische Gesellschaft durch eine Kooperation von organisiertem Verbrechen und politischer Führung. Korruption und eindeutige Klientelpolitik zur Stabilisierung von Herrschaft war konstitutiv für die ökonomische und politische Führungsschicht, die, wie wir gesehen haben, *Berlusconi* selbst in Anspruch nahm. Der Mythos von der Über-

nahme der Macht durch die Linke und die Unterwanderung der Gesellschaft, wäre damit leicht zu entkräften. Denn die Realität zeigt genau das Gegenteil: Die politische Rechte hat die Zivilgesellschaft „unterwandert“ und ihre eigenen Ansprüche nach Demokratie und Transparenz tagtäglich ad absurdum geführt. Die Propaganda der FI ist gerade deshalb reine Projektion.

Die Freiheit ist de facto durch ganz andere Aspekte bedroht, als von *Berlusconi* unterstellt wird. Aber eine Ideologie verschwindet nicht, wenn man sie widerlegt. Es tritt dagegen die Appell- und Signalfunktion in den Vordergrund, so dass „(d)er ideologische Antikommunismus [...] daher gerade da, wo er an Glaubhaftigkeit verliert, seinen gesellschaftlichen Inhalt [erweist]: er ist ein soziales *Disziplinierungsmittel*.“¹⁰⁵ Der unermüdlich vorgebrachte Antikommunismus hat also einen realen Zweck, der heute noch gilt. Die Erfahrungen der FI aus 1994 verstärken den Rückgriff auf die Denunzierung als strategisches Mittel. Es dürfte der Führung klar sein, dass die Politik der Rechtskoalition bei ihrer Durchsetzung auf Kritik und Widerstände stoßen wird. Wie stark diese sein werden, ist dabei zunächst einmal unerheblich. Für die FI und ihre Partner ist es vielmehr notwendig, ihre Positionen als alternativlos und gut für Volk und Nation darzustellen. Jeder Ansatz, der sich dem Einheitsdenken in neoliberalen Kategorien entgegenstellt und stattdessen auf gesellschaftliche Solidarität und kollektivem Handeln aufbaut, muss bereits im Vorfeld stigmatisiert werden. Auch in dieser Hinsicht steht die FI damit in der Tradition der konservativen „Ersten Republik“ und „[...] der Antikommunismus *Berlusconi* ist eine modernisierte Form von Prävention einer vorhersehbaren sich radikalierenden politischen und sozialen Auseinandersetzung. Ein notwendiger Bestandteil also für diejenigen, die Ambitionen hat, lange Zeit zu regieren.“¹⁰⁶ In diesem Kontext wird auch klar, warum *Berlusconi* Stalinismus, Kommunismus, Sozialismus und moderne Sozialdemokratie auf eine Ebene stellt. Sie repräsentieren für ihn alle mehr oder weniger den Weg in das Kollektiv, in der die freie Gesellschaft untergehen würde. Von 1948 an bis heute und in der Zukunft stehen die Kräfte eines „wahren Liberalismus“ denjenigen gegenüber, die nicht wirklich die liberalen Werte verinnerlicht haben.¹⁰⁷ Politik ist für ihn ein kontinuierlicher und kompromissloser Kampf um die Verteidigung und Durchsetzung liberaler Werte.¹⁰⁸ Auch gegen diejenigen, die sich zwar sozialliberal nennen, die aber den Kollektivismus insoweit noch verinnerlicht haben, als sie dem freien Individuum nicht zutrauen, sein Leben allein zu gestalten. Die „Feinde der Freiheit“ haben sich durch ihre Methoden der politischen Einflussnahme „[...] in jeden noch so entfernten Winkel des sozialen Lebens eingefügt, um dort die Philosophie des Kampfes [gemeint ist der Klassenkampf, Anm. d. Verf.] und der Fürsorge hereinzutragen [...] [N]achdem sie damit den Staat und seine Institutionen dem finanziellen Kollaps überantwortet und uns fast an den Rand der europäischen Union gedrängt haben, verschanzen sich manche der tief in der Vergangenheit verwurzelten Protagonisten vor dem zusammenbrechenden System, um es zu verteidigen, wobei sie selber einen großen Anteil an seinem Zusammenbruch tragen.“¹⁰⁹ Es geht der FI hier einerseits um die *Definition* der Zustände als „Wohlfahrtsdiktatur“¹¹⁰ mit einem „totalen Wohlfahrtsstaat“, der im sozialen Leben omnipräsent ist und gerade deswegen ineffizient sein muss. Andererseits wird eine politische Führung in Aussicht gestellt, die den Staat qua vom Volk verliehener Macht – Direktwahl des Ministerpräsidenten und plebiszitäre Elemente – auf sein natürliches Maß zurückstutzt.

Verwechselt werden sollte die von der FI vorgebrachte Forderung nach Deregulierung nicht mit dem generellen Rückzug des Staates auf seine Rolle als „Nachwächterstaat“, zumal selbst in der Vergangenheit des Manchesterkapitalismus der Staat nie dieser liberalen Illusion entsprach.¹¹¹ Was sich ändert, ist die Aufgabenstellung bzw. ein Funktionswandel, damit die neoliberalen Vorgaben effizient durchgesetzt werden können: „Keinesfalls wird die staatliche Apparatur auf die repressive Gewährleistung von ‚Sicherheit und Ordnung‘ beschränkt, sondern der ‚erweiterte‘, d.h. alle gesellschaftlichen Sphären durchdringende und kontrollierende Staat dehnt sich eher noch aus.“ Denn es „[...]“ wird die umfassende Organisation und Mobilisierung der Gesellschaft für die Zwecke der Standortkonkurrenz durch den Staat zum immer entscheidenderen Faktor. [...] Weltmarktorientierte Industrie-, Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik zählen inzwischen zu den vorrangigen staatlichen Aktivitäten. Privatisierung ist selbst eine staatlich-politische Strategie, der Markt wird innergesellschaftlich als Steuerungsmittel planmäßig eingesetzt. [...] Was vielmehr ansteht, ist ein Umbau des Sozialstaats, der neben einer allgemeinen Senkung des Leistungsniveaus auf vergrößerte Selektivität zielt.“¹¹² In wirtschaftspolitischer Hinsicht steht damit das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, an der Spitze. Es ist dann auch nicht verwunderlich, dass *Berlusconi* im Wahlkampf 2001 die Investition in die italienische Infrastruktur an exponierte Stelle setzte.¹¹³

Solche Ankündigungen, die natürlich auch über den öffentlichen Sektor realisiert werden müssen, haben in der politischen Diskussion zur Vermutung geführt, dass die FI und ihr Führer von den liberalen Vorstellungen der Anfangszeit abgerückt seien.¹¹⁴ Diese Einschätzung übersieht zum einen, dass die neoliberale Radikalität in den Aussagen zurückgenommen werden musste, um die Wählerbasis zu erweitern. Zum anderen hat sich die FI in den letzten Jahren auf dem Weg begeben, eine liberale Massenpartei zu werden und mehr konservative Personen vor allem aus der untergegangenen DC integriert. Beide Momente mussten zwangsläufig zur Erweiterung der eingeschränkten wirtschaftsliberalen Botschaften führen. Drittes Element ist der geschilderte Funktionswandel des Staates weg vom Wohlfahrts- hin zum Wettbewerbsstaat. In diesem Kontext wird die Investitionstätigkeit und die Funktion des öffentlichen Sektors durchaus genutzt, wenn es die Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Die dafür benötigten Finanzmittel werden durch Kürzungen im Sozialbereich aufgebracht, da die Kreditaufnahme zurückgefahren und die Besteuerung mittels restriktiver Geld- und Finanzpolitik begrenzt werden sollen. Hinter der neoliberalen Staatskritik stehen immer konkrete Vorhaben, die jedoch durch die Rhetorik von Deregulierung und Freiheit der Gesellschaft überdeckt werden, und genau dieser Dialektik entspringt die Notwendigkeit einer Disziplinierung der Gesellschaft. Die eingangs beschriebene Ideologie des Antikommunismus bzw. Antikollektivismus der FI hat hier eine zentrale Funktion.

Neben der Prävention von Kritik geht es um die nationale Einheit, da der politische Konkurrent und Verbündete, die *Lega*, den Nationalstaat ablehnt und eine wesentliche Existenzbedingung des entwickelten Kapitalismus in Frage stellt. Die FI nutzt, wie der neofaschistische Koalitionspartner, die Ressource Nationalismus in Abgrenzung zur regionalistischen *Lega*. Denn die Region kann nicht primäres Bezugsobjekt der FI sein, und das nationale Territorium darf in seiner Grundlage nicht gefährdet werden. Dem entgegen stehen allein schon die ökonomischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Regionen. Die norditalieni-

schen Produzenten beliefern aufgrund ihrer „überlegenen“ Position natürlich den gesamten Binnenmarkt mit ihren Konsum- und Investitionsgütern, also auch den Süden. Der Zusammenhang, den die *Lega* zwischen den norditalienischen Überschussregionen (Nettozahler) und den unterentwickelten Regionen (Empfänger von Transferzahlungen) herstellt, ist künstlich und vor allem falsch. Real profitierten die „reichen“ Regionen von den Zahlungen der Ausgleichskasse für den Mezzogiorno durch die Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage nach ihren Produkten oder durch die direkte Subvention. Auch heute noch, nach Abschaffung der Ausgleichskasse und der Umstellung auf andere Modelle zur Entwicklung der strukturschwachen Gebiete, hat sich an dieser ökonomischen Logik nichts geändert.¹¹⁵ Der Binnenmarkt ist und bleibt besonders für den Mittelstand eine zentrale Größe, und seine Verkleinerung durch die von der *Lega* vertretene rechtliche oder fiskalische Trennung zwischen Nord- und Süditalien stellt keine Perspektive dar. Neben der inneren Modernisierung setzt die FI auf einen Exportboom, der das in Aussicht gestellte Wirtschaftswunder tragen soll. Diese Zielsetzung findet sich in der Programmatik an vorderster Stelle, und sie präsentiert sich somit als Garant der nationalen Ordnung und nationale Kraft der Modernisierung, für die Wähler war dies bisher ein ausschlaggebendes Moment.¹¹⁶ Es muss also darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Nation zu erhöhen. Denn nur innerhalb der Nation werden die Bedingungen vorgefunden und erzeugt, die eine internationale Standortkonkurrenz überhaupt erst ermöglichen.

Rekapituliert man die ökonomischen und sozialpolitischen Vorstellungen der FI, geht es nur oberflächlich betrachtet um die Abwehr staatlicher Eingriffe in die Gesellschaft. Nur die sozialen und ökonomischen Eingriffe sollen verhindert werden, die zum einen rechtliche Ansprüche an den Sozialstaat und das Unternehmen begründen und zum anderen den Staat zwingen, zur Finanzierung von sozialen Aufgaben Einnahmen zu erzielen. Deregulierung manifestiert sich immer als konkrete und nicht allgemeine Forderung. Mit dem Verschwinden des Staates ist es nie zu verwechseln. Im Gegenteil, ein starker Staat wird notwendig, der die ökonomische Neuausrichtung der Gesellschaft gewährleisten kann. In diesem Sinne ist das autoritäre bzw. elitäre Demokratieverständnis der FI logische Konsequenz und notwendiger Bestandteil der wirtschafts- und sozialpolitischen Überzeugung. Basis sämtlicher Forderungen der FI ist die Annahme der Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes, in der Krisen nur Ausdruck der Abweichung von den Regeln des Marktes sein können, für die unzulässige Interventionen verantwortlich gemacht werden.

Die Interventionen werden auf die als illegitim definierten Partikularinteressen bestimmter Gruppen zurückgeführt (das Gewerkschaftsmonopol, Linksparteien und soziale Bewegungen). Sie stehen der Modernisierung der Gesellschaft entgegen und behindern durch ihre nicht zu rechtfertigenden Ansprüche die Entfaltung der Marktkräfte. Die Anpassung an die Regeln des Marktes und die Zurückdrängung der negativen Partikularinteressen wird somit Aufgabe der politischen Führung und Begründung für die autoritäre Intervention in die Gesellschaft zur Wahrung der als überlegen unterstellten Regeln. Der Staat bzw. die „gute Regierung“ übernimmt die Funktion des Schiedsrichters, wobei der Kapitalismus die Basis des Spiels ist und die Aufgaben der Politik einzig in der permanenten Gewährleistung der Basis und seiner Regeln bestehen. „Aber eine Regierung, welche die Regeln überwacht (*governo delle regole*), ist eine unbeständige Sache: Das wäre wie ein Fußballspiel, das von

22 Schiedsrichtern gespielt wird.“¹¹⁷ Abgeleitet wird daraus notwendigerweise eine Vollmacht zur Intervention in die Gesellschaft. Besitzt die Regierung die *Definitionsmacht* über die „Richtung des Spiels“, so ist die Richtung der Regulation bestimmt. Dem Staat obliegt die Überwachung der Regeln (Gesetze) und deren Formulierung nach klaren Kriterien. Sie werden darauf zurückgeführt, dass die autonome Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts nach individuell, unternehmerischen Gesichtspunkten unter allen Umständen zu schützen sind. Gesichert wird das System durch für alle eindeutige und gleiche Normen. Vorausgesetzt wird, dass die materiellen Bedingungen im Grunde gleich sind und effizient über das System bereitgestellt werden. Parallel dazu unterliegt den Positionen der FI die ökonomische Doktrin der vollkommenen Konkurrenz, in der einzig die rechtliche Kodifizierung des Marktes stattzufinden habe. Monopole und andere störende Einflüsse sollen zwar zurückgedrängt werden. Hier wird aber mit zweierlei Maß gemessen, denn die Vermögenskonzentration oder die monopolistische private Unternehmensstruktur muss nicht in jedem Fall aufgebrochen werden. Sie sind durch individuelle Leistung entstanden, wie *Berlusconis* Medienmonopol selbst beweisen würde, und stellen nationale Global Player dar, ohne die das Bestehen im internationalen Wettbewerb nicht möglich ist. Einzig staatliche Monopole sollten privatisiert werden. Für die FI bedeutet Industriepolitik: Flexibilität der Märkte, Deregulierung zur Schaffung neuer Beschäftigung, Mobilität der Arbeit, Revision der Verfahren von Einstellungen und Entlassungen, Steuerbefreiung für Investitionsgewinne. Als Ausdruck der neuen Flexibilität wird die schnelle und sozial ungesicherte Entlassung propagiert, die positiv formuliert den Unternehmern massenhafte Neueinstellungen erleichtern soll. Die Sicherung des Marktes und des Privateigentums an Produktionsmitteln determiniert eine umfassende Schutzaufgabe des Staates, aus der zweckdienliche autoritäre Interventionen in die Gesellschaft abgeleitet werden. Der „Schlanke Staat“ ist gerade kein Staat, in dem seine Bürger eine größere demokratische Mitbestimmung verwirklichen können. Ganz im Gegenteil wird die Partizipation aufgrund ökonomischer Effizienzkriterien beschnitten, da die Entbürokratisierung in erster Linie die Abschaffung von Gesetzen bedeutet, die die unbeschränkte Verwertung behindern. Gesetze mit Schutzwirkungen (Arbeitsschutz, Gesundheitsprävention oder Umweltschutzbestimmungen) können so mit der Begründung außer Kraft gesetzt werden, dass die Intervention durch das parlamentarische System in den Produktionsprozess die Marktgesetze außer Kraft setzt und nur schlechte Ergebnisse hervorbringen könne. Die private Kapitalakkumulation solle sich stattdessen verbessern und die private Investitions- und Konsumneigung erhöhen. Die kaufkräftige Nachfrage müsse aus den steigenden Gewinneinkommen finanziert werden und die stagnierende Massennachfrage aus fallenden Lohn-einkommen, sinkenden staatlichen Transfers und daraus resultierenden sinkenden privaten Investitionen kompensieren.

Die angestrebten veränderten Verteilungsverhältnisse würden aber nicht zu diesem Ergebnis führen. Wie in allen Nationen würde sich lediglich für große Teile der Bevölkerung ihre soziale Situation verschlechtern. Der soziale Konsens in der Gesellschaft würde weniger durch demokratische Partizipation und Teilhabe am Reichtum herbeigeführt, als durch Domestizierung der Bevölkerung. Positives Identifikationsobjekt wird eine sozialphilosophische Untermauerung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die traditionelle Werte

und Tugenden revitalisiert, um die Domestizierung von innen zu flankieren. Wird die Politik der FI umgesetzt, bedeutet dies eine Zunahme von Armut und sozialen Spannungen. Zu diesem Zweck wird der Umbau des Wohlfahrtsstaats mit direkten und indirekten Repression verbunden sein, was sich nicht nur in der ständigen Betonung von Gesetz und Ordnung ausdrückt. Die moderne Sozialpolitik heißt: Statt soziale Rechte zu gewähren, wird die Pflicht der Leistungserbringung gegenüber der Gesellschaft betont. Der daraus resultierende Zwang würde durch die neu ausgerichteten staatlichen Institutionen bis in den letzten Winkel der Gesellschaft ausgeübt.¹¹⁸ Es gibt zwei zentrale Elemente, die der Wirtschafts- und Sozialpolitik der FI unterliegen: Der unbedingte Einsatz für den heimischen Standort soll autoritär durchgesetzt und die Demut bzw. Einsicht in die Notwendigkeit der Beschränkung der sozialen und demokratischen Ansprüche erhöht werden. Vor diesem Hintergrund stellt die FI ein Set an ökonomischen und sozialphilosophischen Elementen bereit, welche die Bündnispartner ebenfalls bedienen. Denn den Koalitionsparteien ist bewusst, dass eine nur auf ökonomische Argumentation gegründete Botschaft zur Entfesselung der Marktkräfte und zum Abbau der rudimentären sozialen Sicherung allein nicht greifen kann. Erst die soziale Rhetorik und ein autoritäres Auftreten schafft die Voraussetzungen für eine formierte Gesellschaft, in der die neoliberalen Positionen nicht als Sachzwang wahrgenommen, sondern als erstrebenswerter Gesellschaftsentwurf internalisiert werden.

**III. Lega Nord:
Umberto Bossis Stimme
des unterdrückten Nordens**

Die *Lega Nord* ging am 4. Dezember 1989 aus dem Zusammenschluss der bis dahin eigenständigen Ligen der norditalienischen Regionen Lombardei, Venedig, Piemont, Ligurien, Emilia-Romana und Toskana hervor.¹¹⁹ Erst damit entstand eine einheitliche politische Kraft, die der zersplitterten Regionalbewegung eine stärkere nationale Bedeutung geben sollte. Konstituierender Bestandteil aller Ligen war die Forderung nach regionaler Autonomie in Abgrenzung zum italienischen Zentralstaat. Mit unterschiedlicher Gewichtung stellten sie dieser Forderung sehr früh neoliberale Positionen an die Seite. Beide Aspekte wurden zur ideologischen Basis des politischen Programms der *Lega*. Wie zuvor skizziert, steht bei der FI die generelle Kritik am Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt. Die *Lega* kommt über den Umweg der Forderungen nach Befreiung Norditaliens aus dem Griff des Zentralstaates zu gleichen wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen. Parallel zur Entwicklung ihrer ökonomischen Positionen wandelte sich die Auffassung, wie die regionale Autonomie zu verwirklichen sei. Die Bandbreite reicht heute von der Forderung nach Dezentralisierung und Föderalismus bis hin zum Separatismus. Gewollt oder nicht, unterliegt dem Ansatz der *Lega* jedoch immanent der Sezessionsgedanke, sei es in Form realer territorialer Trennung oder als strikte finanzielle Autonomie. In beiden Fällen stellt sie mit der primären Vertretung der ökonomischen Interessen der norditalienischen „Überschussregionen“ die Existenz des Staates in Frage.

Am Anfang – Ende der 70er Jahre – waren die Ligen aufgrund ihrer starken Betonung kultureller Eigenheiten politisch marginal und wurde zumeist als folkloristisch eingestuft. Heute bewegt sich die *Lega* dank der Diskussionen über das Ende des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung oder der Schaffung eines Europas der Regionen auf der Höhe der Zeit. Aber auch ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen entsprechen dem Zeitgeist. Aus ihrer konsequenten Ablehnung wirtschafts-, entwicklungs- und sozialpolitischer Aufgaben des Staates ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte zum Neoliberalismus. Die *Lega* findet andererseits wiederum in neoliberalen Positionen zum Staatsaufbau und zum Wettbewerbsföderalismus adäquate Argumentationsmuster, auf die sie zurückgreifen kann. Die Diskussion bewegt sich also in der Mitte der Gesellschaft, und es wird verständlich, warum alle Parteien sukzessive die Frage von Regionalismus und Föderalismus aufgegriffen haben. Die *Lega* ist und bleibt in diesem Chor jedoch die authentischste Kraft mit den radi-

kalten Forderungen. Das ist nicht nur Resultat ihres Selbstverständnisses, sondern spätestens seit 1994 das Ergebnis des harten Konkurrenzkampfes mit der FI, die ebenfalls den politischen Wert der Debatte erkannte und sich ihrerseits als Partei des wahren Föderalismus präsentiert.

Beide Parteien stehen aber nicht nur auf diesem Gebiet in Konkurrenz zueinander. Deckungsgleiche Aussagen finden sich in vielen Feldern. Sie richten sich schließlich an dieselbe Wahlklientel, nämlich die Mittelschicht. Mehr Wettbewerb, weniger (Sozial-)Staat und eine übertriebene Betonung der individuellen Leistung ist deshalb auch die Grundlage des Gesellschaftsverständnisses der *Lega*. Identifiziert die FI den generellen Sozialschmarotzer im Wohlfahrtsstaat, der durch den Erhalt von Leistungen auf Kosten der anderen lebt, so fügt die *Lega* dieser Argumentation ein regionales, ethnisches Element hinzu. Daneben tritt sie als Anwalt des kleinen Mannes auf, der durch zu viele Regeln am Aufstieg gehindert würde und dessen ökonomische Leistungen an die Südtaliener, Immigranten und die korrupte politische Klasse verteilt würden. Der Populismus der *Lega* setzt auf einen Widerspruch zwischen Volk und Elite, dessen spezielle Betonung in einem Konflikt zwischen dem „Volk des Nordens“ und der politischen Elite des Zentralstaats läge. Der italienische Zentralstaat bzw. Rom als Ort allen Übels wird deshalb als Kolonialmacht bezeichnet, der das „Volk des Nordens“ unterdrückt und auspresst.¹²⁰

Abgesehen von der regionalistischen Position und der daraus resultierenden Bewertung von Staat und Nation sind die Botschaften beider Parteien gleich bzw. ähnlich begründet. Differenzen liegen eher im Auftreten und dem jeweiligen Selbstverständnis. Verantwortlich dafür ist die unterschiedliche Entstehungsgeschichte beider Parteien. Die *Lega* etablierte sich als Partei der kleinen Leute und konnte sich so einen höheren Zuspruch unter den Beschäftigten sichern als die mondäne FI. Während *Silvio Berlusconi* als reichster Mann Italiens und medienerfahrene Person die „gehobene“ Wahlklientel der Mittelschicht bereits durch sein Auftreten anspricht und repräsentiert, ist der Parteivorsitzende der *Lega*, *Umberto Bossi*, das absolute Gegenteil. Bossis Sprache ist hart, provokativ, sexistisch und chauvinistisch, und sein Auftreten ist rüpelhaft.¹²¹ Dieser Nonkonformismus wurde bewusst zum Markenzeichen ausgebaut und ständig verfeinert, um die vermeintliche Radikalität im Protest gegen das System zu unterstreichen.

Die Unterschiede im Auftreten und im Stil der *Lega* sind damit nicht nur konstruiertes Markenzeichen, sondern entspringen ihrem Selbstverständnis als Protestbewegung. Auch heute noch präsentiert sie sich als Anti-Partei. Das dies nach ca. 20-jähriger politischer Aktivität noch immer funktioniert und bei den Wählern greift, verdeutlicht die Tragweite der politischen Krise in Italien. Von Beginn an kritisierten die damaligen Ligen den Klientelismus und die Korruption der „Ersten Republik“. In die Bestechungsaffären waren sie und die spätere *Lega* kaum verwickelt, was ihre Glaubwürdigkeit in der Phase des Zusammenbruchs der Altparteien erhöhte. Zwar nützt ihr dies auf der einen Seite, aber in der Realpolitik führt es zu Problemen. Mit *Berlusconi* trat nämlich ein Repräsentant des bekämpften Systems in die Politik ein, der noch dazu starke eigene Interessen vertritt. Ein krasser Widerspruch zur Identität und dem Selbstverständnis der *Lega*. Folglich kam und kommt es immer wieder zu scharfen Attacken gegen *Berlusconi* und die FI, die seit ihrem Bestehen zunehmend mehr Mitglieder aus den korrumpierten Altparteien anzog. Belastet ist auch das Verhältnis der

Lega zur AN u.a. aufgrund der diametralen Positionen zum Nationalstaat. Mit dem Eintritt in das Rechtsbündnis 1994 musste die *Lega* die Angriffe zunächst reduzieren. Schon bald kam es aber wieder zu den üblichen verbalen Ausfällen, die sich bis zum Bruch mit der FI und AN steigerten. Gerade das Verhältnis zwischen FI und *Lega* ist fragil, denn für die *Lega* geht es in dieser Koalition um nicht weniger als ihre Existenz. Sie muss ihr Profil in Norditalien verteidigen und der FI den Platz streitig machen.¹²² Bis heute ist das Verhältnis spannungsgeladen, obwohl die beiden Parteien zwei Seiten einer Medaille repräsentieren. Genau genommen können sie nicht miteinander arbeiten, aber sie müssen es, um die politische Rechte an die Macht zu führen. Sobald sie an der Macht sind, ist nie abzusehen, wie lange die Zweckgemeinschaft funktioniert und wann es zum neuerlichen Bruch kommt.

A. ENTWICKLUNG DER PARTEI

1. Die regionalen Ligen konstituieren sich (1979-1989)

Wenn die Nation als identitätsstiftendes Element in Frage gestellt und seine gesamtgesellschaftliche Steuerungsfunktion zurückgewiesen wird, muss auf regionale und ethnische Zuordnungen abgehoben werden. Die Wiederbelebung einer eigenen kulturellen Identität, die vor der staatlichen Einheit den Ordnungsrahmen bildete, wurde zum primären Ziel der Ligen. Ausgangspunkt für dieses politische Projekt war die Autonomiebewegung im Aostatal, die Union Valdôtaine, die bereits 1943 gegründet wurde. Ihre Ansätze bildeten die ideologische Basis für die Ligen. Zunächst ging es darum, die administrative Region, in der die jeweilige Liga auftrat, als Identifikationsobjekt für die dort lebende Bevölkerung zu erschaffen. Dazu griff man auf sprachliche Unterschiede (Dialekte) und kulturelle Eigenheiten zurück, die als Tradition zwar vorhanden waren, bis dahin jedoch nicht als politisches Unterscheidungsmerkmal galten. Die traditionellen Elemente bildeten das ideologische Set, mit denen die ethnische Abgrenzung möglich wurde und sich eine eigene „nationale“ Identität auf regionaler Ebene konstruieren ließ. Die Konstruktion einer ethnisch-kulturell bestimmten Nation dient einer autonomistischen Bewegung jedoch nur soweit, wie auf der Gegenseite eine politische Kraft identifiziert wird, die der regionalen Entwicklung ablehnend bis feindlich gegenübersteht. Dieser Konflikt wurde am Widerspruch zwischen Region und Zentralstaat festgemacht. Der Zentralstaat, der in den Anfängen der Ligen eindeutig als Kolonialmacht *definiert* wurde, unterdrückte demnach die eigene Kultur, Tradition und Sprache. Der eigenständigen regionalen Entwicklung stand damit ein Gegner gegenüber, der die Bedürfnisse der lokalen und regionalen Gemeinschaft aus spezifischen eigenen Interessen missachten musste.

Die *Lega Veneta* machte 1980 den so konstruierten Ethno-Regionalismus zum politischen Programm und verband ihn mit der Befreiung von der römischen Kolonialmacht. Sie war in der ersten Phase die bestimmende Regionalliga, an deren Ansätze und Agieren sich die anderen Ligen ausrichteten. In ihrem Manifest von 1983 findet sich die *Definition* des Selbstverständnisses, welches heute noch die Politik der *Lega* bestimmt: „Meine Heimat ist das Veneto. In meiner venetianischen Geschichte finde ich den konkreten Weg hin zur Gerechtigkeit und einer guten Regierung. Ich brauche keinen *Garibaldi*, einen Vormund aus Rom, Nachbarn mit Aufenthaltsgenehmigung oder ausländische Lehrer und Vorgesetzte. Im venetianischen Volk finde ich die Stärke und Solidarität, um besser zu werden, weit entfernt von den Parteien.“¹²³ Noch deutlicher wurde 1982 die damals unbedeutende *Liga Lombarda* in ihrem Gründungsaufruf, die von dem damals unbekanntem *Umberto Bossis* verfasst wurde: „Lombarden! Egal wie alt ihr seid, was ihr für Arbeit habt und welcher politischen Richtung ihr angehört: das was zählt ist, daß ihr – und daß wir – alle Lombarden sind. [...] Unser fundamentales gemeinsames Interesse ist die Befreiung der Lombardei von der habgierigen und erdrückenden Hegemonie der Zentralregierung in Rom durch die Autonomie der Lombardei. Es ist eine Frage des lombardischen Überlebens, ethnisch kulturell und wirtschaftlich

gesehen. [...] Die Lombardei will nicht der Blöde (fesso) sein, der die Schulden bezahlt. Die Lombardei will nicht passiv Rom in den Bankrott folgen. Sie will nicht auf dem Altar der römischen Missregierung die Rechte ihrer Bürger, den Schweiß ihres Volkes opfern. Nur eine lombardische politische Kraft für die Lombarden ist das wirkliche Mittel zur Verteidigung der Lombardei. Darum entsteht die *Lega Autonomista Lombarda* im Zeichen der Freiheit und der föderalistischen Gemeinschaft, für die lombardische Autonomie im Rahmen des Ideals der föderalen Einheit Europas.¹²⁴ Diese „ethno-rassistischen Geburtsschreie“¹²⁵ waren in allen Ligen zu hören und sollten nicht nur die Anfangsphase charakterisieren. Ihr Echo hält bis heute nach. Das programmatische Anliegen aller Ligen formulierte sich dabei auf drei Ebenen. Erstens wurden in den einzelnen Regionen alle kulturellen, sprachlichen und traditionellen Unterschiede aufgewertet. Zweitens wurden in den Regionen spezifische regionale Interessen für die einzelnen Volksgruppen proklamiert. Drittens aktivierte und kultivierte man die Ressentiments gegenüber den nationalen Migranten aus Süditalien und ausländischen Immigranten. Der Rassismus wurde zum konstituierenden Element der *Lega*, wobei sich dieser weniger an traditionellen Kriterien (Blut und Boden-Ideologie) festmacht oder auf eine überlegene Rasse bezieht, sondern primär soziokulturelle Unterschiede betont. Zielrichtung und Effekte sind hingegen gleich.

Aus der Problemsicht der Unterdrückung durch Rom wurden folgerichtig die Forderungen nach einer eigenen Bildungspolitik abgeleitet, um die Sprache und Kultur der Region und ihre Vermittlung zu bewahren. Die Unterdrückung zeigte sich des Weiteren in der Verwaltung der Region. Logischerweise wurde deshalb die Besetzung der Posten im öffentlichen Dienst (Schule, Ausbildung, Verwaltung) mit Personen aus der eigenen Region gefordert und so die innerstaatliche Arbeitsmigration in Frage gestellt. Zweites ökonomisches Themenfeld wurde die massive Kritik am nationalen Steuersystem und des daraus resultierenden Finanztransfer an Rom. Die Früchte der eigenen Arbeit sollten primär der eigenen Region zu Gute kommen, da zur dortigen Entwicklung erstens Finanzmittel gebraucht wurden und zweitens eine effiziente Verwendung der Mittel nur durch die Kommunen und Regionen möglich wäre. Nur hier gäbe es einen unmittelbaren Bezug zu den Menschen vor Ort, und nur aus der lokalen, regionalen Gemeinschaft ließe sich überhaupt die Besteuerung und die Verwendung von Finanzmitteln rechtfertigen.

Der sich in dieser Zeit in Umrissen abzeichnende Ethno-Regionalismus sprach die rechtskonservative Mittelschicht an, deren Interessen bis dahin vornehmlich durch die staatstragende DC und ihrer laizistischen Koalitionspartner vertreten wurden.¹²⁶ Aber nicht nur die sich abzeichnende Krise der Altparteien band die Wähler an die Ligen. Zweiter wichtiger Faktor der politischen Umorientierung war die mit der industriellen Entwicklung einhergehende Auflösung der alten Traditionen. Die allmähliche Auflösung der katholischen (weißen) Subkultur im industriellen Norden führte bereits vor der großen Parteikrise Anfang der 90er Jahre zur Schwächung der traditionellen Bindung an die DC.¹²⁷ Die Übereinstimmung von traditionellen Werten zwischen Partei und Wähler war nicht länger der entscheidende Wahlfaktor. Mehr und mehr entschied die Wahrung der eigenen regionalen Interessen in den industriellen Peripherien des Nordens über die politische Ausrichtung der Bevölkerung. Einer der angesehensten Kenner der *Lega*, *Ivo Diamanti*, bezeichnet die Ligen in dieser Phase deshalb explizit als Parteien der „industriellen Peripherie“, die von den negativen Wirkungen

der ökonomischen Krise seit Mitte der 70er Jahre am stärksten profitierten, indem sie sich zum Anwalt der Betroffenen machten.¹²⁸

Die Auflösung der traditionellen Bindung und sozioökonomische Probleme führten zu einer eher funktionalen Bindung an eine Partei. Am Wahlverhalten war abzulesen, dass vornehmlich die eigenen, regionalen Probleme gelöst werden sollten. Die hierfür notwendige regionale Klientelpolitik musste ab dem Zeitpunkt akzentuiert werden, als die ökonomischen Spannungen in den norditalienischen Provinzen zu verstärkter Frustration und sozialer Marginalisierung führten. Exemplarisch dafür ist die Entwicklung der Arbeitsplätze zwischen 1981-1991 im Industriesektor. In der Entstehungsphase der Ligen wurden gerade im industriellen Norditalien massiv Arbeitsplätze abgebaut (Ligurien -29%, Piemont -20%, Lombardei -13,4%, Aostatal -9,7%), und die sozialen Probleme verschärften sich. Die Expansion des tertiären Sektors konnte den Arbeitsplatzabbau nicht kompensieren, und es kam zu der bereits skizzierten Entwicklung der Informalisierung der Produktion. Im gleichen Zeitraum stieg die Beschäftigtenzahl im industriellen Sektor der südlichen Regionen, so dass einige der klassischen Mezzogiornoregionen (Molise, Abruzzen, Basilicata, Puglia) ihre Rückständigkeit in Relation zum reichen Norden verringern konnten.¹²⁹ Auf der einen Seite war dies eine beabsichtigte Entwicklung und entsprach den Bemühungen nach Industrialisierung. Auf der anderen Seite bedeutete es in Zeiten nachlassenden gesamtwirtschaftlichem Wachstums eine sich verschärfende Konkurrenz auf nationalem Territorium, die Drohung, Unternehmen an den süditalienischen Standort zu verlagern und/oder Konkurrenz bei Investitionsentscheidung.

Die sich ausbreitende soziale Unsicherheit ermöglichte es der *Lega Veneta*, sich durch ihren ausgewiesenen Ethno-Regionalismus als Interessenvertretung der unzufriedenen Bevölkerung zu etablieren und ein deutliches Eingreifen zugunsten der eigenen Region einzufordern. Die Autonomie im Namen des venetianischen Volkes, dessen Eigenständigkeit als Nation aus ihrer kulturellen, historischen und anthropologischen Selbstständigkeit abgeleitet wurde, hieß, die Verteilungsfrage regional zu beantworten.¹³⁰ Nach anfänglichen Erfolgen der *Lega Veneta* bei den Regionalwahlen stieß das Konzept des Ethno-Regionalismus jedoch an Grenzen, da die konkreten materiellen Interessen durch die Konstruktion einer regionalen Identität allein nicht befriedigt werden konnten. Aus den kulturellen und politischen *Definitionen* (Mitspracherecht im Sinne der Subsidiarität, Förderung der regionalen Kultur, Förderung der eigenen Sprache etc.) waren noch keine dezidierten ökonomischen Forderungen abzuleiten. Die Konzentration auf kulturelle Unterschiede diente in dieser Phase eher der Legitimation der latenten Ressentiments gegenüber dem Staat und der Bevölkerung Mittel- und Südtaliens, also der Schaffung einer eigenen Identität. Später sollten sich genau diese Ressentiments als strategisch günstig herausstellen. Sie ließen sich nutzen, um die ökonomische Modernisierung mittels neoliberaler Vorschläge und die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates ethnisch und kulturell zu untermauern. Zu diesem Zeitpunkt aber wurde die föderalistische (moderate) und separatistische (radikale) Modernisierung des Staates vornehmlich emotional artikuliert, da die Ablehnung des regionalen Finanzausgleichs sowie die mittelstandsorientierte Politik nur in Anfängen ausgearbeitet war. Den ökonomischen Bedürfnissen der eigenen Klientel nach Steuersenkungen, Subventionen und Schutz der regionalen Produktionsstruktur wurde politisch noch nicht ausreichend entsprochen und die *Lega Veneta* stagnierte mit ihrem kulturell-ethnischen Ansatz bei den Wahlen.

2. Die Entwicklung zur einheitlichen Kraft (1989-1992)

Die Stagnation der *Lega Veneta* zeigte, dass der Ethno-Regionalismus allein die Wählerbindung nur unzureichend garantieren konnte. Die zweite Phase der Entwicklung der *Lega Nord* war deshalb wesentlich durch die Erfahrungen der *Lega Lombarda* unter Führung von *Umberto Bossi* geprägt, die einen anderen Weg nehmen musste. In der Lombardei ließ sich das Konzept der *Lega Veneta* nicht wiederholen, da hier die unterschiedlichen kulturellen Einflüsse zu offensichtlich waren. Eine homogene kulturelle Identität ließ sich nur schwer konstruieren. Die Region musste anhand anderer Kriterien als Identifikationsobjekt erschaffen werden, ansonsten hätte man sich in ein folkloristisches Ghetto begeben und wäre isoliert geblieben.¹³¹ Die rein ethnisch-kulturelle *Definition* wich mehr und mehr der Idee und Darstellung des Territoriums als privatwirtschaftliche Interessengemeinschaft, in der die Ablehnung der „italienischen Missstände“ den Konsens zwischen den unterschiedlichen Gruppen herstellen sollten. Im Zentrum der Kritik stand die Ineffizienz des Zentralstaates (*centralismo*), der Machtmissbrauch der Parteien (*partitocrazia*), die hohe Steuerlast für den Norden (Fiskal- und Haushaltskritik), die Kritik der südländischen Mentalität (*mentalità terrore*) und die innerstaatliche sowie externe Migration.¹³² Im Programm der *Lega Lombarda* von 1983 finden sich bereits alle Elemente, die bis heute die Kernbotschaften der *Lega Nord* ausmachen. Übergreifend ging es darum, den Zentralstaat durch eine Konföderation autonomer Regionen abzulösen und wesentliche Rechte an die Regionen abzutreten. Im Vordergrund stand dabei der Schutz der eigenen regionalen Bevölkerung und ihrer regionalen Kultur. Es zeigte sich jedoch schnell, dass die ökonomische Argumentation die kulturelle Frage sukzessive zurückdrängte. So wurde die Erhebung und Verwendung regionaler Steuern, eine kontrollierte Industrialisierung im Verhältnis zu den regional zur Verfügung stehenden Arbeitskräften – Vermeidung von Arbeitsmigration – und die Einstellung im öffentlichen Sektor nach ethnisch-regionalen Kriterien gefordert. Daneben sollte die einheimische (regionale) Bevölkerung bei der Vergabe des öffentlichen Wohnraums und der Besetzung von Arbeitsplätzen bevorzugt werden.¹³³

Die *Lega Lombarda* verfolgte sehr früh die auch die spätere *Lega Nord* kennzeichnende Doppelstrategie, in der die Artikulation ökonomischer Interessen immer mit ethno-regionalen Ansprüchen verbunden ist. Die schlecht ausgebildeten, aus kleinstädtischen Verhältnissen stammenden und von Krisen betroffenen Wähler wurden durch die regionale Rhetorik bedient. Parallel dazu gelang die Einbindung der Beschäftigten, indem eine neue regionale Prosperität in Aussicht gestellt wurde, sobald die kontraproduktive Politik abgeschafft sei. Eine neue Wachstumsphase würde die negativen Entwicklungen rückgängig machen, wobei den Marktmechanismen sehr schnell die Aufgabe zufiel, die alten Strukturen letztendlich abzubauen. Wie bei der FI findet sich bei der *Lega Nord* die Annahme, dass ihre Vorschläge einen neuen Wachstumsschub auslöst, der die soziale Frage klären könne. Beide Parteien setzen auf eine Entfesselung der Marktkräfte, denen unabhängig von realen ökonomischen Bedingungen – konjunkturelle Zyklen, dem Investitionsbedarf und der kaufkräftigen Nachfrage – die Fähigkeit zur Selbststeuerung und vor allem der permanenten Prosperität unterstellt wird. Träger dieser suggerierten Entwicklung sollte, wie nicht anders zu erwarten, der Klein- und Mittelstand sein, der neben den Beschäftigten zum zentralen Bezugsobjekt

ihrer programmatischen Forderungen wurde. Angesprochen wurden sie bereits in dieser Phase durch Forderungen nach Steuersenkung für klein- und mittelständische Betriebe, Dezentralisierung und Entbürokratisierung, Privatisierung der Staatsbetriebe, Lockerung der Arbeitsschutzbestimmungen, Beschneidung sozialer Leistungen und freiem Wettbewerb.¹³⁴

Um die Proteste zu konzentrieren und die Konflikte zwischen den nördlichen Regionen zu minimieren, schlossen sich die Ligen einer Konföderation unter Führung der erfolgreichsten und straff organisierten *Lega Lombarda* an. Aus dieser Dachorganisation ging Ende 1989 die *Lega Nord* unter Führung *Umberto Bossis* hervor, der sich gegen die Konkurrenten durchsetzte. Nach ihrem ersten Kongress im Februar 1991 stellte die *Lega Nord* den Staatsaufbau endgültig in Frage. Die Zustimmung der norditalienischen Bevölkerung hierzu vergrößerte sich aufgrund der sich verschärfenden innenpolitischen Krise. Die Forderung nach regionaler Autonomie wurde durch ein Konzept zum integralen Föderalismus ergänzt, mit dem formal die Einheit des Staates bei grundlegender föderaler Restrukturierung erhalten werden sollte. Aus dem „Ethno-Nationalismus“ der Anfangszeit wurde zwangsläufig ein „Ethno-Föderalismus“.¹³⁵ Mit der Konstituierung der *Lega* wurde parallel die „Republik des Nordens“ (*Repubblica del Nord*) proklamiert, und der damalige Gründungskongress stand unter der Losung: 1. Kongress der *Lega Nord* (Republik des Nordens). Ein föderaler Staat von Nord-Mitte-Süd.

Robert Biorchio bezeichnet diesen Schritt als Doppelstrategie, die der gesamten weiteren Entwicklung der *Lega* unterliegt. Nach außen diente der spezifische Föderalismus der *Lega* als moderates Angebot an die anderen politischen Kräfte, um mit ihnen die italienische Verfassung ändern zu können. Nach innen unterstützte die Ausrufung der „Republik des Nordens“ den Ausbau des Ethno-Nationalismus und der separatistischen Tendenzen.¹³⁶ Ein eigener Nationalismus mit den üblichen Elementen (Mythen, Symbole, Verfassung etc.) löste den Regionalismus der Anfangszeit ab. Im politischen Alltag konnte ab diesem Zeitpunkt nach Kompromissen zum föderalen Umbau gesucht werden. Gleichzeitig ließ sich, wenn nötig, auf der Klaviatur des Separatismus spielen. Radikalisierung und das Insistieren auf eine norditalienische Identität gehen so mit politischem Pragmatismus einher. Dieses Vorgehen ist bewusste Strategie und nicht, wie oft fälschlich unterstellt, der Beliebigkeit der Positionen geschuldet.

Nach der Propagierung einer „Republik des Nordens“ wurde das anfängliche Konzept noch einmal erweitert. Die Ausarbeitung der letztendlich geltenden föderalistischen Vorstellungen übernahm im wesentlichen der 1990 in die *Lega* eingetretene und hoch angesehene emeritierte Staatsrechtler der Universität Cattolica in Mailand, *Gianfranco Miglio*. Seine Positionen wurden in- und außerhalb der Partei zum Kristallisationspunkt der folgenden Debatten über den Föderalismus. Nach der Propagierung des integralen Föderalismuskonzepts stand mit seinem Vorschlag, Italien in drei Makroregionen aufzuteilen, die nächste Stufe des institutionellen Umbaus an.¹³⁷ Aber nicht nur *Miglio* machte diesen Vorschlag. Die gleiche Begründung für die föderale Aufteilung Italiens findet sich in einer Studie der privaten *Angnelli-Stiftung*, die im selben Zeitraum vorgestellt wurde.¹³⁸ Die Neuaufteilung – bei *Miglio* in drei Makroregionen und im Stiftungsvorschlag in zwölf autonome Regionen – orientiert sich exakt entlang der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen ihnen. Die ökonomischen Disparitäten dienen lediglich als Abgrenzungsmerkmal und Identifikationsobjekte für die

dort lebende Bevölkerung, aus der kein gesamtgesellschaftlicher Anspruch zur Überwindung der Unterschiede abzuleiten sei. Beide Ansätze unterstellen daneben einen steuer- und abgabenfinanzierten Transfer aus den reichen in die unterentwickelten Regionen, den sie verteilen und beenden wollen.¹³⁹ Die *Lega* stand ab diesem Zeitpunkt mit ihren Positionen im Zentrum der Diskussion über die Zukunft des italienischen Staates und wurde eine ernstzunehmende politische Kraft.

3. Konsolidierung als politische Kraft (1992-1994)

Der Konfrontationskurs der *Lega* gegenüber den Altparteien und die permanente Artikulation von Missständen – Korruption, Klientelismus, Kriminalität – zahlten sich nun aus und erhöhten das Ansehen der Partei in der Bevölkerung, die ein Schweigen aufgrund von Staatsräson und -geheimnis gewohnt war. Am Höhepunkt der politischen Krise konnte sich die *Lega* geschickt platzieren und als politische Kraft der moralischen Erneuerung und Modernisierung anbieten. Das radikaloppositionelle Auftreten als Bewegung und Anti-Partei jenseits der alten Rechts-Links-Klassifizierung stellte sich unter den sich rasch ändernden Bedingungen als äußerst vorteilhaft heraus.¹⁴⁰ Parallel dazu relativierte sie ihren Protestcharakter und präsentierte sich als Kraft der institutionellen Neuerung und ökonomischen Konsolidierung.

Die Parlamentswahlen am 5. April 1992 galten als Zäsur, da sich die *Lega* nun endgültig etablieren konnte. In der Lombardei erhielt sie über 23% der Stimmen, in Venetien 18%, in Piemont, Ligurien, Friaul-Julisch-Venetien jeweils 15% und in Trient Alto-Adige und der Emilia-Romana 10%. Im Norden wurde sie damit zur zweitstärksten und im gesamten Land zur viertstärksten politischen Kraft hinter den zu diesem Zeitpunkt noch existierenden Parteien DC, PSI und PDS (ehemalige PCI und heutiger DS).¹⁴¹ Kurze Zeit später zerbrach das politische System der Nachkriegszeit. Im Zuge der Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft lösten sich DC und PSI auf und die anderen Parteien der langjährigen Regierungskoalitionen (PSDI, PRI, PLI) wurden unter anderem Namen neugegründet oder gingen in anderen politischen Bewegungen auf.¹⁴² In der wissenschaftlichen Diskussion gilt das Jahr 1992 als Beginn der Phase des Übergangs (*transizione*) von der „Ersten“ zur „Zweiten Republik“, die mit den Parlamentswahlen von 1994 und 1996 ihren vorläufigen Abschluss finden sollte.¹⁴³ Die Auflösung des alten Parteienspektrums und die Wählerwanderung ermöglichten es der *Lega*, nicht nur in der Peripherie, sondern auch in wichtigen norditalienischen Städten die ersehnten Stimmen zu gewinnen. Der Effekt verstärkte sich noch einmal bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen von 1993, dem vorläufigen Höhepunkt der ersten Erfolgswelle der *Lega*.

Die *Lega* stieß nun an die Grenze der Stimmenausweitung, denn es stellten sich zwei Aspekte als problematisch heraus, die ihre weitere Entwicklung prägen sollten. Zunächst einmal war die Partei durch ihre Botschaften an die Wähler im Nordens gebunden. Die Frage des Föderalismus sollte zwar im Laufe der Zeit zum gesellschaftlichen Thema werden, trotzdem galt und gilt die *Lega* zu recht als Partei, die primär norditalienische Interessen vertritt.

Für die Mitte und den Süden des Landes ist ihr politisches Angebot irrelevant, sie hat hier keine Basis, bekommt bei den Wahlen nur wenige Stimmen und kann durch ihre inhaltliche Festlegung nie zur nationalen Partei werden. Gleichzeitig war sie trotz der Stimmenzuwächse im Norden auf Koalitionen angewiesen, wollte sie ihre Forderungen in praktische Politik umsetzen. Die in diesem Zeitraum durchgeführte Wahlrechtsreform führte zudem zur stärkeren Gewichtung des Mehrheitswahlrechts gegenüber dem Verhältniswahlrecht und erzwang geradezu Wahlbündnisse. Mit der Gründung der FI im Dezember 1993 zeichnete sich schnell ab, wer der kommende Koalitionspartner werden sollte. Für die Parlamentswahlen 1994 schloss sich die *Lega* nach anfänglichem Zögern im Norden dem Wahlbündnis *Polo della libertà* der FI an. Im Süden griff die FI als Bündnispartner auf die heutige *Alleanza Nazionale*, die damals noch als MSI-AN antrat, zurück und schmiedete mit ihr das Wahlbündnis *Polo dell' Buongoverno*. Bei den Parlamentswahlen am 21. April 1994 gewann diese Koalition, und die *Lega* schaffte mit ihren Bündnispartnern den Sprung an die Regierung.

4. Stürmische Zeiten (ab 1994)

Aufgrund geschickter Koalitionsverhandlungen im Vorfeld der Wahl sicherte sich die *Lega* zunächst einen überproportional hohen Anteil an Mandaten (106 Deputierte, 16,8% der Mandate) und stärkte so ihren parlamentarischen Einfluss.¹⁴⁴ Auch in der Regierung konnte sie ihren Einfluss durch die Besetzung von fünf Ministerposten geltend machen. Aber sehr bald wurden die Unterschiede und Widersprüche zwischen den ungleichen Koalitionspartnern sichtbar. In diesem Zeitraum manifestierte sich das Kernproblem der *Lega* am deutlichsten: Die Konkurrenz zur FI stellt ihre Existenz in Frage. Beide Parteien konkurrieren um dieselbe Wählerklientel und vertreten in der ökonomischen Konzeption eine identische Programmatik. Als Unterscheidungsmerkmal gegenüber der FI bleibt nur der radikale Föderalismus und der ethno-regionale Rassismus, so dass die *Lega* in dieser Koalition immer um ihre politische Identität kämpfen muss.

Bereits nach dem Wahlsieg gab *Bossi* angesichts des Problems die Parole aus, dass die *Lega* eine Doppelposition einnehmen müsse. Sie müsse einerseits zentrale oppositionelle Kraft und Protestpartei bleiben, andererseits aber die Regierung beim Aufbau eines neuen Italien unterstützen (*Lega di lotta e di governo*). Diese Position war in der politischen Praxis kaum durchzuhalten, und so ergaben sich schnell Spannungen zwischen den von der *Lega* entsandten Ministern, den neuen Abgeordneten und der Parteiführung um *Umberto Bossi*, der selber nicht in die Regierung eingetreten war. Ihm waren diese Konflikte durchaus bewusst, und er stellte nach der gewonnenen Parlamentswahl auf dem Parteitag in Pontida dazu fest, wie die Partei sich im Zweifelsfall verhalten solle: „Die nächste Regierung wird entweder verfassungsgebend [im Sinne des Föderalismus, Anm. d. Verf.] sein oder die letzte Möglichkeit einer demokratischen Erneuerung für das Land. Wenn die Änderungen nicht in kurzer Zeit passieren, werden wir, so wie wir heute ja zu einer Regierung sagen, die sich zu Liberalismus und Föderalismus bekennt, nach sechs Monaten, nachdem wir die Regierung gestürzt haben, wieder hier sein, um zu sagen, daß es keine Möglichkeit einer Änderung

mehr gibt. Und an diesem Punkt wird sich der Norden davonmachen.“¹⁴⁵ Trotz dieser scharfen Worte waren die ersten Wochen gerade in der Frage des Föderalismus durch moderate Töne der Regierungsmitglieder geprägt. Vor allem der zweite Mann hinter *Bossi*, der Innenminister im neuen Kabinett, *Roberto Maroni*, sorgte für einen ausgleichenden Ton. Mit *Francesco Speroni* als Minister für die institutionelle Reform setzte sich daneben nicht der radikale Chefideologe des Föderalismus, *Miglio*, durch. Es wurde schnell deutlich, dass der institutionelle Umbau zu einer Frage unter anderen wurde. *Miglio* warf der *Lega* Verrat an der Sache vor und verließ die Partei.¹⁴⁶

Die Gleichsetzung der Forderung nach einem föderalem Staatsaufbau mit den anderen Politikfeldern relativierte aber nicht nur für *Miglio* die ethno-nationalen Positionen, sondern machte eine Neuausrichtung der *Lega* unumgänglich. Die Partei trat auf der einen Seite immer vehementer für die Schaffung unterschiedlicher Makroregionen ein und unterfütterte diese Forderung deutlicher mit dem Rekurs auf die norditalienische Identität und die Republik des Nordens (Padanien). Auf der anderen Seite machte ein wesentlicher Teil der Abgeordneten und Funktionäre deutliche Zugeständnisse an die Koalitionspartner und wollte um keinen Preis die Regierung gefährden. Nach den eher ernüchternden Ergebnissen der Europawahlen 1994, in denen die *Lega* zu Gunsten ihrer Koalitionspartner stark Stimmen einbüßte, stand sie vor der Wahl, entweder mit der FI in eine einzige Partei aufzugehen oder sich neu zu konsolidieren.¹⁴⁷ *Bossi* favorisierte letzteres, und die Angriffe gegen *Berlusconi* und die Kritik an der FI als politischer Widersänger der „Ersten Republik“ nahmen zu.

Aber nicht nur die mangelnden Fortschritte in Fragen der regionalen Autonomie erzeugten Spannungen, sondern auch die reale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die im Wahlkampf auch von der *Lega* für alle in Aussicht gestellten Steuererleichterungen und verbesserten sozialen Leistungen stellten sich als substanzlos heraus. Reine Propaganda, um den Beschäftigten zu suggerieren, sie würden von dem Wahlerfolg des Rechtsbündnisses profitieren. Für den Haushalt 1995 legte der ehemalige Zentralbankdirektor und damalige Schatzminister *Lamberto Dini* im Sommer 1994 einen Entwurf mit geplanten Einsparungen von ca. 50 Mrd. DM vor, die durch drastische Kürzungen im Renten- und Gesundheitsbereich erreicht werden sollten.¹⁴⁸ Ab diesem Zeitpunkt agierten *Bossi* und die *Lega* „immer panischer und inkonsequenter.“¹⁴⁹ Mit der Organisation von Streiks und politischem Widerstand gegen die Rechtsregierung im Herbst 1994 distanzierte sich die *Lega* zunehmend von der eigenen Regierung. Zum Bruch kam es letztlich, als die *Lega* anbot, einen Misstrauensantrag der damaligen PDS gegen *Berlusconi* im Parlament zu unterstützen. Er kam diesem Antrag durch den Rücktritt am 22. Dezember 1994 zuvor und forderte sofortige Neuwahlen. Diese sollte es aber erst am 21. April 1996 geben. Zuvor schaltete sich Staatspräsident *Oscar Luigi Scalfaro* ein und setzte eine Regierung zur Überwachung der Regeln (*governo delle regole*) aus „unabhängigen Fachleuten“ unter *Dini* ein, die im Parlament die notwendigen Stimmen fand. *Berlusconi* und seine Partner bezeichnen das Vorgehen des Staatspräsidenten bis heute als Staatsstreich (*ribaltone*). Als Verursacher galt die *Lega* und der unberechenbare *Bossi*, zumal sie die Regierung *Dini* mit ihren Stimmen im Parlament unterstützten. Der Bruch mit der Regierung führte innerhalb der *Lega* zu scharfen Auseinandersetzungen, Austritten und zur erneuten Positionsbestimmung. Verbunden mit den Austritten war eine Welle von Neugründungen regionaler Ligen, welche die einzigartige Position der *Lega* und deren Führungsstruktur in

Frage stellen wollten. Viele dieser Ligen existierten nur kurz, sie dienten in erster Linie der Organisation des Blocks ehemaliger *Lega*-Angehöriger, die sich der FI zugehörig fühlten und/oder durch eine enge Verbindung mit ihr beabsichtigten, die erreichten politischen Posten zu behalten.

Insgesamt änderte sich die Struktur der *Lega* in dieser schwierigen Phase noch einmal grundsätzlich.¹⁵⁰ Waren im Zuge der Wahlerfolge und der programmatischen Öffnung neue Personen an sie gebunden worden, so zeigte sich nach dem Bruch, dass ihr genau diese Personen den Rücken kehrten. Häufig wurden sie hierbei von der FI ermutigt und finanziell unterstützt. Im Gegensatz dazu verstärkte sich der Einfluss der alten Garde, die sich vor allem aus der ehemaligen *Lega Lombarda* rekrutierte. Aber nicht nur personell ergab sich ein Zurück zu den Wurzeln, auch inhaltlich radikalisierte sich die Partei. Die Forderung nach Eigenständigkeit bis hin zum Separatismus wurde wieder in den Vordergrund gestellt. Es war der Versuch, die Rolle der einzig wirklichen Oppositionspartei zurückzugewinnen. Dabei galt es zwei Probleme zu lösen: Erstens musste ein neuer Zusammenhalt gefunden werden, wozu sie sich verstärkt auf die regionale Identität der „Republik des Nordens“ stützte und die Drohung mit dem Separatismus genutzt wurde. Zweitens musste man sich nach außen behaupten, um sowohl den Angriffen der ehemaligen Koalitionspartner standzuhalten als auch um die Dissidenten/Verräter (*transfughi*) in die Schranken zu verweisen. Man wollte bei den kommenden Wahlen schließlich nicht an den Rand und in die politische Bedeutungslosigkeit abgedrängt werden.

Beide Ziele wurden von *Bossi* und seinem politischen Kader dank der autoritären Parteiführung erreicht. Die zweite Welle des Erfolges nach 1993 manifestierte sich im Ergebnis der Parlamentswahlen vom 21. April 1996. Im Wahlkampf trat die *Lega* als eigenständige Kraft auf und griff sowohl die Bündnisse der Rechten und der Linken frontal an. Beiden Polen stellte sie die Position des eigenständigen Nordens gegenüber, der selbständig im liberalen Europa existieren könne. Öffentlichkeitswirksam war die Proklamation der Republik Padanien im Vorfeld der Wahl am 24. März 1996. An diesem Tag stellte *Bossi* in Pontida die Verfassung der Republik Padanien mit der Berufung auf das in der Charta der Vereinten Nationen und dem in der Helsinki-Schlussakte aufgeführten Selbstbestimmungsrecht der Völker vor. Vorausgegangen war dieser Proklamation die Konstitution des „Parlament des Nordens“ am 7. Juni 1995 in Mantua, das sich als gesetzgebende Versammlung verstand und beauftragt wurde, eben diese Verfassung zu entwickeln.

Mit dem ihr eigenen Populismus gelang es der *Lega*, bei den Parlamentswahlen mit 20,5% der Stimmen im Norden zur stärksten politischen Kraft zu werden. Auf nationaler Ebene relativierte sich das Ergebnis zwar (10,5%), aber der Weg der erneuten Konsolidierung war erfolgreich abgeschlossen. Die Ausrufung der Republik Padanien mit einem Marsch an der imaginären Grenze entlang des Flusses Po zwischen dem 13. und 15. September 1996 bildete den Abschluss der Entwicklung, in der die Eigenständigkeit des Nordens und die Drohung mit dem Separatismus im Vordergrund stand. Danach stellten sich die üblichen Probleme ein. In der Realpolitik konnte die Radikalität nicht beibehalten werden, und der nächste Schritt, der bewaffnete Kampf zur Erlangung der Unabhängigkeit, stand nicht zur Diskussion. Es folgten symbolische Akte, die nur dazu dienten, die gemeinschaftliche Identität des Nordens und der Partei zu erhalten. Wirkungsvoller in der realen politischen Auseinandersetzung

blieben hingegen die Forderungen nach Föderalismus und regionaler Finanzautonomie. Der Separatismus hingegen ist zwar ein starkes ideologisches Element, hat aber unter den gegenwärtigen Bedingungen selbst bei den Anhängern der *Lega* keine Mehrheit.

Neben der erfolgreichen Konsolidierung änderte sich in dieser Zeit das Verhältnis zu FI und AN. Die Parteien arbeiteten zwar auf regionaler Ebene mehr oder weniger immer zusammen, aber auf nationaler Ebene war das Verhältnis nach dem Bruch von 1994 zerstört. Die zum Zweck der Selbstbehauptung geführten frontalen Angriffe gegen die FI schienen ein neuerliches Bündnis für die nahe Zukunft auszuschließen. So galt *Berlusconi* für *Bossi* als größter Lügner aller Zeiten, von dem Italien befreit gehöre. Er würde die Strategien eines Mafiosi verwenden, sei von *Bettino Craxi* groß gemacht worden und aufs engste mit der Cosa Nostra (Mafia) verbunden.¹⁵¹ Andere scharfe Urteile wurden über die AN gefällt, die für die *Lega* immer Faschisten waren und blieben. In Abgrenzung dazu praktizierte die *Lega* einen einfachen Anti-Faschismus, indem sie den Faschismus auf Zentralstaatlichkeit, Bürokratismus und die immer mal wieder propagierte Verstaatlichung der Produktionsmittel reduzierte. In all diesen Bereichen arbeitete sie mit Stereotypen, die sowohl der Entwicklung, Zielsetzung und vor allem der Realpolitik des historischen Faschismus nicht gerecht wird als auch die Veränderungen innerhalb der neofaschistischen Partei nach 1946 kaum beachtet. Gleichzeitig griff man bei der Charakterisierung der AN auf Versatzstücke der Totalitarismustheorie zurück und präsentierte sich selbst als liberale Kraft gegen die faschistische Gefahr.¹⁵² *Bossi* begründete den Austritt aus der Koalition letztendlich damit, dass die Allianz zwischen *Finis AN* und *Berlusconi*s FI dazu geführt hätte, dass die Mittelschicht sowohl an Monopole und Konzerne als auch den Faschismus und den Autoritarismus ausgeliefert worden sei.¹⁵³ Die mittelständische Rhetorik beider Parteien wirke demnach nur dahingehend, dass die Mittelschicht vor einer ähnlichen Situation wie zu Zeiten *Mussolinis* stünde, in der in Wahrheit aber die Interessen der Konzerne dominierten und der Mittelstand nur verlieren könne. Die neofaschistische AN wäre in dieser Konstellation der einzige Nutznießer.¹⁵⁴ Die wahre Stimme des Mittelstandes und ihre legitime Vertretung wäre demnach die *Lega*, die diese Situation zu verhindern hätte. Es war nur logisch, dass Europa auf das Regierungsbündnis kritisch reagierte und die *Lega* den Auftrag annahm, beide zu stoppen und ins „Meer zu treiben“.¹⁵⁵ Der neofaschistische Partner, mit dem *Bossi* vor 1994 eigentlich nie etwas zu tun haben wollte (*Mai con i fascisti*), wird bis heute nicht nur wegen seinem Nationalismus und der Staatsfixiertheit angegriffen. Vielmehr wird folgerichtig die Gefahr eines modernen Autoritarismus gesehen. Allerdings wird die eigene Rolle hierbei bis jetzt nicht aufgearbeitet. Das entspricht nicht dem Selbstverständnis der *Lega*. Sie müsste in diesem Fall nämlich Positionen revidieren, die in weiten Teilen identisch bzw. anschlussfähig mit autoritären, rassistischen und neofaschistischen Vorstellungen sind.

Lässt man diese Entwicklung Revue passieren, so mag es auf der ersten Blick merkwürdig erscheinen, dass die *Lega* für die Wahl 2001 erneut in das Bündnis mit den alten Partnern eingetreten ist. Es war aber letztlich nur eine Frage der Zeit, wann *Bossi* die *Lega* zurück in das Rechtsbündnis führen würde. Denn ihr spezielles Problem war und ist ihre regionale Stärke, die gleichzeitig eine nationale Schwäche darstellt. Ende 1999 war es dann soweit, die *Lega* trat wieder gemeinsam mit ihren alten Partnern an. Bereits aus den Regionalwahlen 2000 ging das Bündnis als überragender Sieger hervor. Seitdem werden zwei Drittel der

Regionen durch die Parteien des „neuen“ Bündnisses – *Casa delle libertà* – regiert. Dieser überwältigende Erfolg gab den Ausschlag für den Rücktritt von Ministerpräsident *Massimo D'Allema* (DS) des regierenden Mitte-Links-Bündnisses, den *Guliano Amato* bis zum Ende der Legislaturperiode ersetzen sollte.

Geblichen sind die internen und externen Probleme im Rechtsbündnis. Ob die Koalition stabil ist, wird sich erst nach der Parlamentswahl 2001 zeigen. Unabhängig davon, ob sie gewinnt oder verliert. Seit dem neuen Abkommen zwischen *Berlusconi* und *Bossi* wurde zumindest alles in die Wege geleitet, um die Wiederholung des Debakels von 1994 auszuschließen. Hierzu dient vor allem eine permanent tagende Gruppe, die auf der einen Seite das gemeinsame Wahlprogramm ausarbeiten und auf der anderen Seite die Verbindlichkeit herstellen und im Vorfeld Konflikte ausräumen soll, die dem ersten Versuch des Bündnisses gefehlt hat.¹⁵⁶ Gleichzeitig macht man sich in der *Lega* selbst an die Arbeit und versucht, die Exzesse der Vergangenheit zu reduzieren, um den Ruf der Unberechenbarkeit hinter sich zu lassen.¹⁵⁷ Dank der immer verfolgten Doppelstrategie, sich gleichzeitig als populistische Protestbewegung und reale politische Kraft mit konkreten Konzepten darstellen zu wollen, ist dieser Versuch dem Wahlkampf 2001 geschuldet und soll die Stabilität der gewünschten Regierung gewährleisten. Das ist auch dringend notwendig, denn mehr als alles andere wird die *Lega* und ihr Führer *Bossi* vor allem von der konservativen Elite dafür verantwortlich gemacht, dass der erste Versuch der konsequenten politischen Rechtswende scheiterte.¹⁵⁸ Einen radikalen Bruch mit der bisherigen Geschichte der *Lega* wird es indes kaum geben. Sie wird weiter im skizzierten Spannungsfeld der programmatischen Forderungen und ihrem ambivalenten Verhalten zu den Partnern agieren müssen. Wie angedeutet, vertritt die *Lega* heute noch die Positionen aus der Anfangszeit der Ligen. Sie sind nur differenzierter und den politischen Bedingungen angepasst. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert sie nach wie vor gleiche Positionen wie die FI, fügt ihrem Angriff auf den italienischen (Wohlfahrts-)Staat und der damit implizit unterstellten Beschränkung der Freiheit und des Wettbewerbs nur eine spezielle regionalistische Variante hinzu. Ihre Botschaften haben, unabhängig davon, ob die Koalition 2001 erneut siegen wird, bereits zu grundsätzlichen Veränderungen in der politischen Diskussion geführt.

B. KERNBOTSCHAFTEN

Der Ansatz der *Lega*, aus der Perspektive der stärker industrialisierten und entwickelten Regionen den Nationalstaat zu bekämpfen, war in der italienischen Geschichte neu. Bis dahin war die scharfe Kritik am Nationalstaat eher in Süditalien bzw. den unterentwickelten Regionen verbreitet gewesen. Hier kam es nach der Nationalstaatsgründung von 1861 immer wieder zu Aufständen, Protesten und zur Gründungen regionaler Ligen, wie beispielsweise auf Sardinien und Sizilien. Der soziale Protest und die Forderung nach Unabhängigkeit wurden unmittelbar auf die wirtschaftliche und soziale Marginalisierung zurückgeführt. Denn der Ressourcentransfer aus den unterentwickelten Regionen galt als Grund für die Prosperität der industrialisierten Provinzen. Aber nicht nur hinsichtlich der ökonomischen Effekte wurde der Zentralstaat kritisch betrachtet. Politisch bestand eine enge Verbindung der süditalienischen Eliten mit den Eliten aus dem Norden bzw. Rom. Diese Koalition warf Süditalien in industrieller Hinsicht zurück und festigte die feudalen Herrschaftsstrukturen in den agrarisch geprägten Landesteilen. Emanzipatorische Bewegungen, die soziale Ziele artikulierten, wurden dabei u.a. durch die Nutzung der organisierten Kriminalität (Mafia) oder faschistischer Gruppierungen und Parteien effektiv ver- und behindert. Die Forderung nach einer stärkeren Autonomie in den unterentwickelten Regionen resultierte aus ökonomischer Ausbeutung und politischer Repression. Beides galt als Grund von Rückständigkeit und ungleichzeitiger Entwicklung im Nationalstaat.

Die Überwindung dieser Hindernisse stand aber erst nach 1945 im Zentrum der politischen Diskussion hinsichtlich der Lösung der süditalienischen Frage (Questione Meridionale). Die Questione Meridionale stellte ein zentrales Bindeglied über alle Parteigrenzen hinweg dar, mit der die regionale Unterentwicklung nunmehr als gesamtstaatliches Problem angesehen wurde. Diese Position brach mit dem Auftreten der norditalienischen Ligen ganz zusammen. Die Ligen formulieren den sie kennzeichnenden Separatismus nicht mehr in Gebieten relativer Rückständigkeit, sondern in den wirtschaftlich dominanten Regionen. Sukzessive wurde die Questione Meridionale strikt abgelehnt und die Frage von Ausbeutung und Unterdrückung umgedreht. Die *Lega* formulierte im Gegensatz dazu die norditalienische Frage – Questione Settentrionale – und machte damit die Probleme der „reichen“ Regionen zum Ausgangspunkt ihrer Forderungen. Mit diesem Perspektivenwechsel wird, wie bereits

vor 1945, die Überwindung der Unterentwicklung nicht mehr zur gesamtstaatlichen Angelegenheit, sondern zur regionalen Frage. Ins Zentrum der Diskussion rücken kulturelle und ethnische Faktoren, die für die ungleiche Entwicklung verantwortlich gemacht werden.

Die *Lega* greift eine soziokulturelle Kritik der politischen Regulation im Nationalstaat auf, die mit Verallgemeinerungen arbeitet und die Möglichkeit eröffnet, jede Intervention zur Umverteilung abzulehnen. Im Ergebnis wird die Angleichung regionaler Unterschiede und vor allem die soziale Sicherung der Individuen außerhalb der eigenen Region zur Disposition gestellt, da diese nun einzig als Kosten der Überschussregionen *definiert* werden. Modern ist diese Form der Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Regulation nur in soweit, als sie Ausdruck der sich zuspitzenden Verteilungskämpfe ist, die sich zum Verdrängungskampf zwischen den Regionen auswächst. Favorisiert wird von den Überschussregionen eine Marktregulation und der Wettbewerb, um so den alleinigen Zugriff auf die eigenen finanziellen Ressourcen zu legitimieren. Letztlich gibt es keine Begründung mehr für aktive, kollektive Eingriffe zur Überwindung von Polarisierung, sei sie individuell oder regional. Die daraus folgende soziale Diskriminierung ist gewollt. Denn bis heute unterliegt dem von der *Lega* pointiert vertretenen Wohlstandschauvinismus die Sicht, dass „[e]in immer breiter werdender Bevölkerungsanteil im Norden [...] in Rom und alles was weiter südlich liegt, einen einheitlichen Raum parasitärer Lebensgestaltung [sieht], der den eigenen Interessen schadet und die gesamtstaatliche Entwicklung behindert.“¹⁵⁹ Wichtig ist dann nur, ob die eigene Region sich vom Zugriff der als illegitim *definierten* Ansprüche befreien kann. Regionalismus und Föderalismus bedeutet im Kontext neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik eben nicht die Stärkung sozialer Demokratie. Die Ansätze stehen in engem Bezug zur Standortfrage im Rahmen der Globalisierungsdebatte. Es manifestiert sich hier politisch der Wille einzelner Regionen, ihr Überleben zu sichern. Was als Staatszerfall in der „Dritten Welt“ zu beobachten ist und ab 1989 die osteuropäischen Transformationsländer ergriffen hat, zeigt sich damit auch in den Industrienationen, sei es als Unabhängigkeitsbewegung der Frankokanadier, der Valonen in Belgien oder dem Aufkommen der *Lega* in Italien.¹⁶⁰

Der Perspektivwechsel gelingt auf der eine Seite durch die Konstruierung einer regionalen, ethnisch-kulturellen Identität, aus der soziale und ökonomische Forderungen gegen den Zentralstaat abgeleitet werden. Auf der anderen Seite dient genau diese Identität zur Abgrenzung gegenüber dem „Fremden“, das sich auf unterschiedlichen Ebenen zeigt. Erstens wird der norditalienischen Leistungsmentalität eine süditalienischen Mentalität der parasitären Lebensweise und kulturellen Differenz entgegengesetzt. Den damit verbundenen Rassismus und Wohlstandschauvinismus setzt die *Lega* nicht nur gegen die eigenen Landsleute ein, sondern zweitens auch gegen die außereuropäischen Migranten. Subtiler ist die Ablehnung des „Fremden“ auf der dritten eher sozialphilosophischen Ebene, auf der sich die *Lega* gegen jeglichen Kollektivismus stellt, der dem Wohlfahrtsgedanken und der ökonomischen Regulierung unterliegt.

1. Region statt Nation!

Die exponierte Vertretung regionaler Interessen erfordert immer eine veränderte *Definition* der Nation und ihrer Aufgaben, die eine Trennung und Lösung der Regionen aus dem nationalen Bezug überhaupt erst ermöglicht. Das Gelingen zeigt deutlich, dass jede moderne Nation und der sie prägende Nationalismus selbst nur fragile politische Konstrukte sind, die „von oben“ durch Machtstreben und ökonomische Funktionalität durchgesetzt wurden und „von unten“ durch die Bevölkerung, ihren Hoffnungen, Bedürfnissen, Sehnsüchten und Interessen, getragen werden.¹⁶¹ Sie sind Ausdruck einer bestimmten Phase der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die es notwendig machte, die Nation als Identifikationsobjekt und territoriale Einheit für das wirtschaftliche Agieren international und unter gleichen bereitzustellen. Inwieweit diese sozialwissenschaftlich breit abgesicherte These über die moderne Nation zutrifft, wird in der Praxis durch den Zerfall der Nationalstaaten bestätigt. Denn dieser Prozess war bisher immer mit der Konstruktion einer regionalen Identität verbunden, die dem Denken und Handeln in nationalen Kategorien entgegengesetzt wird.

Es zeigt sich dabei, dass nicht mehr primär auf rassistische Unterscheidungen (Blut und Boden-Ideologie) zurückgegriffen wird. Wie sollte man diese auch in einem Nationalstaat in Stellung bringen, dessen Abgrenzung nach außen immer mit der inneren Konstitution einer homogenen Bevölkerung verbunden war? Autonomistische Bewegungen, die nicht von Anbeginn der Nationalstaatsgründung aktiv waren, greifen deshalb zwangsläufig auf kulturelle Unterschiede in der Sprache, der regionalen Geschichte und der ungleichzeitigen ökonomischen und sozialen Entwicklung zurück. Diese bieten in der Region Identifikationsobjekte für die Konstruktion einer regionalen Gemeinschaft. Das Insistieren auf den Unterschieden verursacht keine ernstesten Probleme, solange die ökonomische Ungleichheit zwischen den Regionen ein bestimmtes Maß nicht überschreitet oder Repressionen zur Unterdrückung kultureller Eigenheiten nicht bestehen. Letzteres führte zu bewaffneten Konflikten um das Selbstbestimmungsrecht (Spanien, Frankreich, Irland). Ersteres führt zum regionalen Wohlfahrtschauvinismus, wie ihn die *Lega* vertritt.

Der Konflikt zwischen Nation und Region findet in Italien vor einem besonderen historischen Hintergrund statt, an dem die Positionen der *Lega* massenwirksam anknüpfen können. Italien gilt neben Deutschland als eines der klassischen Länder verspäteter Nationalstaatsgründung. Erst am 17. März 1861 konstituierte sich das erste italienische Parlament, rief das Königreich Italien aus und wählte *Viktor Emmanuel II.* (König von Sardinien) einstimmig zum König. Formell bestand das Königreich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Die ungleichzeitige ökonomische und soziale Entwicklung auf dem Gebiet des heutigen Italiens hatte selbstverständlich auch zu unterschiedlichen Entwicklungen in der nationalistischen Einheitsbewegung (*Risorgimento*) geführt, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Verspätete Nationalstaatsgründung und die strukturelle Heterogenität der Landesteile wurden damit zur Basis, auf der sich die Politik der ersten vierzig Jahre der neuen italienischen Nation bewegte. Historisch werden diese Jahre als Zeitalter des liberalen Staates beschrieben.¹⁶² Der liberale Staat zeichnete sich durch eine spezielle Konstitution der herrschenden Eliten aus, die eine deutliche Abstinenz hinsichtlich jeglicher sozialstaatli-

cher Intervention oder der Überwindung der strukturellen Unterentwicklung an den Tag legten.¹⁶³ Im Ergebnis führte dies zur permanenten Krisenanfälligkeit durch zyklische Konjunkturschwankungen, der die Bevölkerung bedingungslos ausgeliefert war.¹⁶⁴ Politisch verursachte diese Situation ein großes Problem: Wie konnte die Bevölkerung von der italienischen Nation überzeugt werden, wenn sie in der Not nie auf sie zählen konnte?

Dieses Problem ist zwar mehr oder weniger in allen Nationen zu beobachten, da der Staat bzw. seine Institutionen nicht über den Klassen schweben und die Realpolitik immer auch die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen widerspiegeln. In Italien manifestierte sich die Diskrepanz aber so deutlich, dass die Bevölkerung ständig von der Notwendigkeit der italienischen Nation überzeugt werden mussten. Sie mussten als „Italiener gemacht werden“ (*fare gli italiani*). Trotzdem diese Aufgabe von oben permanent wahrgenommen wurde, dessen stärkste Form sich im Nationalismus des Faschismus zeigen sollte, blieben die regionalen, lokalen und familiären Bindungen bis in die Gegenwart bestimmend.¹⁶⁵ Nun mag die Resistenz gegenüber dem verordneten Nationalismus sympathisch sein. Unproblematisch war sie aber nicht, wie sich in der Gegenwart zeigt. Nicht umsonst gilt in Italien nämlich der Unterschied zwischen politischer Klasse (*paese legale*) und Bevölkerung (*paese reale*) als geflügelte Botschaft, sich nicht um die Gesetze und den Staat zu scheren. Er stand unter der Verfügungsgewalt einer politischen Klasse, die über die politischen und ökonomischen Ressourcen eine Eliteherrschaft garantierte. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung hingegen wurden kaum befriedigt.¹⁶⁶ Die mangelnde Identifikation mit dem Staat bzw. seine untergeordnete Rolle im Alltagsleben gelten deshalb als ein Element für das fehlende Unrechtsbewusstsein, welches die flächendeckende Korruption begünstigte. Dass der Prozess des „*fare gli italiani*“ den Nationalstaat nicht festigen konnte, gilt als zentraler Faktor, warum die *Lega* mit ihrem Rekurs auf die Region überhaupt so erfolgreich werden konnte.¹⁶⁷

Die Frage, ob Regionalismus oder Nationalismus besser sei, kann dem Problem von sozialer Polarisierung nicht gerecht werden. Es wäre auch unverständlich, warum die demokratische Gesellschaft nach dem ihr eigenen Selbstverständnis den übersteigerten Nationalismus ablehnen, aber einen ähnlich strukturierten und zielgerichteten Regionalismus akzeptieren sollte. Aber auch hinsichtlich der kritischen ökonomischen Analyse eignet sich die Unterscheidung kaum, zumindest wenn eine soziale Emanzipation angestrebt wird, die eine Überwindung der ökonomischen Abhängigkeit, der Ausbeutung und der Ungleichheit aufgrund von Klassenbeziehungen voraussetzt. Nation und Region existieren eben nicht im idealen Raum. Sie sind beide immer mit einer ökonomischen Basis und konkreten wirtschaftspolitischen Zielen verbunden. Nationalismus und auch Regionalismus, wie von der *Lega* vertreten, führen deshalb im Zeitalter des Standortwettbewerbs zum Ausschluss des Anderen und produzieren Rassismus. Soziale Ungleichheit hingegen wird nicht verhindert oder auch nur in Frage gestellt. Lediglich die Größe des Territoriums und die Mittel differieren, in dem sich moderner Sozialdarwinismus zeigt.

2. Zerschlagung des Zentralstaates

Um den Ethno-Föderalismus als Möglichkeit ins Feld führen zu können, muss die Regulationsfähigkeit des Zentralstaates verneint werden. Er könne seine Funktionen im wesentlichen aufgrund seiner Größe und Inflexibilität nicht mehr adäquat übernehmen. Vielmehr sollen „[d]ie Entscheidungszentren sich den verschiedenen soziokulturellen und ökonomischen Realitäten anpassen.“¹⁶⁸ Bereits im ethnisch akzentuierten Programm der *Lega Lombarda* von 1983 findet sich deshalb die Forderung nach der Konföderation autonomer Regionen, die im Kontext der Schaffung eines föderalistischen Europas steht, das die Übertragung wesentlicher Souveränitätsrechte auf die Regionen beinhaltet.¹⁶⁹ In den letzten Jahren verbreitete sich im Zuge der europäischen Einigung die Diskussion um das „Europa der Regionen“ in der diese Forderungen der *Lega* einen Bezugspunkt haben. Im Spannungsfeld von wachsender Entscheidungsbefugnis auf europäischer Ebene, bestehenden Demokratiedefiziten und der Frage, welche Rolle die Nationalstaaten in Europa auszufüllen hätten, schob sich die Frage nach der Bedeutung von Regionen. Dem aus der katholischen Soziallehre entnommene Begriff der Subsidiarität fiel zwar die Rolle zu, sprachlich die Probleme zu klären.¹⁷⁰ Trotzdem bleiben die realen Probleme der Kompetenzabgrenzung zwischen den unterschiedlichen Ebenen ungeklärt. Diese Konfliktlage kommt der *Lega* zu Gute, die die Region damit nicht nur gegen den italienischen Zentralstaat in Stellung bringt, sondern auch gegen den Bürokratismus und die Zentralisierung der Entscheidungen in der EU. Den letzten Konflikt gab es im Vorfeld der EU-Tagung von Nizza, in der die Sozialcharta zur Abstimmung stand. *Bossi* forderte deren konsequente Ablehnung und versprach die Organisation von Massendemonstrationen in Nizza.¹⁷¹ Innerhalb der Rechtskoalition kam es darüber zu Spannungen, die *Berlusconi* aber lösen konnte. Die *Lega* mobilisierte nicht gegen die EU und verhielt sich aufgrund der bevorstehenden Wahlen 2001 ruhig.

Der Konflikt zwischen der EU und *Lega* wird allerdings dadurch begrenzt, dass die wohlfahrtsstaatliche Regulation durch den europäischen Prozess selbst verworfen wird. Der Zentralstaat wird damit nicht nur von innen, sondern gleichzeitig durch äußere Faktoren in Frage gestellt. Denn im Zentrum der über die EU implementierten Vorgaben steht selbst die Veränderung wesentlicher Funktionen des Staates. Auch hier geht es um die Transformation weg vom Wohlfahrts- hin zum autoritären Wettbewerbsstaat, wie sie auch in den Nationen zu beobachten ist.¹⁷² Auf der einen Seite stand und steht die *Lega* somit unter kritischer Beobachtung von Seiten der EU bzw. ihrer politischen Repräsentanten. Auf der anderen Seite kann gegen die *Lega* nicht konsequent vorgegangen werden, denn gerade in den Kernfragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist sie eine Musterschülerin und radikalisiert bestenfalls Positionen, die in Europa den Mainstream bilden. Ihre separatistischen Forderungen verbindet die *Lega* immer mit dem Hinweis der Verflechtung der Produktions- und Konsumstrukturen mit der EU, des unbedingten Willens nach Einhaltung der Maastrichtkriterien und der Dominanz neoliberaler Wirtschaftskonzepte. Bezeichnenderweise lag der Höhepunkt des Sezessionismus im Vorfeld der Qualifizierung Italiens für den nächsten Schritt der europäischen Integration: „Nach den Berechnungen der *Lega* ergibt sich, dass unsere Regionen des Nordens zusammen, aber alleine [gegenüber dem Rest Italiens, Anm. d. Verf.], die famosen Kriterien von Maastricht ganz bzw. fast alle (Höhe des Defizits, Beschäftigungsniveau etc.)

erreicht hat, die einem Land die Partizipation an der Spitze des Prozesses ermöglicht. Natürlich ist nichts schlimmes daran, mit Griechen und Portugiesen [als italienische Nation, Anm. d. Verf.] zusammengefasst zu werden. Aber wenn man mit den effizientesten Ländern, den Hartwährungsländern, Schritt halten kann, warum sollte man es nicht versuchen? Vielen in der Region des Nordens sagt diese Aussicht viel mehr zu.¹⁷³ Sollte die Rechtskoalition die Wahlen 2001 gewinnen, wird es u.a. genau wegen der Konformität mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen, die in der EU und von der Kommission mehrheitlich vertreten werden, nicht zu politischen Sanktionen wie gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung in Österreich kommen. Absehbar ist vielmehr bereits jetzt, dass nach anfänglicher Skepsis der Weg für eine relativ reibungslose Akzeptanz der möglichen neuen Regierung *Berlusconi* bereits geebnet scheint.¹⁷⁴ Probleme wird es eher mit dem immanenten Rassismus geben, der bei allen drei Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt ist und vor allem unterschiedlich begründet wird.¹⁷⁵ Auch die Frage nach der Qualität der neofaschistischen Partei oder ob es in Italien überhaupt eine solche gebe, dürfte für kurzzeitige Verwirrungen und Diskussionen sorgen. Nach der üblichen Ablegung von Bekenntnissen der neuen *Berlusconi*-Regierung zu Demokratie und Menschenrechten werden die Vorbehalte der europäischen Partner wohl entschärft, und man dürfte zur Tagesordnung übergehen.

Eine Folge der praktizierten nationalen wie europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind regionale Bewegungen, die ihr Territorium als Überschussregionen bezeichnen. Damit greift man auf Argumentationsmuster zurück, die auch von den Nationen – explizit der Bundesrepublik Deutschland – in der EU vorgetragen werden, die sich als Nettozahler der Gemeinschaft verstehen. Mit den zukünftigen Entwicklungen – EU-Osterweiterung und Neuregelung des Ressourcentransfers in unterentwickelte Regionen – wird sich dieser Verteilungskampf in der EU und den Mitgliedsländern verschärfen. Es ist zu erwarten, dass mit den gleichen Parolen, wie die *Lega* sie vorträgt, auf die sich verschärfenden Probleme reagiert wird. In Italien wird der Zentralstaat bereits seit mehr als zehn Jahren mit eben diesen Argumentationen als Entwicklungshindernis angegriffen. Die Kritiker berufen sich dabei auf die europäische Politik, denn mit der Übernahme der verbreiteten neoliberalen Logik gelingt es eine Überschussregion als Nettozahler zu *definieren*. Der Zusammenhang von Finanztransfer und Wachstumsraten, von unterschiedlicher Entwicklung der Profite und Löhne und deren Wirkungen auf die Konsum- und Investitionsquote kann durch die Trennung in Überschuss- und Defizitregionen allerdings nicht mehr erfasst werden. Damit wird die kreislauftheoretische Analyse verworfen und die Notwendigkeit der Intervention in den Akkumulationsprozess bezweifelt. Eine nicht-marktkonforme ökonomische Regulierung wird ebenso abgelehnt wie eine antizyklische Wirtschaftspolitik zur Entwicklung strukturschwacher Regionen und sozialstaatlicher Aufgaben.¹⁷⁶ Gleichzeitig steht die Transformation des parlamentarischen Systems auf der Tagesordnung. Die Freiräume, die durch diese Ziele und sozialen Kämpfe erreicht wurden, sollen eingeschränkt, die dahinter stehende politische Struktur soll verändert werden.¹⁷⁷

3. Föderalismus und Makro-Regionen statt Zentralstaat

In einer Situation, in der die bewaffnete Auseinandersetzung nicht angestrebt wird, bleibt in der zentralstaatlich verfassten Nation lediglich die Forderung nach Föderalismus. Nur so lassen sich nach Ansicht der *Lega* die institutionellen Bedingungen schaffen, damit die norditalienischen Regionen die ihnen zustehenden, aber verweigerten Rechte verwirklichen können. Die Handlungskompetenz des Zentralstaates wird auf die Regionen projiziert. Die *Lega* bietet mit ihrem Föderalismuskonzept einen positiven Ansatz gegenüber dem negativ besetzten Zentralstaat und verbindet damit das Versprechen und den Glauben, dass die föderale Restrukturierung die ökonomischen und sozialen Probleme durch ein neues Wirtschaftswachstum lösen kann. So wird die negative Situation argumentativ auf die Struktur des Staatsaufbaus zurückgeführt, obwohl alle Krisenaspekte auch in föderalen Nationen wie den USA und der Bundesrepublik auftreten. Dass die gleichen Konzepte, mit denen auch die *Lega* antritt, dort ebenfalls keine positiven Ergebnisse für die Masse der Bevölkerung mit sich brachten, war jedoch nie ein Kriterium, an denen sich die Vorstellungen messen lassen müssten. Wie die FI strategisch geschickt einen omnipräsenten Wohlfahrtsstaat halluziniert, so projiziert die *Lega* alle negativen Entwicklungen auf die institutionelle Verfasstheit, den Zentralstaat.

Die *Lega* setzt in Abgrenzung dazu auf einen stark ethnisch definierten Föderalismus, der sich von vergangenen Modellen unterscheidet. Trotzdem knüpft sie allein mit der Forderung nach Föderalismus an bereits erfolgte Schritte zur Gewährung größerer regionaler Autonomie an (Sizilien, Sardinien, Valle d'Aosta, Trentino-Alto Adige, Friuli-Venezia Giulia). Darüber hinaus begleitet die Diskussion um den föderalen Staatsaufbau die italienische Geschichte seit ihren Anfängen. Nach 1861 legte man sich zwar auf eine zentralstaatliche Struktur fest, die während des Faschismus noch einmal durch die Welle der Nationalisierung gefördert wurde.¹⁷⁸ Auch die Verfassung von 1948 führte nicht zu grundsätzlichen Änderungen, und es ergab sich lediglich ein Staat mit einem „überwachten Regionalismus“.¹⁷⁹ Aber auch von der damaligen PCI wurde nach dem Krieg auf den Föderalismus gesetzt, um so den „verfügt“ Ausschluss von der nationalen Regierung zu unterlaufen. Aufgrund der ehemaligen Stärke in den Regionen Emilia-Romana, Toskana und Umbrien – der rote Gürtel – bestand die Absicht darin, sich durch die Übertragung nationaler Kompetenzen auf die Regionen ein Mitspracherecht in der nationalen Politik zu sichern. Vom linken bis zum rechten Spektrum ergeben sich also Anknüpfungspunkte für die *Lega*, die sich damit in der Kontinuität einer parteiübergreifenden, historischen Diskussion darstellen konnte.¹⁸⁰

Ihre Positionen zu Föderalismus und Dezentralisierung erhielten jedoch erst durch die eindeutigen ökonomischen Forderungen und die Zurückweisung eines gesamtgesellschaftlichen Auftrages eine hohe Akzeptanz. Sehr früh erkannte die *Lega* dabei den Nutzen neoliberaler Ansätze, um die Meinungsführerschaft sowohl in Fragen des Föderalismus als auch in anderen wichtigen Feldern zu übernehmen.¹⁸¹ Nur so lässt sich das Konfliktpotential nutzen, das in der dauernden ökonomischen Ungleichheit zwischen den Regionen gärt. Unter der Schwelle des bewaffneten Kampfes liegt das Potential für einen „legalen Separatismus“, der vornehmlich auf eine finanzielle Autonomie abhebt und die wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungshoheit einfordert. In der Vergangenheit ließen sich die Verteilungskonflikte

zwischen den Regionen durch die staatliche Intervention in den ökonomischen Prozess minimieren. Zielsetzung der makroökonomischen Politik war die Angleichung der Lebensverhältnisse und die Moderation der unterschiedlichen Interessen zwischen den Regionen. Dafür müssen aber die finanziellen Mittel überhaupt zur Verfügung stehen bzw. gestellt und verwendet werden. Den klassischen Elementen der Staatsverschuldung steht der Zugriff auf die im Staat erhobenen Steuern zur Seite, um Investitionen und Einkommenstransfer in unterentwickelten Regionen zu finanzieren. Existieren dabei unterschiedlich entwickelte Regionen, ist es nur logisch, dass höhere Steuerzuflüsse aus den ökonomisch prosperierenden und entwickelteren Regionen in den gemeinsamen Staatshaushalt fließen.¹⁸² Bis vor wenigen Jahren war es darüber hinaus unstrittig, dass genau diese Mittel, in welcher Form auch immer, nicht vollständig an die „reichen“ Regionen zurückfließen.

Grundsätzliche Probleme ergeben sich, wenn die Erfolge bei der Überwindung der Ungleichheit ausbleiben, der Staat also objektiv oder subjektiv gesehen in seiner Rolle als idealistischer Gesamtkapitalist versagt. Zum einen wird damit die ökonomische Begründung für den existierenden interregionalen Ressourcentransfer in Frage gestellt. Zum anderen wird der moralische Gedanke zum Ausgleich gravierender sozialer Unterschiede, die Solidarität, unterminiert. In Verbindung mit dem seit Mitte der 70er Jahre zu beobachtenden wirtschaftspolitischen Rollback hin zu mehr Markt und weniger Staat, wird so jegliche Umverteilungsabsicht diskreditiert. Eine Folge ist, dass die Auseinandersetzung um die Erhebung von Steuern und ihre Verwendung stärker regionalen Begehrlichkeiten ausgesetzt wird. Gleichzeitig verbindet sich der Ansatz vortrefflich mit Ansprüchen an den generellen Umbau der Besteuerung: Weg vom progressiven Zugriff auf höhere Einkommen. *Richard A. Musgrave* stellt dazu fest, dass „[...] jegliche verteilungspolitische Absicht eingeschlossen der sozialen Sicherung und der progressiven Besteuerung, überwiegend oder gänzlich auf der nationalen Ebene stattzufinden hat. Dies gilt umso mehr, je mobiler das Kapital wird und damit die Effektivität der progressiven Besteuerung verhindert.“ Denn zu Recht weist er darauf hin, dass „[...] hier der Zusammenhang zwischen zwei Aspekten besteht: Zentralisation ermöglicht überhaupt erst eine progressive Besteuerung und Umverteilung, während Dezentralisierung dies verhindert. Üblicherweise kommt gerade der verteilungspolitische Aspekt in der Diskussion um Zentralisierung und Dezentralisierung zu kurz, obwohl hier das Hauptargument liegt.“¹⁸³

Dass dieser Aspekt in der Debatte nicht beachtet wird, hängt u.a. damit zusammen, dass es nicht um die Klärung ökonomischer Fragen geht. Unterstellt man die Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes, so sind Verteilungsfragen in der Regel nicht durch Regulation zu lösen, sondern durch die staatliche Intervention begründet. Ähnlich verhält es sich mit der Überwindung struktureller Unterentwicklung, zu deren Zweck die gesamtstaatliche makroökonomische Politik konzipiert wurde. Im Gegensatz dazu muss es unter neoliberaler Perspektive um die Förderung des Wettbewerbs und der Konkurrenz gehen, auch auf fiskalischer Ebene zwischen den Regionen. So ließe sich zusätzlich das Problem der Korruption lösen, denn die neoliberale Antwort verschiebt die Perspektive von makroökonomischen Fragen hin zur institutionellen Kontrolle durch Markt und Wettbewerb. Oder um mit *James M. Buchanan* zu sprechen: „[...] geht es bei mir im Grunde lediglich um die normative Analyse alternativer Modelle der politischen Struktur.“¹⁸⁴ Der Hauptgegensatz besteht „[...] in der Bewertung des

Wettbewerbs zwischen Regierungsformen oder des Fiskalwettbewerbs. [...] Man gibt Individuen, Ressourcenbesitzern und Bewohnern damit die Möglichkeit der Exit-Option. Ist diese Exit-Option, der Weg zum Verlassen, gegeben, so wird dies notwendigerweise diejenigen disziplinieren, die uns durch die politische Struktur und den Bürokratismus ausbeuten.“¹⁸⁵ In gleicher Weise verbindet die *Lega* ihre Ressentiments gegen den Zentralstaat, die Besteuerung und die Ressourcenverteilung mit der Frage der Korruption, der Ineffizienz und der Ausbeutung durch Rom und die unterentwickelten Regionen.

Im Ergebnis wird die progressive Besteuerung und der Finanztransfer normativ abgelehnt, was sich in ihren Aussagen zur Steuersenkung wiederfindet. Es geht nicht darum zu klären, wie hoch der Finanzbedarf des Staates sein muss, der sich aus seiner Aufgabenwahrnehmung zur Bereitstellung öffentlicher Güter ergibt. Noch geht es um die effiziente Verwendung der eingesetzten Mittel, denn Korruption und Ineffizienz existiert unabhängig vom Format des Territoriums. Darüber hinaus hängt der effiziente Einsatz von Steuermitteln immer von der Größe der Aufgaben ab, weshalb zentrale Lösungen bei großen Aufgaben zu bevorzugen sind. Makroökonomische Politik zur Überwindung sozialer Polarisierung und struktureller Unterentwicklung ist nämlich nur auf nationaler oder internationaler Ebene überhaupt effizient.¹⁸⁶ Regionen werden kaum in der Lage sein, diese Aufgaben über ihr begrenztes Territorium hinaus wahrnehmen zu können. Versuchen sie es dennoch, so wird es ineffizient sein. Worum es in Wirklichkeit geht, ist die Senkung der zu hoch „empfundenen“ Steuerbelastung und die totale Verweigerung, über den regionalen Rahmen hinausweisende wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben überhaupt zu sehen.

Wie bereits an anderer Stelle skizziert, könnte die direkte und indirekte Steuerbelastung der Beschäftigten in Relation zum Zugriff auf den Faktor Kapital durchaus als zu hoch empfunden werden. Die Forderung nach einer gerechteren Besteuerung würde demnach Sinn ergeben, wenn dies verteilungspolitisch korrigiert würde. Aber weder die FI noch die *Lega* streben eine solche Politik an, denn das würde nach ihrem Verständnis die Wettbewerbsfähigkeit einschränken und die Leistungsbereitschaft untergraben. Beide Elemente, der Verzicht auf progressive Steuererhebung zu Gunsten linearer, abgesenkter Steuersätze und die fiskalische Autonomie, verschärfen lediglich die Finanzprobleme des Steuerstaates, und es bewahrheitet sich, dass der Kampf um die Form der Besteuerung eine Konfliktlinie zwischen den Klassen war und bleiben wird.¹⁸⁷ Die immer wieder ins Feld geführte überproportionale Belastung der nördlichen Regionen hängt mit ihrem Reichtum in Relation zu den strukturschwachen Regionen zusammen, aufgrund dessen ihr Anteil am gesamten Steuervolumen logischerweise höher sein muss. Wird die Abschaffung der progressiven Besteuerung und der Rückzug aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben verfolgt, muss jedoch das Kriterium einer abstrakten Gleichheit unabhängig von der realen Wirtschaftskraft aufgestellt werden. Genau diese Argumentation findet sich bei der *Lega*, um die unterstellte regionale Umverteilung zu beenden. Parallel dazu nutzen *Lega* und FI die Forderung nach Steuergerechtigkeit, um die als zu hoch empfundene Steuerbelastung für höhere Einkommen, auf Zinsen und Gewinne zu senken.¹⁸⁸ Eine Grenze nach unten gibt es im Prinzip nicht, denn selbst ein unter den bis dato propagierten niedrigeren Sätzen liegender Steuersatz kann immer noch als zu hoch empfunden werden.

Der Steuerkonflikt wird von den regionalen Bewegungen nicht an der Frage unterschiedlicher ökonomischer Interessen oder objektiver Kriterien festgemacht, sondern sie artikulie-

ren ihn regional, ethnisch, kulturell und subjektiv. Sie entziehen damit jeder anders ausgerichteten Politik die Finanzierungsbasis und eröffnen die Perspektive, den Verteilungskonflikt zwischen den „reichen“ Regionen selbst und bis auf die Kommunen herunterzubrechen. Dies kommt dem neoliberalen Verständnis der vollständigen Implementierung des Konkurrenzmechanismus entgegen, in der nur das privatwirtschaftliche Motiv die funktionale Konstitution von Gemeinschaft erlaubt. Pointiert ausgedrückt bedeutet dies, dass es keine Gesellschaft mehr gibt, sondern nur Individuen und dass der soziale Zusammenhalt über die Regulation des Marktes stattzufinden habe.¹⁸⁹ Der methodologische Individualismus spricht dem atomisierten Menschen einzig die Möglichkeit zu, durch die Übereinstimmung von Interessen mit seinem unmittelbaren sozialen Umfeld, hier der Region, in einem Suchprozess die übergeordnete Wettbewerbsgemeinschaft zu finden. Gesellschaft und Solidarität werden ersetzt durch Gemeinschaft und Wettbewerb. Sozialer Zusammenhalt wird vertragstheoretisch und utilitaristisch erklärt. Entlang dieser Auffassungen entwickelte sich der regionale Egoismus der *Lega*, der zu Beginn nur gegen den Zentralstaat gerichtet war. Später führte er zwangsläufig zu Wettbewerb und Abgrenzungen in der „Republik Padania“ selbst. Die ökonomischen Differenzen zwischen dem Nord-Westen und Nord-Osten führten u.a. dazu, dass sich in der Region Venetien Kritik an der Unterstützung der industriellen Krisenregionen Lombardei und Piemont artikulierte. Auch abweichende Meinungen zum italienischen Staat wurden laut, die auf die verschiedenen Wirtschaftsstrukturen und der Einbindung in den gesamtstaatlichen Produktionsaustausch zurückzuführen sind.¹⁹⁰

4. Kritik am Sozialstaat – Favorisierung der Produktionsgemeinschaft

Die *Lega* stellt sich wie die FI als politische Kraft dar, die der individuellen Freiheit zu neuer Geltung verhelfen will. Sie tritt an in einer Zeit zunehmender Komplexität, in der das Leben von Intellektuellen und einer politischen Elite gesteuert und verwaltet wird, die den Bedürfnissen des Individuums und den ethnisch, regionalen Unterschieden nicht mehr gerecht werden können. Auch den Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaft und dem sozialen Zusammenhalt wird durch die kulturelle Homogenisierung der Moderne nicht mehr entsprochen.¹⁹¹ Der Staat und die über ihn zur Verfügung gestellte soziale Sicherung wirke zusätzlich nivellierend, kulturelle Differenzen können diese nicht berücksichtigen. Alles in allem verliert der Mensch in dieser Situation seinen Halt und seinen Platz in der Gemeinschaft. Dem setzt die *Lega* eine Vorstellung von Gemeinschaft entgegen, die auf der Konstruktion einer sozialen Kohärenz basiert, die über den Markt als natürliche Ordnung zur Verfügung gestellt wird. Die Ablösung der staatlichen Regulation durch die Marktregulation würde also nicht nur, wie unterstellt, eine neue ökonomische Prosperität begründen. Gleichzeitig eröffne der Abbau des Sozialstaats die Perspektive, eine wirkliche, weil natürliche, Gemeinschaft zu erschaffen. Alle Hindernisse, die diesen Entwicklungen entgegenstehen, gehörten aus dem Weg geräumt. Die *Lega* wird damit „[...] zur ersten großen, organisierten Kraft, die sich programmatisch voll und ganz auf den sogenannten wissenschaftlichen Neoliberalismus bezieht und das Konzept des *homo oeconomicus* für alle individuellen und kollektiven Zusammenhänge verwendet.“¹⁹²

Ausgehend vom Freiheitsbegriff, der bereits im Abschnitt über die FI skizziert wurde, gelingt es der *Lega* auf der einen Seite, das integrative Element einer Markt- und Wettbewerbsgemeinschaft zur *Definition* eines sozialen Kontextes bereitzustellen. Andererseits wird diese gegenüber kollektiver Systeme der sozialen Sicherung favorisiert. Gegen die Gleichmacherei wird auf die ethnisch und kulturelle Differenz verwiesen. Die negative Seite, die soziale Exklusion, wird zur Abgrenzung gegenüber dem Fremden ins Feld geführt (s.u.). Statt soziale Ausgrenzung und Gemeinschaft soziobiologisch und rassistisch zu begründen, gibt sich die *Lega* also modern und betont die kulturellen Eigenheiten. In der Verbindung von Wirtschaftsliberalismus mit ethnischem Bezug liegt die Möglichkeit eines Sozialdarwinismus, der sich in der Verkleidung der modernen Freiheit präsentieren kann. Aber auch mit ihren Positionen zur Homogenisierung der sozialen Verhältnisse durch den Sozialstaat und der Denunzierung kollektiver, über die eigene kulturelle Identität hinausreichenden Ansätze steht die Partei in der Tradition von *Hayeks*.¹⁹³ Deckungsgleich mit seiner Position stellt der Sozialstaat für die *Lega* lediglich die extreme Phase des modernen Staates dar. Seine unterschiedlichen Begründungen, seien sie kommunistisch, sozialistisch oder sozialdemokratisch inspiriert, dienen einzig der Unterwerfung des Individuums und führe zur Deformation der Gemeinschaft.¹⁹⁴ Es kann danach kein kollektiv bestimmtes Ziel der sozialen Gerechtigkeit jenseits des Marktprozesses geben, da alle sozialstaatlichen Ansätze nur den schleichenden Weg in die Knechtschaft des Kollektivs bedeuten würden.

In letzter Konsequenz muss dies zu einer neuen *Definition* sozialer und demokratischer Rechte führen, da sich das Individuum statt dem Kollektiv nun den Marktgesetzen unterwerfen muss, in dem derjenige nichts gilt, der nichts hat. Aus der Position der Besitzlosigkeit ließe sich schon gar nicht ein Entscheidungs- und Mitbestimmungsrecht ableiten, denn so würde über die Leistungsfähigen und Besitzenden bzw. ihren Überschuss von den Personen entschieden, die nur das illegitime Ziel der Umverteilung im Auge hätten. Mit dieser Vorstellung ist zwar demokratietheoretisch ein Rückfall in scheinbar längst überwundene Zeiten verbunden, in der die Angst vor der demokratischen Vermassung seine Auferstehung feiert. Aber genau hier liegt ein Fluchtpunkt, in dem sich verschiedene Positionen der *Lega* treffen. Es ist deshalb für sie auch nur logisch zu fordern, denjenigen politische Rechte vorzuenthalten, die auf Sozialtransfer angewiesen sind.¹⁹⁵

Damit schließt sich der Kreis der Argumentation: An die Stelle sozialer und demokratischer Rechte rückt die soziale – paternalistische – Fürsorge. Gewährt wird diese aber nur bei entsprechender Leistung für die Gemeinschaft. Die Werte der sozialen Gemeinschaft wiederum finden sich im Produktionsprozess selber. In der Art, wie die *Lega* die „Produktion in der Fabrik“ respektive im kleinen Familienbetrieb mit dem Patron überhöht, zeigt sich, was sie unter Gemeinschaft überhaupt versteht. Sie wird nur durch die gemeinsame Arbeit erschaffen, die konfliktfrei zwischen Unternehmer, Management und Beschäftigten stattzufinden habe. Ziel ist „[...] die Konstitution einer nach festgelegten Zielen formierten Gemeinschaft, die durch die Arbeitgeber, Techniker und die Arbeitnehmer aufgestellt werden. [...] Hieran teilzuhaben ist der letztendliche Zweck der Entwicklung des Menschen [...], wobei dies nicht im Kontrast zum Besitz von Produktionsmitteln steht, noch Konflikte aus der Hierarchie im Unternehmen resultieren.“ Hier liegt der Weg, „[...] für die Geburt des neuen Menschen, der nicht mehr als Parasit lebt und [...] auch nicht mehr degradiert ist zu einem Objekt,

das die Hochfinanz beherrschen kann.“¹⁹⁶ Solche Vorstellungen lassen sich zwar mit faschistischen, korporatistischen Positionen verbinden, und auch die Unterteilung in raffendes Finanz- und schaffendes Produktionskapital findet sich dort. Aber die *Lega* will z.B. keinen staatlich verordneten Korporatismus, bei ihr ist der soziale Kontext organisch, natürlich und evolutorisch. Er ergibt sich aus der postmodernen Produktionsstruktur und wird begrüßt. Andererseits wird die zumindest propagandistisch vertretene Position der ehemaligen faschistischen Partei, der Überwindung des Kapitalismus und der Verstaatlichung von Produktionsmitteln dem Ansatz der *Lega* nicht gerecht. Sie steht ganz auf dem Boden des Kapitalismus und der ökonomischen Freiheit.

In ihrer Sicht wird die soziale Kohärenz zwischen den Individuen durch die Produktionsgemeinschaft selbst geschaffen, die das Verständnis einer nicht rein auf ökonomische Zielerreichung und Nützlichkeit abhebende menschliche Solidarität ersetzt. Es entsteht die folgende paradoxe Situation: Die von der *Lega* vorgebrachte Kritik am modernen (Sozial-) Staat beinhaltet Versatzstücke, die der Entfremdungstheorie entlehnt sind und durchaus die Lebenserfahrungen des Einzelnen in unterschiedlicher Weise reflektiert. Ihren Ökonomismus ergänzt die *Lega* durch den lokalen Lebensbezug, in der die spezifische Kultur und die eigene Ethnie verschmelzen und in dem die Entfremdung aufgehoben werden soll. Als Identifikationsobjekt bietet sie einen Glauben an den Markt und hofft, über ihn stabile soziale Bedingungen und ökonomisches Wachstum zu verwirklichen. Bezugsgröße müssen der Klein- und Mittelstand sein. Denn je größer die Fabrik, desto anonymere sind die Verhältnisse und desto schwieriger ist es, einen sozialen Zusammenhalt herzustellen. Zusätzlich ist der Klein- und Mittelstand für die *Lega* die entscheidende Unternehmensgröße in Norditalien, womit sie auf die Veränderung in den Wertschöpfungsketten reagiert. Die *Lega* bietet sich in dieser Situation als Mediator an, zwischen „[...] dem Agieren der ökonomischen Subjekte (Familie und Unternehmen) und der wachsenden Komplexität der Regeln, die dieses Agieren regulieren.“ Aber nicht nur diese funktionale Leistung der Organisation wird wahrgenommen, sondern sie „[...] fügen dieser eine Zielrichtung von der kleinsten Einheit bis zur Spitze hinzu [...] im Inneren des sozialen Universums, in dem ihre Wähler leben, aber deren Funktionen sie selber nicht mehr wahrnehmen können. [...] In dieser sozialen Präsenz und Ausrichtung liegt der organisatorische [und programmatische, Anm. d. Verf.] Bezugspunkt der *Lega*.“¹⁹⁷ Sie deutet die Situation von Informalisierung, Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im „Dritten Italien“ letztendlich nur positiv um und sieht in diesen Verhältnissen die Antwort auf die Entfremdung des Menschen. Was früher noch ein zentraler Grund für gesellschaftlichen Widerstand und der Begründung nationaler und internationaler Solidarität war, wird nun breit akzeptiert und gilt als erstrebenswert. Die „neue Kultur“ der lokalen Produktionsgemeinschaft setzt sie den sich auflösenden sozialen Werten entgegen. Aber gerade die Auflösung dieser Werte, wie die *Lega* sie in ihrem konservativen Populismus beklagt, hat ihre Ursache im Prozess der Informalisierung/Prekarisierung und der Vermarktlichung der Beziehungen selbst. Die ökonomische Kritik an diesen Verhältnissen, die also Entfremdung immer mit verursacht, wird jedoch nicht artikuliert. Ganz im Gegenteil, die sozioökonomische Struktur der totalen Verwertung im Marktprozess wird als natürliche und einzig richtige Lebenspraxis *definiert*. Je mehr die Entfremdung um sich greift bzw. die *Lega* sie in ihrer Variante artikuliert und je heftiger der Verteilungskonflikt wird, desto aggressiver wird sie

letztlich auf das (den) Fremde(n), nicht zur Gemeinschaft gehörende(n), reagieren. Nur externe Elemente bedrohen die Existenz, und was nicht dazu gehört, *definiert die Lega* ausschließlich selbst. In diesem Sinne ist sie anti-egalitär und im übertragenen Sinne asozial.

5. Wertevermittlung und soziale Sicherung in der Gemeinschaft

Die sozialen Werte verschoben sich in der Entwicklung der *Lega* von der Folklore (Sprache, Tradition, Kultur) hin zu ökonomisch determinierten Kategorien: harte Arbeit, Leistungs- und Opferbereitschaft, Sparsamkeit, Steuergerechtigkeit und Wettbewerb.¹⁹⁸ Aufgegriffen wurden dabei linke Ansätze über eine Arbeitskultur, wie sie im Zuge des Operaismus der 60er Jahre aufkamen. Beabsichtigt war damit zwar die Identitätsbildung in der italienischen Arbeiterklasse auf einer propagierten antikapitalistischen ideologischen Basis. Aber der Ansatz des Operaismus veränderte sich selbst hin zur „prokapitalistischen Propaganda“¹⁹⁹ bzw. lässt sich dafür ohne Problem einsetzen. Dieser Wechsel trägt zum Erfolg der *Lega* bei. Mit der Überhöhung der Arbeits- und Produktionskultur lieferte der Ansatz einen guten Zugang zu den politisierten und von der Linken enttäuschten Beschäftigten, Gewerkschaftsmitgliedern und freiberuflich/selbständig tätigen Individuen in Norditalien.²⁰⁰

Ihre kulturellen Forderungen verband die *Lega* von Anfang an mit Positionen zum Aufbau eines adäquaten Bildungssystems für den Norden, sowie der Restrukturierung der sozialen Sicherung und des öffentlichen Dienstes. Kam es bei letzterem zunächst auf die Arbeitsplatzfrage an – Arbeitsplätze primär für Norditaliener –, so zeigte sich schnell, dass die Modernisierungsforderungen an den öffentlichen Dienst nicht nur auf der Höhe der Zeit waren, sondern die Vorstellung über die „Produktionsgemeinschaft“ ergänzten. Um die ökonomischen Werte durchzusetzen, bedarf es natürlich auch der Vermittlung in den Bildungseinrichtungen und der Vorbereitung des Einzelnen auf seine Rolle in der neuen Gemeinschaft. Nur so könne die eigene überlegene Kultur und ökonomische Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft gesichert werden. Leistungsbereitschaft ist hier mit Elitebewusstsein gekoppelt, wie es sich durchgängig in der kulturellen Unterscheidung wiederfindet. Ähnlich wie bei allen anderen Parteien denunziert die *Lega* zu diesem Zweck u.a. die Bildungsexperimente der 68er mit ihrem egalitären Anspruch, die der produktiven Wissensvermittlung und Aneignung entgegenstünden. Wissensvermittlung habe im Gegensatz dazu die folgenden Ziele: Vorbereitung auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess, Stabilisierung der lokalen Produktionsgemeinschaft und die Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Die Versuche, die selbständige und kritische Reflektion der Gesellschaft zu fördern, und das demokratische Bildungsideal – Bildung für alle – werden dagegen abgelehnt. Darüber hinaus habe der Staat mit der Zielstellung, die „Italiener zu schaffen“ (*fare gli italiani*), eine illegitime Aufgabe im Bildungssystem verankert. Das Bildungssystem muss dezentralisiert werden, um die Menschen auf die Integration in den Arbeitsprozess vorzubereiten und um die konstatierte kulturelle Unterdrückung und Gleichschaltung abzuschaffen.²⁰¹ Bildung müsse auf die kulturellen Unterschiede aufbauen und eng an die jeweilige Gemeinschaft gebunden werden, so dass sich die Eigenheiten produktiv nutzen ließen. Eine regionale Bildung lässt sich aber nur mit Leh-

ren verwirklichen, die aus der Region selbst kommen und deren Werte verinnerlicht haben. Ähnliche Vorstellungen bestehen für die universitäre Bildung. Ihre Aufgabe liegt in der Bereitstellung von Wissen und Produkten für die industrielle Verwertung. Klassische Ziele wie Kritik und Aufklärung treten hinter diese Aufgaben zurück. Die effiziente Outputorientierung hat sich dabei an zwei Kriterien auszurichten: Erstens muss sie den Unternehmen bzw. der Produktion dienen, und zweitens müsse der regionale Bezug kontinuierlich hergestellt sein. Natürlich können auch andere Aufgaben realisiert und darüber hinausgehendes Wissen vermittelt werden, wenn dafür notwendige Gelder auf dem Markt gefunden werden.²⁰²

Der Bildungsbereich ist für die *Lega* in den letzten Jahren ein zentrales Feld geworden. Hier trifft sich ihre ethnisch-regionale Ausrichtung mit den ökonomischen Positionen. Ihre Vorstellungen stehen im Kontext einer Sichtweise, die Bildung ausschließlich an der Nützlichkeit des Wissens orientiert und unterstellt, dass zu viel Wissen schädlich für die soziale Zufriedenheit sei. Je mehr man weiß, desto mehr wird angestrebt und desto stärker kann der Drang werden, die Verhältnisse zu hinterfragen, die durch strukturelle Repressionen die soziale Emanzipation verweigern. *Domenico Losurdo* kommt deshalb zu der richtigen Einschätzung, dass die *Lega* mit ihrer *Definition* von Schule und Bildung lediglich anstrebt, der aus der Arbeitsteilung entspringenden Notwendigkeit nach Wissen gerecht zu werden. Andere Zielstellungen gibt es nicht. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft wird einzig durch den „Verkauf des Verstandes“ ergänzt, damit das Individuum im modernen Produktionsprozess besser funktioniert.²⁰³

Zweites wichtiges politisches Feld ist der Umbau des sozialen Sicherungssystems – vor allem Gesundheit und Renten – nach regionalen Vorgaben. Die bisherige Bereitstellung der Versorgungsleistungen gelten für die *Lega* als Indiz für das komplette Versagen des italienischen Sozialstaates. Nach den üblichen Kriterien sollen diese dezentralisiert, die nationalen Systeme und die bisher zuständigen Ministerien sollen abgeschafft werden. Die Systeme haben sich an den Bedürfnissen des Nordens auszurichten und primär die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten. In Aussicht gestellt wird eine Verbesserung der eigenen Versorgung, wenn die Leistungen nicht mehr mit den unterentwickelten Regionen geteilt würden. Neben der Dezentralisierung bzw. Regionalisierung steht die Privatisierung, da kollektive Systeme immer zu teuer seien und zu geringe Leistungen bereitstellen würden. Freie Systemwahl gilt stattdessen als gerecht. Dass Privatisierung der sozialen Sicherung sich nur derjenige leisten kann, der ökonomisch besser gestellt und im Ernstfall nicht auf solidarische Umverteilung angewiesen ist, gilt nicht als Problem. Hingegen legitimiert die pauschale Kritik an *den* Parteien, *der* Demokratie und *den* staatlichen Interventionen die favorisierte privatwirtschaftliche Regulation und eröffnet die Möglichkeit, die sozialen Systeme gänzlich zur Disposition zu stellen. Weiterer zentraler Angriffspunkt ist das Rentensystem. Ähnlich der FI forderte die *Lega* sehr früh seine Privatisierung. Primäres Ziel war zunächst, sich der Zahlungen an die falschen Rentner in Süditalien zu entledigen. Verbunden wird dieser Ansatz mit der Notwendigkeit, ein regionales Sicherungssystem aufzubauen. Auszeichnen würden sich diese Systeme durch eine kollektive Komponente (Umlageverfahren) für eine minimale Grundsicherung der eigenen Klientel, der leistungswilligen norditalienischen Arbeiter, und einer starken privaten Komponente (Kapitaldeckungsverfahren). Auf die Frage, was die Millionen Rentner machen sollen, die in ganz Italien von

den Zuweisungen der Rentenkasse leben, antwortete der ökonomische Vordenker der *Lega* und Ex-Haushaltsminister in der *Berlusconi*-Regierung, *Gianfranco Palgiarini*, nach der Wahl 1994: „Pech für sie, sie haben ja auch jahrelang DC und PCI wählen müssen.“²⁰⁴ Für sie gäbe es also keine Rente mehr.

Seitens der *Lega* ist dies eine durchaus exemplarische Antwort auf gesellschaftliche soziale Fragen. Natürlich ist die Antwort zynisch und rücksichtslos. Aber eine lediglich moralische Bewertung übersieht, dass sich dieses Verständnis einstellen muss, wenn lediglich Nützlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zählen und das Überleben der eigenen Region im Mittelpunkt steht. Jede über die eigene Gemeinschaft hinausgehende Rücksichtnahme gilt als illegitim, weil sie ineffizient ist. Der radikalen Ablehnung kollektiver Systeme im (Sozial-) Staat wird die unbedingte Befürwortung nach sozialer Intervention zu Gunsten der eigenen Gemeinschaft an der Seite gestellt. Die Mischung beider Aspekte ist nicht beliebig, sondern der Versuch, die im Grunde asoziale Politik zumindest für die Menschen im nördlichen Territorium zu begrenzen. Es soll suggeriert werden, dass sie langfristig Nutznießer dieser Radikalität sein könnten.²⁰⁵ Aber auch hier wird es keine Gratisversorgung oder die Renaissance des Sozialstaats in der Region geben. Das verbietet allein das Insistieren auf Markt, Leistung und Wettbewerb. Die sozialen Leistungen werden hingegen auch in der Region mehr als bisher aus den einbehaltenen Steuern der Beschäftigten zu finanzieren sein. Das heißt, die Verteilungsfrage wird nicht gestellt bzw. sie ist bereits entschieden.

Wie gezeigt, sind die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der *Lega* nicht als Absage an die krisenverschärfende Konzeption des Neoliberalismus zu verstehen. Im Gegenteil, sie bauen darauf auf. Deshalb wird sich selbst für die Beschäftigten der reichen Regionen mittel- und langfristig keine handlungserweiternde (politische) oder materielle (verteilungstheoretische) positive Wirkung ergeben können. Eher wird sich die Polarisierung innerhalb der Überschussregionen verstärken und eine zusätzliche Anpassung zur Folge haben. Auch der Föderalismus und die Dezentralisierung führen nicht zu einer demokratischeren und verteilungspolitisch gerechteren Gesellschaft, wenn die notwendigen ökonomischen Konzeptionen fehlen. Die einzige Begründung für den speziellen Föderalismus, den die *Lega* vertritt, liegt letztlich im Glauben daran, dass die Krisenanfälligkeit in den Industrienationen mittels deregulierter Prozesse – ökonomisch und politisch – von selbst verschwindet.²⁰⁶ Dass dies ein Irrglaube ist, zeigt zwar die Geschichte, hindert sie wie so viele andere Parteien jedoch nicht daran, genau diese alten und vor allem fehlgeschlagenen Konzepte als moderne Lösungen anzubieten. So ist die Realpolitik der Zukunft bereits absehbar, sollte die Rechtskoalition 2001 gewinnen. Trotz anders lautender Versprechungen wird sich ihr Handeln kaum von den Ansätzen im ersten Versuch von 1994 unterscheiden. Die steigende oder stagnierende Arbeitslosigkeit, die sinkende Lohnquote und die demographische Entwicklung bedeuten dann den Abbau der sozialen Sicherung auch für die norditalienischen Beschäftigten, denen ihre kulturelle Überlegenheit auf mittlere und lange Sicht keine finanziellen Vorteile einbringen wird.

6. Ethnisch-kultureller Rassismus und Anti-Meridionalismus

Fassen wir zusammen: Für die *Lega* steht die Region im Zentrum ihrer Politik. Hierzu konstruiert sie eine regionale, kulturelle Identität, mit der die zentralstaatlich verfasste Republik in Frage gestellt wird. Zum favorisierten institutionellen Umbau wird ein spezifisch ethnischer Föderalismus bemüht, der ökonomisch begründet ist. Die regionale Identität schließlich wird ergänzt durch eine ökonomische und soziale Ideologie der Produktionsgemeinschaft, die Freiheit des Marktes und einen Leistungsfetischismus. Diese Elemente und Botschaften bietet die *Lega* den Wählern und vor allem der norditalienischen Bevölkerung als positives Identifikationsobjekt an. Sie organisiert so einen Prozess sozialer Inklusion und nimmt für sich die Rolle des Sprachrohrs dieser Bewegung in Anspruch. In allen dafür notwendigen Aspekten findet sich gleichzeitig die Begründung von sozialer Exklusion, dem Ausschluss des Gegenüber, und seiner *Definition* als fremd und bedrohlich. Von Beginn an setzen die regionalen Ligen und später die *Lega* mit dieser Abgrenzung auf den latent vorhandenen Rassismus in der Gesellschaft und setzen ihn zielgerichtet ein. Mal mehr, mal weniger. Soziale Diskriminierung und Abwehr des Fremden charakterisiert ihr politisches Handeln, wobei sie durchaus geschickt agiert, um nicht gänzlich als xenophob und rassistisch zu gelten. Demzufolge führt die alleinige Beantwortung der Frage, ob die *Lega* eine rassistische Partei sei, häufig in die Irre.²⁰⁷ Schaut man sich ihre Positionen zu Fragen der Migration und der Gewährung sozialer Rechte für „Ausländer“ an, so finden sich dort gleichlautende ausländerfeindliche Positionen, wie sie auch in anderen rechtskonservativen Parteien auf der Tagesordnung stehen. Die *Lega* verbindet diese jedoch immer mit dem Schutzgedanken der eigenen kulturellen Identität und argumentiert eben nicht nationalistisch, sondern regionalistisch. Die Verschiebung in der Argumentation hin zu soziokulturellen Mustern und der harten utilitaristischen Position von Nützlichkeit hat zwar einen klaren sozial diskriminierenden Charakter. Sie wird aber selbst von Kritikern der *Lega* nicht unbedingt als rassistisch bezeichnet. Allerhöchstens gilt sie als populistisch, aber nicht unbedingt als politisch rechts.²⁰⁸ Zumal die Kategorisierung des Parteienspektrums in links und rechts in Verruf geraten ist und die *Lega* sich über diesen Zuschreibungen stehend verortet, als Bewegungspartei jenseits von links und rechts. Richtig ist insoweit, das sie keine neofaschistische Partei im herkömmlichen Sinne ist. Sie verkörpert aber durchaus eine spezielle Form des Rechtsextremismus.

Will man den diskriminierenden Charakter der *Lega* herausarbeiten, kommt es auf den Maßstab an, mit dem gemessen wird. Wird berücksichtigt, dass die Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb in der Gegenwart aufs engste mit einem autoritären Politikansatz verbunden und im Kern gegen den demokratisch verfassten Sozialstaat der Nachkriegszeit gerichtet ist, so ist die *Lega* ohne Abstrich dem rechten politischen Spektrum zuzurechnen. Sie repräsentiert mit ihrem Ansatz genau diese Zielrichtung. Die dabei an den Tag gelegte spezifische soziale Intoleranz wird unterschiedlich vorgetragen. Sie spiegelt sich z.B. in Aussagen wieder über „[...] die Arbeitsmarktkonkurrenz durch die Migranten, die Ungerechtigkeiten, die der lokalen Bevölkerung durch die Konzessionen bei der Wohnraumvergabe für Bürger aus Nicht-EU-Staaten (extracommunitari) entstehen und die Unmöglichkeit der wirklichen Integration zwischen Subjekten mit unterschiedlicher kultureller Prägung.“²⁰⁹ Laut *Bonomi*

manifestiert sich die soziale Intoleranz der *Lega* in ihrer Konzeption des Fremden auf drei übergeordneten Ebenen: der Herkunft (*di provenienza*), der beruflichen Qualifikation (*professionale*) und der Abweichung (*deviante*).²¹⁰ Als Fremder der Herkunft gelten dabei nicht nur Migranten (*legal* und *illegal*), sondern auch und vor allem die Südtaliener. Die berufliche Qualifikation hebt ab auf die Produktionskultur des Nordens bzw. was seitens der *Lega* als effizient und was als ökonomisch sinnvoll gilt. Der öffentliche Dienst ist natürlich negativ besetzt, zumal er nach ihrer Ansicht nur Auffangbecken für die „faulen“ Südtaliener ist. Er gilt damit nicht nur als ineffizient, sondern wird eng mit Klientelismus und Illegalität verbunden. Die dritte Ebene des Fremden, die Abweichung, bezeichnet alles, was der sozialphilosophischen und ökonomischen Ideologie der unmittelbaren Produktionsgemeinschaft entgegensteht bzw. über sie hinausweist, also den weiten Bereich von Begründungen und Vorstellungen, denen eine kollektive Intervention in Gesellschaft und Ökonomie zur Verwirklichung sozialer und demokratischer Ziele unterliegen.

Wer nicht an der Produktionsgemeinschaft partizipiert, aus welchen Gründen auch immer, oder ihr die lebensnotwendigen Mittel z.B. über den Finanztransfer in den Süden entzieht, hat dementsprechend keine sozialen Rechte. Er ist im Sinne der *Lega* asozial. Ihren diesbezüglichen spezifischen Rassismus muss sie deshalb nicht mit Rasse oder Hautfarbe begründen. Ökonomische und kulturelle Faktoren reichen für ihre soziale Intoleranz aus. Hinzu kommt, dass die enge internationale ökonomische Verflechtung traditionell rassistische Elemente eher in den Hintergrund drängt. In einer Welt, in der die ökonomische Nützlichkeit überwiegt und Arbeitsmigration für ausgesuchte Gruppen und Sektoren gewünscht wird, ist die kulturelle und ethnische Abgrenzung zielführender. Auch den sonst „verhassten“ Südtalienern und Immigranten ist nämlich theoretisch der Zugang zur norditalienischen Gemeinschaft möglich. Wichtig ist nur, wie stark die kulturellen Unterschiede sind, die diesen Zugang auch verhindern können, und dass die *Lega* die *Definitions-* und *Entscheidungshoheit* darüber besitzt, wer dazugehört und wer nicht. Trotzdem finden sich auch die alt bekannten rassistischen Stereotype in den Argumentationen. Je nach Anlass greift die *Lega* auf soziobiologische Zuschreibungen zurück, die in der Regel mit kulturellen Begründungen vermischt werden. Beispielsweise wird die Einwanderungspraxis des italienischen Staates damit kritisiert, dass das padanische Volk durch die Migranten, die in den Norden transferiert werden, „verunreinigt“ würden, was politische Absicht der Kommunisten, der Freimaurer und der Hochfinanz sei. In diesem Projekt drücke sich laut *Bossi* die Homogenisierung der Rasse und damit die Einebnung kultureller Unterschiede aus, die dem reinen Padanien „[...] eine einheitliche Rasse, eine einheitliche Währung [Euro, Anm. d. Verf.] und eine einheitliche Gebärmutter [l'utero unico] aufzwingt.“²¹¹ Bereits zuvor auf einem Parteikongress der *Lega* gab er diese Position zum Besten und prognostizierte, dass „[i]n den nächsten 10 Jahren 13-15 Millionen Migranten geschickt werden, um die padanische Kolonie und mit ihr die verdammte [nicht zu brechende, Anm. d. Verf.] padanische Rasse, diese reine und erwählte Rasse, weiterhin durch die römisch-kongolesische [Anspielung auf die Flüchtlinge, die im Zuge des damaligen Bürgerkrieges kamen bzw. kommen würden, Anm. d. Verf.] Macht kontrollieren zu können.“²¹² Nach diesen und ähnlichen Vorlagen steigern sich in der Regel die rassistischen Ausfälle von Funktionären und Anhängern der *Lega*. Forderungen nach sofortiger Abschiebung aller Flüchtlinge, möglichst mit Militärmaschinen und einer individuellen

Ausstattung mit Fallschirmen, um sie über dem Zielgebiet (ihrer Heimat) abzuwerfen, sind dabei ebenso zu vernehmen wie sexistische Parolen. *Mario Borgehzo* (Innenminister der „Republik Padanien“ und bekannt als starker Mann der *Lega*) bezeichnet nicht nur das römische Parlament als von Marokkanern beherrscht (*Parlamento marocchino!*), sondern ließ sich auch schon mal zu „positiven“ Äußerungen gegenüber Afrikanern hinreißen. Vor allem die Weiblichkeit und ihre ständige sexuelle Verfügbarkeit hat es ihm angetan: „Die Frauen aus Katanga! Die habe ich bereits ausprobiert, als ich selber in Afrika war, im damaligen Zaire. Ein sehr gutes Produkt. Nicht wie die schlechten Nigerianerinnen, die bei uns als Prostituierte die Straße beherrschen.“²¹³

Diese und ähnliche Ausfälle häufen sich, wenn bestimmte Ereignisse anstehen oder die *Lega* auf tagesaktuelle Situationen reagiert. Kommen Sicherheitskräfte bei ihrer Arbeit durch Nicht-Italiener ums Leben oder werden verletzt, wird sofort der Ruf nach harten Strafen und rascher Ausweisung laut. Kündigen moslemische Glaubensgemeinschaften den Bau von Moscheen oder die Nutzung bestehender Gebäude zur Religionsausübung an, so organisiert sie Protestmärsche. In den jüngsten Auseinandersetzungen konnte sie auch auf die katholische Kirche in Gestalt von Kardinal *Giacomo Biffi* verweisen, denn beide Seiten agitierten gegen die Moslems als nicht der christlichen Kultur des Abendlandes zugehörig. Sie seien alte Feinde der europäischen Kultur, zu deren Wahrung sich die *Lega* berufen fühlt, und die unterstellte Rücksichtnahme der Linken würde wahltaktische Gründe haben.²¹⁴

Natürlich wird diese Form des Rassismus als Verteidigung der eigenen Werte und Kultur dargestellt. Er sei nicht offensiv, sondern nur defensiv. Gleichzeitig wird eine Erklärung geliefert, die eine soziale Diskriminierung nicht nur rechtfertigt, sondern in der freien Gesellschaft ein geradezu notwendiges Element wäre. „Was heißt Diskriminierung wirklich? Diskriminierung heißt aussuchen. [...] Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Diskriminierung die Basis der sozialen Ruhe, des friedlichen Lebens und der Suche nach dem Glück ist. Eine Gesellschaft, in der die Möglichkeit der Diskriminierung verboten wird, ist eine Gesellschaft, in der das Recht der Wahl verhindert wird. [...] Wenn ein Padanier also einen Südtaliener oder einen Nicht-EU-Bürger beleidigt, ist er ein Rassist. Vertauschen sich aber die Rollen, so ist dies lediglich Ergebnis der sozialen Umstände und letztendlich die Schuld des Padanier selber. [...] Wir werden stattdessen dazu gezwungen, unsere Leute zu Gunsten der Frauen, der Moslems, der Südtaliener, der Behinderten, der Drogenabhängigen usw. zu diskriminieren. In Wirklichkeit haben diese Gruppen mehr Rechte als wir, sie profitieren von den realen gesetzlichen Bestimmungen und haben mehr Möglichkeiten [als die Padanier, Anm. d. Verf.], ihre ihnen zustehenden Rechte, berechtigt oder nicht, einzufordern. [...] Es ist jedoch ein heiliges Recht jedes Einzelnen, den anderen nach individuellen Kriterien zu diskriminieren oder besser gesagt zu bevorzugen. Eine Gesellschaft, in der die Diskriminierung also nicht möglich ist, ist keine freie Gesellschaft.“²¹⁵

Für die *Lega* erscheint die gegenwärtige Gesellschaft als Kastensystem, in der das leistungswillige padanische Volk nur Pflichten, aber keine Rechte besitzt. In dieser Denkweise drückt sich auch ihre Sicht von sozialen Parasiten aus: Parasitär sei die Gruppe der Südtaliener, denn sie würden die leistungsunwilligen Italiener repräsentieren. Die Migranten seien zwar ähnlich schädlich, würden aber zahlenmäßig hinter den Erstgenannten zurückfallen. Als letzte und kleinste Gruppe werden die Sozialschmarotzer des padanischen Volkes selber

betrachtet.²¹⁶ Die Integration in das favorisierte Gemeinschaftssystem der Produktion und Reproduktion basiert also auf Leistung und Nützlichkeit. Die verminderte Leistungsfähigkeit oder die mangelnde Akzeptanz der ihr unterliegenden calvinistischen Arbeitsethik wird von der *Lega* an kulturellen Unterschieden festgemacht, die der Internalisierung dieser soziokulturellen Prägung entgegenstehen.²¹⁷ Ihr Ansatz basiert damit trotz aller traditionell rassistischen Versatzstücke eher auf einem soziokulturellen Rassismus, wie er auch seit langem in der neuen Rechten propagiert wird und/oder sich in der Kritik am Multikulturalismus wiederfindet.²¹⁸ Bossi liegt damit auf der Höhe der Zeit, denn auch für ihn „[i]st die Ethnie der Zement des Rassismus, wobei jede Differenz [in der Vergangenheit, Anm. d. Verf.] nicht toleriert wurde. Heute ist diese Epoche vorbei, und die ethnischen Differenzen sind und werden nicht als Nachteile anerkannt, sondern im Gegensatz, als positive Werte.“²¹⁹ Gerade wegen der dahinter stehenden Positionen einer soziokulturellen Überlegenheit waren die Ligen ein interessantes Projekt für einige Strömungen der neofaschistischen Rechten (*destra radicale*) in Italien. Spätestens seit ihrem Zusammenschluss zur *Lega* wurde die regionalistische Bewegung jedoch wegen ihrer ökonomischen Positionen, ihres kleinbürgerlichen Charakters und der Ablehnung der nationalen Frage uninteressant, obwohl sich an ihrem Rassismus nichts geändert hat.²²⁰

Die Herkunft ist und bleibt für die *Lega* bestimmend, da die Region, das Lokale und Kommunale, die norditalienische Identität begründet. Nicht zur Gemeinschaft zählt deshalb zunächst der „Südtaliener“ und der Nicht-EU-Bürger, sei es als Migrant oder Flüchtling. Wobei die Ressentiments gegen die Südtaliener deutlicher artikuliert werden als gegenüber den Ausländern, da die Migranten in manchen geografischen Zonen nur in geringer Anzahl vorhanden sind. Hinzu kommt, dass die favorisierte Zerschlagung bzw. Kritik des Zentralstaates immer mit der Bekämpfung der „südtalientischen Mentalität“ (*mentalità terrone*, *Terrone*: Dreckfresser) verbunden wird. Mit diesem und anderen zahlreichen Schimpfwörtern wird die südtalientische Bevölkerung diffamiert, um ihre unterentwickelte Kultur zu beschreiben. Die *Lega* greift auf Schimpfwörter mit langer Tradition zurück und reaktiviert so den latenten innergesellschaftlichen Rassismus. Gegen den Vorwurf des Rassismus wird sich geschickt verteidigt, indem die Südtaliener und ihre Mittelsmänner (*Meridionalisten*) in Rom als verschworene Gemeinschaft dargestellt werden, die im Norden als Besatzungsmacht auftreten und selbst die wahren Rassisten seien, weil sie das Volk des Nordens unterdrückten.²²¹ Dem Bild eines modernen, hochproduktiven Nordens wird so das Bild eines unterentwickelten Südens gegenübergestellt, dessen Unterentwicklung anthropologisch bedingt sei (*Mentalität* und gewollte Sozialstruktur: Mafia und Großfamilie). Die *Lega* untermauert ihren Anti-Meridionalismus mit sozialen Erscheinungen, wie sie in den meisten unterentwickelten Gebieten anzutreffen sind. Statt die Informalisierung des sozialen Lebens, die organisierte Kriminalität und die Großfamilien aber als soziale Merkmale von Unterentwicklung zu verstehen, wird das organisierte Verbrechen als kulturell und anthropologisch definiert und mit der gesamten Bevölkerung Südtaliens verbunden. Parallel zu dieser rassistischen Definition wird das organisierte Verbrechen mit dem Staat in eins gesetzt. Die parlamentarische Demokratie wird nicht nur aufgrund der Gewährung materieller Zuwendungen mittels sozialstaatlichem Rechtsanspruch diskreditiert, sondern das Parlament wird generell als illegale Vereinigung bezeichnet. Die richtige öffentliche Ordnung wird unmittelbar durch die Existenz des Zen-

tralstaates und des Parlaments verhindert, da die Parteien aufs engste mit der Mafia verbunden waren. „Wenn der Palast (der Staat) das gleiche ist wie die Parteienherrschaft und die Parteienherrschaft das gleiche ist wie die Mafia, so ist der Palast das gleiche wie die Mafia. Parteienherrschaft und Mafia sind somit zwei Seiten derselben Medaille.“²²² Der Ruf nach Gesetzesverschärfungen, schnelleren Prozessen und vor allem hohen Haftstrafen ist zwar immer zu hören und entspricht dem autoritären Charakter der *Lega*. Aber um die Gefahr der illegitimen und ineffizienten Einflussnahme durch die süditalienische Bevölkerung gänzlich auszuschließen, müsste der demokratische Zuschnitt geändert werden. Denn potentiell bietet das parlamentarische System immer die Möglichkeit der „falschen“ Einflussnahme. Das Patronagesystem, mit dessen Hilfe die norditalienische Bevölkerung diskriminiert wird, der Klientelismus und die negativ besetzte soziale Unterstützung (assistenzialismo) im Zentralstaat unterminieren das natürliche System, wie es von der *Lega* favorisiert wird: „Es ist die allgemeine Korruption und der fehlende Respekt vor den Gesetzen, die die Kosten der öffentlichen Institutionen in die Höhe treiben und das meritokratische System in die Krise führen sowie den Wettbewerb ausschalten.“²²³

7. Süditalien: Der Antagonismus des guten Nordens

Die beschriebene Struktur wird durch den „korrupten Staat“ legitimiert, der die Missstände langfristig durch den intraregionalen Ressourcentransfer erst ermöglicht. Nach dieser Lesart subventioniert der produktive Norden den unproduktiven Süden und wird durch ihn ausgebeutet. Der Ruf nach Föderalismus soll diese Politik endgültig beenden. Konkret wird der über den Staat bisher bereitgestellte und garantierte „faux frais“ der privaten Produktion (Infrastruktur, Sozialsysteme, Konsum- und Investitionsgüter der Staatsbetriebe etc.), ohne die keine private Akkumulation möglich wäre, als obsolet erklärt. Die Bedingungen der Kapitalverwertung sollen nicht mehr durch die Nation gewährleistet werden, da sie zu viele unproduktive Leistungen für den Rest des Landes zur Verfügung stellt. Daraus folgt, dass sich die nördlichen Regionen diesen gesamtstaatlichen Verpflichtungen zu entledigen haben. Im Gegensatz zur Nation hat damit die Region selbst die Aufgabe, die Basis der privaten Akkumulation bereitzustellen, wobei übergeordnete Funktionen – innere und äußere Sicherheit sowie die rechtliche Garantie des Privateigentums – durchaus vom Zentralstaat weiterhin übernommen werden können.²²⁴ Inwieweit diese Hoheitsrechte mit den regionalen Belangen kollidieren, ist lediglich abhängig von der *Definition* als Kosten- oder Nutzenfaktor für die „Überschussregionen“. Die Überwindung der Polarisation innerhalb des Landes – die Mezzogiornofrage – wird an die Regionen delegiert, die nach dem Verständnis der *Lega* dafür verantwortlich sind, nämlich an die „Defizitregionen“ selbst.

Auf diese Botschaft greift die *Lega* zurück, um gegen die „Parasiten des Südens“, Immigranten, oder generell ausgedrückt, die kulturelle Andersartigkeit zu mobilisieren, damit die Selbstdarstellung als Nettotransferzahler gelingt. Nach ihrer Logik wird die permanente Prosperität des Nordens durch den Süden mit seinen illegitimen Forderungen nach Entwicklung und sozialer Unterstützung der Bevölkerung verhindert. Die regionalen Verwertungs-

bedingungen könnten nur verbessert werden, wenn die Ausbeutung des Nordens durch die strukturschwachen Regionen beendet wird. Konsequenterweise wird deshalb nicht nur das Recht auf Gewährung einer regionalen Identität (Kultur), sondern die ökonomische (fiskalische) und politische (gesetzliche) Autonomie für die entwickelten Regionen eingefordert. Der Staat muss deshalb zwangsläufig regionalisiert werden, um den Zugriff auf die eigenen Ressourcen rechtlich zu legitimieren. Die Lösung aus dem staatlichen Verbund wird mit einer regionalen Modernisierungsnotwendigkeit begründet, der durch die bisherige politische Führung des Staates nicht entsprochen wurde. Vielmehr nahm das Parlament in Rom zu viel Rücksicht auf Belange der strukturschwachen Regionen und wurde zum Opfer der partikularen Interessen der Südtaliener, die sich über die demokratische Vertretung ihren Einfluss sichern konnten.

Föderalismus bedingt, wie aufgezeigt, die Zerschlagung des Zentralstaates. Um den Staat und das parlamentarische System zu diskreditieren, wird von der *Lega* explizit der Anti-Meridionalismus genutzt. Aus dem eindimensionalen Blickwinkel der Überschussregionen wird die Vergangenheit interpretiert und als Begründung für die ökonomische und soziale Stagnation der Nation angeführt. Der ständigen Prosperität des Nordens steht nach ökonomischem Verständnis der *Lega* die interne Migration entgegen, die zu beenden sei. Die Migration wird nicht auf die Arbeitsplatzsituation im Süden und den hohen Bedarf nach Arbeitskräften im Norden zurückgeführt, sondern lediglich darauf, dass die damaligen Altparteien süditalienische Arbeitnehmer in die öffentliche Verwaltung und die Staatsbetriebe des Nordens holten, um sich so ihre Wählerstimmen zu sichern. Hier kann nicht auf die realen Gründe und Wirkungen der Migration eingegangen werden. Festzuhalten ist aber, dass die Industrialisierung des Nordens ohne die Arbeitsmigration unmöglich gewesen wäre.²²⁵ Unterstellt wird stattdessen, dass die öffentlichen Institutionen durch die Einstellungen nicht effektiver wurden und keine wohlfahrtssteigernden Effekte mit sich brachten. Vielmehr wäre die öffentliche Verwaltung künstlich vergrößert worden und hätte gleichzeitig die norditalienische Bevölkerung von den Arbeitsplätzen in der Verwaltung und den Staatsbetrieben bewusst ausgeschlossen.²²⁶ Neben dem steuerfinanzierten Transfer in die übrigen Regionen stellt die *Lega* damit einen nicht zu rechtfertigenden Transfer über Arbeitseinkommen der öffentlichen Angestellten fest, der dem Norden kontinuierlich ökonomische Ressourcen entzogen habe.²²⁷

Ähnlich wird die gesamte Industrie- und Wirtschaftspolitik zur Entwicklung des Mezzogiorno beurteilt. Die Subventionen für private Investoren, die gesetzlichen Auflagen zur Investitionslenkung der Staatsbetriebe und der Sozialtransfer hatten eine deutliche Zunahme der kapitalintensiven industriellen Produktion im Süden zur Folge. Die Arbeitslosigkeit wurde verringert und der Lebensstandard der Bevölkerung besonders im Zeitraum von 1951 bis 1965 nachhaltig erhöht.²²⁸ Das empirische Material belegt, bei aller Kritik, den Erfolg der Nachkriegspolitik zur Entwicklung der strukturschwachen Regionen und somit eine Stützung des italienischen Wirtschaftswunders. Auch hier zeigt sich eine Ungleichzeitigkeit, da einige Regionen (Molise, Abbruzen, Basilicata) besonders profitierten und andere weniger (Sizilien, Kalabrien, Sardinien). Die gesamtwirtschaftlichen Effekte beinhalteten jedoch in der Summe eine kontinuierliche Erhöhung des Absatzes von Konsum- und Investitionsgütern aus den Unternehmen der entwickelten nördlichen Regionen. Generell lässt sich deshalb feststellen, dass der Norden von der staatlichen Einkommensumlenkung eben nicht benachteiligt wurde, sondern ganz im Gegenteil überproportional davon profitierte. Denn die kaufkräftige

Nachfrage aus dem Süden floss in den Norden. Daneben bildeten die Rücklagen der süditalienischen Bevölkerung, sei es durch ihre Rücküberweisung von Lohnbestandteilen aus dem Ausland oder der Beschäftigung in Nord- und Mittelitalien, einen Kapitalstock, auf den die reichen Regionen immer zurückgegriffen haben. Der ganze Ansatz des von der *Lega* propagierten Föderalismus basiert damit auf falschen Annahmen und lässt sich weder empirisch noch theoretisch verifizieren. Das verwundert nicht, denn die Trennung zwischen Nettozahlern und Empfängern kann die realen ökonomischen Abläufe kaum erklären. In Ansätzen sieht die *Lega* zwar auch die skizzierten ökonomischen Zusammenhänge zwischen der industriellen Expansion des Nordens und den Zufluss von Kapital aus dem Süden. Aber sie deutet ihn politisch um. Sie sieht in der Industrie- und Wirtschaftspolitik einzig die Bedienung der Wählerinteressen, um die politische Macht der damaligen Altparteien zu sichern. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum war somit nicht das Resultat nachholender Industrialisierung, sondern ein „künstliches Produkt“, in dessen Folge sich die „natürliche“ Relation zwischen Kapital und Arbeit verzerrte. Wachstum und Dynamik, die staatlich induziert und unterstützt wurden, werden so ebenfalls nach neoliberaler Interpretation als irrelevant bis schädlich interpretiert, da der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt wurde. In diesem Sinne wird die ökonomische Krise ausnahmslos auf die staatliche Intervention zurückgeführt. „Die *Lega* ist überzeugt davon, dass die Ökonomie des Mezzogiorno nicht mit den Erfordernissen der liberalen Marktwirtschaft korrespondiert. Ganz im Gegenteil ist die Ökonomie künstlicher Natur und repräsentiert die Bedürfnisse der staatstragenden Parteien, so dass die Unternehmen nicht am Marktprozess ausgerichtet sind, die ein Unternehmen mit geringen Profiten zur Aufgabe zwingt.“²²⁹ Die positiven Ergebnisse der staatlichen Regulation gesteht die *Lega* durch diese und ähnliche Interpretationen zwar ein, sie werden jedoch sofort als Beweise für die Unfähigkeit des Staates herangezogen, überhaupt ein natürliches und somit dauerhaftes Wirtschaftswachstum oder eine gewollte soziale Entwicklung zu schaffen. Die existierende ungleichzeitige Entwicklung, auf die unterschiedliche Bedürfnisse der Regionen zurückzuführen sind, werden damit zum Ausdruck einer krassen Fehlentwicklung, die durch die invisible hand des Marktprozesses hätten verhindert werden können.

Die Verzerrungen der Wettbewerbsstrukturen seien laut *Lega* durch die innerstaatliche Migration (ineffiziente Verteilung der regionalen Ressourcen), die staatliche Wirtschaftspolitik und vor allem die Investitionslenkung bedingt. Zusätzlicher Faktor sei die Migration aus der übrigen Welt nach Italien und hier besonders in den Süden des Landes. Dies hat zur Folge, dass auf diese Gruppe von Arbeitskräften für den Agrarsektor und die industrielle Fertigung zurückgegriffen werden kann, obwohl die südliche Produktion aus sich heraus gar nicht lebensfähig wäre. Nur so könne die süditalienische Produktion Wettbewerbsvorteile durch sinkende Lohnkosten realisieren, da die Migranten in der Regel geringere Löhne als die einheimische Bevölkerung erhalten. In Verbindung mit der europäischen Regionalförderung für die Landwirtschaft und der Intervention des Staates stieg kontinuierlich die Arbeits- und Kapitalproduktivität im Agrarsektor des Südens. Die künstlichen Wettbewerbsvorteile – Migranten als billige Erntehelfer plus fremdfinanziertes Produktivitätswachstum – würde nun die norditalienische „natürlich gewachsene“ Agrarproduktion bedrohen, die sich nicht gegen die süditalienische Billigkonkurrenz wehren könne und keine Überlebenschancen mehr habe.²³⁰ Im Sinne der *Lega* sei die süditalienische Landwirtschaft endlich dem Wettbewerb

auszusetzen, und eine Verweigerung wird als Kampf gegen die eigene, überlegene landwirtschaftliche Produktion verstanden.²³¹

Der Situation sei durch strikte Kontrolle der Außengrenzen, besonders im Süden, zu begegnen, um die Zahl der Migranten zu verringern. Daneben wäre die sozialstaatliche Unterstützung zu kürzen, da die sozialen Transferzahlungen an die süditalienische Bevölkerung ihren Arbeitseinsatz in der Produktion unterminierten. Der Abstand zwischen Transfer-einkommen und Arbeitseinkommen wird in neoliberaler Diktion als zu gering erachtet, so dass die Transfereinkommen gesenkt werden müssten, um die süditalienische Bevölkerung zur Annahme von Arbeit mit geringer Vergütung zu veranlassen. Der Einsatz von Nicht-Italienern als Erntehelfer und billige Hilfskräfte entfiere, dadurch würde erstens die Zahl der Migranten durch die Einwanderungskontrolle gesenkt werden und die materielle Unterstützung für sie würde entfallen bzw. sich minimieren. Zweitens könnten die Sozialtransfers für die südlichen Regionen sinken, wenn die niedrig entlohnte Arbeit von den Arbeitslosen vor Ort verrichtet würde. Arbeitslosigkeit wird in neoklassischer Tradition als „freiwillige Arbeitslosigkeit“ interpretiert, in der ein zu hoher Lohnsatz die Nachfrage nach Arbeit beschränkt. Dementsprechend könne und müsse der Lohn auch unter das Existenzminimum sinken. Eine solche Beschäftigungspolitik führt, wie überall zu sehen ist, mittel- und langfristig zur Zunahme der *working poor*, die ihr Existenzminimum nicht einmal mehr über die Beschäftigung sichern können. Die Zunahme der Armut mit weiter sinkender Nachfrage, geringen Investitionen aufgrund negativer Erwartungen, steigender Vermögensumverteilung zu Lasten der Beschäftigten und sozialer Depravation sind die Folge. Um die daraus folgende zusätzliche Unterstützung zu umgehen, muss die soziale Sicherung gänzlich diskreditiert (*assistenzialismo*) und den staatlichen Institutionen die monetären Mittel entzogen werden. Dies kann nur geschehen, wenn diese Mittel in den Überschussregionen verbleiben, so dass auf die weitere Krisenverschärfung durch die später anzuwendenden Maßnahmen schon jetzt präventiv reagiert wird.

Mit den Forderungen und Interpretationen steht die *Lega*, trotz unterschiedlicher Betonung, auf einem gemeinsamen Fundament mit der FI und der AN. Gemeinsam ist ihnen die positive Behauptung, die von der Rechtskoalition favorisierte Politik würde der Wirtschaft einen neuen Wachstumsschub bescheren, deren Träger der Klein- und Mittelstand oder die produktiven Schichten seien und dessen Dynamik aus der Entfesselung der Marktkräfte und dem neuen Stellenwert der individuellen Freiheit resultiere. Negativ abgegrenzt wird sich vom Wohlfahrtsstaat in seinen unterstellten und realen Ausprägungen. Nur in ihrer regionalen Komponente unterscheidet und ergänzt sie die Positionen der beiden Partner. Zur präventiven Abwehr der sich zuspitzenden sozialen Frage greift die *Lega* einerseits auf die Betonung von Repressionen (Recht und Ordnung) aufgrund ihrer *Affinität* zu autoritären Lösungen zurück, und andererseits werden sozialphilosophische Kategorien bemüht, um den sozialen Frieden zu sichern. Entgegen der christlich-klerikalen Variante der FI greift die *Lega* auf die regionalistische und ethnisch begründete Produktionsgemeinschaft und die daraus abgeleiteten Werte zurück. Die AN nutzt zum gleichen Zweck eine Vielzahl von Erklärungsmustern, die vor der Zeit *Mussolinis*, während und danach zum Instrumentarium der faschistischen bzw. neofaschistischen Ideologie gehörten. Und gerade damit ergänzt die AN wirkungsvoll die eher ökonomische Ausrichtung der FI und der *Lega*. Zumal sie nicht allein auf den Neoliberalismus setzen kann und will, wie abschließend gezeigt wird.

**IV. Alleanza Nazionale:
Gianfranco Finis neofaschistische Partei**

Die dritte große Kraft in der Rechtskoalition ist die *Alleanza Nazionale* (AN) unter Führung von Generalsekretär *Gianfranco Fini*. Auf den ersten Blick könnte der Betrachter leicht zum Schluss kommen, dass die AN die jüngste Partei im Bündnis sei, denn sie besteht dem Namen nach erst seit dem 29. Januar 1995. Aber wie so vieles in der „Zweiten Republik“ ist auch sie nicht wirklich neu, sondern blickt im Gegenteil auf die längste Parteigeschichte zurück: Im Kern ist sie identisch mit dem *Movimento Sociale Italiano* (MSI), der bereits 1946 gegründet wurde. Obwohl der MSI die älteste neofaschistische Partei in den Industrienationen ist und immer im Parlament vertreten war, wurde sie in der internationalen und italienischen Diskussion nur am Rand zur Kenntnis genommen.²³² Dies wird umso unverständlicher, wenn man bedenkt, dass sie immer enge Verbindungen zur außerparlamentarischen radikalen Rechte im In- und Ausland pflegte, sich bei der programmatischen Modernisierung auf eine breite intellektuelle Basis stützte, und ihre Verankerung in der Gesellschaft zu keiner Zeit wirklich zur Disposition stand. Im Gegensatz dazu wurden die vergleichsweise eher marginalen, kurzlebigen oder jüngeren Entwicklungen z.B. in Deutschland, Frankreich oder Österreich in den Medien und den wissenschaftlichen Diskussionen ausführlicher behandelt. Angesichts dessen, dass der MSI als erste neofaschistische Partei in Europa 1994 an einer Regierung beteiligt wurde und seitdem die politische Diskussion in Italien noch stärker prägt als zuvor, besteht ein großer Nachholbedarf an kritischer Analyse.

Ein Faktor, der die geringe Aufmerksamkeit in der jüngeren Zeit möglicherweise erklärt, ist, dass es dem MSI durch eine strategische Wende gelang, den erwähnten Anschein von Neuheit zu suggerieren. Auf dem Parteitag 1995 in Fiuggi wechselte der MSI den Namen in *Alleanza Nazionale*, und auch die alte Symbolik wurde ersetzt. Die Parteiführung reagierte damit auf die Umbruchphase der 90er Jahre und passte sich den veränderten Bedingungen der italienischen Politik an.²³³ In Fiuggi ging es primär darum, die Erneuerung der Partei und ihren Aufbruch ins 21. Jahrhundert für die Öffentlichkeit zu zelebrieren. Die Künstlichkeit zeigt sich, wenn man bedenkt, dass die Partei sich, „[...] ohne zu quälen, ohne Spaltung, ohne Riss, lediglich mit einer Willensbekundung auf einem Parteikongress gewandelt habe, die für ein halbes Jahrhundert ununterbrochen einen Anti-Kapitalismus und Anti-Liberalismus propagierte, den Anti-Faschismus verachtete, seine faschistischen Wurzeln im-

mer wieder verteidigte, das *Mussolini*-Regime gepriesen hat und einen „Faschismus für das 20. Jahrhundert“ begründete in nur vier Tagen mit einer Namensänderung und dem Austausch von Symbolen zu einer Partei, die sich als liberal und Anhänger des freien Marktes versteht, den historischen Verdienst des Anti-Faschismus anerkennt, den Begriff Faschismus durch Rechts ersetzt und sich als entideologisiert bezeichnet.“²³⁴ Der MSI setzte damit seinen Weg der Anpassung fort, den er seit seiner Gründung beschritten hatte. Namensänderungen und Konsolidierungen waren dabei nicht nur Ausdruck von Richtungsstreit, programmatischen Entwicklungen und heterogenen Strömungen im MSI, sondern immer eine Antwort auf sich ändernde Bedingungen.

Auf dem Parteitag 1995 wurde *Fini*, der bereits seit 1983 mit einer Unterbrechung an der Spitze des MSI stand, als einziger Kandidat zum Vorsitzenden der AN gewählt. Der Führungskader hatte die Inszenierung in Fiuggi zwei Jahre lang vorbereitet. *Fini* machte den Anhängern immer wieder deutlich, worum es gehen würde: um eine Änderung der Verpackung und des Marketings, ohne an der Ideologie zu rütteln. Die inhaltlichen Veränderungen oder besser gesagt die Anpassungen an den Zeitgeist waren nicht nur taktisch bedingt oder dem Eintritt moderater Personen geschuldet, die mit dem alten MSI nur wenig verband. Mit der strategischen Erneuerung werden vielmehr die konservativen, autoritären und liberalen Elemente stärker betont, die bereits unter *Mussolini* und später im MSI immer präsent waren. Die „Erneuerung“ gelang deshalb relativ problemlos und war nur folgerichtig. Denn dem politischen Umbruch konnte der MSI nicht teilnahmslos zusehen. Der MSI verleugnete im Gegensatz zu seinem originären politischen Gegner seine Geschichte nie. Die Transformation der kommunistischen in eine sozialistische und schließlich in eine moderne sozialdemokratische Partei und deren Annäherung an die konservative Mitte seit 1989 griff die Führung der späteren AN sogar als historische Bestätigung der eigenen Positionen auf. Der MSI hätte immer auf dem Boden der Nation, an der Seite des italienischen Volkes gestanden und die soziale Gemeinschaft gegen die Linke und ihren Utopismus verteidigt, von dem sie sich nun selber lossagen würde. Für den MSI war damit die Zeit gekommen, vollständig aus ihrem Nachkriegsghetto herauszutreten und ihren Pariastatus abzulegen. *Fini* ergriff die sich bietende Möglichkeit und versuchte, die „neue“ Partei stärker in der Gesellschaft zu verankern: „Occhetto [ehemaliger Parteichef, Anm. d. Verf.] hat die PCI liquidiert, nicht weil er es sich aussuchen konnte, sondern weil es notwendig war. [...] Ich denke stattdessen an eine neue nationale Allianz, die eine bereitere Sammlungsbewegung als der alte MSI sein muss, aber ohne irgendetwas von unserer Geschichte zu verleugnen. Die Allianz wird nicht auf denjenigen aufbauen, die ihr abschwören, sondern auf denen, die gemeinsame Werte haben.“²³⁵ Zur Strategie und dem Charakter der Partei heißt es, dass „es nötig ist, eine Politik für die *Alleanza Nazionale* zu erschaffen, denn es ist eine Strategie und nicht eine Partei, um Gleichgesinnte um sich zu sammeln, die kein kommunistisches Italien wollten und auch kein linkes Italien möchten [...] *Alleanza Nazionale* muss sich gegen die Politik der Linken stellen mit dem klaren Bezug zu den gesunden Elementen der Nation, die einen effizienten, gerechten und ehrlichen Staat wollen, ohne jedoch die Identität, die Symbole und den Namen des MSI in Frage zu stellen.“²³⁶

Es gab nie ein Bruch mit der vielschichtigen ideologischen Basis, den politischen Botschaften oder der Parteistruktur, sondern lediglich einen Aufbruch in eine neue Phase.²³⁷

Vielmehr sind „die wenigen Innovationen, die stattgefunden haben, in der Summe das Ergebnis eines langsamen, evolutorischen Prozesses [wie er seit 1946 zu beobachten ist, Anm. d. Verf.] und hatten keine totale Revision im Denken und der Programmatik als strategischen Schritt zur Folge.“²³⁸ Der externe Beobachter und anerkannte Kenner *Piero Ignazi* kommt in seinen zahlreichen Untersuchungen zur Geschichte und Entwicklung des MSI zur gleichen Einschätzung.²³⁹ Abzulesen war die Kontinuität auch am politischen Personal: 95% der Abgeordneten der AN waren zuvor Mitglieder der MSI-Fraktion. Eine interne Debatte, in der die Kritik an den eigenen Positionen zur Auflösung des MSI hätte führen können, stand nicht auf der Tagesordnung.²⁴⁰ Natürlich änderten sich nach 1995 sukzessive die personelle Struktur, das Auftreten und die programmatischen Aussagen. Die alten Ideen und Vorstellung von sozialer Gemeinschaft, Nation und politischer Führung des Landes wurden mit Rückgriff auf neoliberale und konservative Erklärungsmuster in einer modernen Sprache neu verpackt.

In Fiuggi gelang der Aufbruch in eine neue Ära. In der Regel wird die AN seitdem von wohlmeinenden bis unwissenden Personen in den Medien als rechts-konservative oder bestenfalls postfaschistische Partei bezeichnet.²⁴¹ Die Modernisierung der Sprache und das staatsmännische Auftreten der Funktionäre halfen ihr, sich besser als zuvor in der Gesellschaft zu verankern. Nach der Wahlrechtsreform 1993 waren Wahlbündnisse eine Angelegenheit des Überlebens, wie bereits die Geschichte der *Lega* zeigte. Wie sie ihre Basis in Norditalien hat und nur durch das Bündnis zu einer wirklichen nationalen politischen Kraft werden konnte, so geht es auch der AN. Ihre meisten Stimmen erhält sie in Mittel- und Süditalien und kann im Bündnis die Schwäche im Norden ausgleichen. Aber nicht nur die Wahlrechtsreform machte eine Öffnung zur Mitte notwendig. Vor 1993 wurde der MSI noch zu sehr mit der Nachkriegsrepublik in Verbindung gebracht und profitierte nur wenig von der Krise. Der Abwärtstrend von 1983 (6,8%) setzte sich bei den Parlamentswahlen 1992 fort (5,4%), die politische Marginalisierung schien unabwendbar. Der Eintritt in das Rechtsbündnis änderte die Situation schlagartig, setzte aber die genannte interne Modernisierung voraus.²⁴² Bei den Wahlen 1994 erzielte sie das beste Ergebnis ihrer bisherigen Geschichte, wurde zur drittstärksten Partei und besetzte zum ersten Mal mit fünf Ministern führende Positionen im Staat.

Die Parteiführung ist seitdem bedacht, den Widerspruch von Schein und Wirklichkeit, zwischen neuer Partei und alten Wurzeln, nicht allzu deutlich werden zu lassen. Sie würde sich in Wahlkampfzeiten durch eine zu starke Betonung bestimmter ideologischer Versatzstücke und den Gebrauch des alten Vokabulars angreifbar machen. Außerhalb der heißen Phasen von Wahlkämpfen braucht sie sich darüber allerdings weniger zu sorgen. Die Kritik an der Partei, den ihr nahestehenden Strömungen und ihrer Ideologie haben insgesamt abgenommen. In der italienischen Öffentlichkeit ruft das eindeutige Bekenntnis zum Faschismus oder den damit verbundenen Traditionen kaum noch ein breites kritisches Echo hervor. Protestaktionen wie in den 60er und 70er Jahren, als der MSI einer intellektuellen Kritik und dem Druck auf der Straße ausgesetzt war, gibt es nicht mehr. Einerseits ist dies der von *Tarchi* konstatierten evolutorischen Entwicklung der Partei zuzuschreiben, die seit ihren ersten Tagen immer zweigleisig gefahren ist: Sie passte sich trotz der radikalen Kritik am parlamentarischen System der Nachkriegszeit an die Verhältnisse an und beharrte gleichzeitig auf ihre

Herkunft. Andererseits hat der geschichtswissenschaftliche Revisionismus, die sukzessive politische Entwicklung der Gesellschaft nach rechts und das Verschwinden des politischen Gegners eine Situation geschaffen, in der AN befreit auftreten kann. In Verbindung mit der Krise der 90er Jahre schuf diese Konstellation die Voraussetzungen für eine breite Akzeptanz der neofaschistischen Partei. Ihr ist in der Gegenwart das gelungen, was dem MSI bis 1994 verwehrt blieb: anerkannter Garant für eine Rechtsregierung zu sein.

A. ENTWICKLUNG DER PARTEI

1. Die Gründungsphase (1946-1950)

Im Sommer 1943 zerbrach das seit 1921 bestehende faschistische Regime unter *Bennito Mussolini* an den negativen Kriegsfolgen, die mit der Landung der Alliierten auf Sizilien (8. November 1942) noch zunahmen. Mit Einverständnis des Königs wurde *Mussolini* am 25. Juni 1943 verhaftet. Drei Tage später löste die neue Regierung unter Ministerpräsident *Pietro Badoglio* die im November 1921 gegründete *Partito Nazionale Fascista* (PNF) auf. Im September 1943 wurde *Mussolini* durch ein SS-Kommando befreit und zog sich nach Norditalien zurück und errichtete dort mit massiver deutscher Hilfe die *Repubblica Sociale Italiana* (RSI). Italien blieb bis Kriegsende geteilt in den faschistischen Norden, in dem der Partisanenkrieg begann, und der liberalen Monarchie im Süden und der Mitte Italiens, die unter alliierter Kontrolle stand.

Der MSI entstand am 20. Dezember 1946 auf Initiative faschistischer Kader der untergegangenen *Partito Fascista Repubblicano* (PFR), die in der RSI bis 1945 die neue Staatspartei war.²⁴³ Einerseits wurde die PFR in dieser Zeit einer „Nazifizierung“ durch die deutschen Führungskader unterzogen. Andererseits reanimierten *Mussolini* und die Parteiführung national-syndikalistische Parolen und die Propaganda vom korporativen Staat – beides marginale Tendenzen in den 20 Jahren des Regimes.²⁴⁴ Damals wie heute wurden diese Ansätze oft als sozialistische bzw. linke Positionen bezeichnet, die auf die links-revolutionären Wurzeln des Faschismus hinweisen würden. Unabhängig von der Frage, was die Herkunft bestimmter Führungskader der faschistischen Partei aus damaligen linken Strukturen für die ideologische Bewertung des Faschismus bedeutet, wird meistens vergessen, dass die linken Ansätze lediglich populistisch aufgewertet und eingesetzt wurden.²⁴⁵ Die faschistische Politik prononcierte je nach Notwendigkeit eines der Momente. Wurden konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen getroffen, spielten die revolutionären Ansätze keine Rolle. In der Realpolitik zeigte sich die unbedingte Bereitschaft zum Kompromiss mit den herrschenden Eliten, einer der auffälligsten Charakterzüge des Faschismus. Die Regierungspraxis war in ökonomischen Angelegenheiten so kompromissfreudig und anpassungsfähig, wie das autoritäre Führungskonzept im politischen und sozialen Leben nicht in Frage zu stellen war.²⁴⁶ Der Orientierungsmaßstab waren die Interessen der Kapitaleigner bzw. die Unantastbarkeit der ökonomischen Struktur mit den Kernbestandteilen Privateigentum, Profit und – trotz Einschränkungen – Wettbewerb. Die Zeit von 1922 bis 1925 gilt als Zeit des Laissez-faire in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren Ausrichtung selbst durch die syndikalistischen Reformen ab 1925 nicht revidiert wurde. Stattdessen konnten die Unternehmer über den in diesem Rahmen installierten Korporatismus besser auf die Beschäftigten einwirken und erhielten zusätzlichen Einfluss in der staatlichen Verwaltung. Die Depression ab 1930 gab den starken Unternehmen schließlich die Möglichkeit, den heimischen Markt ganz unter sich aufzuteilen.²⁴⁷

Die MSI-Gründungsmitglieder beriefen sich trotzdem bewusst auf die sozialrevolutionären Wurzeln, kamen der kritischen Stimmung in der Bevölkerung damit entgegen und konn-

ten vor diesem Hintergrund das alte Regime kritisieren. Denn nach dem Verständnis vieler Anhänger der faschistischen Idee war *Mussolini* unzulässigerweise eine Allianz mit den bürgerlich-konservativen und klerikalen Kräften eingegangen, hatte so den ursprünglichen Ansatz deformiert und musste scheitern. Zugespitzt wurde der Faschismus in zwei Elemente getrennt: den Faschismus des Regimes und den Faschismus der Bewegung. Die damalige reaktionäre Elite- und Klassenherrschaft hatte die Existenz des Kapitalismus nie gefährdet, obwohl doch der Faschismus ein Dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus sein sollte. Diese Politik hätte mit dem wahren Faschismus nichts gemein gehabt. Der MSI konnte sich mit dieser Argumentation vom diskreditierten System und den negativen Folgen des antifaschistischen Bürgerkrieges von 1943 bis 1945 (*Resistenza*) gegen die deutschen Besatzer und das Salòregime distanzieren. Gleichzeitig trat er als Sammlungsbewegung für die Kader der PRF und der Anhänger *Mussolinis* auf, die in der RSI den Versuch sahen, den richtigen Faschismus zu neuer Geltung zu bringen.

Die Doppelstrategie kam der Klientel in Mittel- und Süditalien entgegen, da sie *Mussolini* in der letzten Phase nicht mehr aktiv unterstützen konnten. Dort zeigte sich zunächst von 1943 bis 1948 eine andere Spielart reaktionären Denkens und politischen Handelns. In den unterentwickelten Regionen wurde nach dem Zusammenbruch der alten faschistischen Staatspartei deutlich artikuliert, dass die Versprechen des Regimes nicht einmal im Ansatz realisiert wurden. War der Faschismus angetreten als Kraft der Modernisierung, so blieben die feudalen Strukturen bestehen. Die Staatspartei sicherte lediglich die Herrschaftsstrukturen. Aus dieser Enttäuschung und der Notwendigkeit der Verleugnung jeder individuellen Verantwortung im Faschismus heraus entstand in Mittel- und Süditalien die kleinbürgerliche Protestbewegung *L'Uomo qualunque* (Jedermann-Bewegung) um den Journalisten *Guglielmo Giannini*.²⁴⁸ Zielsetzung war, die politische Landschaft jenseits der Parteien neu zu gestalten. Statt Parteienstrukturen wäre die Bewegung die einzige Kraft, die dem Bürger seine Freiheit garantieren könne. Im Zentrum stand neben dem Provinzialismus und Populismus die Negation der modernen Gesellschaft in sozialer und politischer Hinsicht. Es wurde ein unpolitischer Ansatz gewählt, der die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft und die sozialen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit nicht anerkannte. Eine entsprechende Konfliktlösung über demokratische Verfahren wurde abgelehnt, der antiliberaler Charakter der Bewegung wurde deutlich. Im Prinzip fanden sich hier wesentliche Elemente des Faschismus wieder. Lediglich die Funktion der Partei wurde in Frage gestellt, und parallel dazu kritisierte man den Antifaschismus und die daraus folgende „Säuberung“ in den Institutionen der Gesellschaft.²⁴⁹ Diese Aspekte machten es den alten Parteikadern und der ehemaligen politischen Klientel zunächst möglich, in der neuen Bewegung ihre politische Heimat zu finden. Mit der Gründung des MSI 1946 verschwand *L'Uomo qualunque* und verlor ihre Wähler an den MSI und die monarchistische Partei.

Nebeneffekt der Debatte um den wahren und falschen Faschismus war, dass sich der MSI selbst als Ergebnis des Widerstands, nämlich gegen den falschen Faschismus, bezeichnen konnte. Ein offenes Auftreten als faschistische Partei war in den ersten Nachkriegsjahren unmöglich, zumal die Nachkriegsverfassung die Neugründung einer solchen verbot.²⁵⁰ Die Titulierung des MSI als Bewegung (*movimento*) entsprach den Restriktionen, der politischen Debatte und sicherte das Überleben der neofaschistischen Organisation in einer ihr feindlich

gesinnten Umgebung. In Norditalien, wo der Bürgerkrieg am heftigsten tobte, konnte der MSI sich keine Unterstützung erhoffen. In der ersten Nachkriegswahl von 1948 erzielte der MSI folgerichtig zwei Drittel seiner Gesamtstimmen (1,9%) in Süditalien, und die sechs stellenden Parlamentsabgeordneten kamen alle aus dem Mezzogiorno. Die starke Verankerung im Süden führte jedoch zu heftigen internen Auseinandersetzungen über die Programmatik. Die Gründungsfunktionäre aus der ehemaligen RSI beriefen sich wie erwähnt auf die Positionen von „Sozialisierung der Produktion“ und „Intervention in den Wirtschaftsprozess“. Die süditalienischen Kader, die innerparteiliche Mehrheit, favorisierten einen moderaten Korporatismus und griffen auf die realpolitischen Ansätze zurück, um die politische und ökonomische Elite nicht zu verprellen. Erster Schritt zur Integration der Partei in die Nachkriegsrepublik wurde damit die Minimierung der antisystemischen, kapitalismuskritischen Aspekte.

Von Beginn an zeigte sich hier die zentrale Frage, die den MSI immer beschäftigen sollte: radikale Opposition zur parlamentarischen Demokratie oder sukzessive Integration in das System, um die politische Macht über den Weg durch die Institutionen zu erreichen. Diese Ambivalenz führte zu permanenten Richtungskämpfen, wobei die Dominanz einer Strömung immer abhängig war von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen. Beide Ansätze existierten nebeneinander, brauchten sich und wurden durch ein moderierendes Zentrum verbunden. Die daraus resultierende Spannung bestimmte das Verhältnis des MSI zur Demokratie. Einerseits verzichtete die Führung sehr schnell auf die Forderung nach Zerschlagung des Parlaments. Andererseits lehnte man das Parlament und die „Parteiherrschaft“ aus weltanschaulichen Gründen kategorisch ab. Die zweigleisige Strategie der radikalen Systemgegnerschaft in Koexistenz mit pragmatischer Partizipation und die einsetzende Revision im Hinblick auf die Bewertung des faschistischen Regimes ermöglichte dem MSI, sich als verfassungstreue Partei darzustellen und eröffnete die Chance der Legalisierung.²⁵¹

2. Erste Konsolidierung (1950-1960)

Die innerparteilichen Richtungskämpfe und der Mangel an einer charismatischen Führungsfigur führten 1950 zum Rücktritt des ersten MSI-Generalsekretärs und Gründungsmitglieds *Giorgio Almirante*, der der radikalen Fraktion zugerechnet wurde. Neuer Generalsekretär wurde *Augusto De Marsanich*, der die Fraktion der Modernisierer anführte und den MSI an die Seite der DC als „[...] nationale Kraft gegen den Kommunismus und zur Verteidigung der westlichen, christlichen Welt [stellte].“²⁵² Die politische Ausrichtung des MSI war nur logisch. Denn nach dem Antifaschismus während der Gründungsphase der Nachkriegsrepublik sollte der Antikommunismus das neue ideologische Bindeglied werden. Wie erwähnt, zerbrach 1947 das Regierungsbündnis der christlichen, liberalen, sozialistischen und der kommunistischen Partei. Zur Abwehr der kommunistischen Gefahr bot sich nun auch der MSI an, der sehr bald im alltäglichen politischen Kampf nicht mehr als der primäre Gegner galt. Ausdruck der inneren Modernisierung und des Führungswechsels wurde eine Wahlallianz mit den Monarchisten, das Bekenntnis zur NATO und die Absprache mit der DC über einen ge-

meinsamen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl in Rom im Jahr 1952. Die Koalition scheiterte zwar im letzten Moment, aber die Annäherung an die bürgerliche Rechte (*inserimento*) bei Wahlen war erfolgreicher als das bisherige radikale Auftreten. „So erhielt [der MSI] bereits bei den Gemeindewahlen von 1951/52 11,8% der Stimmen und eroberte [in Koalition mit den Monarchisten, Anm. d.Verf.] die Mehrheit in Neapel, Bari, Salerno, Benevent, Foggia und Lecce.“²⁵³ Das rasante Wachstum der MSI (Parlamentswahlen 1953: 5,9%) war für die herrschende DC eine Bedrohung, der MSI profilierte sich besonders im Süden zunehmend als Konkurrent und Alternative. Folglich wendete die DC im Umgang mit ihr eine Doppelstrategie an, die bis in die Gegenwart in verschiedenen Variationen immer wieder auftauchte. Der damalige Innenminister *Mario Scelba* (DC) erwog, den MSI als verfassungsfeindlich einzustufen und zu verbieten, um die Bevölkerung an die legale bürgerliche Rechte zu binden.²⁵⁴ Gleichzeitig verstärkten sich die Absprachen zwischen DC und MSI auf regionaler/lokaler Ebene, um gemeinsam gegen die Linksparteien zu agieren und die konservative Dominanz in Süditalien zu sichern. Eine Ausdehnung über den Süden hinaus war für den MSI schwierig und sollte erst einige Jahre später über den Aufbau einer wirkungsvollen Jugendorganisation und Studentenverbindung gelingen.

Aufgrund der inneren Konflikte um den Kurswechsel kam es zur Bildung militanter Kampfgruppen, denen die moderate Haltung der MSI-Führung widerstrebte. Die Einbindung der radikalen Splittergruppen gelang anfangs recht gut, da sich in der Partei der radikale Flügel behaupten konnte, der trotz heftiger Kontroverse nie ausgeschlossen wurde. Daneben bestand immer eine heterogene Diskussionskultur in der Partei und eine relative Durchlässigkeit zu rechten Gruppierungen außerhalb der Partei. Auf dem 5. Nationalkongress in Mailand (1956) versuchte der radikale Flügel die Führung erneut für sich zu gewinnen.²⁵⁵ Sie unterlagen jedoch dem moderaten Flügel, und die Annäherung an das bürgerliche Lager beschleunigte sich auch auf nationaler Ebene. Unter dem neuen Generalsekretär *Arturo Michelini* (1956-1969) wählte das italienische Parlament mit den Stimmen vom MSI, den Liberalen und Monarchisten die DC-Ministerpräsidenten *Adoro Zoli* (1957) und *Antonio Segni* (1959). Die offizielle und totale Einbindung des MSI in die Regierung schien nur eine Frage der Zeit zu sein.²⁵⁶ Der jahrelange Gewöhnungsprozess zwischen bürgerlicher Rechte und neofaschistischer Partei endete, als die MSI-Fraktion die Wahl des DC-Ministerpräsidenten *Giuseppe Tambroni* (1960) unterstützte, bei der sich die Liberale Partei und die Monarchisten enthielten. Bis dahin gelang es, die innerparteilichen Spannungen zu kontrollieren. Mit der offenen Unterstützung der bürgerlichen Rechten kam es zwar zum Austritt einer Gruppe um *Pino Rauti*, die den *Ordine Nuovo* (Neue Ordnung) gründeten, um den bewaffneten Kampf gegen das System außerhalb der Partei zu führen. Der MSI blieb aber in allen Jahren die politische Heimat der Extremisten, so dass kein Kampf gegen die Splittergruppen zu führen war. Zwar distanzierte der MSI sich rhetorisch von den Terroraktionen (Bombenanschläge, Straßenkämpfe, Überfälle) und war nicht direkt verantwortlich für das Vorgehen der militanten Gruppen. Mit ihrer Ideologie und der Propagierung einer neofaschistischen Systemalternative trug sie jedoch zu einer speziellen politischen Kultur bei, aus der die militanten Gruppen ihre Rechtfertigung ableiten konnte.²⁵⁷ Trotz der von ihr unterstützten „Strategie der Spannung“, mit deren Hilfe die linke Gefahr abgewehrt und das demokratische System destabilisiert werden sollte, konnte sich der MSI als staatstragende Partei darstellen. Als

Reaktion auf Kritik wies der MSI auf den Linksextremismus hin und bewertete den Rechtsterrorismus als Selbstverteidigung.

Mit dem 6. Nationalkongress in Genua im Juli 1960 sollte die neue Normalität gefeiert werden. Es kam aber aufgrund der Konstitution der Regierung *Tambronis* zu massiven antifaschistischen Protesten, die ihr Epizentrum in Genua hatten. Blutige Kämpfe in Genua, Rom und der Emilia-Romana folgten, der Nationalkongress wurde durch die Stadtverwaltung verboten. Die innenpolitischen Spannungen zwangen schließlich die erste mit neofaschistischer Unterstützung ins Amt gehobene Nachkriegsregierung nach nur vier Monaten zum Rücktritt. Der DC-Führung wurde klar, dass die offene Zusammenarbeit mit dem MSI und eine Regierungsbeteiligung noch nicht möglich war und ein solcher Versuch nur den Linksparteien nützte. Dieser Umstand veranlasste sie, sich in Zukunft ihre Macht durch die Koalition mit der rechten sozialistischen Abspaltung PSDI und später mit den Sozialisten (PSI) zu sichern. Die Ära der Öffnung nach links begann.²⁵⁸ Auf nationaler Ebene wurde formal auf die Unterstützung des MSI verzichtet, und die bürgerliche Rechte grenzte sich wieder deutlich von ihr ab. Auf regionaler und lokaler Ebene in Südtalien stellte man die Zusammenarbeit aber nie ein. Trotzdem veränderten sich die Bedingungen der Zusammenarbeit. Denn auch dort war man nicht mehr nur auf den MSI angewiesen. Diese Rückschläge führten innerhalb des MSI zu heftigen Diskussionen über die Strategie der Annäherung, die unter den veränderten Umständen inadäquat erschien. Eine neuerliche Konsolidierung und der Streit zwischen den Strömungen um die strategische Frage „Wie geht es weiter?“ war unausweichlich.

3. Stagnation und außerparlamentarische Militanz (1962-1969)

Die gewalttätigen Konfrontationen auf der Straße, die antifaschistische Stimmung in der Bevölkerung und vor allem die Öffnung der DC nach links veranlasste den MSI, ihre Interpretation der gesellschaftlichen und weltpolitischen Situation zu akzentuieren. Der „Kalte Krieg“ und die friedliche Koexistenz der Systeme wurden als kommunistische Strategie gedeutet, mit der sukzessiv die Regierungsübernahme in der westlichen Welt durch die ihm nahestehenden politischen Parteien (Kommunisten und Sozialisten) ermöglicht werden sollte. Über das parlamentarische System könne sich der Kommunismus qua Wahlentscheidung und Regierungskoalition in der freien Welt ausbreiten. Jegliche Regierungsbeteiligung von Linksparteien wurden vom MSI normativ zum Verrat an der Nation erklärt, die einzig der institutionellen Unterwanderung des Systems diene. Die reale Machtpolitik der konservativen Parteien ließ sich in dieser Sichtweise in ihr Gegenteil verkehren und als gezielte Strategie des politischen Gegners – der Linken – interpretieren. Um in dieser Situation die Meinungsführerschaft im rechtsextremen Spektrum zu behaupten und wieder zu gewinnen, wurde der Antikommunismus und der Nationalismus in Verbindung mit den alten faschistischen Werten wieder prononciert vertreten.²⁵⁹ Der MSI revitalisierte einerseits die Aspekte von Recht, Ordnung und Nationalbewusstsein und verwies andererseits auf die ihrer Ansicht nach positiven Seiten der Zeit *Mussolinis*, in der die Nation durch gemeinsame Ziele und den sozialen Fortschritt geeint gewesen sei.

Die Propaganda wurde darüber hinaus nötig, als sich im Zuge des ökonomischen Wachstums der 50er und 60er Jahre (die Zeit des Wirtschaftswunders) die soziale Struktur änderte. Italien entwickelte sich während dieser Zeit so schnell und stark, dass selbst in der Hochburg des MSI, dem Mezzogiorno, die traditionellen Strukturen aufbrachen. Investitionslenkung sowie die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik führten, wie bereits skizziert, zum Abbau der ökonomischen Rückständigkeit. Im gleichen Zug bedrohten der ökonomische Aufschwung und die sozialen Veränderungen die feudalen Strukturen im Mezzogiorno. Die traditionellen Werte wie Religion, Nationalismus, Familie und der Respekt vor der Obrigkeit als Grundlage und Bezugspunkt der neofaschistischen Politik verloren ihre soziale Kraft. Damit verlor der MSI nicht nur den Rückhalt in der Mittelschicht, die sich nach dem Krieg bereits verstärkt der DC zuwandte. Es erodierte auch die zweite Säule ihrer sozialen Basis, die marginalisierten sozialen Randgruppen im Süden, die im MSI die alleinige Kraft ihrer Interessenvertretung sah. In Folge der sozialen Mobilität und der Einbindung in die Reproduktion über die Lohnabhängigkeit entfernte sich auch diese Gruppe zunehmend von der Partei. Die quasi familiäre Bindung an den MSI und die klientelistisch orientierte Organisation des sozialen Lebens in den rückständigen Regionen schien damit dem Ende nahe.²⁶⁰

Der MSI interpretierte die soziale Umwälzung – die sich immer durch den ökonomischen Prozess der Entwicklung einstellt – als von links gesteuertes Projekt, in der die traditionellen Werte und letztendlich die soziale Gemeinschaft zerrieben werden sollten. Die Partei setzte in dieser für sie bedrohlichen Situation gezielt auf die weitverbreitete antikommunistische Propaganda. Demnach sei die Unterwanderung der Gesellschaft (Intellektuelle, Medien, Schulen etc.) so weit fortgeschritten, dass an die nationalen Kräfte appelliert werden musste, die Gefahr abzuwenden. Als adäquate Antwort auf die kommunistische Gefahr konnte der Versuch, eine „unsichtbare Regierung“ (governo invisibile) aufzubauen, ebenso legitimiert werden wie der Staatsstreich. Spätestens ab 1960 war die Strategie der Unterwanderung der Institutionen von rechts und die Option des Staatsstreichs gegen eine aus demokratischen Wahlen hervorgehende Linksregierung bei den konservativen ökonomischen und politischen Eliten breit akzeptiert.²⁶¹ Sollten die Linksparteien bei den Wahlen die Regierungsmehrheit erlangen und koalieren, so war im Ernstfall das Parlament gewaltsam aufzulösen und durch die Ordnungskräfte eine Militärregierung zu stellen. In Vorbereitung der antidemokratischen und antikommunistischen Aktionen spielte der MSI eine zentrale Rolle, wobei sich die Partei nunmehr wieder um mehr Einfluss auf und Unterstützung durch die Sicherheitskräfte (Polizei, Militär, Geheimdienste) bemühte. Die bis dato von ihnen immer wieder tolerierten militanten Übergriffe auf Vertreter von Gewerkschaften und der politischen Opposition durch faschistische Schlägertrupps (Squadristen) wurden nun in diesen selbst vorbereitet und massiv gedeckt.²⁶²

Ein Ausgangspunkt der militanten Aktionen war der u.a. von *Rauti* gegründete *Ordine Nuovo*. *Rauti* und andere Mitglieder des MSI hielten kontinuierlich die Verbindung zu den Splittergruppen und traten als Mittler zum radikalen Flügel der Partei auf. Zweite wichtigste Gruppierung war die 1962 von *Stefano Delle Chiaie* gegründete *Avanguardia Nazionale*, die bei allen folgenden Terroranschlägen eine Schlüsselrolle spielen sollte. Auf sie griff der radikale Flügel um *Almirante* als Ordnungskraft immer zurück. 1964 begaben sich die Mitglieder der *Avanguardia* in den Untergrund, um sich auf einen kommenden Staatsstreich vorzuberei-

ten. Ab 1967 verstärkten sich die Beziehungen zu führenden Mitgliedern der MSI, und ab 1968 verübte die Gruppe Anschläge im ganzen Land, wobei sie von den Sicherheitskräften und den Militärs ähnlich wie der *Ordine Nuovo* gedeckt wurde.²⁶³ Ein Höhepunkt der Strategie der Spannungen war die Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970, in der es zum Staatsstreich kommen sollte. In Rom und anderen strategisch wichtigen Städten standen paramilitärische Truppen und neofaschistische Untergrundbewegungen bereit, um unter Führung von *Junio Valerio Borghese* die Führung zu übernehmen. Bis heute ist nicht geklärt, warum der Versuch bereits nach wenigen Stunden eingestellt wurde bzw. die bereitstehenden Truppen nicht aktiv eingriffen.²⁶⁴

Die gesamte Situation gereichte dem moderaten MSI-Flügel zum Nachteil. Die Ambitionen für einen nationalen Rechtsblock mit DC, Monarchisten und Liberalen waren nicht mehr opportun, außerdem konnte die offizielle Führung die Kontrolle der militanten Gruppen nicht mehr garantieren. Der MSI verlor durch die gewalttätigen Konfrontationen und den Rechtsterrorismus aber auch Sympathisanten im konservativen Lager. Davon profitierte besonders die liberale PLI, die als moderate rechte Kraft zum Koalitionspartner der DC aufstieg. Im Ergebnis erhielt der MSI bei den Wahlen von 1968 nur noch 4,5% der Stimmen und verlor weiter an Einfluss. Die bis dato immer noch vertretene Strategie der Annäherung (*inserimento*) an die bürgerlichen Rechtsparteien wurde mangels parlamentarischen Gewichts endgültig obsolet.²⁶⁵ Es wuchs vielmehr der Ruf nach Modernisierung und innerer Klärung, um zu verhindern, dass der MSI sich auflöste oder vollständig im terroristischen Ghetto verschwand.

4. Grundlagen für eine umfassende Modernisierung und neue Offensive (1969-1977)

1969 starb Generalsekretär *Michelini*, der sich bei aller Kritik bis dahin halten konnte. Nachfolger wurde *Giorgio Almirante*, der trotz seiner Rolle als Antagonist zu dem moderaten *Michelini* in der schwierigen Situation die notwendige integrative Funktion und Führungsfähigkeit besaß. Die folgende Konsolidierung umfasste verschiedene Punkte. Neben der ideologischen Erneuerung stand der Umbau des Parteiapparates, um die Basis organisatorisch effektiver zu verbreitern. Als erstes wurden auf allen Ebenen die Strukturen zentralisiert und die Führungspersonen ausgetauscht. Die wichtigsten Vorfeldorganisationen im Jugendbereich (Jugend, Studenten, Nationaler Kampfbund) wurden zur *Fonte della Gioventù* zusammengefasst.²⁶⁶ Gleichzeitig wurden Massenkundgebungen abgehalten, um die eigenen Anhänger verstärkt zu mobilisieren und die Parteipräsenz in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Als zweites war die Kontrolle über die Splittergruppen zurückzugewinnen, dazu wurde u.a. der Dialog mit der DC formell beendet. Der MSI sollte nun wieder als eigenständige politische Kraft agieren, die nicht auf die – taktische – Unterstützung der konservativen Rechte angewiesen war. Damit kam die Führung den militanten Positionen in- und außerhalb der Partei entgegen und konsolidierte sich als dominierende Kraft im rechtsextremen Lager. Dritter Schritt war die Öffnung in das rechts-konservative Segment. Diese Transformation wurde durch die Auflösung der monarchistischen Partei und ihre Integration in den MSI

unterstützt. Gleichzeitig gelang es, ehemalige Mitglieder der DC, der PLI und hochrangige Offiziere der Sicherheitskräfte zu gewinnen.²⁶⁷ Als Ausdruck der Erneuerung wurde 1972 der Parteiname durch die Hinzufügung der Abkürzung DN (Destra Nazionale) erweitert. Es entstand der MSI-DN. Diese Schritte sollte die konservative Mittelschicht, die der Studentenunruhen und Streiks von 1970-71 überdrüssig war, neben den unterprivilegierten Schichten in Süditalien als zweite Säule an die Partei binden. Zielsetzung war, den politischen Druck auf die Mitte-Links-Regierungen zu erhöhen und die Öffnung nach links zu beenden. Der MSI-DN bot sich als Partei der nationalen Erneuerung und Garant für Ruhe und Ordnung an. Diese Strategie war erfolgreich. Bei den Parlamentswahlen von 1972 konnte man mit 8,7% fast das niederschmetternde Ergebnis von 1968 verdoppeln. Die personelle Veränderung und das neue Politikangebot mussten zur inhaltlichen Öffnung führen, die Phase der ideologischen Erneuerung begann, in der allmählich auch Überlegung aus der „Neuen Rechte“ diskutiert wurden. Langfristig wollte sich die Partei aus dem traditionellen Ghetto befreien, ohne die alten Anhänger aus der Zeit des *Mussolini*-Regimes zu verprellen. Die Phase der ideologischen Anreicherung mit Konzeptionen und Überlegungen der „Neuen Rechte“ verlief aber sehr widersprüchlich und hatte auf die offizielle Ideologie nur wenig Einfluss. In den Vorfeldorganisationen ließen sich die Diskussionsstränge zwar nutzen, in der Partei selbst wurde aber beispielsweise eine sich stark auf diesen Ansatz berufende Gruppierung ausgeschlossen.²⁶⁸

Trotz des rechten Terrors veränderte sich für den MSI das politische Klima in diesem Zeitraum zu seinen Gunsten. Nicht zuletzt war dies ein Ergebnis der beginnenden Neubewertung des Faschismus in Wissenschaft und Gesellschaft. Historiker griffen verstärkt die Totalitarismustheorie auf, mittels derer sie die Homogenität von Faschismus und Kommunismus postulierten. Ergebnis war vor allem die Modernisierung antikommunistischer Ressentiments. Der Perspektivwechsel in der historischen Forschung wurde begleitet durch die ideologische Öffnung der Partei. Bis in die 70er Jahre griff der MSI noch zu deutlich auf seine alten Wurzeln zurück und stellte, trotz Richtungsstreitigkeiten den positiven Bezug zum *Mussolini*-Regime nie in Frage. Vor dem Hintergrund der antifaschistischen Reaktion weite Teile der Bevölkerung war diese Ausrichtung ein Hindernis. Eine moderne Rechte musste sich mit weniger nostalgischen Anleihen präsentieren, wobei sich die Parteistruktur mit den verschiedenen Strömungen als hilfreich erwies. Die sozialrevolutionäre Strömung ermöglichten einerseits die militante Radikalisierung, andererseits die Adaption gesellschaftskritischer Ansätze, die mittels eigener Schwerpunktsetzung die neue Stoßrichtung ideologisch unterstützen konnte. Die sich verschärfende Krise der modernen Gesellschaft wurde bewusst vom idealistischen Standpunkt aufgearbeitet, Begriffe wie Massengesellschaft, Konsumismus oder Entfremdung wurden so von ihrer gesellschaftskritischen Grundlage entfernt und in die eigene Anschauung vom kulturellen Niedergang und der Dekadenz des Systems eingebaut. Parallel dazu kümmerte man sich verstärkt um die Eingliederung junger Intellektueller, die auf Symposien und Diskussionsrunden genau diese kulturkritischen Fragestellungen erörterten. Wesentlichen Einfluss hatte die Jugendorganisation, die stark bei den Studenten in verschiedenen Universitäten des Landes verankert war. Die linken Studentenunruhen und die dort vorgebrachte Gesellschaftskritik hatte somit ein rechtes Pendant, das zur breiten theoretisch orientierten Basis in der Gegenwart beitragen sollte.

5. Machtkampf und Aufbruch (1977-1993)

Mit der ideologischen Erneuerung veränderte sich die Kritik an der demokratischen Gesellschaft. Sie wurde stärker kultur- und zivilisationskritisch statt offen antidemokratisch begründet. Zu diesem Zweck griff man u.a. auf Schriften von *Ernst Jünger*, *Carl Schmitt*, *Mircea Eliade* und *Konrad Lorenz* zurück, die reaktionäres Denken mittels philosophischer, wissenschaftlicher Diktion verfeinerten und besonders großen Eindruck bei den jungen MSI-Anhängern in den Vorfeldorganisationen und bei den Studentenverbindungen hinterließen.²⁶⁹ Aufgrund der Strategie *Almirantes* und des radikalen Flügels, der damalige innerparteiliche Träger der ideologischen Erneuerung, nahm in der MSI der Ansatz der Opposition zum System wieder einen wichtigen Stellenwert ein. Der argumentative Kampf wurde dabei zur Kritik an sämtlichen Parteien der Regierungskoalition ausgeweitet, indem die Altparteien für die bestehende sozioökonomische Krise verantwortlich gemacht wurden. Nach der allmählichen Rehabilitation des MSI als politische Kraft brauchte er weder zu seinem Beitrag an der zumindest politischen Krisensituation oder zu seinen reaktionären Konzeptionen Stellung zu nehmen. Vielmehr festigte sich zu diesem Zeitpunkt bereits der Mythos, dass die Partei durch den formalen Ausschluss von der unmittelbaren Regierungsverantwortung (*polo escluso*) durch die Parteien des Verfassungsbogens (*arco costituzionale*)²⁷⁰ nicht mit der Klientelpolitik und der Korruption der Nachkriegsrepublik in Verbindung gebracht werden könne. Entgegen der zuvor geschilderten Einbindung des MSI in die Nachkriegsrepublik und seiner parlamentarischen als auch außerparlamentarischen Rolle wurde er als außerhalb der Gesellschaft agierend und politisches Neutrum gesehen, das keinen realen Einfluss auf die italienische Politik ausüben konnte. Die Partei selbst unterstützte diesen Mythos, um die vermeintliche Ungerechtigkeit zu unterstreichen, die aus dem intoleranten Antifaschismus erwuchs. Diese vereinfachte Analyse wurde ununterbrochen wiederholt. Ab 1992 ließ sich darauf aufbauend das Image einer neuen und „unbefleckten“ Partei konstruieren. Ähnlich wie bei der FI und der *Lega* verhalf genau dieser Umstand zum späteren Zuspruch bei den Wahlen. Die abstrakte Kritik am demokratischen System, dem Zentralismus und den Altparteien (*Paritocrazia*) hatte einen ähnlichen Charakter wie die Kritik der in dieser Zeit entstandenen regionalen Ligen. Ihre regionalistische Zielsetzung konnte aber für den MSI bzw. später die AN kein primäres Element werden, denn die nationale Einheit stand zu keiner Zeit zur Disposition.

In den 80er und zu Beginn der 90er Jahre war die Historisierung des Faschismus durch die Geschichts- und Sozialwissenschaft weit fortgeschritten. Gleichzeitig rückte der MSI von der Strategie der terroristischen Destabilisierung der Republik ab, zahlreiche Splittergruppen lösten sich auf. Beides beendete endgültig die Stigmatisierung als neofaschistische Partei.²⁷¹ 1983 erzielte sie erstmalig nach den kontinuierlichen Verlusten seit 1972 mit 6,8% wieder ein gutes Ergebnis. Im gleichen Zeitraum verstärkten sich auch die Kontakte zu den bürgerlichen Parteien. DC und PLI sandten offizielle Beobachter und Diskussionsteilnehmer zu MSI-Kongressen, und die Kontakte zur radikalen Partei (*Partito Radicale*) um *Marco Pannella* wurden ausgebaut.²⁷² Als *Bettino Craxi* 1983 seine Regierungskoalition formte, konsultierte er auch, wie *Tambroni* bei seinem Jahre zuvor gescheiterten Versuch, den MSI. Seine Integration in das offizielle politische Leben und den parlamentarischen Ablauf war nach der Zeit der Unruhen von 1960 erreicht.

Die an sich positive Grundstimmung für den MSI erhöhte wie so oft die inneren Spannungen, da die ideologische Modernisierung und die Anpassung an die veränderte Lage noch nicht vollständig abgeschlossen war. Zudem musste man sich weiterhin positiv auf den Faschismus berufen, um die Basis anzusprechen, auch wenn der Faschismus für die Öffentlichkeit als historisches Moment definiert war. Darüber hinaus stand der radikale Flügel, eine treibende Kraft der ideologischen Modernisierung, über den gesellschaftskritische Elemente in die Partei getragen wurden, der Integration in den parlamentarischen Prozess nach wie vor skeptisch gegenüber. Die von ihm formulierte Kritik am Regime der Altparteien zielte gerade darauf ab, das System mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen. Jede Partizipation an diesem System stieß entsprechend auf Widerstand und führte unausweichlich zu innerparteilichen Spannungen. Auch die extremistische Vergangenheit konnte nach so kurzer Zeit nicht so einfach verleugnet werden. Letztendlich führte die mangelnde Geschlossenheit trotz bester Bedingungen im politischen Umfeld zu einem Stimmenverlust bei den Wahlen von 1987 gegenüber 1983 um 0,9%. Der daraus folgende Rücktritt *Almirantes* bedeutete einen wichtigen Generationswechsel für die Partei und sollte den Beginn einer neuen Ära markieren. *Almirantes* „Zögling“ *Gianfranco Fini* sollte seiner Meinung nach endlich das ihm zugedachte Amt übernehmen und wurde auf dem 15. Parteitag in Sorrento gegen den Konkurrenten des radikalen Flügels, *Pino Rauti*, zum neuen Generalsekretär gewählt. *Fini* betonte von Anfang an, dass er ganz in der Tradition *Almirantes* und *Michelinis* stünde. Mit ihm sollte die Integration in das politische System und die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie zur Machterweiterung fortgesetzt werden. Aus verschiedenen Positionspapieren dieser Phase geht bereits hervor, wie der Aufbruch in eine neue Ära gelingen könne. Im programmatischen Dokument „Proposta Italia“ wurde festgestellt, dass „[...] die Ära der Massenpartei vorbei ist und damit auch unser Ansatz, obwohl wir ihn nie verwirklichen konnten, denn eine Partei der Masse sind wir nie gewesen.“²⁷³ Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich stärker zu öffnen und mehr Kompetenzen in Sachfragen anzueignen, anstatt sich auf die neofaschistische Rolle zu reduzieren und damit nur die antifaschistischen Zuschreibungen zu bestätigen. Für die Parteistruktur bedeutete dies das Aufbrechen der alten Hierarchie, die einen charismatischen Führer an der Spitze wollte und benötigte. Gefragt war vielmehr eine teamorientierte Führung, in der die verschiedenen Strömungen der Partei zur Sacharbeit integriert werden sollten. Diese Positionen finden sich in dem u.a. von *Fini* und *Giuseppe Tatarella* vorgelegten Papier „*Destra in movimento*“, die eine kopernikanische Wende in der Organisation proklamierten, um eine umfassende Allianz der Rechten zu ermöglichen.²⁷⁴

Gleichzeitig verstärkte die Partei in dieser Phase ihre Kontakte zur französischen *Front National* um *Jean Marie Le Pen*. Generalsekretär *Fini*, der sich bei jeder Gelegenheit als Mann der moderaten Kontinuität präsentierte, griff aufgrund der positiven Ergebnisse der *Front National* ebenfalls auf die xenophobischen und nationalistischen Parolen zurück. Neben dem Kampf gegen Ausländer und Überfremdung standen die Forderungen nach Recht und Ordnung, einer nationalen Identität und einem starken Staat wieder hoch im Kurs. Diese Verschiebung stieß sowohl beim moderaten als auch beim radikalen Flügel auf heftige Kritik. Ersterer befürchtete große Imageprobleme durch die propagierte Ausländerfeindlichkeit, und letzterer stand aufgrund seiner antikapitalistischen und antiimperialistischen Tendenz

xenophobischen Stereotypen ablehnend gegenüber. Nach sehr kurzer Zeit wurden die engen Kontakte zur *Front National* und die Zusammenarbeit im Europaparlament abgebrochen. Für *Tarchi* gilt diese Episode lediglich als Ausdruck der bestehenden Fraktionierung im MSI, einer ungeklärten Führungsfrage und der nicht abgeschlossenen inhaltlichen Klärung. Die Positionierung ist aber vielmehr immer abhängig von den jeweiligen Bedingungen: Wenn Ausländerfeindlichkeit und ein aggressiver Nationalismus opportun erscheinen, werden sie genutzt, zumal die Aktionen und Verbindungen mit der radikalen Rechten in der Vergangenheit und Gegenwart das moderate Bild der Partei deutlich relativiert. Im Ergebnis führte die Situation zu Kontroversen vor und auf dem 16. Nationalkongress 1990, und *Fini* wurde nach heftiger interner Debatte von seinem Widerpart *Pino Rauti* abgelöst. Der radikale Parteiflügel sollte damit zum letzten Mal dominieren.

Wie mit jedem innerparteilichen Machtwechsel war auch mit diesem eine veränderte politische Ausrichtung verbunden: Erstens sei der Faschismus keine konservative (rechte) politische Kraft, sondern ginge auf revolutionäre Elemente zurück. Der MSI wäre demnach am linken politischen Spektrum anzusiedeln und müsse hier sein Wählerpotential aktivieren. Zweitens bedeutete dieses Selbstverständnis und die Adaption der kulturkritischen Elemente, dass der westliche Liberalismus abgelehnt und der damit verbundene Agnostizismus, Materialismus, Hedonismus, Egoismus und Konsumismus bekämpft werden müsse. Der Amerikanisierung der europäischen Kulturnationen und des US-Imperialismus wäre entgegenzutreten, um ein authentisches, auf traditionellen Werten beruhendes Leben überhaupt wieder führen zu können. Daraus folgte drittens eine Kritik am Kapitalismus und an der Homogenisierung der Gesellschaft durch das Medium Geld, welches die gemeinschaftlichen Zusammenhänge aufbricht, den Menschen verdirbt und entfremdet und die Krise der Moderne begründet. Viertens war damit eine kategorische Absage an das Gleichheitsideal der Aufklärung verbunden, da dieser falsche Egalitarismus die natürlichen Differenzen zwischen den Individuen unterdrücke und sie in der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit behindere.²⁷⁵

Die Dominanz des radikalen Flügels und ihrer politischen Positionierung wirkte stark irritierend auf die konservative Wählerschicht und das Kleinbürgertum. Die formulierten Positionen und die Kritik am System konnten zwar zur internen Modernisierung genutzt werden, um beispielsweise junge Intellektuelle an die Partei zu binden und die Argumentationen der „Neuen Rechten“ aufzunehmen. Die Bedürfnisse der Stammwähler ließen sich so allerdings nicht bedienen. Oberflächlich entsprachen die Aussagen der Argumentation des politischen Gegners, der kommunistischen Partei bzw. generell der Linksparteien. Die Unterscheidung der verschiedenen Momente im faschistischen Denken war für den informierten Kenner und die Funktionäre der Partei zwar möglich und führte bis dato nie zur Spaltung. Der Wähler konnte diese klare Unterscheidung aber kaum treffen. Bei den Wahlen verlor der MSI mit dieser Orientierung unter Generalsekretär *Rauti* deutlich an Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 1990 erzielte sie mit 4,0% ihr schlechtestes Ergebnis seit ihrem Bestehen, und ihr Einfluss in den süditalienischen Regionen war nach langer Zeit wieder einmal bedroht. Eine Ablösung der Führung war dringend erforderlich, wollte man nicht nach dem Verlassen des neofaschistischen Ghettos in die Bedeutungslosigkeit des sozialrevolutionären Nichts verschwinden. *Rauti* wurde 1991 folglich durch *Fini* abgelöst, der die Führungskader zugunsten des moderaten Flügels erneut komplett auswechselte. Anhand dieser Episode zeigt sich

deutlich das bestimmende strukturelle Merkmal der Beziehungen der verschiedenen Strömungen in der Partei. Die sozialrevolutionären oder gesellschaftskritischen Elemente dürfen nie die offizielle Ideologie, die Außendarstellung und die konkreten politischen Forderungen dominieren. Die Partei wird sonst nicht mehr von den Stammwählern gewählt, wäre kein Garant konservativer Herrschaft und würde damit überflüssig werden. Folgerichtig nahm man die antikapitalistischen Töne und die Orientierung am linken politischen Spektrum zurück, woraufhin sich die Kontakte zur traditionellen Klientel – konservativ und klerikal – verbesserten.

Zu diesem Zeitpunkt verstärkte sich die politische Krise in Italien vehement und die Ermittlungsverfahren gegen zahlreiche Regierungs- und Parteimitglieder der Altparteien überschlugen sich. Das Auftreten des MSI musste sich nach der relativen internen Klärung nunmehr den veränderten Bedingungen anpassen. Zum einen war zu vermeiden, die Aufmerksamkeit auf die Verwicklungen in die Korruption und die Funktion der MSI in der Vergangenheit zu lenken. Als eine der ältesten Parteien wäre der MSI nämlich prädestiniertes Objekt der Kritik an der Nachkriegsrepublik gewesen. Zum anderen musste sie sich erneut in der Kontinuität der Vergangenheit für ihre Wähler präsentieren, um ihren Zuspruch nach den vergangenen schlechten Wahlen zu erhöhen. Der Konflikt war nur durch die Konstituierung einer neuen, rechten Partei zu minimieren, was in den 70er Jahren zur Zeit *Almirantes* unter anderen Bedingungen mit der Öffnung nach Rechts als Projekt „*Destra Nazionale*“ schon einmal versucht wurde. Die Bedingungen für die Öffnung waren nun aber günstiger als zuvor, zumal die neue bürgerliche Rechte, die FI, auf eine starke Kraft an ihrer Seite angewiesen war und nicht wie die DC mit ihrer Öffnung nach links diesen Versuch konterkarierte.

6. Das Projekt *Alleanza Nazionale* (ab 1993)

Unter *Fini* war dieser Spagat zwischen Erneuerung und Kontinuität möglich, da er selbst nicht wie sein Parteirivale *Rauti* dem alten Kader zugerechnet wurde. Der MSI stellte sich in Folge der politischen Krise als vehementer Kritiker der Altparteien dar und stand für die Erneuerung der Republik, zu deren Zweck sie eine Präsidentialverfassung propagierte. 1993 erholte sich die Partei von ihrem heftigen Niedergang. Bei den Bürgermeisterwahlen im Süden des Landes beerbte sie die sich auflösende DC und stellte in 14 Städten den Bürgermeister.²⁷⁶ Bei den anschließenden Wahlen in Neapel – hier trat *Allesandra Mussolini*, Enkelin des Duce an – und Rom mit *Fini* verloren sie zwar, es wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt die Basis der kommenden Zusammenarbeit mit der FI gelegt.

Der MSI verstand sich zunehmend als Sammlungsbewegung aller rechten Kräfte und reaktivierte seine staatstragende Rhetorik, die er stark um die Losungen Ordnung, Sicherheit und Tradition in einer Zeit des totalen und chaotischen Umbruchs gruppierte. Ziel war es, die Wählerbasis zu erweitern. Anfangs fügte man zu diesem Zweck dem Kürzel MSI lediglich die Buchstaben AN für *Alleanza Nazionale* hinzu und wies damit auf bevorstehende Veränderungen hin. Ab 1992 trat die Partei nur noch als MSI-AN auf. Aus einer relativ sicheren Position heraus konnte die „neue“ Partei die „Erste Republik“ und die Altparteien kritisieren.

Denn der MSI wurde aufgrund der erwähnten Ausgrenzung bei den Regierungsbildungen in den vergangenen Jahrzehnten nicht mit den Korruptionsvorwürfen in Verbindung gebracht. Ob zu recht oder unrecht lässt sich nicht abschließend klären, da die Geschichte des MSI noch nicht aufgearbeitet ist. Im Fokus der Öffentlichkeit standen primär die Regierungsparteien, wobei auch hinsichtlich des illegalen Gebarens der MSI durchaus Verdachtsmomente bestehen, die jedoch nie weiter verfolgt wurden.²⁷⁷ Unabhängig von der Klärung dieser Frage beklagte der MSI-AN die Politikverdrossenheit der Bevölkerung, die von ihr selber durch ihre generelle Kritik am System nach 1945 geschürt wurde. Der Partei gelang es, sich als adäquate Antwort auf die Krise anzubieten und wurde für einen Teil der konservativen Wählerschaft zur neuen politischen Heimat. Der drohenden Unregierbarkeit des Landes, oder viel schlimmer, dem Sieg der Linken sollte durch eine Koalition der nationalen Einheit begegnet werden, die gemeinsam mit der FI als *Patto del Buongoverno* (Pakt der guten Regierung) proklamiert wurde. Diese Koalition war auch aufgrund der Wahlrechtsreform notwendig, um die Chancen der MSI-AN bei den Parlamentswahlen zu erhöhen. Denn nach wie vor war sie eine Regionalpartei, die ihre meisten Stimmen in Süditalien sammelte und somit auf ein nationales Wahlbündnis angewiesen war. Hier ging es ihr ähnlich wie der *Lega*.

Nach dem Austritt der *Lega* aus dem Bündnis 1994 und dem Scheitern der Regierungskoalition hielt der MSI-AN sowohl am Bündnispartner FI als auch an der Strategie fest, die Basis auszubauen und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Der scheinbare Identitätswechsel wurde endgültig auf dem 17. Parteikongress im Januar 1995 in Fiuggi mit der Namensänderung in *Alleanza Nazionale* vollzogen. Seitdem wird die AN als normale Partei akzeptiert, wobei sich die ideologische Erneuerung in den 70er Jahren und die Adaption der Kultur- und Zivilisationskritik als vorteilhaft erwies. In der Krisensituation ließen sich so verschiedene Strömungen an die Partei binden, die im Kontext der sozialen Bewegung entstanden sind – Umweltschutz und Heimatbünde – und mit ihrer idealistischen Ablehnung der Moderne gleichermaßen die klerikalen und konservativen Traditionalisten erreichen. Die AN war und ist flexibel genug und schafft es u.a. aufgrund der hierarchischen Führung und der Akzeptanz einmal getroffener Mehrheitsentscheidungen, die unterschiedlichen Aspekte einzubinden. Zwei weitere Umstände bedingten, dass die „neue“ Partei sich nicht mehr dezidiert auf ihre alten Wurzeln berufen musste. Einerseits veränderte sich die Klientel und die Funktionsstruktur durch den biologischen Prozess selbst. Viele der alten Kampfgefährten aus dem *Mussolini*-Regime oder der RSI sind mittlerweile verstorben. Die Reminiszenz an den historischen Faschismus entfällt. Andererseits verjüngte sich die Partei durch die Öffnung ins konservative Lager und die Aussicht, lukrative Positionen in Regierungsämtern zu übernehmen. Im Ergebnis rekrutierte sich eine moderate Führungsriege um *Fini*, der mit dem einfachen Vorwurf, sie sei rechtsextrem bzw. neofaschistisch, nicht beizukommen ist.

Trotz der relativen Einigkeit über die angestrebte Modernisierung des MSI kam es vor der endgültigen Namensänderung als Zeichen der strategischen Erneuerung zu den üblichen internen Kämpfen, die vom radikalen Flügel initiiert wurde. Ihm ging die Anbiederung an die bürgerliche Rechte zu weit. Erneut machte sich der Kader um *Pino Rauti* für einen eigenständigen Weg der Partei stark und grenzte sich gegen jegliche Akzeptanz des Wirtschaftsliberalismus und gegen den Opportunismus der Parteiführung ab. Die Gruppe war aber isoliert, da durch den Kurs von *Fini* neue Mitglieder eintraten, die zu der Auseinandersetzung zwischen

den Flügeln keine Verbindung hatten. So ließen sich die radikalen Ansichten geschickt an den Rand drängen. Nach dem Parteitag in Fiuggi kam es folglich zum Austritt alter Führungsfiguren und zur Abspaltung der *Movimento Sociale-Fiamma Tricolore* (MST) um *Rauti*. 1996 trat er zur Parlamentswahl an und erhielt für den Senat 2,3% und für das Parlament 0,9% der Stimmen. Der MST stellte damit einen Senator, *Rauti* selbst. 1997 spaltete sich aus der MST die *Fronte Nazionale* um *Adriano Tilgher* ab. Beide Parteien kämpfen um eine ähnliche Klientel und sind Splittergruppen geblieben. Seitens der AN bestehen zur MST und damit in das große Rechtsbündnis nach wie vor gute Verbindungen, so dass u.a. bei den Regionalwahlen 2000 der MST in Kalabrien dem Bündnis von *Berlusconi* seine Stimmen zur Verfügung stellte. Für die Parlamentswahl 2001 gibt es offiziell kein Bündnis mit dem MST. Die Abgrenzung der Mitte-Rechts-Koalition zu rechtsextremen Kräften wie dem MST ist notwendig, denn sonst würde ihr Charakter zu deutlich werden, und die reibungslose Akzeptanz der Regierung um *Berlusconi*, wäre vor allem durch die europäischen Partner gefährdet.

Die Abspaltung des MST und die Existenz anderer neofaschistischer Gruppierungen ermöglichen es der AN darüber hinaus, sich von den traditionellen Formen des Faschismus zu distanzieren und als moderate und geläuterte Partei aufzutreten. Auch damit wird auf die Strategie der Vergangenheit zurückgegriffen, sich, wenn nötig, offiziell vom rechtsextremen Vorgehen zu distanzieren, die Splittergruppen aber dennoch ideologisch und materiell zu unterstützen. Eine ähnliche Taktik nutzt die AN-Führung heute gegenüber der eigenständig antretenden *Forza Nuova* um *Roberto Fiore* und *Massimo Morsello*.²⁷⁸ Zur *Forza Nuova* bestehen gute Kontakte, vor allem im Rahmen der außerparlamentarischen Arbeit beispielsweise bei Kampagnen und Demonstrationen gegen Homosexuelle oder gegen die Abtreibung als legalen Genozid.²⁷⁹ Die *Forza Nuova* plazierte „auf der Strasse“ bestimmte Positionen, die u.a. durch die parlamentarische Rechte vorgegeben werden. Gerade im jüngsten Wahlkampf bildet die antikomunistische, ethnozentrische und rassistische Grundhaltung ein Konglomerat, das die rechtsextremen Gruppierungen beflügelt, ohne den tonangebenden moderaten Kräften im Rechtsbündnis zu schaden.²⁸⁰ Gleichzeitig bindet die *Forza Nuova* Personen, die den moderaten Kurs der AN ablehnen und auch in der „alten“ MST oder der „sektiererischen“ *Fronte Nazionale* keine adäquate politische Heimat finden. Daneben schwächt die Verbindung zwischen der außerparlamentarischen Rechten und Mitgliedern der AN den noch verbliebenen radikalen Flügel der Partei und stärkt die Positionen *Finis* und der Modernisierer (*Domenico Fisicella, Maurizio Gasparri, Ignazio La Russa, Adolfo Urso*).

Die verlorenen Parlamentswahlen 1996 lösten zwar in der AN einen internen Diskussionsprozess aus. Die Kritik an *Berlusconi* wuchs, wobei auch *Finis* Position in Frage gestellt wurde, der weiter fest an seiner Seite stand. Seit der MST-Abspaltung stand *Finis* Kurs aber zu keiner Zeit wirklich zur Disposition. Vielmehr konnten er und die AN sich nach außen durch geschicktes Taktieren auf Kosten *Berlusconi*s profilieren. Von 1996 bis 1998 profitierten sie von der Schwäche der FI und boten sich als authentische, nationale Kraft der Modernisierung an. Für das Image der AN und ihrer Führer sprach nicht nur ihr staatsmännisches Auftreten, sondern, dass sie im Gegensatz zu *Berlusconi* keine eigenen ökonomischen Interessen hatten und die alte Parteigeschichte der künstlichen und jungen Parteistruktur der FI überlegen schien. Parallel wuchs nach 1996 aufgrund der radikalisierten separatistischen Tendenzen der *Lega* die Besorgnis um die Zukunft der Nation. Gerade in der nationalen Frage stellt die

AN ein Gegengewicht bzw. eine Alternative für die bürgerliche Mitte dar. Die Partei setzt zwar auch auf Dezentralisierung und Föderalismus, aber um die destabilisierenden Momente zu begrenzen, kam für sie als institutioneller Zuschnitt der „Zweiten Republik“ nur ein Präsidialsystem mit starken plebiszitären Elementen in Frage.²⁸¹ Unabhängig von den Parteien sollte der Ministerpräsident bzw. der Staatspräsident in der Lage sein, eine stabile Regierung zu bestimmen, die zum Wohle des Volkes agieren könne und durch die direkte Demokratie mit ihm verbunden wäre. In ihrem „neuen Italien“ stand der institutionelle Umbau neben einer Wiederbelebung der alten Werte und der Forderung nach einem guten und gerechten Staat. So sollte einerseits die Aushöhlung der Nation durch zu starke regionale Egoismen verhindert und andererseits die Parteienherrschaft und der Zentralismus der Vergangenheit überwunden werden. Mit diesen Positionen machte sich die AN in der Oppositionszeit einen guten Namen bei den rechts-konservativen Wählern.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Erneuerung stellte sich die AN als Kraft dar, die einen Weg zwischen den beiden Bündnispartnern anbietet. Zwar streben die Modernisierer in der AN einen neoliberalen Kurs an, dieser wird aber immer anders ausfallen müssen als bei FI und *Lega*. Unmöglich wäre die von beiden Parteien vorgetragene Diffamierung des Sozial- bzw. regionalen Transfersystems. Die AN hat ihre meisten Wähler nach wie vor in Süditalien. Also, in den Regionen, die als unterentwickelt gelten und deren Bewohner auf die Transferzahlungen angewiesen sind. Die Überwindung der Unterentwicklung wird für die AN somit auf absehbare Zeit ein zentrales Thema bleiben. Aufgrund der historischen Erfahrungen im Mezzogiorno kann die AN nicht nur auf den Markt setzen, sie kann den Wohlfahrtsstaat auch nicht über den Umweg der Denunziation der Leistungsbezieher als Sozialschmarotzer frontal angreifen. Die AN bewegt sich in der Frage um Staat oder Markt und der favorisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik immer im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus, einem konservativen bis reaktionären Wertekanon und der autoritären Führung. Ihre Grundlinien, die sich explizit nur um zwei Schwerpunkte gruppierten, legte sie 1998 auf dem 1. Programmparteitag in Verona vor: eine liberal-autoritäre sozioökonomische Politik und die Sicherung der Identität des Volkes zwischen Innovation und Tradition.²⁸²

In der aktuellen Diskussion greift die AN somit in spezieller Form auf das angebotene Spektrum neoliberaler Erklärungen und Ziele zurück und integriert diese in die eigene Programmatik. Hinzu kommt die bereits erwähnte sukzessive Erneuerung auf Funktionärsesebene sowie bei den Parlamentariern, die bei der Wahl 2001 nach eigenen Angaben zur Auswech-selung von ca. 25% der alten Mandatsträger führen sollte.²⁸³ Ohne sich in Richtungsstreitigkeiten zu verlieren, wird die moderate Erneuerung vorangetrieben, damit *Finis* Projekt einer neuen erweiterten Rechten „ein Gesicht“ bekommt. Inwieweit sich diese Öffnung auf den Kurs der AN auswirkt, kann abschließend nicht geklärt werden. Der moderate Kurs wird zwar gestützt, würde aber im Falle eines Scheitern des Rechtsbündnisses bei den Wahlen 2001 unter Druck geraten. Dann würde sich auch die Frage neu stellen, ob die FI ohne den Erfolg *Berlusconi*s tatsächlich lebensfähig wäre und ob nicht die AN sie beerben könnte. Innerhalb der AN wird die stärkste Kritik am derzeitigen Kurs durch die um *Francesco Storace* und *Gian-ni Alemanno* gruppierte Strömung *destra sociale* (soziale Rechte) formuliert. Sie wirft der Führung immer wieder vor, sie würde sich zu stark auf die moderate Linie, den Parlamentarismus und die Regierungsbeteiligung, konzentrieren, wobei sie die soziale Verankerung bei

den kleinen Leuten bzw. der Basis vernachlässige und nicht mehr auf ihre sozialen Probleme reagieren könne. In Anbetracht von Wahlkämpfen werden die Attacken dezent vorgetragen. Nichtsdestotrotz hat *Storace* es in der Zwischenzeit durch geschicktes Agieren geschafft, zur Nummer Zwei hinter *Fini* aufzusteigen.²⁸⁴

B. KERNBOTSCHAFTEN

Externe Faktoren bestimmen den Weg der AN ebenso wie die Machtkämpfe und unterschiedliche Ansichten darüber, was nach internem Sprachgebrauch die traditionelle/historische Rechte ist und wie ihre Anliegen am Besten durchgesetzt werden können. Die gegenwärtige Dominanz moderater Positionen veranlasst außenstehende Beobachter oft zur Überlegung, ob die AN mittels Einbindung in die Regierungsverantwortung nicht einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt sei, der sie zur Demokratie zwingen würde.²⁸⁵ Zugespitzt könnte dies heißen, die AN wäre effektiv zu bekämpfen bzw. in eine demokratische Partei zu verwandeln, indem man sie wählt. Dem Ansatz unterliegen zwei gravierende Fehler: Er nimmt die durchaus widersprüchlichen und vielfältigen Positionen neofaschistischen Denkens nicht ernst und analysiert die Dominanz einer Parteiströmung nicht in Abhängigkeit von externen und internen Bedingungen. Darüber hinaus hat die AN, wie vor ihm der MSI, unzählige Bekenntnisse zur Demokratie abgelegt. Zu fragen ist aber, was unter Demokratie verstanden wird, wie soziale Rechte definiert sind, wie die unterschiedlichen Interessen von Kapital und Arbeit aufeinander abgestimmt werden sollen und aus welcher ideologischen Basis die Partei ihre Antworten ableitet. Letzteres ist entscheidend für die Bewertung. Denn neben der organisatorischen und personellen Kontinuität ist die AN aufgrund der inhaltlichen Beständigkeit als neofaschistisch zu definieren. Mit den Bezeichnungen postfaschistisch oder rechts lässt sich die Partei hingegen weder erfassen noch zu den beiden Koalitionspartnern ins Verhältnis setzen und abgrenzen. Alles in allem verwirrt eine solche „Begriffslosigkeit“ nur und verhindert die kritische Analyse des Gesellschaftsverständnisses der AN.

1. Historisierung des Faschismus und Aufbruch in eine neue Ära

Die AN distanziert sich nicht von ihrer Vergangenheit, indem sie diese einer radikalen Kritik unterzieht und den ideologischen Wurzeln abschwört. Vielmehr nutzt sie den Umbruch von der „Ersten“ zur „Zweiten Republik“, um die Nachkriegsgeschichte neu zu interpretieren

und versucht, den Gegensatz zwischen Faschismus und Antifaschismus als beendet zu erklären. Sie hebt ihn auf und geht bei der Bewertung des faschistischen Erbes einen Schritt, den die sozialwissenschaftliche Debatte in den letzten Jahrzehnten eröffnet hat. Schon 1960 forderte der katholische Philosoph *Augusto del Noce* stellvertretend die objektive, also weder faschistische noch antifaschistische, Interpretation des Faschismus. *Del Noce* gilt in Italien als anerkannter Intellektueller, der in der Tradition der Konservativen Revolution steht, dessen Schriften sich im ideologischen Rüstzeug der AN finden und auf den sie sich bei der Bewertung der Zeit *Mussolinis* gerne bezieht. *Del Noce* wandte sich konsequent gegen die Interpretation des Faschismus als Enthüllung, nämlich als Enthüllung reaktionärer Bestrebungen der Herrschenden, und formulierte exemplarisch als einen Ausgangspunkt der Debatte die folgende Position: „Derjenige, der glaubt, dass die Wurzeln des Faschismus noch immer gegenwärtig sind, muss dabei beharren, auch heute im Faschismus den Hauptgegner zu sehen – da für die Interpretation als Enthüllung Faschismus und Nazismus zwei Arten der gleichen Gattung sind, nämlich der gemeinsamen Gattung Reaktion gegen den historischen Fortschritt [...], und da außerdem der Kommunismus einige der moralischen traditionellen Bestrebungen (nämlich das Verlangen nach Gerechtigkeit und Gleichheit) zu bewahren und da er mindestens für die unterentwickelten Länder einen realen Fortschritt darzustellen scheint [...]. Diese Position wird dann zum Vorschlag zweier Wege gelangen, jenem der sogenannten Öffnung nach links, welche die Aufgabe haben wird, die Überlebenden des Faschismus und des Präfaschismus von der Macht zu entfernen, und schließlich zu jenem der Volksfront unter dem Anschein einer Verlängerung des Widerstandes.“²⁸⁶ Der Faschismus muss also historisiert werden, um dem Antifaschismus die Basis seiner Kritik zu entziehen. Nur so kann eine neofaschistische Partei weiter als Potential gegen Forderungen nach sozialem Fortschritt eingesetzt werden und eine Koalition mit der bürgerlichen Rechten eingehen, ohne sie als faschistisch in Verruf zu bringen.²⁸⁷

Bis in die 90er Jahre war der Prozess der reibungslosen Integration in die italienische Gesellschaft aber nicht endgültig abgeschlossen, da die Entwicklung des MSI und seine positive Betonung der guten alten Zeit verhinderte, dass die Partei dem demokratischen System zugeordnet wurde. Trotzdem zeigte die damalige Diskussion deutlich, dass durch die geschichtliche Neubewertung der Faschismus einer abgeschlossenen Epoche zugerechnet würde.²⁸⁸ Nahegelegt wird damit häufig, dass die faschistische Gefahr in der Gegenwart nicht mehr bestehe und dass ehemals als faschistisch oder neofaschistisch bezeichnete Parteien mit diesen Kategorien nicht mehr zu erfassen seien. Stattdessen zeichnete sich früh ab, dass Zuschreibungen durch die Definition rechts (*destra*) und, in Italien für die militante Rechte, rechtsradikal (*destra radicale*) ersetzt werden würden. Wäre es in der Diskussion nur darum gegangen, die Entwicklung des historischen Faschismus der *Mussolini*-Ära und der davor liegenden Zeit der faschistischen Kampfbünde zu klären und von der Entwicklung der neofaschistischen Partei abzugrenzen, wäre sie berechtigt gewesen.²⁸⁹ Bereits diese Aufgabe ist nicht einfach, da die Trennungslinien nicht immer klar sind, unterschiedliche Strömungen existieren und verschiedene Ebenen auseinander gehalten werden müssen. Aber auch das ist nicht neu, denn *Mussolinis* PNF war ebenfalls kein monolithischer Block, und die Positionen verschoben sich immer wieder. Die Schwierigkeiten verschwinden auch dann nicht, wenn die Begriffe rechts oder rechtsradikal verwendet werden. Aber auch im italienischen Historiker-

streit ging es eben nicht um die Klärung dieser Fragen, sondern um die Revision und die Aufhebung der Dichotomie zwischen den politischen Kategorien Rechts und Links.²⁹⁰

Ein fundamentaler Unterschied zwischen der neofaschistischen Partei und ihren Vorläufern zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand in ihrem defensiveren Auftreten. Die inhaltliche Verschiebung war weniger einer generellen Einsicht geschuldet, sondern Ergebnis des verlorenen Krieges und des Sturz des faschistischen Regimes. Weder stand oder steht der imperialistische Krieg auf der Tagesordnung, noch wird eine konkrete sozioökonomische Alternative und Utopie des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus angepriesen.²⁹¹ Primär ging es um die Sicherung des eigenen politischen Überlebens nach 1945 und um die Verteidigung von Werten und Traditionen, der Nation und der Idee eines starken Staates und Europas, welche unter der Führung der neofaschistischen Partei zu erschaffen wären. Dafür „[...] mag [es] genügen, wenn sich die Neofaschisten als Partei der Ordnung, der nationalen Wiedergeburt und der Verteidigung ihres Landes – und Europas – gegen raubgierige oder parasitäre Fremde ausgeben. Es ist wichtiger, Achtbarkeit zu erringen, als über ein detailliertes und in sich geschlossenes Programm zu verfügen. [...] Der Neofaschismus benötigt zwar eine Ideologie und Gurus, doch deren Funktion ist nicht von vorrangiger Bedeutung. Die Grundsätze [...] sind einfach und gering an Zahl [...] und liegen auf der Hand: Nationalismus, Sozialdarwinismus, Rassismus, das Bedürfnis nach Führerschaft, nach einer neuen Aristokratie und Gehorsam sowie die Leugnung der Ideale der Aufklärung und der Französischen Revolution.“²⁹² Hinzu kommen die Negation ökonomischer Klassen und divergierender Interessen, die Bevorzugung von Mythen und die Ablehnung des Materialismus schlechthin zu Gunsten idealer Vorstellungen von Staat, Gemeinschaft, Individuum und der Tat. Die historische Aufgabe, das Abendland und die Nation retten zu müssen, war auf dieser Grundlage für den MSI immer klar, und mit der Krise in der Neuzeit sieht die AN darin ihre Existenzberechtigung bestätigt.

Der Historikerstreit in Italien über die Bewertung des Faschismus und die Rolle der neofaschistischen Partei dauert bis heute an. Zum einen wird die Transformation des MSI zur AN und ihr Selbstverständnis noch hinterfragt. Zum anderen sind die skizzierten Verbindungen des MSI zu den militanten Gruppierungen und die Phase der innenpolitischen Spannungen in der italienischen Nachkriegsgeschichte nicht abschließend geklärt. Das Rechtsbündnis wird deshalb über die AN immer wieder mit der Geschichte konfrontiert und muss revisionistische Positionen aktualisieren. Konkrete Anlässe sind beispielsweise Veröffentlichungen oder Stellungnahmen aus der noch immer tagenden parlamentarischen Untersuchungskommission zur Phase des Rechtsterrorismus²⁹³ oder die von der AN im Sommer 2000 angestoßene Kampagne zur Überprüfung der Schul- und Studienbücher auf ihren marxistischen und geschichtsverfälschenden, weil einseitigen Inhalt.²⁹⁴ Bis heute finden sich darüber hinaus in den großen konservativen Tageszeitungen fast jede Woche relativ positive Artikel zum *Mussolini*-Regime und eine breite Rezeption der Positionen der ideologischen Vordenker der Konservativen Revolution und des Faschismus bzw. der „Neuen Rechte“. Die zahlreichen rechten Verlage und Publikationen tun das Ihrige, und die vielfältigen Verbindungen der AN zu Rechtsintellektuellen hält eine breite Debatte am Leben, wie der alte Faschismus einzuordnen sei und welche Funktionen die neue Rechte in Gestalt der AN heute und in Zukunft hat. Einer harten kritischen Diskussion braucht sich die Partei deshalb allerdings in der Regel nicht zu stellen.

2. Ideologische Basis: Kritiklose Kontinuität

War die Historisierung des Faschismus in der Vergangenheit nötig, um die antifaschistische Kritik abzuwehren und das eigene politische Überleben zu sichern, so ist die Aufgabe heute weiter gefasst. Der geschichtliche Revisionismus wird durch die AN selbst zum vorläufigen Ende gebracht: „Nach dem Ende des Realsozialismus ist eine Epoche beendet, die Epoche des roten Totalitarismus, in der ein antifaschistischer Bezug sich mit dem Ende des faschistischen Regimes überlebt hatte und nur noch instrumentalisiert wurde [nämlich zur Denunziation des MSI, Anm. d. Verf.]. Mit dem Ende des Realsozialismus und des Kalten Krieges zeigt sich die definitive Historisierung des Antifaschismus. [...] Es macht deshalb keinen Unterschied, ob man meint, alle Bündel [sciogliere tutti i fasci] zusammenzubringen, die faschistischen und die antifaschistischen [...], was nur bedeuten würde, dass die italienische Politik vom Dämon der ideologischen Konfrontation befreit werde. Was nötig ist, denn nur so kann eine neue historische Phase der italienischen Politik für das 21. Jahrhundert beginnen.“²⁹⁵ Die AN sieht die Nachkriegszeit als eine Phase des ideologischen Kampfes, in der die politischen Gegner das Meinungsmonopol besaßen und das italienische Volk spaltete.²⁹⁶ Der damit verbundene Riss durch die Gesellschaft habe das Volk über die regionalen Unterschiede, zwischen dem reichen Norden und dem strukturschwachen Süden hinaus, von der Nation entfremdet. Im Gegensatz zur nationalistischen und heimatverbundenen Entwicklung nach 1989 in den bis dato künstlich zusammengehaltenen Staaten des Realsozialismus, die nun endlich zu ihren alten Wurzeln zurückkehren konnten, stand Italien sogar vor einer separatistischen Zerreißprobe. Die *Legas* repräsentiert nach Ansicht der AN die letzte Phase der Spaltung des italienischen Volkes, „[...] in der die alte politische Dichotomie sich in eine territoriale dichotomische Kraft verwandelt hat.“²⁹⁷ Die AN ist nicht nur aufgrund ihrer Geschichte nationalistisch, sie müsse zusätzlich die Identität des italienischen Volkes und die nationale Integrität gegen die regionalistische Gefahr verteidigen. Nationalismus wird nicht nur notwendiges Element der Abgrenzung nach außen, sondern integraler Bestandteil nach innen, wobei der Nationalismus der AN in der Regel in einem moderaten Ton vorgetragen wird. Natürlich gibt es auch immer wieder Entgleisungen, beispielsweise wenn italienische Ansprüche gegenüber den nach dem Zweiten Weltkrieg verlorenen Gebieten (Istrien, Dalmatien, Fiume) geltend gemacht werden.²⁹⁸ Im Grundsatz ist der Nationalismus der AN aber eher defensiver Natur und zielt auf die innere Stabilisierung ab, was ihn nicht weniger unangenehm macht. Im Zeitalter der Standortfrage fällt der Nationalismus der AN kaum aus dem üblichen Diskussionsrahmen und steht in der Tradition der Positionen des MSI.

Nicht nur ihr Nationalismus wird der AN nachgesehen, sie schafft es durch die Charakterisierung als rechts oder postfaschistisch vielmehr, sich mit den ideologischen Wurzeln des Faschismus zu identifizieren, ohne sich der Kritik auszusetzen. Gerade in der Phase der Transformation zwischen 1995 und 1998 betonte die AN immer wieder, sie stehe in der Tradition der Konservativen Revolution, deren Werte vor, während und nach der Ära *Mussolinis* gültig waren. Verwiesen wird dabei auf eine Vielzahl von theoretischen Quellen, in denen sich das konservative Denken manifestiere und die eine Reduzierung bzw. Gleichsetzung von Rechts und dem Faschismus verbieten würden. In der Transformationsphase von MSI zur AN vergewisserte man sich der breiten intellektuellen Basis, aus der die neue Partei schöpfen konnte.²⁹⁹

Explizit genannt wurde *Giovanni Gentile*, Philosoph und Kulturminister unter *Mussolini*, der in Italien einen gleichen, wenn nicht sogar viel größeren Stellenwert wie *Carl Schmidt* in Deutschland hat und als „Ghostwriter“ von *Mussolinis* Grundsatzschrift „Die Doktrin des Faschismus“ gilt. *Enrico Corradini* und *Alfredo Rocco* wiederum legten die wesentlichen Grundlagen bei der Kodifizierung des Faschismus und bei der Umsetzung seiner Grundsätze in legislative Maßnahmen. Die faschistische Staatsauffassung und seine antidemokratischen Ideen totalitärer Art wurden von diesen Männern um *Mussolini* bereits vor der Machtergreifung ausgearbeitet. Gerade *Roccas* Denken „[...] von einer mythischen und organischen Sicht der Nation, vom unbedingten Vorrang des Gemeinwesens gegenüber dem Einzelnen, von der bedingungslosen Ablehnung der liberalen Demokratie, ihrer Prinzipien und Institutionen [...]“³⁰⁰, traf sich vortrefflich mit *Mussolinis* Idee der Volkssouveränität, die durch die Staatssouveränität ersetzt bzw. ergänzt werden konnte. *Carl Schmidt* wird neben anderen Vertretern der Konservativen Revolution (*Ernst Jünger*, *Arthur Moeller van den Bruck*, *Oskar Spengler*) in und um die AN ebenso hoch verehrt und zählt zu ihren geistigen Vätern. Daneben stehen die Protagonisten einer sozialwissenschaftlichen Elitetheorie wie *Vilfredo Pareto*, *Robert Michels* und *Gaetano Mosca*, die eine Synthese von Nationalismus und revolutionärem Syndikalismus begründeten. Es ging ihnen damals „[...] einerseits [um] die Ablehnung der Demokratie, des Marxismus, des Liberalismus, der sogenannten bürgerlichen Werte, der aus dem 18. Jahrhundert überkommenen Ideen, des Internationalismus und des Pazifismus, andererseits [wurde] der Kult des Heroismus, des Vitalismus und der Gewalt [betont] [...], man brauche eine vitalistische, voluntaristische Ethik, um den Konservatismus der Massen zu brechen, und eine Elite, die fähig sei, sie in den Kampf zu führen.“³⁰¹

Gerade über die Ideen und die Positionen von *Pareto*, *Michels* und *Mosca* verschaffte sich der Faschismus in Italien den Zugang zu und den Rückhalt in der Sozialwissenschaft. Die im Gründungsdokument der AN ebenfalls angeführten *Giuseppe Prezzolini* und *Giovanni Papini* legten im ersten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts die Grundlagen des kulturellen Nationalismus und erhofften sich durch die Zunahme der sozialen Spannungen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterschaft eine moralische Erneuerung durch die von *George Sorel* inspirierte Idee des Gesellschaftskrieges, an deren Ende die mangelnde vaterländische Emphase in der damaligen Arbeiterschaft in einem neuen Nationalismus aufgehen würde.³⁰²

Ebenso herausgehoben werden immer wieder *Julius Evola* und *Gabriele D'Annunzio*. Erster bot den jüngeren neofaschistischen Kadern nach 1945 mit seinen Schriften die strategischen und theoretischen Eckpfeiler für die Auseinandersetzung über die Frage nach dem wahren und falschen Faschismus und für die Neuorientierung nach dem Verlust der Staatsmacht. *Evola* spielte daneben eine wichtige Rolle bei der intellektuellen Modernisierung des MSI in den 70er Jahren. *D'Annunzio* ist neben *Mussolini* eine wichtige politische Figur der revolutionären Syndikalisten, deren interventionistische Forderungen und Aktionen zum Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg führten. Nicht zuletzt gilt *D'Annunzio* durch seine Aktionen bei der Besetzung Fiumes – heute Rijeka – als Nationalheld. Die Stadt wurde nach dem Ersten Weltkrieg Kroatien zugeteilt und durch rebellierende Truppen und ein Freiwilligenheer unter seiner Führung besetzt.

Auf *Filippo Tommaso Marinetti* und *Ardengo Soffici*, die mit *Papini* der kulturellen Strömung der Futuristen zugerechnet werden, blickt die AN mit Stolz zurück. Sie beschworen

in der bildenden Kunst und der Dichtung den Vitalismus, Heroismus und die Auflösung der dekadenten bürgerlichen Gesellschaft und fühlten sich zunächst den faschistischen Kampf-bünden und später der PNF zugehörig.

Aber auch die Vertreter der klassischen konservativen Demokratiekritik wie *Joseph de Maistre*, *Edmund Burke* und *Alexis de Toqueville* werden hoch geschätzt.³⁰³ Auf ihre Positionen wird gerne zurückgegriffen, da sie die rechte Kritik an der parlamentarischen Demokratie am dezidiertesten formulierten und sich in ihrer Ablehnung mit den neofaschistischen Positionen treffen: Denn „[d]ie Männer der Rechten sind überzeugt von der generellen Krise, die durch das von der französischen Revolution inspirierte parlamentarische System ausgeht: Einem System, dass zwar das Ende des Absolutismus befördert hat, aber die absolutistische Konzeption (alle Macht dem König) ins Parlament transferiert hat (alle Macht dem Parlament). In dieser Art und Weise hat sich ein ‚absolutistischer Parlamentarismus‘ gebildet [...] der sich über die ‚Volksouveränität‘ geschoben hat.“³⁰⁴ Zur Aufhebung des beklagten Zustandes setzt die AN auf ein direkt gewähltes Präsidialsystem und eine implizite Schwächung des Parlaments. Die favorisierte autoritär-liberale Regierung bzw. der mit zusätzlichen Machtbefugnissen ausgestattete Präsident müsse zum Wohle des Volkes unabhängig agieren können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der AN alle Denkrichtungen präsent sind, die bereits die ideologischen Grundlagen des historischen Faschismus und des MSI bildeten. Nach dem Selbstverständnis der Partei sind die Schriften der genannten und anderer Intellektueller, ihre Werte und Interpretationen der Gesellschaft auch heute gültig.³⁰⁵ Damit gelingt es der AN, sich an den zentralen Werten und Zielen, die dem historischen Faschismus unterlagen, zu orientieren, ohne sich auf ihn berufen zu müssen. Dies ist in modernisierter Form die gleiche Strategie, die zur Gründungszeit der MSI mit der Differenzierung zwischen wahren und falschem Faschismus ihren Anfang nahm und die Akzeptanz der Partei in der Gesellschaft erhöhte. Bereits in den Anfängen des MSI speisten die verschiedenen Strömungen ein durchaus konträres Bild von der anzustrebenden Gesellschaft, dem Staat und den Antworten auf die Probleme der Zeit.³⁰⁶ Aus der „Pluralität“ konstituierte sich ein mehrdimensionales Projekt, das unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen an sich binden konnte. *Marco Revelli* weist auf die drei übergeordneten Aspekte des alten Faschismus und des modernen Neofaschismus hin, die seine „Seele“ oder Identität begründen.³⁰⁷ Als erstes sei der subversive Charakter (Bewegung und Agitation der Masse) zu identifizieren, der sich mit bereits in der syndikalistischen, antikapitalistischen und revolutionären Phase im Vorfeld der Machtergreifung und zum Ende der *Republik von Sàlo* (1943) zeigte. Zweites Element ist der „[...] autoritär-liberal oder nationalliberale [Faschismus] von *Gentile* und *Rocco*, den Theoretikern eines starken liberalen Staates, organisch begründet und jederzeit bereit die Rechte der Bürger im Namen der nationalen Interessen zu opfern, [und] eines Begriffes vom Vaterland, der mit den herrschenden mächtigen Kräften identifiziert wurde.“³⁰⁸ Drittes Moment ist der uneingeschränkte Konformismus mit traditionellen Werten, der Familie und der bürgerlichen Mittelschicht, die den breiten gesellschaftlichen Konsens und die Zustimmung erst ermöglichen. Alle drei Aspekte waren in der Geschichte des MSI präsent, prägten auf der einen oder anderen Weise die Richtungsstreitigkeiten und bilden das Fundament, auf dem die AN heute steht.

3. Wirtschaftsliberalismus und moderner Autoritarismus

Unabhängig von den beiden Partnern vertritt die AN eigene Positionen, wie sie das politische, soziale und ökonomische Leben gestalten will. Im Unterschied zur akzentuiert neoliberal auftretenden FI und den regionalistisch determinierten Vorstellungen der *Lega* stehen bei der AN die Nation, die Gemeinschaft, die Werte und Traditionen im Zentrum der Argumentation. Eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sie hingegen nicht, da es keine faschistische oder neofaschistische Wirtschaftstheorie gibt, auf die sie sich beziehen könnte. In diesem Feld muss die AN auf neoliberale Positionen zurückgreifen, wenn sie dem auch von ihr negativ besetzten Wohlfahrtsstaat und seiner kritisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Alternative entgegenstellen will. Auch für die AN ist die „Erste Republik“ an einer massiven wohlfahrtsstaatlichen Regulation der Altparteien gescheitert, die auf einem Konsens mit den „protegierten Schichten“ (*ceti protteti*) beruhte. Auf „[...] einem Einverständnis zwischen der Hochfinanz und den Gewerkschaften, deren Parolen der Ordnung die *cassa integrazione* [Ausgleichskasse für den Mezzogiorno, Anm. d. Verf.] und die Invalidenrenten waren und für die Masse der Klientel eine Menge von Leistungen eines realen Sozialismus bereithielt; diese Politik geriet mit dem Vertrag von Maastricht in die Krise, die einen neue Phase obligatorisch werden ließ: Die parasitären Mechanismen brachen zusammen [...] [und] es formte sich im Land ein neuer sozialer Block, der auf den produktiven Schichten (*ceti produttive*) basierte.“³⁰⁹ In ähnlicher Weise wie die Koalitionspartner FI und *Lega* war für die AN die Zeit gekommen, in „[...] der sich die klein und mittelständischen Unternehmen von der Hypothek der Großindustrie befreien und eine gerechte Grundlage schafften, auf der sich die Selbständigen, Handwerker, Freiberufler und auch die Arbeitslosen treffen: Alle diejenigen, denen von den Gewerkschaften nie etwas garantiert wurde und auch nichts garantiert werden kann.“³¹⁰

Die beliebte Mittelstandsrhetorik wird nicht nur zur Abgrenzung gegen die Großindustrie und Hochfinanz eingesetzt, es wird gleichzeitig das Stereotyp bedient, dass dort die meisten Arbeitsplätze aus sich selbst heraus entstünden, wenn es nicht zu viele Regulierungen gäbe. Verantwortlich für die falsche Politik wären neben den Altparteien die Gewerkschaften. Ihnen wird indirekt vorgeworfen, dass sie an der Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme der prekär Beschäftigten schuld seien. In den Gewerkschaften würden laut AN nur die Partikularinteressen der regulär Beschäftigten vor allem aus der Industrie vertreten, die sich ihre Vorteile zu Lasten der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen verschaffen würden. Die Gewerkschaften gelten somit in neoliberaler Manier als Angebotskartell. Eine Beschäftigungspolitik für eine nationale Solidarität und Partizipation aller habe anzuerkennen, dass der Arbeitsmarkt auch nach den Regeln von Angebot und Nachfrage funktioniere. Ein von „oben“ durch die Gewerkschaften regulierter Arbeitsmarkt stehe der Vollbeschäftigung immer im Weg und verhindere bewusst die Eingliederung der Arbeitslosen. Daneben könne aufgrund der landesweit geltenden Bestimmungen nicht auf die unterschiedlichen ökonomischen Strukturen und Bedürfnisse in den Regionen und den verschiedenen Unternehmenseinheiten eingegangen werden. Überhaupt sei der gesamte kollektive Ansatz im Zeitalter der Globalisierung ineffizient. Gerade die drei großen Gewerkschaften (CISL, CGIL, UIL) gelten als Garanten der alten Parteienherrschaft, die den ökonomische Ruin der italienischen Nati-

on zu verantworten hätten, wobei die gewerkschaftliche Linke durch die ständige Streikdrohung und das Insistieren auf den Klassencharakter von Arbeit und Kapital zur Deformation der Beschäftigungsentwicklung beigetragen habe.³¹¹ Der ökonomische und soziale Immobilismus, den die AN konstatiert, resultiere im Kern aus der politischen Einflussnahme eines parasitären Bürgertums (*borghesia parassitaria*) auf die produktiven Elemente der Gesellschaft, welche die Marktgesetze außer Kraft setzte. Die Wiederherstellung der effizienten Strukturen und Mechanismen zwischen Angebot und Nachfrage wird somit ein Hauptanliegen der AN. Ziel ist es, die Beschäftigung zu fördern, die Macht der Konzerne zu beschränken und auf die Herausforderungen der Globalisierung angemessen reagieren zu können. Denn die klein- und mittelständische Unternehmenseinheit könne durch die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsteilung und des Warenaustausches prosperieren.³¹²

Insoweit stimmt die Beschreibung der vermeintlichen wirtschaftspolitischen Verfehlungen in der Vergangenheit durch die AN mit der Analyse der FI und der *Lega* überein, wenn von ihrer regionalistischen Zielsetzung abstrahiert wird. Ein Unterschied liegt darin, welchen Stellenwert die Elemente Autorität und Führung in Bezug auf Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung haben. Im Gegensatz zu den Partnern betont die AN stärker die Rolle des Staates bei der Steuerung des Wirtschaftsprozesses, der natürlich nach den Regeln des Marktes abzulaufen habe. Hinter den neoliberalen Forderungen und Zielen muss aber immer eine Macht stehen, die diese in der Gesellschaft auch durchsetzen kann. In den modernen Nationen fällt diese Rolle dem Staat und seinen nachgeordneten Institutionen in der Region oder der Kommune zu. Was bei der FI und der *Lega* oft in den Hintergrund tritt, aber immer mitgedacht wird, sei es als autoritärer nationaler Wettbewerbsstaat oder als regionale Wettbewerbsgemeinschaft, vertritt die AN offensiv. Sie gewährt dem Staat eine aktive Rolle und grenzt sich von der plumpen Rhetorik der Entstaatlichung ab. Dabei geht es nicht um eine wohlfahrtsstaatliche Regulation der Ökonomie oder des Marktes, sondern um die Stabilisierung der Gesellschaft als soziale Gemeinschaft. Denn so effizient der Markt auch in ökonomischer Hinsicht sei, der durch ihn unterstützte Konkurrenzkampf und das Profitstreben können letztlich die soziale Einheit bedrohen. Gerade in Italien zeige sich der ökonomische Egoismus in der Forderung nach Separation am deutlichsten.³¹³

Die AN tritt seit 1993 an, ein neues System für Italien (*Sistema Italia*) zu konstruieren. Hierzu bedarf es einer Balance zwischen der Freiheit des Marktes und einer neuen nationalen Identität, die nur ein starker und effizienter Staat zur Verfügung stellen kann. Letzterer ist nicht durch regionalistische Tendenzen im Innern oder externe, durch die Globalisierung geschaffene supranationale Institutionen zu ersetzen.³¹⁴ Die AN steht mit diesem Ansinnen in der Kontinuität des Faschismus unter *Mussolini*, in dem die Verbindung zwischen wirtschaftsliberalen Positionen und effizienter Staatsführung ähnlich erklärt wurde und bestimmend für die Realpolitik war. Zwar sprach man damals von der korporativen Einheit und dem organischen Aufbau der Gesellschaft, aber die politische Botschaft war gleich. Der Liberalismus wurde eng mit einem darauf abgestimmten Autoritarismus verbunden. Auch heute zeigt sich diese Symbiose in allen programmatischen Aussagen der AN.³¹⁵ Autorität wird dabei nicht als diktatorische Herrschaftsform propagiert oder ein unumschränkter Führer favorisiert, sondern durch die Begriffe Pflichten, Werte und Leistungselite umschrieben. Abgehoben wird auf einen institutionellen Umbau zum Präsidialsystem mit plebiszitären

Elementen, um die Parteienherrschaft zu brechen, den Bürger mit der politischen Instanz der Entscheidungsfindung zu verbinden und damit die Volkssouveränität zu garantieren. Ähnlich harmlos präsentiert die AN ihren Nationalismus oder Patriotismus als Suche nach der italienischen Identität und der Volksgemeinschaft, die in Form der sozialen Gemeinschaft oder besonders geschickt als Wohlfahrtsgemeinschaft (welfare community/welfare society) mit der Stärkung der Subsidiarität präsentiert wird.³¹⁶

In Abgrenzung zum Neoliberalismus betont die AN, dass sich soziale Kohärenz nicht durch einen schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus herstellen lässt. Der interne Streit verläuft wie oft in der Parteigeschichte entlang der Trennungslinie, wie stark auf ein neoliberaleres, autoritäres Projekt gesetzt wird oder wie in Abgrenzung dazu die soziale Gemeinschaft und eine stärkere soziale Verankerung an der Basis der Gesellschaft beschworen wird. Beide Ansätze lassen sich aber relativ einfach miteinander verbinden, und so stellte *Fini* bereits 1993 zur Frage der wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbilder in Abgrenzung zum klassischen Liberalismus fest: „[...] Alleanza Nazionale sei liberaldemokratisch. Wer hat das behauptet? Niemand ist autorisiert, das zu sagen, außer es geschieht in böser Absicht, denn in den traditionellen Werten finden sich die Nation, die Familie und auch die Solidarität. Eine Solidarität, welche die Antithese zur Übertreibung des Wettbewerbsprinzips und des Profits als einzige Richtschnur darstellt. [...] In den traditionellen Werten finden sich neben dem Konzept von Familie, Nation und Solidarität auch die soziale Gemeinschaft, und wer könnte auch nur behaupten, dass der MSI sein Verständnis der sozialen Gemeinschaft zugunsten der Logik des freien Marktes aufgibt, die lediglich die Dynamik auf ökonomischem Gebiet darstellt? [...] Es ist nicht wahr, dass das Projekt Alleanza Nazionale eine liberaldemokratische Rückentwicklung sei.“³¹⁷

Richtig ist, dass die AN nicht den klassischen politischen Liberalismus mit den auf ihn zurückgeführten Werten (Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung, Repräsentativsystem und Parlamentarismus) vertritt. Favorisiert wird eine Variante, die Liberalismus in der Ökonomie mit Autoritarismus verbindet. Zwischen diesen Elementen besteht aber nicht der Gegensatz, den *Fini* beschreibt oder der gerne in wirtschaftsliberalen Kreisen vertreten wird, um sich von modernen autoritären Konzepten abzugrenzen.³¹⁸ Denn wie bereits *Ludwig von Mises*, einer der Väter des modernen Neoliberalismus ausführte, hätte „[d]as Programm des Liberalismus [...], in ein einziges Wort zusammengefasst, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln [...] Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung [...] der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen [...] [haben] für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben.“³¹⁹ *Giovanni Gentile* ging noch weiter und definierte den Faschismus als liberale Kraft, die gegen den falschen, den demokratischen Liberalismus, angetreten sei. Dafür galt ihm und vielen anderen der vom damaligen Regime begonnene wirtschaftsliberale Umbau als bester Beweis, und im Grunde müssten sich alle, die sich liberal nennen, dem Regime zugehörig fühlen und es unterstützen.³²⁰ In dieser Tradition besteht die AN auf die Verbindung von Führung, Autorität, Elitebewusstsein, unhinterfragbaren Werten und wirtschaftlicher Freiheit.

Statt auf einen unvereinbaren Gegensatz zwischen Neoliberalismus und neofaschistischen Positionen abzuheben, weist die AN auf ein immanentes Problem des Neoliberalismus hin.

Die primäre Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und der Gesetze des Marktes führt nicht nur zu Polarisierung, sozialer Destabilisierung und ökonomischen Problemen, sondern beinhaltet die Auflösung der sozialen Basis des Kapitalismus (Familie, Werte, Traditionen). Es müsse nach Ansicht der AN neben aller Rhetorik von Freiheit, Wettbewerb und Konkurrenz eine übergeordnete Klammer geben, damit die soziale Gemeinschaft nicht im „Anarchismus des Marktes“ und im Individualismus versinkt. Hier liegt für die Partei die große Gefahr, die der Neoliberalismus nicht lösen kann. Anerkannt werden zwar die Leistungen der neoliberalen und neokonservativen Vordenker im Zeitalter der kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Gefahr, die den Leistungsgedanken untergrub und über ihre wohlfahrtsstaatlichen Eingriffe den Marktmechanismus außer Kraft setzte. Dies musste zur Deformation der Gesellschaft führen. Der Verlust der konservativen Regierungsmacht (*Thatcher, Reagan, Kohl*) aber wird darauf zurückgeführt, dass sie über ihre wirtschaftsliberalen Positionen hinaus keine befriedigende Antwort auf die Desintegration der Gemeinschaft geben konnte. Es folgte der Aufstieg der „neuen“ Sozialdemokratie, welche die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts betonte und eine Lösung anbot. Diese Ära könne aber keine wirkliche Lösung bringen, da die Sozialdemokratie immer noch auf den alten Konzepten der Intervention und Regulation beruhe oder in ihrer modernen Variante den Globalisierungsprozess unumschränkt begrüße und so die nationale Identität und die Wertegemeinschaft zerstöre. Die Definition von Identität und Gemeinschaft wird somit zentrale Aufgabe und Herausforderung für die AN, um deren Lösung sich eine moderne Rechte gruppieren müsse.³²¹

Ausgangspunkt für die Ableitung ökonomischer und sozialer Antworten bleibt das Konzept einer eher legalistischen als rassistischen Volksgemeinschaft, die auf kulturellen und sozialen Werten beruht, und einem autoritären, mit dem Effizienzgedanken verbundenen Staatsverständnis, dessen Führung das Primat der Politik über die Wirtschaft und das soziale Leben ausüben muss. Neoliberale Versatzstücke lassen sich nicht nur taktisch einbauen, sondern sind aufgrund der Überschneidungen problemlos. Eine Identität zwischen Neoliberalismus und Faschismus oder Neofaschismus wird nicht unterstellt, „[a]ber beiden gemein ist die Legitimation einer von demokratischen Einflüssen und Verteilungsgerechtigkeit befreiten kapitalistischen Ordnung, [...] [und] ein autoritäres Regime ist dem Neoliberalismus allemal näher als eine lebendige Demokratie, ein kulturell determinierter Rassismus entspricht Hayeks Verständnis von der ‚kulturellen Evolution‘ der Gesellschaft, und das negative Freiheitsverständnis der neoliberalen Sozialphilosophie fordert die Demut und die Unterordnung des Individuums unter übergeordnete Werte.“³²² Alle diese Elemente finden sich im Rechtsbündnis in verschiedener Ausprägung. Gemeinsames Ziel der Parteien ist die institutionelle Veränderung der Republik und eine moderne Wirtschaftspolitik, die dem sozialen Leben einen neuen Sinn geben soll. Sie kämpfen gegen die Übel, die mit dem Wohlfahrts- oder Entwicklungsstaat, der demokratischen Vermassung, dem Konsumismus und Materialismus, der Individualisierung und Entfremdung, aber nie mit Kapitalismus oder der Verteilungsfrage verbunden werden.

Die AN repräsentiert das historische Moment im Rechtsbündnis und bietet an, die soziale Frage durch ein eigenes Gesellschaftsverständnis zu lösen. Diese Position lässt sich nicht immer reibungslos in die Vorstellungen und Vorschläge der Partner einfügen. Umgekehrt

hängt die Frage, wie stark die neoliberalen Positionen in der AN sein dürfen bzw. wie stark sie die Ansätze der FI und *Lega* mitträgt, immer von den Bedingungen ab, unter denen die AN agiert. Mit dem alten Vokabular vom Korporatismus, der Volksgemeinschaft und seiner organischen Struktur kann sie sich heute kein Gehör verschaffen. Diese Sprache wird schon lange nicht mehr benutzt, und es finden sich in den offiziellen Dokumenten der AN auch keine plakativen Hinweise auf ihren neofaschistischen Charakter. Ähnlich der FPÖ um *Jörg Haider* tritt die AN durch ihren spezifischen Neoliberalismus modern auf und gibt sich durch die Betonung von alten Werten und als Interessenvertretung des „kleinen Mannes“ gleichzeitig traditionell.³²³ Vor dem Hintergrund der Historisierung des Faschismus und der programmatischen Entwicklung erfordert die Kombination aber keinen positiven Bezug auf die Zeit *Mussolinis*.

4. Starker Staat und Präsidentialverfassung

Um den sozialen Konflikt zu lösen und die Nation effizient zu führen, braucht Italien nach Ansicht der AN einen starken Staat und eine kooperativen Wende der Institutionen und seiner Aufgaben. Die Kritik an der Demokratie wird anhand der ineffizienten Entscheidungsfindung im Parlament und der mangelhaften Durchsetzung einmal beschlossener Maßnahmen formuliert, die durch eine starke Führung mittels Präsidentialverfassung überwunden werden sollen.³²⁴ Das Präsidentsystem und die immer wieder angeführten plebiszitären Elemente sind jedoch nicht als Aufwertung basisdemokratischer Elemente misszuverstehen. Vor dem Hintergrund der klaren wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der AN dienen die plebiszitären Elemente lediglich der populistischen Absicherung der autoritären Führung. Der gesellschaftliche Dialog soll durch die Partei oder das Regierungsbündnis organisiert werden, um die produktiven Schichten und die soziale Gemeinschaft gegen den parasitären Block zu formieren. Die erwünschten plebiszitären Elemente werden lediglich zum Bestandteil der Reanimierung alter Werte und der Legitimierung repressiven Handelns, um die unterstellte Dekadenz der Gesellschaft zurückzuschlagen.

Die AN bezieht, ähnlich der *Lega*, ihre Gesellschaftskritik nur auf die Form und Struktur des Staatsaufbaus, nicht aber auf die ökonomische Basis der Reproduktion und der investiven und konsumtiven Verwendung des Mehrprodukts. Einig sind sich die Koalitionspartner darin, dass Änderungen an der ökonomischen Ausrichtung sich nur auf die bessere Durchsetzung der Marktmechanismen zu konzentrieren haben. Die soziale Frage ist für die AN eben keine Verteilungsfrage, sondern eine Frage der Partizipation am Markt und der Einbindung des Einzelnen in die Verwertung. Für die AN hat der Einzelne daneben eine ihm zugewiesene Position im Staat bzw. in der sozialen Gemeinschaft einzunehmen. Wird die Struktur der sozialen Gemeinschaft ebenso zerstört, wie der gerechte und effiziente Staat durch den Interventionismus zur Erhöhung der sozialen Wohlfahrt verhindert wurde, so könne das natürliche System zwischen sozialer Gemeinschaft, effizientem Markt und gerechter Führung nicht mehr funktionieren. Das System wird schwach und ungerecht, wie die Geschichte der „Ersten Republik“ bewiesen habe.

Ohne einen starken Staat kann es nach Ansicht der AN keine Gerechtigkeit geben. Sie erkennt zwar die Freiheit des Einzelnen an, definiert aber ähnlich wie die Koalitionspartner die Freiheit negativ als Abwesenheit von Zwang sich ökonomisch frei betätigen zu können.³²⁵ Der Staat wiederum verkörpere eine über den unmittelbaren Zeitraum gültige Idee und besitzt eine eigenen Identität, die sich in der italienischen und europäischen Geschichte herausgebildet habe. Das Wesen des Staates und der Nation sei mehr, als die Summe der Einzelinteressen und der regionalen Besonderheiten. Auch könne er nicht nur vertragstheoretisch abgeleitet werden, da der Staat und seine politische Führung nur frei und gerecht agieren könnten, wenn sie über allen Interessen stehen würden.³²⁶ In diesem Kontext ist die Rückbindung der Regierung an die Kontrollfunktion des Parlaments fast unmöglich, denn jeder oppositionelle Einspruch kann mit dem Hinweis auf den möglichen Schaden für das Allgemeinwohl zurückgewiesen werden. Angeknüpft wird damit an die korporatistische Leitidee der Manifestation der Nation im „juristischen Staat“, in dem die soziale Klasse durch die nationale Frage ersetzt wird.

Auch der Mythos der überzeitlichen Substanz von Nation und Staat bezieht sich auf alte Vorstellungen, die in veränderter Sprache vorgebracht werden. Bereits 1924 fasste *Camillo Pellizzi*, Philosophieprofessor und Schüler *Gentiles*, die Position zusammen, die sich im Staatsverständnis der AN widerspiegelt: „Im Augenblick fassen wir den Staat weder als Vereinigung von Bürger-Individuen auf noch als eine Art Vertrag, der im Verlauf der Geschichte zustande gekommen wäre. Doch wenn man diese Institution schon definieren soll, würden wir sagen, es handle sich um eine prädominierende historische *Persönlichkeit*, um das Instrument zur Verwirklichung eines Mythos. Der Staat ist also keine unwandelbare Realität, sondern ein dynamischer Prozess, der nur dann Anspruch auf Bewegung erheben kann, wenn er – auf andere Weise – seinen eigenen Fortbestand darstellt. Er kann nicht die *Erneuerung* eines Mythos sein, wenn er nicht dialektische und tragische Einheit älterer Mythen verkörpert. [...] Dieses Wort ‚Staat‘ lässt sich auf unser Konzept nicht anwenden. In unserem Nicht-Staat hängt das Gesetz vom Endmythos, nicht vom Urmythos ab. Und das Endziel kann, auf seine Art, nur eine neue Einheit der alten Mythen sein.“³²⁷ Mit der realen Konstruktion von Nationen, dem modernen Staat und Nationalismus vor dem Hintergrund der realen ökonomischen Entwicklung und der veränderten sozialen Struktur hat dieser mythologische, überzeitliche Ansatz nur wenig gemein. Zwar wird die soziale Konstruktion deutlich, wenn die regionalen Besonderheiten wie gezeigt zum Separatismus führen. Der Mythos der Nation wird von der AN in einer Weise beschworen, dass dem regionalen Aufbegehren mit einem neuen Nationalismus begegnet werden muss, um den ethischen, gerechten und starken Staat in der „Zweiten Republik“ zu neuer Geltung zu verhelfen.

Der Korporatismus wurde bereits in den 70er Jahren im und um den MSI neu diskutiert, allerdings in einer anderen Sprache. So wurde die korporatistische Leitidee stärker als ganzheitliche Organisation der Gemeinschaft definiert, in der die spezifischen Interessen harmonisch zum Wohle aller in der Nation aufgehen würden. „Der Begriff ‚korporativ‘ leitet sich vom lat. ‚corpus‘ (Körper) ab. Es besagt schlicht, dass die sozialen Gruppen, die Fachschaften der Arbeitenden gewissermaßen, ausgehend von ihren legitimen Einzelinteressen, im Staate als der Organisationsform der arbeitenden Nation zusammenwirken sollen wie die einzelnen Organe des menschlichen Körpers. Das korporative Gesellschafts- und Staatsverständnis ist also ein organisches, ein ganzheitliches; es integriert die Einzel- und Gruppeninteressen, de-

ren Legitimität jeweils vorausgesetzt – und vor allem: anerkannt – wird, in der vorgegebenen Gemeinschaft. ‚Vorgegeben‘ deshalb, weil sich Italiens Neue Rechte den Staat weder als ‚Instrument der Klassenherrschaft‘ noch als ‚Summe aller Rechtsnormen‘ (fehl-)interpretiert, sondern in ihm die Organisation – nicht zuletzt: die Arbeitsorganisation – der historisch gewordenen Nation sieht.“³²⁸ Die unterschiedlichen Interessen von Kapital und Arbeit heben sich damit in einer höheren Einheit auf. „Beide werden arbeitsbezogen als Teilgemeinschaft gedacht, gleichwertig nebeneinander, und das korporative Prinzip besagt, dass sie zum Wohle der größeren Gemeinschaft der Nation solidarisch zusammenwirken sollen.“³²⁹ Daraus ergibt sich, dass der korporative Staat als ethischer Staat bezeichnet wird, der die höchste Form der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt. In einem solchen Staat manifestiere sich die Überwindung von liberalem Kapitalismus und sozialistischem Materialismus. Die korporative Verfassung des Staates – allgemeine Ebene – wird auf die konkrete Ebene transformiert, auf der die Betriebsgemeinschaft das mikroökonomische Pendant des ethischen Staates darstellt. Heute artikuliert die AN die ewig gleiche Sehnsucht des Faschismus nach Überwindung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit in der Nation oder im Betrieb mit dem Systembegriff und weniger als Organ oder Körper. Trotz des Verweises auf die Nation und das Volk war und ist der Korporatismus in seiner italienischen Ausprägung klar von anderen Varianten abzugrenzen. Denn im Gegensatz „[...] zur nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, die von der nebelhaften Vorstellung einer Volksgemeinschaft ausging und deren Organisationsprinzip lediglich in der Befehlsstruktur von Führung und Gefolgschaft bestand, [leugnete] der [italienische] Faschismus [...] die Existenz von Klassen nicht und betrachtete den Interessenkonflikt der Klassen als eine Wirklichkeit, die anders als in der Form des Klassenkampfes zu bewältigen sei. Durchaus im Sinne der traditionellen katholischen Soziallehre setzte man nicht auf die Aufhebung, sondern auf die Zusammenarbeit der Klassen.“³³⁰ Dem Staat, seinen Institutionen und der faschistischen Partei fiel bei der Organisation dieser Zusammenarbeit eine herausragende Rolle zu, wobei die institutionelle und rechtliche Verfasstheit der Korporation zum „Wohle der Nation“ deutlich weniger willkürliche Elemente beinhaltete, als der nationalsozialistische Ansatz im Dritten Reich. Auch ist der italienische Korporatismus nicht mit einer ständestaatlichen zu verwechseln. Ständische Elemente wurden zwar bemüht, „[...] seinen Kern bildeten aber die institutionalisierten Regelungen des Klassenkonflikts und die staatliche Mitwirkung in der Produktion. Die bei den [damaligen, Anm. d. Verf.] Korporativisten gängige Terminologie unterscheidet sich entsprechend von der romantisch-ständischen Sprache der Nachahmer. Da ist von Produktivität die Rede, von Kapazität, teilhaberischer Mitarbeiterschaft von Kapital und Arbeit, Betriebsselektion, Kapitalverteilung, Normierung des Produktionssystems u.a.“³³¹ Angesichts der gegenwärtigen Politik der mehr oder weniger überall zu beobachtenden sozialpartnerschaftlichen, tripartitären Gestaltung nationaler Wirtschaftspolitiken im Zeitalter der Globalisierung und des verschärften Wettbewerbs, ist die neofaschistische Partei mit ihrem integralen korporativistischen Verständnis auf der Höhe der Zeit. Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht, jeden Versuch der Konfliktlösung zwischen Arbeit und Kapital unter Einbindung staatlicher Institutionen als neofaschistisch zu charakterisieren. Über die Form hinaus müssen noch weitere Bestandteile, vor allem ideologischer, ökonomischer und sozialphilosophischer Natur, zusammenkommen, um einen neofaschistischen Ansatz zu begründen.

Damit sind die zentrale Momente des Gesellschaftsverständnis der AN in modernisierter Form benannt, wobei die Definitionshoheit, was das Gemeinschaftsinteresse de facto ist, immer bei der Partei und der von ihr gestützten Regierung liegt. Es ist logisch, dass bestimmte Einzelinteressen nur bis zu dem Punkt als legitim gelten, an dem sie das abstrakte Allgemeinwohl in Frage stellen. Besonders störend sind die Forderungen nach materieller Partizipation durch Gewerkschaften, Linksparteien und soziale Bewegungen, die zu Konflikten führen. Diese Konflikte, die objektiver Ausdruck der Existenz der Antagonismen zwischen Kapital und Arbeit sind, werden einzig durch illegitime, da rückwärtsgewandte und überkommene Vorstellungen der Individuen verursacht, die sich nicht der historisch gewordenen Nation und ihrer Funktion unterordnen wollen. Um diese Konflikte zu minimieren, muss die Struktur des Staates geändert werden. Denn in der parlamentarischen Demokratie wird es der organisierten Arbeitnehmerschaft, über die Linksparteien, potentiell immer möglich sein, die eigenen Interessen im Parlament zu artikulieren und der Regierung falsche und schädliche Kompromisse abzurufen. Favorisiert wird eine Präsidialverfassung, in der ein vom Volk direkt gewählter Staatspräsident unabhängig von den Einspruchsrechten der politischen Vertreter im Parlaments agieren kann. Den kontraproduktiven Interessen der Gewerkschaften oder anderer Lobbygruppen müsste dann nicht mehr entsprochen werden.

Die sozialen Probleme werden primär auf die alte Parteienherrschaft, die Dekadenz der „Ersten Republik“ und die sich bekämpfenden Partikularinteressen im Staat zurückgeführt. Politische Kartelle seien gebildet worden, die Menschen mit abweichender politischer Zugehörigkeit und anderen Vorstellungen ausgeschlossen hätten. Bevorzugtes Objekt der Kritik sind dabei, wie auch in der Vergangenheit, die „linken“ Gewerkschaften, die aufgrund ihrer Monopolstellung nur für die Beschäftigten eingetreten seien, den freiberuflich Tätigen, Arbeitslosen oder sozial marginalisierten Personen aber nicht helfen konnten bzw. wollten. Die ausgehandelten Tarifverträge und rechtlichen Bestimmungen würden für alle Landesteile gelten und könnten somit nicht auf die jeweiligen Verhältnisse in den unterschiedlich entwickelten Regionen reagieren. Beide Vorwürfe finden sich dezidiert im neoliberalen Gedanken vom Tarif- und Arbeitsmarktkartell der Gewerkschaften. Im neofaschistischen Ansatz wird jedoch nicht nur die Frage der ökonomischen Ineffizienz und der unlauteren politischen Einflussnahme in das Marktgeschehen thematisiert, sondern die Spaltung der Nation und des Volkes zwischen den Arbeitsplatzbesitzern und den Ausgeschlossenen ins Zentrum gerückt. Die Möglichkeit, eigene Leistung zu erbringen und am nationalen Wohlstand teilzuhaben, wurde somit nicht nur durch das Parteienkartell, sondern auch durch das mit ihm eng verbundene Gewerkschaftskartell verhindert. Es gelte somit, den spezifischen Egoismus zu überwinden, der sich in der Gewerkschaftspolitik der Vergangenheit manifestiert habe.

Der Staat und die Gesellschaft müsse von Grund auf erneuert werden. Da der Staat bzw. die Nation aber mehr als die Summe der ökonomischen Einzelinteressen sei, habe er eigenständige Funktionen zu erfüllen, so dass auch die Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen bzw. seine Aufgaben zu privatisieren, begrenzt sind.³³² Unterschieden wird zwischen einer richtigen und falschen Privatisierungspolitik. Falsch sei es, die strategische Bedeutung einzelner Sektoren nicht mit in Betracht zu ziehen. Zudem kann die AN die Bürokratie bzw. den öffentlichen Dienst nicht in ähnlicher Weise wie die FI und die *Lega* als „soziale Parasiten“ angreifen. Denn erstens muss sich der effiziente und starke Staat auf seine Bedienste-

ten stützen, und zweitens findet sich in der öffentlichen Verwaltung und den Staatsbetrieben in Süditalien die Wahlklientel der AN.

5. Soziale Gemeinschaft statt Wohlfahrtsstaat

Es ist für die AN unstrittig, dass die wohlfahrtsstaatliche Regulation der Vergangenheit angehört. Dies ergibt sich erstens aus ihrer Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb. Zweitens wird die wohlfahrtsstaatliche Regulation auf die von ihr kritisierte Verbindung der Altparteien mit den Gewerkschaften zurückgeführt, die auf Kosten der produktiven Schichten einen sozialen Block formierten. Und drittens würde es unmöglich, das alte wohlfahrtsstaatliche System im Zeitalter von Globalisierung und internationaler Konkurrenz überhaupt erhalten zu wollen. In der Beschreibung sind sich die Koalitionsparteien einig. Sieht die FI aber die Lösung der sozialen Frage in einem radikalen Abbau der Leistungen und der Senkung der Abgabenlast zur Förderung der Privatinitiative und die *Legas* in der Regionalisierung der Sozialsystems, so kann die AN den marktradikalen Weg nur begrenzt gehen. In ihren Aussagen finden sich aus Rücksicht auf das eigene Wahlklientel wenig Aussagen zur Privatisierung der sozialen Sicherung, zur drastischen Senkung der Abgabenlast oder zu Leistungskürzungen. Die AN überlässt es den Koalitionspartnern, die unpopulären Maßnahmen zu formulieren, und propagiert stattdessen die Konstruktion eines auf Werte und von unten aufgebauten Sozialsystems, welches der durch die Globalisierung bedingten kulturellen Homogenisierung entgegenwirken soll und in der Konkurrenz mit den anderen Nationen bestehen kann.

Der Wohlfahrtsstaat soll durch eine Revitalisierung der sozialen Gemeinschaft ersetzt werden, die auf drei Elementen basiert: der Familie, dem Non-Profit-Bereich (oder Drittem Sektor) und der staatlichen Intervention unter strikter Beachtung des Prinzips der Subsidiarität.³³³ Die ausschlaggebende Größe muss die Familie sein, denn neben der Individualität ist „[...] die Familie die primäre soziale [und natürliche, Anm. d. Verf.] Dimension.“³³⁴ Als zentrale Handlungsanweisung wird im Konzept vom „zivilen Italien“ propagiert, die Deformationen der sozialen Basis aufzuheben, welche die politische Linke über ihren Anspruch nach Revolutionierung der Lebensverhältnisse in der Vergangenheit über den wohlfahrtsstaatlichen Dirigismus und der hedonistischen Lebensweise nach Selbstverwirklichung durchgesetzt habe.³³⁵ Die Familie wurde in ihrer Funktionsweise durch die permanenten sozialen und ökonomischen Interventionen behindert, sowie durch den Werteverfall bedroht. Ähnlich dem Staat und der Nation wird der Familie eine übernatürliche Rolle zuerkannt, über die sich die Ordnung der Gesellschaft ausdrücke. Familien zu schützen und zu fördern stehe an erster Stelle, zumal sich diese Einheit besser und kosteneffizienter um die Pflege der älteren Generation kümmern könne.³³⁶ Ein weiteres gravierendes Problem ließe sich ebenfalls nur durch den Beitrag der Familie lösen, nämlich die demographische Verschiebung zwischen Jung und Alt. In neoliberaler Manier wird die Demographie herangezogen, um zu erklären, dass die soziale Sicherung in Zukunft nicht mehr zu finanzieren sei. Die wesentlicheren Aspekte der Finanzierung jeglichen sozialen Wohlstandes, die Produktivitätsentwicklung, die Verteilung des produzierten Mehrwerts zwischen Löhnen und Gewinnen und die Entwicklung

sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse finden keine Beachtung. Der Lebensschutzansatz der AN steht so nicht unter dem Verdacht, er sei primär durch die Angst vor dem Aussterben der italienischen Bevölkerung getrieben, sondern präsentiert sich als Sorge um die zukünftige Finanzierung der sozialen Leistungen. Als Teil der Lösung wird hier die Zuwanderung präsentiert, wobei, wie bei der *Lega*, die Nützlichkeit der Immigranten im Vordergrund steht. Die Ausländer, die sich in das italienische System integrieren und deren Fähigkeiten gebraucht werden, sollten dort auch leben können. Ausländerfeindlichkeit wird im Umkehrschluss auf die mangelnde Steuerung der Migration zurückgeführt.³³⁷

Die subsidiären Aufgaben der sozialen Gemeinschaft sind eindeutig: „Die Reform des Sozialstaats geht nur über eine Konzeption von Wohlfahrt auf der Basis der Zentralität der Familie und der Protagonisten der sozialen Zivilgesellschaft, des Privaten und des Dritten Sektors, ausgerichtet an dem Modell einer Wohlfahrtsgemeinschaft (welfare community oder welfare society), der den Motor der Solidarität in der Gemeinschaft sieht und den wirklichen Zusammenhalt des Sozialen begründet.“³³⁸ Die soziale Gemeinschaft habe nicht nur die Aufgabe, Kosten der sozialen Sicherung einzusparen und die unnatürlichen Eingriffe der Vergangenheit abzulösen. Sie soll zusätzlich die Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomie schaffen, damit die italienische Nation in der Globalisierung bestehen kann. Der Konkurrenzkampf wird aufgenommen und die soziale Gemeinschaft nach klaren Vorgaben formiert. Die Subsidiarität, die Familie und der Begriff von Solidarität beschreiben letztlich eine Situation, in dem die Finanzierung sozialer Leistungen drastisch gekürzt und die sozialen Konflikte an die unteren Ebenen der Gesellschaft – an Regionen, Kommunen und Familie – deligiert werden. Die neue soziale Gemeinschaft darf nicht viel kosten und muss schön klingen. Nur zu diesem Zweck wird sich ständig vom Dirigismus der Vergangenheit durch den „[...] Respekt vor der Eigenverantwortung, inspiriert von der sozialen Doktrin der Kirche und als Träger einer aktiven nationalen Identität im internationalen Verhältnis“³³⁹ abgegrenzt. Das Motte ist „Soziale Fürsorge statt soziale Rechte“ und die Fürsorge wird nur dem gewährt, der sich nach den Leistungsgesetzen des Marktes und dem traditionellen Wertekanon von Pflicht, Hierarchie und Gehorsam konform verhält.

Der Staat bzw. seine Führung haben hier ein Set an Werten und Normen bereitzustellen, um die nationale, soziale Gemeinschaft zu stabilisieren. Werden Leistung und Hierarchie zum ausschlaggebenden Moment, muss in Abrede gestellt werden, dass ein Sozialsystem auf der Basis von Egalität existieren könne oder von einer Gesellschaft mittels Politik anzustreben wäre. Stattdessen wird auf die natürliche Ordnung verwiesen und die u.a. schon bei *Rousseau* zu findende Differenzierung in natürliche und soziale Ungleichheit aufgehoben.³⁴⁰ Dass die Menschen eine natürliche Ungleichartigkeit aufweisen, die irreversibel ist, ist theoretisch kein Problem. Werden diese Merkmale (Geschlecht, Hautfarbe, Alter etc.) zur Grundlage der politischen Ordnung, wie die biologistische Ideologie die Basis des historischen Faschismus war, so wird die Herrschaft sozialer Gruppen mit Naturkategorien begründet. Heute ist diese Erklärung allerdings nicht tragfähig genug, um egalitäre Ausrichtungen wirkungsvoll bekämpfen zu können, da die reale soziale Mobilität den Ansatz relativiert. Die AN negiert vielmehr, dass soziale Ungleichheit durch die Verteilung ökonomischer Güter und politischer Machtmittel bestimmt wird und sich in gesellschaftlichen Institutionen reproduziert. Also eine soziale Konstruktion, die im Prinzip verändert werden kann. Diesem konstruktivisti-

schen Verständnis wird nicht ein biologistisches, sondern eher ein evolutionäres Verständnis entgegengestellt, die soziale Ungleichheit wird anthropologisiert. Das heißt, Kultur und Identität werden im Individuum oder der Familie verortet, die losgelöst von sozialen Zusammenhängen gedacht sind. Egalitäre Ansätze, die eine materielle Komponente enthalten, werden als Gleichmacherei diffamiert. Der wahre Mensch würde in seiner individuellen Entfaltung durch die egalitären Bestrebungen nur behindert und der evolutionäre Weg der kulturellen Entwicklung verlassen werden.

Aus dieser spezifischen Betrachtung der Ungleichheit als Naturkonstante ergibt sich die Notwendigkeit einer elitären Führung. Ohne Elite und Hierarchie würde die favorisierte Gemeinschaft zerbrechen und im Chaos der Masse versinken. Der individuelle Platz wird in der Regel auf die speziellen Fähigkeiten und Leistungen zurückgeführt, die von den natürlichen Anlagen – Instinkte und genetische Anlagen – und weniger von den sozialen Umständen abhängen. Die adäquate Evolution der Gesellschaft würde nur durch eine stärkere Gewichtung dieser natürlichen Grundlagen gewährleistet werden können. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass Funktionsfähigkeit der Gesellschaft durch ethnische oder kulturelle Faktoren und nicht durch die ökonomische Reproduktion bestimmt wird. In idealistischer Tradition verharrend, ist für die AN die Kultur die Basis der Gesellschaft und die Ökonomie nur ihr Überbau. Im Gegenteil entfernten die Einflüsse des Materialismus den Menschen vom richtigen Weg der Evolution, so dass die Kulturgemeinschaft durch den übersteigerten Individualismus und Hedonismus erodiert. An dessen Stelle müsse wieder die soziale Gemeinschaft treten, in der die Pflicht zur Solidarität durch die Zugehörigkeit zur Nation und zum Kulturraum begründet wird.³⁴¹ Eine zielgerichtete Regulation zur Verbesserung der Chancengleichheit verursache nicht nur zu hohe Kosten, da die genetischen Anlagen des Menschen nicht immer den durch die übertriebene staatliche Fürsorge zur Verfügung gestellten Möglichkeiten entsprächen. Vielmehr löst jede soziale Intervention traditionelle Werte ab und führt zum kulturellen Niedergang über die Deformation der Gemeinschaft. Die Ergebnisse seien in der Entfremdung und Vermassung der Moderne zu beobachten: Begriffe, die in der neofaschistischen Partei seit der Öffnung zur neuen Rechte Mitte der 70er Jahre ihren Platz fanden. Für die AN diskreditiert sich der Wohlfahrtsstaat somit in ökonomischer und kultureller Hinsicht und eröffnet der Partei die Möglichkeit, ihn sozialphilosophisch zu diffamieren. Geschieht dies bei der *Lega* aus regionalistischen Motiven und bei der FI aus neoliberaler Überzeugung, so nutzt die AN eine postmoderne Kritik der Gesellschaft, die sich primär der Dekadenz des gesellschaftlichen Überbaus widmet. Es geht ihr um den Aufbau einer neuen Gesellschaft, die von einem gerechten, ehrlichen Staat regiert würde. Die These, nur so würden Konflikte zwischen Individuen, Klassen oder unterschiedlichen Regionen aufgehoben, ist ein kontinuierlicher Aspekt im faschistischen Denken vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein.³⁴² Die AN lehnt sich mit der ganzen Argumentation zwar stark an die Soziobiologie an, sie vermeidet es aber, offen biologistische oder rassistische Positionen zu artikulieren.

Zusammenfassend ergibt sich, dass die AN die Sozialpolitik der Vergangenheit scharf kritisiert und den parasitären Wohlfahrtsstaat (*assistenzialismo*) für die Krise verantwortlich macht. Gleichzeitig grenzt sie sich vom Wohlstandschauvinismus der FI und der *Lega* ab und tritt als Interessenvertreter der marginalisierten Schichten auf. Die AN selbst fordert keine

Kürzung der Sozialleistungen, da sonst ihr Image beschädigt würde.³⁴³ Die Bündnispartner teilen sich die Arbeit: Die bürgerliche Rechte vertritt die Kürzungen, und die AN begegnet der sozialen Marginalisierung mit der Pflicht zur Solidarität und der Aktivierung konservativer Werte. Solidarität bleibt inhaltsleer, beschreibt bestenfalls ein modernes Almosensystem und ist kompatibel mit den neoliberalen Vorstellungen. Die ökonomische Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates wird politisch begleitet, da die Verteilungskonflikte zum Anlass genommen werden könnten, den vormodernen Klassenkampf auf neuer Ebene zu führen. Eine verschärfte Polarisierung wird möglich, wenn der Einfluss von Opposition verhindert (Präsidentenverfassung) und die soziale Intervention durch die Ordnungskräfte flankiert wird (starker Staat). Die AN umgeht durch den Rückgriff auf kulturelle und nationale Rhetorik konkrete Aussagen zur wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption. Im Vordergrund steht die Konstruktion einer Gemeinschaftsidentität, wobei die Reanimation feudaler Strukturen – Familie, soziale Gemeinschaft, Autorität, Nation – das Ergebnis und die Antwort der beabsichtigten Modernisierung antizipieren. Nur so lässt sich bei Zunahme der ökonomischen Polarisierung die soziale Kohäsion sichern. Indirekte und direkte Gewalt und Konsens sind die Aspekte, mittels derer die parlamentarischen Möglichkeiten der Einflussnahme der Masse der Bevölkerung auf die Verteilung des erwirtschafteten Mehrproduktes beschränkt werden sollen. Einerseits kann nur so das privatwirtschaftliche Motiv der Akkumulation und die Verfügungsgewalt über das Eigentum in einer Situation zunehmender ökonomischer Polarisierung garantiert werden. Andererseits müssen wegen der aus Unterkonsumption und Überakkumulation bedingten ökonomischen Krise neue Felder profitabler Verwertung erschlossen werden. Zwischen den beiden Polen – Gewalt und Konsens – finden sich deshalb die gemeinsamen Elemente des Rechtsbündnisses, das sich anschickt, die italienische Politik der nächsten Jahre grundlegend zu verändern.

V. Rechte Dominanz und Linke Krise

Aus der vorgelegten Analyse der *Forza Italia*, der *Lega Nord* und der *Alleanza Nazionale* sind drei zentrale Ergebnisse abzuleiten, die nicht nur für das Verständnis der italienischen Politik von Bedeutung sind. Erstens ist das verbindende Element der drei Parteien klar zu identifizieren: ihre unterschiedlich begründete und vorgetragene radikale Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Regulation der Gesellschaft und am institutionellen Aufbau der Republik. Bei ihrem komplexen und widersprüchlichen politischen Projekt decken die Parteien des Bündnisses *Casa delle Libertà* (Haus der Freiheit) unterschiedliche Felder ab, ergänzen sich und sprechen eine unterschiedliche Klientel an. Das Wahlbündnis ist zwar aufgrund des Wahlrechts und der regionalen Verankerung der Parteien notwendig, um überhaupt eine regierungsfähige Mehrheit zu erringen. Aber das Bündnis zwischen bürgerlicher, rechtspopulistischer und neofaschistischer Rechten hat daneben eine eigenständige, strategische Bedeutung. In einem Bündnis können nämlich die konträren Interessen besser bedient werden, als es für eine einzelne Partei möglich wäre. Nur so lässt sich – bei entsprechender Disziplin zwischen den Koalitionspartnern – der Rückhalt in der Bevölkerung vergrößern und die politische Hegemonie erweitern, was sich bei Wahlen auszahlt. Auf der anderen Seite liegen in der Verschiedenheit der Parteien, ihrer eigenständigen Profilierung und den Führungskonflikten ein destruktives Potential, das gerade nach einem Wahlsieg das Bündnis schnell scheitern lassen könnte. Es bleibt abzuwarten, ob die Konsolidierung und Professionalisierung im Bündnis nach dem Bruch von 1994 soweit vorangekommen ist, um dieses generelle Problem zu bewältigen. Sollte die Rechtskoalition wieder erwarten die Wahl am 13. Mai 2001 nicht gewinnen, steht eine grundsätzliche Neuorientierung im rechten politischen Lager Italiens an, die auch für die Einschätzung der politischen Situation in anderen europäischen Ländern von Interesse sein dürfte. Ohne die Analyse der vergangenen Entwicklung käme sie aber ebensowenig aus.

Zweitens greifen die drei Parteien mit unterschiedlichen Schwerpunkten die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik auf und finden in der zugehörigen Sozialphilosophie – autoritärer Staat, anti-demokratische Massenfeindlichkeit, Elitedenken – zentrale Anknüpfungspunkte. Ihre programmatischen Botschaften, favorisierten Instrumente und politischen Ziele liegen im Spannungsfeld zwischen den beiden Polen Neoliberalismus und zugehörige

soziale Rhetorik. Der Neoliberalismus wird somit bewusst und unbewusst zum primären Bezugspunkt, ohne den die Verbindung von konservativ-liberaler, regionalistischer und neofaschistischer Partei nicht möglich wäre. Die Stigmatisierung als rechtspopulistisch oder neofaschistisch greift damit kaum noch, da die Parteien mit dieser Ausrichtung im politischen Mainstream argumentieren. Entsprechend lassen sich die Erfolge nur sehr beschränkt auf ihre Führungsfiguren, sei es *Silvio Berlusconi*, *Umberto Bossi* oder *Gianfranco Fini* zurückführen. Sie tragen zwar dazu bei, dass sich ihre Medienpräsenz durch den Stimmenzuwachs auszahlt, die Integration verschiedener Flügel innerhalb der jeweiligen Partei gelingt und das Programm sich mit ihrer Person verbindet. Im Grunde sind sie aber austauschbar. Die seit den 90er Jahren zu beobachtende Tiefenwirkung der „Modernisierung von Rechts“ lässt sich erst verstehen, wenn die veränderte gesellschaftliche Grundstimmung betrachtet wird, vor dem das Bündnis seine Botschaften präsentiert.

Drittens zeigt sich, dass die extreme Rechte, und hier speziell die neofaschistische AN, durch ihre theoretische Arbeit und programmatische Modernisierung gesellschaftsfähig geworden ist. Sie wirkt weder reaktionär noch archaisch und tritt in der Regel auch nicht so auf. Zumal sich in dieser Hinsicht bereits der historische italienische Faschismus durchgängig vom deutschen Faschismus unterschied. Von der neofaschistischen Partei wurden und werden biologistische Blut- und Boden-Ideologien ebenso vermieden wie antisemitische Positionen. Rassistische, sozialdarwinistische und autoritäre Positionen werden stattdessen modern formuliert. Die AN wie auch die rechtspopulistische *Lega* und die liberal-autoritäre FI besetzen so politische Begriffe und greifen stärker in die Diskussion ein. Sie beschreiben ihre Ziele zwar mit verkörperten Darstellungen von Gemeinschaft, Volkswohlstand oder mit Bezug auf einen traditionellen Wertekanon und halluzinieren ein neues Wirtschaftswunder auf der Basis einer modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits von Rechts und Links. Aber genau in dieser Unverbindlichkeit und der „Ideologie der Ideologiefreiheit“ liegt eine besondere Stärke des Bündnisses um *Berlusconi*, da nach diesem Schema auch die Diskussion in der Mitte-Links-Koalition verläuft, die ihre programmatischen Aussagen in ähnlicher Weise präsentieren.

Rezept des rechten Erfolges: Die soziale Verankerung

Die chaotische politische Situation in Italien zu Beginn der 90er Jahre bot den drei Parteien zunächst die Möglichkeit, sich im politischen Vakuum geschickt zu platzieren und die öffentliche Meinung nachhaltig zu beeinflussen. Zwar zerbrach die erste Rechtsregierung sehr schnell, aber es zeichnete sich schon zu dem Zeitpunkt ab, dass das politische System und die Diskussion sich mittel- und langfristig stark verändern würden. Dies war nicht nur an der Aufwertung der neofaschistischen Partei abzulesen. Parallel zur internen Konsolidierung in der Oppositionszeit wandelten sich sukzessive die sozialen Rahmenbedingungen, in denen das Bündnis agierte.

Nach dem Höhepunkt der politischen Krise der 90er Jahre musste das Bündnis zentrale Hindernisse aus dem Weg räumen, um eine weitere Regierungsübernahme vorzubereiten.

Nicht nur die Inkompetenz *Berlusconi*s und der FI stellte 1994 ein ernstes Problem dar, sondern es galt vor allem, ihre relative Isolierung vom ökonomischen Establishment zu überwinden. Italiens alte führende Familien (*Agnelli, Olivetti, Pirelli, De Benedetti* etc.), die den italienischen Kapitalismus prägten, hielten Abstand. Für viele Akteure aus der Finanzwelt und dem Unternehmenssektor galt *Berlusconi* immer als Parvenü, dessen neue Partei nicht ernst genommen wurde. Gleiches galt auf institutioneller Ebene für den maßgeblichen Industrieverband *Confindustria*.

Nach den desaströsen Erfahrungen mit der ersten Rechtsregierung 1994 fühlten sich die Skeptiker bestätigt und die Unternehmer und Verbandsvertreter trauten es im Vorfeld der Wahl von 1996 dem damaligen Spitzenkandidaten *Romano Prodi* und der Mitte-Links-Koalition eher zu, die italienische Wirtschaft für die EU „fit“ zu machen und die notwendigen sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen durchzusetzen. Das übersteigerte Ego *Berlusconi*s und die heftigen Konfrontationen mit den Gewerkschaften während seiner kurzen Amtszeit waren noch gut in Erinnerung. Heute ist Italien wieder Bestandteil der Europäischen Währungsunion, und das konsolidierte Mitte-Rechts-Bündnis verspricht ein wesentlich geschickteres politisches Vorgehen beim Abbau des Wohlfahrtsstaates. Mit dem neuen *Confindustria*-Vorsitzenden *Antonio D'Amato* ändert sich daneben die politische Haltung des Verbandes grundlegend, so, wie auch der Einfluss der alten Familien im Zuge der Veränderung des italienischen Kapitalismus immer mehr schwand. Es wuchs die Einsicht, dass an *Berlusconi* und seiner Koalition für die Wahl 2001 wohl kein Weg vorbeiführt. Die Unternehmer und ihre Verbände haben eine deutlich positivere Haltung gegenüber der Rechtskoalition als 1996, und die neue Einigkeit wird durch Aussagen von beiden Seiten unterstrichen.³⁴⁴

Daneben wuchsen auf der organisierten Arbeitnehmerseite, vor allem in der konservativen Gewerkschaft CISL und der wirtschaftsliberalen UIL, die Sympathien für die Rechtskoalition, die sich u.a. durch eine engere personelle Verbindung ausdrücken. Noch bis vor wenigen Wochen galt z.B. der damalige CISL-Vorsitzende, *Sergio D'Antonio*, als Kandidat für das Amt des Arbeitsministers in der zukünftigen Rechtsregierung. Statt offen für die FI zu kandidieren, verfolgt er nun seine politischen Ambitionen gemeinsam mit dem „großen“ Führer der untergegangenen DC, *Giulio Andreotti*, in einer eigenständig antretenden Partei, der *Democrazia Europea*. Propagiertes Ziel ist, der christdemokratischen Mitte nach dem Ende der DC eine neue politische Heimat zu geben und die christlich-konservativen Splitterparteien im Linken und Rechten Bündnis auf lange Sicht zu beerben.³⁴⁵ Einerseits kann die Rechtskoalition durch die in den letzten Jahren gewachsene Verbindung ins Gewerkschaftslager gut gegen die widerspenstigere CGIL und die unabhängige COBAS agieren. Andererseits ist zu erwarten, dass sich nach einem Sieg *Berlusconi*s der Umgangsstil mit den Gewerkschaften ändert. Die dem gegenwärtigen Wahlkampf geschuldete konfrontative Haltung wird voraussichtlich zurückgenommen und vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den Massenprotesten 1994 von einer Strategie der Einbindung in eine sozialpartnerschaftliche Korporation ersetzt.³⁴⁶ Die Rechtskoalition hat es im Vorfeld der Wahl geschickt verstanden, für ihre angestrebte sozialpolitische Wende Verbündete in und um die Gewerkschaften zu gewinnen.

Neben der Verankerung in den gewerkschaftlichen Institutionen werden die FI und die *Le-ga* von Arbeitnehmerhaushalten im ökonomisch starken Norden gewählt, und für die Beschäftigten in Süditalien bietet sich die AN durch ihren sozialen Flügel (*destra sociale*) und die

eigene Gewerkschaft, der CISNAL, als Partner an. Das Rechtsbündnis hat so auf unterschiedliche Art versucht, die sich im Zuge der steigenden Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit und der Abwehr sozialer und ökonomischer Ansprüche verschärft stellende soziale Frage in ihrem Sinne zu beantworten und die abhängig Beschäftigten einzubinden. Einerseits wird ein neues Wachstum versprochen, an dem sie partizipieren würden, und es wird auf die individuelle Arbeitsethik abgehoben. Andererseits wird den Sozialschmarotzern der Kampf angesagt und über die Demontage der sozialen Sicherung verbesserte Leistungen und ein steigendes Nettoeinkommen versprochen. In dieser Kombination bietet die Rechtskoalition eine vermeintliche Lösung sowohl auf regionaler als auch auf individueller Ebene an, den sozialen Abstieg zu verhindern. Die seit den 70er Jahren international zu beobachtenden Ergebnisse einer solchen Politik belegen zwar, wie unreal die Annahme ist, auf diesem Weg die soziale Frage und die Verteilungsprobleme lösen zu können. Trotzdem punktet die Rechtskoalition mit ihrer sozialen Konstruktion von Wirklichkeit. Überspitzt betrachtet, präsentiert sie im Gegensatz zur Mitte-Links-Koalition eine politische Utopie, auch wenn sich die versprochenen positiven Effekte für die Mehrheit der italienischen Bevölkerung als Illusion herausstellen würden.

Gewandelt hat sich nicht nur das Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Rechtskoalition, sondern auch das Verhältnis der katholischen Kirche zu ihr, die nach wie vor einen starken Einfluss auf das kulturelle und politische Leben in Italien ausübt. Nach dem Ende der DC sammelten sich die katholisch/konservativen Kräfte in den verbliebenen Zentrumsparteien beider politischer Lager. In den letzten Jahren unterstützte die katholische Kirche zunehmend die Politik der Rechtskoalition und kritisierte die im Regierungsbündnis verbliebenen Zentrumsparteien. Sehr deutlich wurde der Richtungswechsel bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2000 in der Region Latio (Rom), als hochrangige Kirchenvertreter den späteren Wahlsieger der AN, *Francesco Storace*, offen favorisierten. Für die Wahl am 13. Mai sind die Aussagen diplomatischer abgefasst, und es wird keine Wahlempfehlung abgegeben. Eine Aussage lautet lediglich, dass die katholischen Wähler sich die Programme in christlich-ethischer Hinsicht anzusehen haben, für die Prüfsteine aufgestellt wurden. Sieht man sich diese an, so stimmen sie mit den sozial-ethischen Aussagen des Rechtsbündnisses überein.³⁴⁷ Die gestiegenen politischen Sympathien der katholischen Kirche sind zum einen das Ergebnis des ständigen Bezugs der FI, der *Lega* und der AN bei sozialen und ethischen Fragen auf christliche Werte, die Familie und die katholische Tradition. Zum anderen gibt es handfeste ökonomische Interessen, denn die von und durch die Kirche betriebenen Unternehmen im Non-Profit-Sektor (Genossenschaften) und die zahlreichen Anbieter sozialer Dienstleistungen (Privatschulen, Krankenhäuser, Altenheime etc.) würden von den angekündigten Privatisierungen im öffentlichen Sektor durchaus profitieren.³⁴⁸

Die Rechtskoalition formt mit diesen Elementen einen sozialen Körper, den die modernisierte Linke seit langem verloren hat. Die bereits 1994 in gleicher Art wie heute angekündigte politische Wende wird so eher möglich.³⁴⁹ Wie in anderen Nationen zu beobachten ist, speisen sich die erfolgreichen Versuche einer Rechtswende dabei nicht primär aus den diffusen Ängsten der sogenannten Modernisierungsverlierer. Diese Gruppe macht nur einen relativ geringen Anteil der Wahlklientel aus oder bleibt der Politik gänzlich fern. In Italien zeigt sich vielmehr exemplarisch, dass die Rechtsparteien sich erfolgreich zum Sprachrohr einer „Neuen Mitte“ machen, die der radikalen Veränderung der politischen Verhältnisse

positiv gegenübersteht. Die von der Koalition angebotene negative Utopie verbindet dabei wesentliche Teile der Bevölkerung über die Klassengrenzen und Schichtzugehörigkeit hinweg und greift ihre Affinität zu autoritären, anti-demokratischen und sozialchauvinistischen Lösungen auf.

Links und am Ende

Unabhängig vom Ausgang der Wahlen am 13. Mai 2001 hat sich die politische Hegemonie in den letzten Jahren deutlich ins rechte Lager verschoben. Neben der Entwicklung der Rechtsparteien und ihres politischen Angebots sowie den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wurde ihr Aufstieg direkt und indirekt durch die Entwicklung des politischen Konkurrenten, der Mitte-Links-Koalition, befördert. Gerade die Transformation der ehemaligen kommunistischen PCI hin zur gegenwärtigen DS, der bis jetzt noch größten Partei im Wahlbündnis *L'Ulivo*, ist hier von besonderer Bedeutung.

Im Gegensatz zum historischen Gegner, der neofaschistischen MSI, hat die in der PCI während der 90er Jahre stattfindende Modernisierung zu einem kompletten Bruch mit ihrer Geschichte geführt. Das berechnete Ansinnen, die nationalen und internationalen kommunistischen Erfahrungen im Licht der Gegenwart zu reflektieren, um adäquate Lösungen für die sozialen und ökonomischen Probleme geben zu können, wurde dabei nicht erreicht. Vielmehr ist die DS auf dem Weg „[...] sicher eine moderne Partei, aber ohne eine klare und sichtbare Identität [geworden].“³⁵⁰ Bereits bei den Wahlen 1996 mit dem Bündniskandidaten *Romano Prodi* schaffte es die damals noch als PDS antretende Partei nicht, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen. Sie wollte die Stimmen aus dem Lager der untergegangenen PSI an sich binden und das linke Korrektiv in der Koalition sein. Mit der vorangegangenen Abspaltung der *Rifondazione Comunista* (PRC) verlor die PDS/DS zudem ehemalige Wähler. Es zeigt sich zudem heute, dass die unterschiedlichen Modernisierungskurse der verschiedenen Parteivorsitzenden und Generalsekretäre – *Achille Occhetto*, *Massimo D'Alema* und *Walter Veltroni* – zu einem massiven Verlust der traditionellen Anhängerschaft führte. Die seit Mitte der 90er Jahre zu beobachtende rückläufige Wahlbeteiligung trifft die DS zudem besonders hart. Aber die DS ist nicht nur von einer fehlenden Identität und Inhaltslosigkeit geprägt, sondern hat daneben fast keine finanzielle Substanz mehr. Neben den Wählern liefern ihr die Mitglieder davon, und die Partei ist mehr oder weniger „pleite“. Gehälter werden nicht oder nur verspätet gezahlt, und die Mittel für den Wahlkampf stehen in keinem Verhältnis zu den Summen, die der Koalition um *Berlusconi* zur Verfügung stehen.³⁵¹

In Folge des schwindenden Zuspruchs bei den Wahlen, der Austritte und der Regierungsbeteiligung seit 1996 dominieren heute zwei Positionen, wie die DS zukünftig ausgerichtet werden solle. Vom gegenwärtigen Parteichef und Ex-Ministerpräsidenten *D'Alema* wird die Entwicklung hin zu einer eher sozialdemokratischen Partei nach traditionellem europäischen Vorbild favorisiert. Generalsekretär *Veltroni* präferiert hingegen eine mehr sozial-liberale Partei oder ein dauerhaftes Bündnis mit den übrigen „progressiven“ Parteien, in dem die DS aufgehen könne. Nach dem Vorbild der amerikanischen Demokraten seien so die Stim-

men über alle Lagergrenzen hinweg zu sammeln. Letztlich erweisen sich aber beide Ansätze als untauglich, um sich als deutliche wirtschafts- und sozialpolitische Alternative zu etablieren. In Anbetracht der fehlenden sozialdemokratischen Tradition in Italien und der seit Jahren zu beobachtenden Transformation der europäischen sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien in Richtung „Dritter Weg“ und „Neue Mitte“, die bestenfalls eine programmatische Anpassung nach rechts darstellen, ist außerdem fraglich, wie sich die beiden Varianten unterscheiden würden. Die diesbezügliche Diskussion in der DS ist für den traditionellen Wähler kaum zu durchschauen – zumal es unverständlich ist, warum sämtliche Erfahrungen und politische Ziele der Vergangenheit nicht mehr modern sein sollen, obwohl die sozialen Konflikte und ökonomischen Unzulänglichkeiten sich noch verschärft haben. Und für Banalität, wie den Ruf nach mehr Eigenverantwortung und mehr individueller Leistung bedarf es keiner linken Partei, sei sie noch so modern. Hier genügen die alltägliche Erfahrung der Abhängigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die schwindende soziale Sicherung und die strukturellen Repressionen. Wahlenthaltung, politische Ignoranz und die skizzierte Rechts- wende sind das folgerichtige Ergebnis.

Die Regierungskoalition, an der die PDS/DS seit 1996 beteiligt war, kann zwar eine harte Konsolidierung des Staatshaushaltes vorweisen und hat den Eintritt in das Europäische Währungssystem geschafft. Italien nahm unter *D'Alema* am Krieg im Kosovo teil, und die ersten Schritte der institutionellen Umgestaltung hin zum Wettbewerbsföderalismus sind auf den Weg gebracht worden. Die höhere Wettbewerbsfähigkeit, um in der Globalisierung zu bestehen, und die euphemistisch bezeichnete Reform der sozialen Sicherung, die nichts anderes als eine stärkere Risiko- und Kostenverlagerung auf das Individuum beinhaltet, steht auch bei der DS hoch im Kurs. Aber was dieses alles mit einer modernen, linken Politik zu tun haben soll, kann immer weniger vermittelt werden. Mit *Francesco Rutelli* schickte die Mitte-Links-Koalition nunmehr einen Spitzenkandidaten ins Rennen, der wie die sympathischere und jüngere Variante *Berlusconi* auftritt und dessen mangelnden alternativen inhaltlichen Aussagen den Wahlkampf auf eine Persönlichkeitswahl reduziert.³⁵² Daneben waren die letzten Monate von einer politischen Strategie geprägt, die primär auf die innere Widersprüchlichkeit in der Rechtskoalition ihre Hoffnungen setzte. Je näher der Wahltermin rückte, desto deutlicher überzeichnete die Mitte-Links-Koalition die mögliche rechte Machtübernahme, um die guten Bürger zur Abwehr der Gefahr um sich zu sammeln. Dass eine reale Gefahr besteht, die auf soziale und demokratische Verschlechterungen zurückzuführen sind, wird nicht in Abrede gestellt. Aber die Konzentration auf eine Kritik an den persönlichen Interessen *Berlusconi*, seinem dubiosen Aufstieg, der künstlichen FI sowie der sozialdarwinistischen und anti-demokratischen Positionen von *Lega* und AN greifen zu kurz. Letztlich lenkt eine solche Strategie nur von der fehlenden programmatischen Alternative ab. Die Mitte-Links-Koalition stellt weder die ökonomische noch die soziale Frage ins Zentrum einer harten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Rechtskoalition, weil sie es nicht kann. Sie setzt vielmehr mit moderateren Aussagen auf die gleichen Themen wie das Rechtsbündnis: Föderalismus, mehr Recht und Ordnung, Modernisierung der Wirtschaft mittels Deregulierung und Flexibilisierung, Steuersenkungen, aktivierender Sozialstaat und Reform der sozialen Sicherungssysteme. In den letzten fünf Jahren hat die Regierungskoalition gleichzeitig versucht, die Opposition um *Berlusconi* in die großen Reformprojekte einzubeziehen, es

gab de facto den Ansatz einer großen Koalition. Wie hieraus eine Mobilisierung gegen das Bündnis um *Berlusconi* abgeleitet werden soll, bleibt das Geheimnis der DS.

Die „Dämonisierung“ kaschiert die eigene Schwäche und verhindert eine kritische Analyse, wie es überhaupt zum Aufstieg der Rechtskoalition kommen konnte, welchen Anteil die moderne Linke daran hatte und auf welche gesellschaftlichen Veränderungen reagiert werden müsste. Unabhängig von der berechtigten linken Kritik an wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und der Entscheidungsfindung in der parlamentarischen Demokratie bleiben grundsätzliche Aspekte festzuhalten: Die in der modernen Diskussion nahegelegte abstrakte Entscheidung zwischen mehr Markt und individueller Freiheit oder mehr Staat und den Kollektivismus geht an jeder sozialen und ökonomischen Realität vorbei. Auch der klassische Liberalismus und der in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts formulierte Neoliberalismus sind nie und werden nie ohne die massive Intervention in die Gesellschaft auskommen.³⁵³ Eine Gesellschaft muss unabhängig vom Ordnungsrahmen des Wirtschaftssystems klären, welche ökonomischen, sozialen und politischen Ziele verfolgt werden sollen und wie die Organisation (der Staat) zur Durchsetzung dieser Ziele ausgerichtet werden muss. Zur Wahl stehen hierbei gegenwärtig die Verteidigung und der Ausbau des demokratischen Wohlfahrtsstaates oder der Umbau zum autoritären Wettbewerbsstaat. Letzterer wird die ökonomischen Probleme nicht lösen, sondern auf nationaler und internationaler Ebene zu verschärfter sozialer Marginalisierung führen. Verteilungspolitisch kommt es in allen Varianten zu Interventionen in den ökonomischen Prozess, die sowohl bei der Produktion als auch der Distribution des Mehrprodukts ansetzen. Vor diesem Hintergrund standen sich in der Vergangenheit politische Visionen links der Mitte, die nach neuen Formen gesellschaftlicher Solidarität, gegenseitiger Interdependenz und kollektiver sozialer Vorsorge gegen Marktungleichheit und Instabilität suchten, der neoliberalen Version gegenüber, die niedrige Steuern vorschlägt, eine wettbewerbsbezogene Sicht über die Natur des Menschen und die Gesellschaft hat sowie eine umfassende marktmäßige Versorgung und den Individualismus favorisiert. Die Koalition von FI, *Lega* und AN gibt hierzu klare Antworten und jede sich links gebende Partei müsste sich dazu positionieren und sich den ökonomischen Krisen auf nationaler und internationaler Ebene stellen. Die skizzierten Probleme bleiben allerdings unabhängig davon bestehen, ob die moderne Linke, hier die DS, den Auftrag annimmt oder nicht. Bestenfalls hat sie ihre geschichtliche Mission erfüllt und wird im 21. Jahrhundert überflüssig.

Der italienische Wahlkampf 2001 dreht sich trotz aller Oberflächlichkeiten um genau diese zentralen Fragen und ist eine Richtungsentscheidung im klassischen Sinne. Der Wahlkampf ist, wie gezeigt wurde, gerade deshalb eine Neuauflage der Wahlkämpfe von 1994 und 1996 mit dem Unterschied, dass die Rechte besser vorbereitet ist, die sozialen Bedingungen für sie sprechen und die Modernisierung der größten Linkspartei in einem absoluten Fiasco endete. Die DS erscheint einzig als technokratische Partei, die Politik mit Management gleichsetzt und regieren will, ohne erklären zu können, welche Ziele sie damit verbindet. Die traditionellen Wähler wenden sich ab oder strafen sie durch Wahlenthaltung, und die Wähler aus der Mitte bleiben aus. Sie haben eine Alternative im rechten Original und einer Vielzahl von Zentrumsparteien. In Italien könnte sich somit am 13. Mai zeigen, was den sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien nach ihrer Modernisierung und Ausrichtung auf die „Neue Mitte“ und ihrem Abtritt von der Regierung bevorstünde: das politische Ende.

Endnoten

- 1 Vgl. Corriere della Sera: Politiche e amministrativa, si vota il 13 maggio, Mailand, 10.3.2001.
- 2 Die im Text verwendeten Zitate aus Originalquellen sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, eigene Übersetzungen.
- 3 Vgl. Grassi, Mauro: Mani Puliti, in: Brütting, Richard (Hrsg.): Italien Lexikon – Schlüsselbegriffe zu Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Justiz, Gesundheitswesen, Verkehr, Presse, Rundfunk, Kultur und Bildungseinrichtungen, Berlin, 1997, S. 470ff.
- 4 Vgl. Vitali, Ornello: Base sociale, distribuzione regionale e flussi elettorali; in: Mennitti, Domenico (Hrsg.): Forza Italia – Radiografia di un evento, Rom, 1997, S. 25ff.
- 5 Vgl. Rossanda, Rossana: Ricominciare dai rapporti di produzione, dove ha perso una sinistra che non capiva, in: Liberazione, 30.7.2000, Rom.
- 6 Pellicani, Luciano: Eine Krise, die von weit her kommt, in: Ferraris, Luigi/Trautmann, Günter (Hrsg.): Italien auf dem Weg zur „zweiten Republik“ – Die politische Entwicklung Italiens seit 1992, Frankfurt a. M., 1995, S. 35.
- 7 Vgl. Dixon, Keith: Die Evangelisten des Marktes – Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz, 2000.
- 8 Vgl. Are, Giuseppe: I Riferimenti Culturali, in: Mennitti, a.a.O., S. 183ff.
- 9 Vgl. Bobbio, Luigi: Dalla Destra alla destra, una strana alternanza, in: Ginsborg, Paul (Hrsg.): Stato dell' Italia – Il bilancio politico, economico, sociale e culturale di un paese che cambia, Mailand, 1994, S. 654.
- 10 Der Rechtsintellektuelle Alberto Zanelli stellte in der Tageszeitung il Giornale (Mailand, 7.4.96, S.1/7. Die Tageszeitung gehört zu Berlusconi's Verlagsgruppe) dazu fest, dass diese in Italien auf einer fragilen ideologischen Grundlage ruhe und die latente Gefahr der Revision bestehe. Nur die stärkere Verankerung der Positionen von Hayek, Mises, de Tocqueville und Friedman im öffentlichen Bewusstsein könne dies verhindern.
- 11 Vgl. Fiori, Giuseppe: Il Venditore – Storia di Silvio Berlusconi e della Fininvest, Mailand, 1995, S. 201ff.
- 12 Exemplarisch ist seine Behauptung, er habe immer gegen das Establishment in Wirtschaft und Politik angekämpft und sei ein Rebell. Vgl. Interview in Panorama, 30.6.1997, Mailand (Die Wochenzeitung Panorama gehört zu seiner Verlagsgruppe). Zutreffender ist, dass das „alte“ Establishment gebührenden Abstand von ihm hielt, da er als Parvenu galt. So war bspw. das Verhältnis zu einem der mächtigsten Männer, dem verstorbenen Enrico Cuccia (Präsident der einflussreichen Privatbank Mediobanca), angespannt. Ende 93 kam es zu einem Treffen, in dem Berlusconi die finanzielle Situation des Konzerns detailliert darlegen musste. Cuccia gab wenig später „grünes Licht“ für den Eintritt Berlusconi's in die Politik. Er war überzeugt davon, ihn aus dem Hintergrund „steuern“ zu können. Vgl. Galli, Giancarlo: Il Padrone dei Padroni – Enrico Cuccia il potere di Mediobanca e il capitalismo italiano, Mailand, 1996, S. 28ff.
- 13 Vgl. Braun, Michael: L' Italia da Andreotti a Berlusconi, Mailand, 1995. Ruggeri, Giovanni: Berlusconi – Gli affari del Presidente, Mailand, 1994. Mazzacurati, Remo: Perché Berlusconi Non Poteva Perdere – Misti, cadavri eccellenti & tangenti, che hanno portato la Seconda Repubblica, Bologna, 1994.
- 14 In der Regel werden die Ermittlungen gegen ihn als Hexenjagd einer außer Rand und Band geratenen Staatsanwaltschaft dargestellt, hinter denen immer der politische Gegner, die Linke, steckt. Vgl. il Giornale: Sinistra disperata, scatenerà la cavalleria, Mailand, 11.11.2000.
- 15 Vgl. Ruggeri, Giovanni/Guarino, Mario: Berlusconi – Inchiesta sul Signor TV, Mailand, 1994.
- 16 Vgl. Rauen, Birgit: Forza Italia – der Kommunikationsstil einer Ein-Mann-Partei, in: Ferraris/Trautmann, a.a.O., S. 168.
- 17 Marcello, einer der engsten Vertrauten Berlusconi's seit den 60er Jahren, Topmanager im Konzern und zentrale Figur beim Aufbau der FI, wurde im Herbst 1994 der Bestechung angeklagt. Berlusconi stritt wie immer jedes Wissen über die illegalen Vorgänge ab.
- 18 Vgl. Ruggeri, G., a.a.O., S. 7f. Im Januar 2001 wurde nach sechsjähriger Ermittlung der Staatsanwaltschaft die Anklageschrift wegen Steuerhinterziehung und illegalem Finanzgebahren von 1990 bis 1996 gegen den Konzern vorgelegt. In der Anklage wird die Existenz von Schwarzgeldkonten in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM behauptet. Aus dem Fond sollen Unternehmen gekauft worden sein, um die bestehenden Medien- und Kartellgesetze zu umgehen, und es flossen Mittel zur illegalen Parteienfinanzierung. Zu dem Zweck existierten nicht 38, sondern 64 Unternehmenseinheiten. Die Verteidigung hingegen bestreitet, dass die speziell in Verdacht geratenen Auslandsgesellschaften, wie das von Giancarlo Foscale (Vizepräsident von Fininvest und Berlusconi's Cousin) geleitete englische Unternehmen All Iberian je zum Konzern gehörten. Vgl. Corriere della Serra: Conti Fininvest, Berlusconi verso il processo, Mailand, 30.1.2001. Der jüngste Abschlussbericht der Prüfung von Fininvest durch die KPMG zur Bilanzierung und Organisationsstruktur bestätigt eher die Verdachtsmomente hinsichtlich der „illegalen“ Finanzie-

- zung und Umgehung weiterer gesetzlicher Bestimmungen. Vgl. *la Repubblica: Le società off-shore di Berlusconi*, Mailand, 7.4.2001.
- 19 Vgl. Rauen, a.a.O., S. 167f.
- 20 Vgl. Madron, Paolo: *La Gesta Del Cavaliere – La prima biografia completa di Silvio Berlusconi*, Mailand, 1994, S. 211f.
- 21 Informationsbroschüre der Anfi, zitiert nach Madron, a.a.O., S. 215.
- 22 Vgl. Maraffi, Marco: *Forza Italia*, in: Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *La Politica Italiana – Dizionario Critico 1945-95*, Rom/Bari, 1995, S. 259. Mennitti ist z.Zt. Direktor der Zeitschrift *Ideazione* des 1994 gegründeten gleichnamigen Verlagshauses, in der führende Rechtsintellektuelle aus und um die FI und AN schreiben. Primär geht es um die Verbindung zwischen liberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik mit christlich, konservativen Werten und Traditionen. Die Bezeichnung „think tank“ trifft eher als die unschuldigere Definition „Zeitschrift und Verlagshaus“.
- 23 Zuerst war er als Justizminister vorgesehen. Aufgrund seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Justitiar bei Fininvest wurde jedoch bei den Koalitionspartnern und in der Öffentlichkeit die Sorge laut, er könne die Justiz bei ihren Ermittlungen behindern.
- 24 Vgl. Mennitti, a.a.O., S. 208ff.
- 25 De Facto wurde die FI von fünf Personen aus dem Fininvest-Konzern geleitet. Bis heute hat sich an der engen Verbindung von Partei und Konzern nicht wesentlich aufgelöst. Domenico Mennitti wurde schnell zum zweiten Mann neben Berlusconi und war zu Beginn der einzige außenstehenden Funktionär der Partei, der nicht unmittelbar mit dem Konzern verbunden war. Vgl. Maraffi, in: Pasquino, a.a.O., S. 250.
- 26 Vgl. Poli, Emanuela: *I modelli organizzativi*, in: Mennitti, a.a.O., S. 84ff.
- 27 Vgl. Fix, Elisabeth: *Italiens Parteiensystem im Wandel – Von der Ersten zur Zweiten Republik*, Frankfurt a. M., 1997, S. 216ff.
- 28 Vgl. *la Repubblica: Il Cavaliere apre alle correnti e nasce la „sinistra forzista“*, Mailand, 18.8.2000.
- 29 Vgl. Berlusconi, Silvio: *L'Italia Che Ho In Mente*, Mailand, 2000, S. 99ff/133ff/171ff.
- 30 Die Regierungszeit war durch massive Proteste der Gewerkschaften gekennzeichnet. Höhepunkt war die Mobilisierung von mehr als 1 Mio. Menschen durch die Gewerkschaften (CISL, CGIL, UIL) am 12. November 1994 nach Rom, die gegen die Haushaltsgesetze und die dahinter stehende Wirtschaftspolitik demonstrierten.
- 31 Vgl. *Corriere della Serra: Berlusconi: se perdo lascio la politica*, Mailand, 13.11.2000.
- 32 Vgl. Madron, a.a.O., S. 213f. Urbani wurde 1994 Minister für öffentliche und regionale Angelegenheiten, Martino Außenminister und mit dem Juristen Giulio Tremonti (Finanzminister) der dritte wichtigste intellektuelle Stützwortgeber der FI ins Kabinett der Rechtsregierung berufen. In der kommenden Regierung werden sie erneut zentrale Positionen einnehmen.
- 33 Renner, Jens: *Der Fall Berlusconi – Rechte Politik und Mediendiktatur*, Göttingen, 1994, S. 136f.
- 34 Vgl. *Forza Italia: Chi Siamo, Cosa Vogliamo*, San Antonio da Padova, 2000.
- 35 Hierauf plus der radikalen Flexibilisierung des italienischen Arbeitsmarktes basiert das wirtschaftspolitische Credo für den Wahlkampf 2001. Im September 2000 wurden die abgeleiteten Maßnahmen mit der gleichen Begründung wie bereits 1994 vorgestellt. Vgl. *Corriere della Sera: Berlusconi, la ricetta per Palazzo Chigi*, Mailand, 14.9.2000. *Financial Times Deutschland: Berlusconi strebt nach einfachem Steuersystem*, Hamburg, 18.9.2000.
- 36 Mehl, Rainer: *Confindustria – Der Unternehmerverband und die Kunst, sich zu arrangieren*, in: Ferraris/Trautmann, a.a. O., S. 287.
- 37 Vgl. Nevola, Gaspare: *Alla ricerca di un ceto politico. I candidati del ciclo 1994-1996 tra innovazione e consolidamento*, in: Corbetta, Piergiorgio/Parisi, Arturo (Hrsg.): *Cavaliere e fanti. Proposte e proponenti nelle elezioni del 1994 e del 1996*, Bologna, 1997, S. 19ff.
- 38 Mehl, a.a.O., S. 283.
- 39 Poli, a.a.O., S. 81.
- 40 Vgl. Ptak, Ralf: *Ordoliberalismus – Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland*, in: Goldschmidt, Werner/Klein, Dieter/Steinitz, Klaus (Hrsg.): *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive*, Heilbronn, 2000, S. 212f.
- 41 Vgl. Revelli, Marco: *Forza Italia: l'anomalia italiana non è finita*, in: Ginsborg, a.a. O., S. 667.
- 42 Vgl. *taz: Rechtsruck in Italiens Regionen*, Berlin, 18.4.2000.
- 43 Vgl. Mannheimer, Renato: *Forza Italia*, in: Diamanti, Ilvo/Mannheimer, Renato (Hrsg.): *Milano a Roma – Guida all'Italia elettorale del 1994*, Rom, 1994, S. 41.
- 44 Acht Jahre später führt Rutelli das Mitte-Links-Wahlbündnis (L'Ulivo) und ist Gegenkandidat von Berlusconi im Rennen um das Amt des Ministerpräsidenten bei der Parlamentswahl 2001.
- 45 Marrafi, a.a.O., S. 248.
- 46 Vgl. Sarti, Roland: *Fascism and the Industrial Leadership in Italy, 1919-1940 – A Study in the Expansion of*

Private Power and Fascism, Berkley, 1971.

47 Vgl. Losurdo, Domenico: La Seconda Repubblica – Liberismo, federalismo, postfascismo, Turin, 1994, S. 37ff. Zamangi, Vera: The Economic History of Italy 1860-1990, Oxford, 1997, S. 243ff.

48 Der MSI wird meist als Partei dargestellt, die aus dem Verfassungskonsens (arco costituzionale) der Nachkriegszeit ausgeschlossen und seit 1946 nicht an der Macht beteiligt war. Unterschlagen werden die Versuche, die Stimmen der MSI zu nutzen, ohne ihn in die Regierung einzubinden, und dass er zentraler Bestandteil der Organisation der unsichtbaren Macht seit 1948 war. Im Geflecht von Rechtsterrorismus, illegalen Geheimdiensttätigkeiten, Logen (P2), Intellektuellen und Persönlichkeiten aus Politik und Unternehmen entstand eine 'Schattenmacht', in der auch immer der Staatsstreich angelegt war. Vgl. Relazione del Gruppo Democratici di Sinistra –L'Ulivo: Stragi E Terrorismo In Italia Dal Dopoguerra Al 1974, Commissione parlamentare d'inchiesta sul terrorismo in Italia e sulle cause della mancata individuazione dei responsabili delle stragi, Rom, 22. 6. 2000.

49 Vgl. Mathieu, Vittorio: La Mentalita di Forza Italia, in: Mennitti, a.a.O., S. 157ff.

50 Für Angelo Codignoni (ehemaliger Chef von Mediaset, Berlusconi Privatsenderholding) ist Politik der Transport der Gedanken Berlusconi zu den Massen, die durch ihn als damaliger Präsident der Anfi und seiner Mitarbeiter in der ersten Phase effektiv zu gewährleisten war. Vgl. Corrias, Pino u.a.: 1994 – Colpo Grosso, Mailand, 1994, S. 65.

51 Vgl. Rognoni, Carlo: L'Italia della P2, Mailand, 1981.

52 So die abschließende Bewertung der Vorsitzenden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die P2, Tina Anselmi. Vgl. Commissione parlamentare d'inchiesta sulla Loggia massonica P2. Atti parlamentari. Relazione conclusiva firmata dal presidente Tina Anselmi e comunicata alle Camere il 12 luglio 1984.

53 Vgl. Fiore, a.a.O., S. 45ff.

54 Die Wähler der FI (1994 im Vergleich zu 1992) rekrutierten sich aus der DC (24%), PSI (27%), Lega Nord (31%), MSI (18%), PDS (3%), Rifondazione Comunista (5%). Vgl. Mannheimer, in: Diamanti/Mannheimer, a.a.O., S. 32. Nach 1996 nahmen die Stimmen aus dem konservativen Spektrum zu und die personelle Anreicherung aus den untergegangenen Altparteien stieg.

55 Dokumentiert in Stefano D'Anna/Gigi Moncalvo: Berlusconi in Concert, London, zitiert nach: Renner, a.a.O., S. 115ff.

56 In den letzten Wochen des Wahlkampfes steigerte sich die Rechtskoalition in einen regelrechten Wahn. Den Anlass lieferte eine satirische Sendung (Satyricon) im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, in dem der Journalist Marco Travalgio Passagen aus dem mit Elio Veltri verfassten Buch „L'odore dei soldi“ (Der Geruch des Geldes) pointiert vorstellte. In diesem Buch geht es um den ökonomischen und politischen Aufstieg Berlusconi und der zahlreichen Ungereimtheiten, wie sie auch zu Beginn dieses Kapitels skizziert wurden. Berlusconi und sein Wahlbündnis nahmen dieses zum Anlass einer umfassenden Kampagne gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Es sei durchsetzt mit Parteigängern der Linken, die eine Schmutzkampagne gegen die Rechtskoalition und ihren Führer begannen, um ihren Sieg zu verhindern. Nach ihrem Sieg solle folglich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Fernsehen von diesen subversiven Elementen befreit werden. Vgl. Corriere della Sera: La cassa delle Libertà diserta i programmi Rai, Mailand, 16.3.2001. il Giornale: Fini: „Dopo le elezioni libereremo la Rai“, Mailand, 17.3.2001.

57 Auf der Konferenz der katholischen Jugendbewegung Comunione e Liberazione im August 2000 stellte Berlusconi die Eckpunkte seines Programms für eine liberale Revolution mit diesen Argumentationsmustern vor. Vgl. Corriere della Sera: Rivoluzione liberale contro i comunisti, 25.8. 2000, Mailand.

58 Berlusconi, Silvio: Quello che l'Italia si aspetta, in: Ideazione, Editorial, Rom, Nr. 5/2000, S. 5.

59 Lill, Rudolf: Geschichte Italiens in der Neuzeit, Darmstadt, 1988, S. 398.

60 Rede von Berlusconi am Tax Day der FI in Verona, am 27.5.1999, in: Berlusconi, a.a.O., S. 225f.

61 Vgl. Marzano, Antonio: Il Decalogo di Forza Italia per il Meridione, in: Forza Italia, Documenti, San Gennaro, 19.9.2000. In Verbindung mit der Bekämpfung der Kriminalität könne der Aufschwung durch den Zufluss von Investitionen getragen werden. Ähnlich stellt sich Antonio D'Amato (Präsident der Confindustria) den Aufschwung vor. Vgl. Ders.: Mezzogiorno risorsa nascosta – Come e dove attuare una politica di sviluppo per unire il Paese, Mailand, 1997, S. 47ff.

62 Vgl. Berlusconi, in: Ideazione, 5/20, a.a.O.

63 Vgl. Corriere della Sera: Competitività, D'Amato spiazza Ulivo e Polo, 15.3.2001.

64 Vgl. Coates, David: Models of Capitalism – Growth and Stagnation in the Modern Era, Oxford, 2000.

65 Vgl. Peel, Quentin: When normal rules may not apply, in: Financial Times, London, 19.2.2001. Peel mahnt die Wachsamkeit der EU-Kommission gegenüber der möglichen Regierungskoalition unter Berlusconi an und zwar nicht primär aufgrund ihrer Rechtslastigkeit, sondern wegen der unseriösen wirtschaftspolitischen Konzeption.

66 Vgl. Glennerster, Howard/Midgley, James (Hrsg.): The Radical Right and the Welfare State – An International Assessment, Hertfordshire, 1991. Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stefanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München, 1997, S. 30ff.

- 67 Vgl. Hausmann, Fredericke: Kleine Geschichte Italiens von 1943 bis heute – Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Berlin, 1999, S. 51.
- 68 Vgl. Zamangi, a.a.O., S. 321ff.
- 69 Vgl. King, Russel: The industrial geography of Italy, London, 1976, S. 67f.
- 70 Italien galt als Nation mit eingeschränkter Souveränität. Alle Aktionen der direkten oder indirekten Einflussnahme über Geheimdienste, Geheimbünde und Pläne des Staatsstreiches fügen sich in das Konzept, keine kommunistisch/sozialistische Regierung zu akzeptieren. Bereits im März 1948 wurde diese Direktive von der CIA ausgegeben, die in letzter Konsequenz auch den Bürgerkrieg einschloss. Vgl. National Security Council, Direktive 1/3, 8. März 1948, Foreign Relations 1948, Vol. III, S. 779, in: Relazione del Gruppo Democratici di Sinistra – L'Ulivo, a.a.O., S. 6f.
- 71 Vgl. King, Russel, a.a.O., S. 80ff. Auch heute noch gehört die ENI mit über 400 angeschlossenen Unternehmen zu einer der führenden Industriegruppen der Welt.
- 72 Fraenkel, Gioachino: Die italienische Wirtschaftspolitik zwischen Politik und Wirtschaft, Berlin, 1991, S. 115.
- 73 Vgl. Mattina, Liborio: Gli Industriali e la Democrazia – La Confindustria nelle Formazioni della Italia Repubblicana, Bologna, 1991, S. 42ff.
- 74 Unter Palmiro Togliatti gab die PCI ihre sozialrevolutionären Ansätze zugunsten des historischen Kompromisses mit den demokratischen Parteien auf. Vgl. Scheuer, Georg: Mussolinis langer Schatten – Marsch auf Rom im Nadelstreifen, Köln, 1996, S. 118. Diese Entwicklung verstärkte sich unter Enrico Berlinguer, so dass das Wahlprogramm zum Zeitpunkt der größten Stimmengewinne der PCI (1971/72) kaum mehr revolutionär war. Vgl. Bischof, Joachim/Kreime, Jochen: Sozialismus für Italien – Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung, Hamburg, 1977, S. 13ff. Die sozialistische PSI wandelte sich sehr schnell durch innerparteiliche Flügelkämpfe zur sozialliberalen Partei, und in ihrem Umfeld entstand die PSDI. Diese Pluralität nutzte der konservativen DC ungemein, um die Macht zu sichern. Vgl. Rosenbaum, Petra: Italien 1976 – Christdemokraten mit Kommunisten? – Eine Einführung in das italienische Parteiensystem, Hamburg, 1976.
- 75 Der reale Lohnzuwachs lag von 1961 bis 1992 nur zwischen 1,3 und 2,9%. Ab 1992 sanken der Reallohn bzw. die Lohnstückkosten durch technische und organisatorische Rationalisierungen wie in allen Industrienationen. Dafür stieg der langfristige Zinssatz jährlich in zweistelliger prozentualer Höhe. Vgl. Europäische Wirtschaft – Europäische Kommission – Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Grundzüge der Wirtschaftspolitik 1995, Tabelle 75 – Wichtige Wirtschaftsindikatoren 1961-1995 für Italien, Nr. 60, Brüssel.
- 76 Vgl. King, a.a.O., S. 76f.
- 77 Vgl. Castens, Thomas: Anpassungsfähiger Euroottimismo? Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Italien, in: Deppe, Frank/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.): Binnenmarkt 92, Hamburg, 1991, S. 138ff.
- 78 Vgl. Sablowski, Thomas: Italien zwischen Prä- und Postfordismus – Die organische Krise eines Entwicklungsmodells, in: Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hrsg.): Unternehmen Globus – Facetten nachfordistischer Regulation, Münster, 1996, S. 182ff.
- 79 Drücke, Helmut: Italien – Grundwissen Länderkunde, Wirtschaft-Gesellschaft-Politik, Opladen, 2000, S. 146.
- 80 Vgl. Istituto Centrale di Statistica (ISTAT): L'occupazione non regolare nelle nuove stime di contabilità nazionale. Anni 1992-1997, Rom, 1999.
- 81 Drücke, a.a.O., S. 149.
- 82 Neue Zürcher Zeitung, 13.8.1992, zitiert nach Renner, a.a.O., S. 48.
- 83 Vgl. Davico, Luca: Il mondo eterogeneo dei ceti medi, in: Ginsborg, a.a.O., S. 236.
- 84 Vgl. il Giornale: In trent'anni quasi raddoppiate le tasse sul lavoro, Mailand, 28.9.2000.
- 85 Vgl. Braun, Michael: Die Gewerkschaften und die Regierung Berlusconi, in: Ferraris/Trautman, a.a.O., S. 299.
- 86 Vgl. Hausmann, a.a.O., S. 171.
- 87 Grünberg, Emil: Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig, 1932, S. 185.
- 88 Vgl. Bagnasco, Arnaldo: Una società complessa, ma prima ancora complicata, in: Ginsborg, a.a.O., S. 226ff.
- 89 Ostellino, Piero: La Nuova Bussola Del Ceto Medio, in: Corriere della Sera, Mailand, 27.3.2001.
- 90 Vgl. Prospero, Michele/Gritti, Roberto: Modernità senza tradizione – Il male oscuro dei Democratici di Sinistra, Lecce, 2000.
- 91 Vgl. Revelli, Marco: Le due Destre – Le derive politiche del postfordismo, Turin, 1996.
- 92 Rede Berlusconi anlässlich der Kommunalwahlen, Vicenza, 26.11.98, in: Ders., a.a.O., S. 210.
- 93 Vgl. Forza Italia – Chi siamo, Cosa vogliamo, a.a.O., Abschnitt 5: Dare Solidarietà, Sicurezza e aiuto a chi è malato, a chi è anziano, a chi ne ha veramente bisogno.
- 94 Die Zunahme der Beschäftigung im tertiären Sektor gilt als ein Grund für die Herausbildung eines neuen Kleinbürgertums. Vgl. Poulantzas, Nicos: Klassen und Kapitalismus, Berlin, 1975, S. 255. Miliband, Ralph: Divided Societies – Class Struggle in contemporary Capitalism, New York, 1991, S. 52f. Koch, Max: Vom Strukturwandel einer

- Klassengesellschaft – Theoretische Diskussion und empirische Analyse, Münster, 1994, S. 60ff./121ff.
- 95 Vgl. Davico, in: Ginsborg, a.a.O., S. 234.
- 96 Vgl. Kalecki, Michael: Krise und Prosperität im Kapitalismus – Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg, 1987, S. 235ff.
- 97 Vgl. Revelli, Marco, in: Ginsborg, a.a.O., S. 670.
- 98 Vgl. Dubiel, Helmut: Was ist Neokonservatismus?, Frankfurt a. M., 1985, S. 68ff.
- 99 Vgl. Schui, Herbert: Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren, in: Schui, Herbert/Spoo, Eckart (Hrsg.): Geld ist genug da – Reichtum in Deutschland, Heilbronn, 1996, S. 103ff.
- 100 Vgl. Del Debbio, Paolo: La Riforma Dello Stato Sociale In Sei Mosse, in: il Giornale, 26.8.2000, Mailand, S. 1/6.
- 101 Ebenda.
- 102 Vgl. Drücke, a.a.O., S. 164ff.
- 103 Centro Studie Investimenti Sociale (CENSIS): Rapporto sulla situazione sociale del paese, Rom, 1998, in: Ebenda, S. 165.
- 104 Rauen, a.a.O., S. 172f.
- 105 Hofmann, Werner: Stalinismus und Antikommunismus – Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt a.M., 1967, S. 158.
- 106 Mascia, Graziella: A scula dalla DC – Mirino al Centro, in: Liberazione, Rom, 4.8.2000.
- 107 Vgl. Intervista a Berlusconi di Luciano Lanna: Progetto libertà, in: Ideazione, Sonderband Libertà, Rom, Nr. 6/2000, S. 313ff.
- 108 Vgl. Berlusconi, Silvio: Nessun compromesso con le forze illiberali, in: il Giornale, Mailand, 13.1.2000. In dem Artikel geht er auf einen zuvor abgedrucktem Brief von Edgardo Sogno ein, der den Kampf um die Freiheit auch in der Gegenwart hervorhob und lobt ausdrücklich seine Verdienste. Ein interessantes Lob, wenn man weiß wer Sogno war. „Edgardo Sogno, der 1953 in Paris die Kurse des Defense College in psychologischer Kriegsführung absolviert hatte, kehrte 1954 zurück und baute die CIA-beeinflusste Bewegung Pace e Libertà auf, die Provokationen und Übergriffe bei Kundgebungen und Streiks organisierte und paramilitärische Gruppen bildete.“ Azzellini, Dario N.: Gladio in Italien, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Gladio – Die geheime Terrororganisation der Nato, Berlin, 1997, S. 28. Sogno ist eine zentrale Figur im Netz klandestiner Strukturen von Geheimdienst, neofaschistischen Gruppen und Logen, die den Staatsstreich vorbereiteten. Vgl. Santarelli, Enzo: Storia Critica Della Repubblica – L'Italia dal 1945 al 1994, Mailand, 1996, S. 237.
- 109 Berlusconi, Silvio: Ellegere Direttamente Il Capo Dell'Esecutivo, Rede anlässlich der Parlamentsdebatte zur institutionellen Reform am 2.8.1995, in: Mennitti, a.a.O., S. 251.
- 110 Ptak, Ralf: Verordnet-geduldet-erledigt? Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates im historischen Kontext, in: Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie–Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin, 1998, S. 19.
- 111 Vgl. Deane, Phyllis: The first industrial revolution, Cambridge, 1965.
- 112 Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat – Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin, 1995, S. 156.
- 113 Vgl. il Giornale: Berlusconi – ecco le strade e le ferrovie che farò, Mailand, 19.12.2000. Im Zentrum steht dabei ein Investitionsprogramm von ca. 187 Mrd. DM. Vgl. Corriere della sera: Grandi opere nel cassetto per 187.000 miliardi, Mailand, 20.12.2000.
- 114 Vgl. Panebianco, Angelo: Berlusconi e il programma die governo – Quei silenzi del cavaliere, in: Corriere della sera, Mailand, 18.12.2000. Die Erwiderung folgte tags darauf durch Paolo Del Debbio. Vgl. il Giornale: Il liberismo prossimo venturo, Mailand, 19.12.2000.
- 115 Vgl. il Giornale: Sviluppo Italia aiuta il ricco Nord, Mailand, 5.1.2001.
- 116 Genau diese Aspekte veranlassten ca. 30% der Lega-Wähler von 1992 bei den Wahlen 1994 die FI zu wählen. Vgl. Diamanti, Ilvo: Forza Italia – il mercato elettorale dell'imprenditore politico, in: Ginsborg, a.a.O., S. 667.
- 117 Berlusconi in: la Repubblica: E chi gioca al massacro ne risponderà al Paese, 5.11.1994, Mailand.
- 118 Vgl. Wacquant, Loic: Logics of urban polarization – the view from below, in: Crompton, Rosemary/Devine, Fiona/Savage, Mike/Scott, John (Hrsg.): Renewing Class Analysis, Oxford, 2000, S. 113.
- 119 Vgl. Biorcio, Roberto: La Padania Promesa – La storia, le idee e la logica d'azione della Lega Nord, Mailand, 1997, S. 35.
- 120 Ebenda, S. 27.
- 121 Vgl. Möller, Iris S.: Die Sprache der Erneuerer, in: Ferraris/Trautmann, a.a.O., S. 351ff.
- 122 Vgl. Bordon, Frida: Lega Nord im politischen Systems Italiens – Produkt und Profiteur der Krise, Wiesbaden,

- 1997, S. 169ff.
- 123 Biorcio, a.a.O., S. 42.
- 124 Born, Roxane: Die italienische Lega Nord – Entstehung, Entwicklung, Ideen und Rolle eines neuen politischen Akteurs, Magisterarbeit zur Erlangung des Grades eines Magister Artium, Philosophische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, 1998, S. 20.
- 125 Chiellino, Carmine/Marchio, Fernando/Rongoni, Giocondo: Italien, München, 1995, S. 300.
- 126 Vgl. Diamanti, Ilvo: La Lega, in: Diamanti/Mannheimer, a.a.O., S. 54ff.
- 127 Vgl. Born, a.a.O., S. 17f.
- 128 Vgl. Diamanti, Ilvo: Lega Nord – un partito per le periferie, in: Ginsborg, a.a.O., S. 672f.
- 129 Vgl. Istituto Nazionale di Statistica (ISTAT): L'Italia delle imprese delle istituzioni, Rom, 1995, S. 9ff.
- 130 Vgl. Diamanti, Ilvo: La Lega. Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico, Rom, 1993, S. 235.
- 131 Vgl. D'Amato, Gianni/Schieder, Siegfried: Die Lega Nord – Zwischen ethnischer Staatsbürgerschaft und föderalem Projekt, in: PROKLA, Heft 98, Münster, 1995, S. 59.
- 132 Vgl. Ricolfi, Luca: La Lega, in: Pasquino, Gianfranco: La politica Italiana – Dizionario Critico 1945-95, Rom/Bari, 1995, S. 268ff.
- 133 Vgl. Editorial Nord (Hrsg.): La Lega Nord attraverso i manifesti. Un percorso di 14 anni con i principali veicoli di comunicazione del movimento leghista, Mailand, 1996, S. 5.
- 134 Vgl. Allievi, Stefano: Le parole della Lega – Il movimento politico che vuole un'altra Italia, Mailand, 1992, S. 46ff.
- 135 Vgl. Brütting, Richard: Die Lega Nord, in: Ferraris/Trautmann, a.a.O., S. 206.
- 136 Vgl. Biorcio, a.a.O., S. 57f.
- 137 Republik des Nordens (Padania), Republik des Zentrums (Erturia) und die Republik des Südens (Repubblica del Sud), um die sich die bereits existierenden autonomen Regionen (Sizilien, Sardinien, Trentino-Alto Adige, Friaul-Julisch Venetien und Aostatal) gruppieren. Vgl. Miglio, Gianfranco: Come Cambiare. Le mie riforme, Mailand, 1992.
- 138 Der Vorschlag der Stiftung wurde der damaligen Zwei-Kammer-Kommission unter dem Vorsitzenden Ciriaco De Mita (DC) vorgelegt, die beauftragt war, die Staatsreform für die „Zweite Republik“ vorzubereiten. Vgl. Fondazione Giovanni Agnelli: Nuove regioni e riforma dello Stato, Contributi di ricerca, Turin, 1992.
- 139 Auf diese empirisch und theoretisch unhaltbare These wird an anderer Stelle eingegangen. Vgl. Brancati, Raffaele: La questione regionale – Federalismo, mezzogiorno e sviluppo economico, Rom, 1995, S. 49ff.
- 140 Vgl. Bordon, a.a.O., S. 136ff.
- 141 Vgl. Diamanti, in: Ginsborg, a.a.O., S. 672.
- 142 Vgl. Patrono, Mario: Die „Revolution der Richter“ – Eine italienische Geschichte, in: Ferraris/Trautmann, a.a.O., S. 151ff.
- 143 Vgl. Parisi, Arturo M.L./Schade, Hans M.A. (Hrsg.): Sulla soglia del cambiamento. Elettori e partiti alla fine della prima Repubblica, Bologna, 1995.
- 144 Vgl. Brütting, a.a.O., S. 204.
- 145 GegenStandpunkte 2-94: Italien nach der Wahl – Eine Regierungsbildung neuen Typs, München, 1994, S. 172, FN 13.
- 146 Vgl. Miglio, Gianfranco: Io, Bossi e la Lega. Diario segreto dei miei quattro anni sul Carroccio, Mailand, 1994, S. 47.
- 147 Vgl. Born, a.a.O., S. 40f.
- 148 Vgl. Hausmann, a.a.O., S. 172.
- 149 Ebenda.
- 150 Vgl. Bordon, a.a.O., S. 175ff. Biorchio, a.a.O., S. 83ff.
- 151 Vgl. Biagi, Enzo: Quando l'insulto si chiama dibattito, in: Corriere della Sera, Mailand, 21.12.2000.
- 152 Diese Fehleinschätzungen unterliegen auch den Aussagen von Toni Visentini, der die Lega als antifaschistische Volkspartei charakterisiert. Vgl. Ders.: Die Lega – Italien in Scherben, Bozen, 1993, S. 40ff.
- 153 Vgl. Bossi, Umberto: Il mio progetto. Discorsi su federalismo e Padania, Mailand, 1996, S. 105.
- 154 Vgl. Biorcio, a.a.O., S. 83.
- 155 Vgl. Biagi, a.a.O.
- 156 Der Name der wöchentlich tagenden Arbeitsgruppe ist Werkstatt (officina). Daran teil nahmen für die Lega Roberto Maroni und Roberto Castelli, für die FI Giuliano Urbani und Giulio Tremonti und für die AN Ignazio La Russa und Maurizio Gaspari. Vgl. Corriere della Sera: „Officina“, pensatoio del centrodestra, Mailand, 3.12.2000.
- 157 Vgl. Corriere della Sera: Maroni guida la svolta della Lega: basta con gli eccessi, Mailand, 3.12.2000.
- 158 Vgl. Marro, Enrico/Vigna, Edoardo: Sette Mesi di Berlusconi – Guidatemi Dai Fatti, Rom, 1995, S. 163ff.

- 159 D'Amato/Schieder, a.a.O., S. 54f.
- 160 Vgl. Poche, Bernard: *Scomposizione E Ricomposizione Dei Territori Europei: Il Belgio, La Slovenia, L'Italia Del Nord*, in: De Luna, Giovanni (Hrsg.): *Figli di un benessere minore – Storia della Lega 1979-1993*, Florenz, 1994, S. 239ff.
- 161 Vgl. Hobsbawm, Eric, J.: *Nationen und Nationalismus – Mythos und Realität seit 1780*, München, 1996, S. 20ff. Mann, Michael: *Geschichte der Macht, Dritter Band Teil 1, Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*, Frankfurt/New York, 1998, S. 113ff.
- 162 Vgl. Zamagni, a.a.O., S. 47ff. Lill, Rudolf: *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, Darmstadt, 1988, S. 91ff.
- 163 Ein Ergebnis war die relative Diskreditierung des Wirtschaftsliberalismus in Italien, da sich deutlich seine ideologische Funktion zeigte. Sozial bot er der Bevölkerung keine Perspektive und versagte in jeder Krise. Vgl. Allum, Percy: *Italy – Republic without government*, London, 1973, S. 20ff.
- 164 Vgl. Gerschenkron, Alexander: *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge, 1962.
- 165 Selbst im Faschismus griff Mussolini auf eine kulturelle Differenz zurück, die rassistisch auf der Konstatierung zweier Völker in der Nation (Nord und Süd) beruhte. Der damalige Nationalismus wurde damit bereits durch die regionale und ethnische Differenz ergänzt. Vgl. Poggio, Pier P.: *Il Naturalismo Sociale E L'Ideologia Della Lega*, in: De Luna, a.a.O., S. 188, FN5.
- 166 Vgl. Fix, a.a.O., S. 70ff.
- 167 Vgl. De Luna, Giovanni: *La Lega E il Progetto Di „Fare Gli Italiani“*, in: Ders., a.a.O., S. 1ff.
- 168 Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele: *Vento dal Nord – La mia Lega, la mia vita*, Mailand, 1992, S. 162.
- 169 Vgl. Vimercati, Daniele: *I lombardi alla nuova crociata – La Lega dall'esordio al trionfo. Cronaca di un miracolo politico*, Mailand, 1991, S. 179ff.
- 170 Gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (z.B. der Staat) nur solche Aufgaben übernehmen solle, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten (z.B. die Region oder die Familie) nicht in der Lage sind.
- 171 Vgl. *Corriere della Sera*: *Il Senatür progetta una protesta contro l'Europa a Nizza; Berlusconi ora prova a frenare Bossi*, Mailand, 18.10.2000.
- 172 Vgl. Hirsch, Joachim: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin, 1998, S. 34f.
- 173 So Ex-Minister Francesco Speroni in seiner Funktion als „Parlamentspräsident Padaniens“, in: *LegaNord*, a.a.O., S. 3.
- 174 Vgl. *la Stampa*: *La Carta Ue penalizzerà i Bossi e i Rauti*, Rom, 10.6.2000. *il Giornale*: *Nessuna sanzione contro l'Italia se vincerà il Polo*, Mailand, 20.9.2000.
- 175 Die Lega steht unter ständiger Beobachtung. Sie stand z.B. im Zentrum der Kritik von Jean Kahn an den italienischen Verhältnissen bei seiner Präsentation des Berichts an die EU-Kommission zur Situation über den Rassismus in Europa. Der FI-Europaabgeordnete Antonio Tajani sprang dem gescholtenen Partner sofort zur Seite und lehnte die Kritik als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Vgl. *Corriere della Sera*: *Razzismo, dall'Europa accuse alla Lega*, Mailand, 24.11.2000.
- 176 Vgl. Bhaduri, Amit: *Makroökonomie – Die Dynamik der Warenproduktion*, Marburg, 1988, S. 237ff.
- 177 Vgl. Zivier, Ernst: *Erosion der Demokratie*, in: Butterwegge, Christoph u.a. (Hrsg.): *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? – Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik*, Baden-Baden, 1999, S. 91f.
- 178 Ein demokratischer Föderalismus sollte den faschistischen Zentralstaat nach dessen Überwindung ablösen, um faschistische Versuche in Zukunft zu verhindern. Vgl. Spinelli, Altiero: *Il manifesto di Ventotene*, Bologna, 1991. Die Positionen hat Spinelli bereits 1941 mit Ernesto Rossi im Exil verfasst.
- 179 Brütting, Richard: *Lega Nord*, in: Ders., a.a.O., S. 445.
- 180 Vgl. Seitz, Martina: *Italien zwischen Zentralismus und Föderalismus – Dezentralisierung und Nord-Süd-Konflikt*, Wiesbaden, 1997, S. 35ff.
- 181 Vgl. Miglio, Gianfranco: *Io, Bossi e la Lega*, Mailand, 1994, S. 11.
- 182 Diese Relation galt auch in Italien. Sie sagt allein weder etwas über die effiziente Verwendung der Steuermittel aus, noch kann sie als Begründung für die vertretene Behauptung, Norditalien sei Nettozahler, herhalten. Vgl. Brancati, a.a.O., S. 61ff.
- 183 Musgrave, Richard A.: *Fiscal Federalism*, in: Buchanan, James M./Musgrave, Richard A.: *Public Finance and Public Choice – Two Contrasting Visions of the State*, Massachusetts Institute of Technology, 1999, S. 161.
- 184 Buchanan, James M.: *Response*, in: Ebenda, S. 178.
- 185 Ebenda, S. 179.
- 186 Vgl. Musgrave: *The Nature of the Fiscal State*, in: Ebenda, S. 36ff.
- 187 Vgl. O'Conner, James: *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt a. M., 1974, S. 244ff.

- 188 Immer wieder forderte die Lega zum Steuerstreik auf und machte dieses Anliegen zum zentralen Punkt ihrer politischen Mobilisation. Vgl. Born, a.a.O., S. 113f. Visentini, a.a.O., S. 101. Biorchio, a.a.O., S.166f. Der Steuerstreik gilt als wichtiges Element der neoliberalen Revolution, die einen Ausgangspunkt in der Steuerstreikbewegung von Kalifornien (Proposition 13) hatte. Die latente mittelständische Steuerstreikneigung wurde vehement artikuliert und hatte die Steuersenkungspolitik für die Oberschicht und wohlhabende Mittelschicht in der Amtszeit Reagans zur Folge. Vgl. Dubiel, a.a.O., S. 90ff.
- 189 Vgl. Slater, Don/Tonkiss, Fran: *Market Society – Markets and Modern Social Theory*, Cambridge, 2001, S. 32.
- 190 Vgl. Franzina, Emilio: Veneto – una società dinamica al bivio tra globalizzazione e leghismo, in: Ginsborg, a.a.O., S. 138ff. Della Peruta, Franco: Lombardia – primato economico e proposte Politiche, in: Ebenda, S. 126ff.
- 191 Vgl. Poggio, Pier Paolo.: La „Revoluzione Italiana“, in: Bonomi, Aldo/Poggio, Pier Paolo (Hrsg.): *Ethnos E Demos – Dal Leghismo Al Neopopulismo*, Mailand, 1995, S. 43ff.
- 192 Poggio, in: De Luna, a.a.O., S. 152.
- 193 Vgl. von Hayek, Friedrich A.: *Der Weg zur Knechtschaft*, München, 1991.
- 194 Vgl. Poggio, in: De Luna, a.a.O., S. 153.
- 195 Vgl. Miglio, (1992), a.a.O., S. 90ff.
- 196 LegaNord (Offizielles Organ/Parteizeitung): *Aziende e lavoratori hanno obiettivi comuni*, 23.7.1993.
- 197 De Luna, Giovanni: *Dalla Spontaneità All'Organizzazione – La Restibile Ascesa Della Lega Di Bossi*, in: Ders., a.a.O., S. 66.
- 198 Vgl. Moroni, Primo: *Tra Post-Fordismo E Nuova Destra Sociale*, in: Bonomi/Poggio, a.a.O., S. 68ff.
- 199 Sander, Theodor: *Regionen auf schwachen Beinen*, in: Ferraris/Trautman, a.a.O., S. 379ff.
- 207 Ein Fehler ist, die eigene Beschreibung der Lega zum Maßstab ihrer Bewertung zu machen und sie vom Vorwurf des Rassismus bzw. Rechtsextremismus frei zu sprechen. Roxane Borns Analyse ist hier fehlerhaft, obwohl sie selbst darauf hinweist, dass die Lega „[nicht] Hass gegen die Fremden [propagiert], sondern [den] Schutz der Einheimischen vor ihnen [fordert].“ Born, a.a.O., S. 117. Genau in dieser Haltung liegt u.a. die Veränderung im Rassismus, der auf den Wert der kulturellen Unterschiede abhebt und damit die soziale Diskriminierung legitimiert.
- 208 Vgl. Biorcio, a.a.O., S. 22ff.
- 209 Bonomi, Aldo: *Alle Orgini Del Movimento – La Lega Lombarda Tra Cosmopolitismo E Localismo*, in: De Luna, a.a.O., S. 229.
- 210 Ebenda.
- 211 *la Repubblica*: *Razzismo Ruspante*, Rom, 15.9.2000.
- 212 *Corriere della Sera*: *La lunga storia tra immigrati e Lega*, Mailand, 7.12.2000.
- 213 Ebenda.
- 214 Vgl. *Corriere della Sera*: *Milano, la Lega contro la nuova moschea*, Mailand, 25.10.2000. *Corriere della Sera*: *„La sinistra vuole i voti dei clandestini“*, Mailand, 18.12.2000.
- 215 *La Padania* (Tageszeitung der Lega): *Se discriminare significa essere liberi di scegliere*, 21.7.1999, in: *Camera di Deputati – Gruppo Democratici di Sinistra (L'Ulivo) – Ufficio Stampa: Le Lega E Il Mezzogiorno D'Italia*, Rom, 2000, S. 6f.
- 216 Vgl. *La Padania*: *Assistenzialismo o invasione, il risultato è lo stesso. Si tratti di mantenere le sovrastrutture politiche meridionaliste o di accogliere i clandestini, il tutto continu ad essere fatto a spese del Nord*, 1.2.1999. *La Padania*: *Una società a tre caste*, 22.11.1998, in: Ebenda.
- 217 Der latent rassistische, kleinbürgerliche Kontext der Lega wurde von der neofaschistischen Rechten (destra radicale) außerhalb der AN sehr früh gesehen und kritisiert. Er führt nämlich zur Ablehnung der „Südtaliener“ und bedroht ihren Ansatz, ethnisch-kulturelle Unterschiede für den eigenen Nationalismus zu nutzen. Vgl. *Germinario*, Francesco: *La Lega Nord Vista Dalla Pubblicità Della Destra Radicale*, in: Bonomi/Poggi, a.a.O, S. 242ff. Hier kann nicht näher auf die Entwicklung der außerparlamentarischen radikalen Rechten eingegangen werden, die sich vor allem um Zeitschriftenprojekte (*Orion*, *Aura*, *Avanguardia*, *l'Uomo Libero*, *Diorama letterario*) gruppierte. In

den 90er Jahren gab es zwei Referenzpunkte: Der stärkere Bezug auf „nationalkommunistische“ osteuropäische Bewegungen (z.B. der russischen Pamjat) und ein Antisemitismus, der sich vornehmlich in Form des Antizionismus artikuliert. Die verschiedenen Gruppen der radikalen Rechten – in Italien wird hiermit der neofaschistische Flügel definiert, der sich als revolutionär versteht und seine Ziele militant durchzusetzen versucht – dienen daneben als intellektuelle Vorfeldorganisationen der parlamentarischen neofaschistischen Rechten. Die Verbindungen sind trotz gegenseitiger Kritik relativ gut und die personellen Übergänge im Jugendbereich sind fließend.

218 Vgl. Laqueur, Walter: *Faschismus – Gestern Heute Morgen*, 1997, Berlin, S. 151ff.

219 Bossi, Umberto: *Le differenze diventano un valore*, in: *Lombardia autonomista*, 4.12.1991.

220 Vgl. *Germinario*, a.a.O., S. 232ff.

221 Vgl. Bossi, Umberto: „Die Macht Roms ist zentralistisch und rassistisch – Was ist Rassismus – Es ist die Übertreibung der politischen und ökonomischen Kontrolle von Seiten einer homogenen ethnischen Gruppe [der Südtaliener, Anm. d. Verf.] gegenüber einer anderen [der Norditaliener].“, in: *LegaNord*, 28.3.1996.

222 Bossi, Umberto, in: *Lega Nord Emilia*, 7.3.92, nach: Leonardi, Roberto/Kovacs, Monique: *L'irrestibile ascesa della Lega nord*, in: Hellman, Stefan/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *Politica in Italia – I Fatti Dell'Anno e le Interpretazioni*, Bologna, 1993, S. 135.

223 Leonardi/Kovacs, in: Hellmann/Pasquino, a.a.O., S. 131.

224 Vgl. Miglio, 1992, a.a.O., S. 37.

225 Vgl. Valussi, Giorgio: *Popolazione ed economica*, in: Ders. (Hrsg.): *L'Italia Geoeconomica*, Turin, 1987. Muscarà, Calogero: *Geografia della trasformazione Italiana – Dal „Miracolo Economico“ al decentramento sociale*, in: Ebenda. Achenbach, Hermann: *Bevölkerungsbewegung und Regionalentwicklung in Südtalien*, in: Hemmer, Hans-Rimbert/Aberle, Gerd (Hrsg.): *Entwicklungsperspektiven Südtaliens*, Hamburg, 1985, S. 45ff.

226 Vgl. Leonardi/Kovacs, in: Hellmann/Pasquino, a.a.O., S. 132f.

227 Die Einkommen der emigrierten Südtaliener diene immer als Kapitalquelle der privaten und staatlichen Investition im industriellen Norden. Unterstellen wir für den Moment die Richtigkeit des Mechanismus von der hohen Anzahl der südtalienschen Verwaltungsangestellten im Norden, so lassen sich allein daraus keine negativen Wirkungen ableiten. Bei Analyse der Daten zur Entwicklung des öffentlichen Dienstes ist die massive Expansion jedenfalls nicht zu konstatieren. Vgl. Cassese, Sabine/Vesperini, Giulio: *Come sono cambiati i rapporti tra sistema politico e burocrazia*, in: Ginsborg, a.a.O., S. 488ff. Selbst im europäischen Vergleich liegen die Ausgaben für den öffentlichen Dienst im Durchschnitt der übrigen Länder. In Italien ist vielmehr in den letzten Jahren, wie in allen Nationen, der Rückgang der öffentlichen Ausgaben zu beobachten.

228 Vgl. Del Monte, Alfredo: *Auswirkungen der Regionalpolitik auf die industrielle Entwicklung des Mezzogiorno*, in: Hemmer/Aberle, a.a.O., S. 129ff.

229 Leonardi/Kovacs, in: Hellmann/Pasquino, a.a.O., S. 133.

230 Vgl. *LegaNord*: „Die Agrikultur Padanias stirbt in Rom“, 23.7.1993.

231 Vgl. La Padania: *Le proposte del Governo della Padania*, 2.12.99, in: *Camera dei Deputati – Gruppo Democratici di Sinistra (L'Ulivo) – Ufficio Stampa*, a.a.O., S. 10.

232 Vgl. Ferraresi, Franco: *Threats to democracy – The Radical Right in Italy after the War*, Princeton/New Jersey, 1996, S. 3.

233 Propagiert wurde der Schritt vor allem von Domenico Fisichella (Kultusminister im 94er Kabinett), einer ihrer ökonomischen Köpfe, der seit der Verschmelzung mit der monarchistischen Partei in den 70er Jahren zur MSI-DN (Destra Nazionale) Mitglied ist.

234 De Cesare, Corrado: *Il Fascista Del Duemilla – Le radici del camarata Gianfranco Fini*, Mailand, 1995, S. 26. De Cesare zeichnet hier die jüngste Geschichte der Partei (seit 1983) anhand der in der MSI-Tageszeitung *Il Secolo d'Italia* veröffentlichten Positionen Finis nach.

235 Ebenda, S. 93f.

236 Ebenda, S. 99.

237 Vgl. Fini, Gianfranco, in: *Alleanza Nazionale: Pensiamo L'Italia – Il Domani C'è Già – Valori, idee e progetti per l'Alleanza Nazionale*, Tesi politiche approvate dal Congresso di Fiuggi, Gennaio 1995, S. 4.

238 Tarchi, Marco: *Dal MSI Ad AN – Organizzazione e strategie*, Bologna, 1997, S. 400. Tarchi, Politologe an der Universität von Florenz, ist selber jahrzehntelanges Mitglied der Partei und gilt als einer der angesehensten Intellektuellen, den sie hervorgebracht hat. Neben der Organisation von Diskussionsprozessen und dem Aufbau von Netzwerken ist er Gründer/Herausgeber der politischen Monatszeitschrift *Diorama letterario*.

239 Vgl. Ignazi, Piero: *Postfascisti? Dal Movimento sociale italiano ad Alleanza Nazionale*, Bologna, 1994.

240 Vgl. Valentini, Chiara: *Alleanza Nazionale – la componente „storica“ del Polo della libertà*, in: Ginsborg, a.a.O., S. 677f.

241 Vgl. *la Repubblica*: *Mezzo secolo da reduci*, 26.1.95, Mailand. *Financial Times*: *Fini snuffs out fascist flame to*

- try to boost party, 26.1.95, London.
- 242 Zu den Wahlergebnisse der MSI von 1948-87 Vgl. Chiarini, Roberto: *The Movimento Sociale Italiano – A historical profile*, in: Cheles, Luciano/Fergusson, Ronald/Vaughan, Michalina (Hrsg.): *Neo-Fascism in Europe*, Essex, 1991, S. 19. Der MSI erzielte 1992 lediglich 5,4%. Als MSI-AN steigerte er sich 1994 auf 13,5% und 1996 als AN noch einmal auf 15,7%. Bei den Europawahlen 1996 sank das Ergebnis auf 10,3%. Für die Wahl 2001 wurde ein Ergebnis zwischen 13% und 15% erwartet. Vgl. *il Giornale*: Margherita al 4,5%, centrosinistra in calo, Mailand, 19.10.2000.
- 243 Vgl. Mantelli, Brunello: *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin, 1998, S. 170ff.
- 244 Ebenda, S. 177f. Vgl. Scheuer, a.a.O., S. 108ff.
- 245 Diese Aussagen, die Herkunft Mussolinis und führender Kader aus sozialistischen/sozialrevolutionären Parteien/Bewegungen führten zu anhaltenden Problemen in der Bewertung des Faschismus. Vor allem hinsichtlich der Klärung, ob der Faschismus eine rechte oder linke und ob er eine modernisierende oder rückschrittliche politische Kraft gewesen sei. Die Ambivalenzen, die sich häufig aus der fehlenden Unterscheidung zwischen den Ebenen realer Politik, ideologischen Strömungen und bloßer Rhetorik ergibt, nutzte dem MSI und heute der AN.
- 246 Vgl. Sarti, a.a.O., S. 135.
- 247 Ebenda, S. 136f.
- 248 Vgl. Chiarini, Roberto: *Destra italiana dall'Unità d'Italia a Alleanza Nazionale*, Venedig, 1995, S. 81ff.
- 249 In Italien kam es nach 1945 zu keiner massenhaften Entfernung der Träger des Regimes. Nur ca. 10.000 Personen wurden vor Gericht gestellt, 500-1.000 Todesurteile ausgesprochen und 40-50 vollstreckt. Die übrigen Haftstrafen hob das Amnestiegesetz von 1946 des Innenministers Palmiro Togliati (PCI) auf. Vgl. Laqueur, a.a.O., S. 127.
- 250 Vgl. Ignazi, Piero: *Il Movimento Sociale Italiano*, in: Pasquino, a.a.O., S. 271.
- 251 Vgl. Ders.: *Il polo escluso – Profilo del Movimento Sociale Italiano*, Bologna, 1989, S. 101ff.
- 252 Ignazi, Piero: *The Changing Profile of the Italian Social Movement*, in: Merkl, Peter H./Weinberg, Leonard (Hrsg.): *Encounters with the contemporary radical right*, Oxford, 1993, S. 79.
- 253 Höhne, Roland: *Alleanza Nazionale – Eine demokratische Rechtspartei?*, in: Ferraris/Trautman, a.a.O., S. 183.
- 254 Der gleiche Mario Scelba, der sich rühmte, 1947 die Sicherheitskräfte in Anlehnung an ihre Rolle im Faschismus von 8.000 Kommunisten gesäubert und dafür 18.000 vertrauenswürdigen Personen eingestellt zu haben. Funktionäre der RSI würden an hoher Stelle positioniert und eine parallele Struktur von Notstandskräften geschaffen, die im Falle eines Aufstandes alle Macht an sich gerissen hätte. Vgl. Moroni, Primo: *Centro di Iniziativa Luca Rossi – Gladio, stragi, riforme istituzionali*, Mailand, 1991, S. 6.
- 255 Vgl. Scheuer, a.a.O., S. 127ff.
- 256 Vgl. Galli, Giorgio: *La Destra in Italia – Teoria e prassi del radicalismo di destra in Italia e nel contesto europeo e internazionale dal secondo dopoguerra a oggi*, Mailand, 1983, S. 33ff.
- 257 Vgl. Ferraresi, a.a.O., S. 191ff.
- 258 Vgl. Chiarini, in: Cheles u.a., a.a.O., S. 30ff.
- 259 Ebenda, S. 32.
- 260 Zu Beginn der 70er Jahre erhöhte sich der Organisationsgrad der Arbeiter im Mezzogiorno stark, so dass die Streikbewegung in dieser Zeit hier einen Ausgangspunkt hatte. Vgl. Ginsborg, Paul: *Storia d'Italia dal dopoguerra a oggi – Società e politica 1943-1988*, Turin, 1989, S. 455ff. Nutznießer war die PCI, welche die DC bei den Europawahlen 1972 überflügelte. Zu dieser Zeit wurde die Mezzogiornopolitik dezentralisiert. Die Mittel, die zur Industrialisierung und sozialen Sicherung bestimmt waren, konnten so leichter zweckentfremdet werden und in der schwierigen Situation die Klientelpolitik von DC und MSI finanzieren.
- 261 Vgl. Galli, a.a.O., S. 41ff.
- 262 Die Grundzüge der Strategie der Spannung wurden 1965 in einer Konferenz im Hotel Parco dei Principi des „Alberto Pollio Instituts für historische und militärische Studien“ besprochen. Hier traf sich alles, was Rang und Namen hatte in der italienischen Rechten aus Parteien, Bewegungen und der Sicherheitskräfte. Die Funktion gezielter Terroranschläge zur Destabilisierung der Republik wurde diskutiert. Die folgenden Unruhen sollten zur Ausrufung des Ausnahmezustandes und zur Absetzung der gewählten Regierung genutzt werden. Am 12. Dezember 1969 explodierte die erste Bombe in Mailand, die auf das Konto der rechten Splittergruppen zurückzuführen ist, die sich nicht mehr dem moderaten Kurs der MSI verpflichtet fühlten. Vgl. Chiarini, in: Cheles u.a., a.a.O., S. 34. Zur Verbindung von bewaffneter Rechten und staatlichen Institutionen. Vgl. Flamini, Sergio: *Il partito del golpe*, Ferrara, 1981. Zur Rolle der Geheimdienste und Sicherheitskräfte. Vgl. Azzellini, a.a.O., S. 23ff.
- 263 Vgl. Grassi, Mauro: *AN/Avanguardia Nazionale*, in: Brütting, a.a.O., S. 81f.
- 264 Vgl. *Relazione del Gruppo Democratici di Sinistra – L'Ulivo*, a.a.O., S. 115ff.
- 265 Vgl. Ignazi, in: Pasquino, a.a.O., S. 276.

266 Auf Anweisung Admirantes übernahm der junge Gianfranco Fini 1977 die Leitung der Jugendorganisation. Nach und nach wurde er von ihm zum Nachfolger aufgebaut.

267 Vgl. Ignazi, in: Merkl/Weinberg, a.a.O., S. 81f.

268 Vgl. Ferraresi, a.a.O., S. 197f.

269 Vgl. Ignazi, in: Merkl/Weinberg, a.a.O., S. 83.

270 Bezeichnet werden damit die Parteien, die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen waren und 1947 gemeinsam die italienische Verfassung verabschiedet hatten. Vgl. Lill, a.a.O., S. 380ff.

271 Vgl. Ignazi, in: Pasquino, a.a.O., S. 279.

272 Sie verstand sich als Sammlungsbewegung der neuen sozialen Bewegungen. Postmaterialistische Kritik, mehr Bürgerrechte und die Kritik am alten System war ein Grundkonsens. Wirtschafts- und sozialpolitisch hingegen stand sie auf neoliberalen Boden. Ihren Platz fand sie dann auch schnell an der Seite Berlusconis und stellte klar, welche Richtung sie im Zweifel favorisiert. Vgl. Ignazi, in: Pasquino, a.a.O., S. 311ff.

273 Tarchi, a.a.O., S. 101.

274 Ebenda, S. 103ff.

275 Vgl. Ignazi, in: Merkl/Weinberger, a.a.O., S. 84f.

276 Vgl. Ignazi, in: Pasquino, a.a.O., S. 281.

277 Weder wurden die finanziellen Verbindungen des MSI zur Geheimloge P2 von Licio Gelli noch die Verdachtsmomente der illegalen Parteifinanzierung durch die dem MSI angehörigen öffentlichen Einrichtungen (z.B. Sportzentren) und die Bereicherung einzelner Funktionäre aufgeklärt. Vgl. De Cesare, a.a.O., S. 14f. In Anbetracht der engen Verbindung des MSI zu den Sicherheitsorganen und den Koalitionen mit der DC auf regionaler/lokaler Ebene erscheint es mehr als fraglich, dass der MSI mit dem von ihr so bezeichnetem korrupten System der Parteienherrschaft der Nachkriegszeit nichts zu tun gehabt habe.

278 Fiore baute die Untergrundbewegung Terza Posizioni mit auf. Morsello war im Kampfverband Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR) aktiv, der ab Mitte der 70er Jahre zur führende Organisation in der rechten Terrorszene wurde. Beide gingen nach dem Bombenanschlag auf den Bahnhof in Bologna 1980 als Justizflüchtlinge nach Großbritannien und sind nie ausgeliefert worden. Im Gegenteil, sie wurden vom englischen Geheimdienst gestützt und schufen sich ein kleines Wirtschaftsimperium (Reisebüro Meeting Point etc.). Sie kehrten beide nach Italien zurück und bauten seit 1998 die Forza Nuova auf. Nach dem Bombenanschlag am 22. Dezember 2000 auf die Tageszeitung *il manifesto* in Rom wurde erneut deutlich, wie vielfältig die Verbindung zwischen rechtsextremen Parteien/Gruppierungen und der parlamentarischen Rechten sind. Vgl. *Corriere della Sera*: *Attenti ai legami tra candidati e terroristi*, Mailand, 29.12.2000. Vor allem das Führungsmitglied der AN, Francesco Storace (Regionalpräsident von Latium), macht keinen Hehl aus den Verbindungen. Vgl. Ebenda: *Storace-sono amico del loro leader, facevamo politica insieme*.

279 Vgl. *La Stampa*: *il loro orgoglio è malato*, Rom, 6.7.2000.

280 Vgl. Ignazi, Piero: *Il linguaggio della destra radicale spinge ad atti estremi*, in: *Corriere della Sera*, Mailand, 26.12.2000.

281 Vgl. Malgieri, Gennaro: *La Destra al tempo dell' Ullivo*, Rom, 1999, S. 20ff. Malgieri ist Mitglied der AN und Parlamentarier. Seit 1994 ist er Direktor der Tageszeitung *Secolo d'Italia* und Gründer der seit 1997 monatlich erscheinenden Zeitschrift *Percorsi*.

282 Vgl. *Alleanza Nazionale*: *Un progetto per l'Italia del Duemila*, Verona, 27.2.-1.3.1998.

283 Vgl. *il Giornale*: *Tante facce nuove nelle liste di An*, Mailand, 26.1.2000. Je näher die Wahl rückte, desto wichtiger wurden jedoch wieder die „alten“ Repräsentanten der AN. Nur sie würden die zukünftige parlamentarische Arbeit als Regierungspartei adäquat erledigen können. Vgl. *il Giornale*: *La linea die An: pochi esterni, ma buoni*, Mailand, 22.3.2001.

284 Vgl. *il Giornale*: *I colonnelli die AN – un congresso per rafforzare Fini*, Mailand, 26.8.2000. *Corriere della Sera*: *Roma, Storace dà la scalata al partito*, Mailand, 13.1.2001.

285 Vgl. Höhne, a.a.O., S. 201.

286 Gossweiler, Kurt: *Aufsätze zum Faschismus*, Bd.II, Köln, 1988, S. 376.

287 Damit baut die AN auf der allmählichen Normalisierung der Beziehungen der anderen Parteien und der Gesellschaft zur MSI auf, ohne das substantielle Kritik an der Kontinuität und ihren ideologischen Grundlagen geübt wird. Vgl. Valentini, in: Ginsborg, a.a.O., S. 677ff.

288 Der weithin anerkannte konservative Historiker De Felice spielte hierfür in Italien eine zentrale Rolle. Er bestand immer auf einer Charakterisierung des italienischen Faschismus als „Modernisierungsbewegung“ und sprach sich gegen eine vergleichende Faschismusforschung aus. Vgl. De Felice, Renzo: *Intervista sul fascismo*, Bari, 1975. Die Fragen nach den reaktionären Elementen, der Herrschaftssicherung der Eliten und der möglichen Wiederholung blieben in der Regel unterbelichtet.

- 289 Neben der komparativen Gegenüberstellung von Entwicklungen in anderen Ländern und der Klärung der Relevanz verschiedener theoretischer Erklärungsansätze liegt hier bis heute eine wichtige Aufgabe. Vgl. Wippermann, Wolfgang: *Faschismustheorien – Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt, 1995.
- 290 Vgl. Ferraresi, a.a.O., S. 4ff/196f.
- 291 Vgl. Einzig, Paul: *The economic foundations of fascism*, London, 1933.
- 292 Laqueur, a.a.O., S. 147f.
- 293 Vgl. ak 440: *Italien – Die Politik der Bomben*, Hamburg, 6.6.2000. *Corriere della Sera*: Mancino – sulle stragi Ds supponenti, Mailand, 24.6.2000.
- 294 Vgl. *la Repubblica*: Scontro sui libri di scuola, Mailand, 11.11.2000. *il Giornale*: Così gli studenti imparano una storia manipolata, Mailand, 11.11.2000. *Corriere della Sera*: Basta con i libri scolastici marxisti, Mailand, 13.11.2000. Die letzte Schlagzeile ist ein Zitat Berlusconi, der sich in dieser Debatte engagiert hatte.
- 295 *Alleanza Nazionale* (1995), a.a. O., S. 12.
- 296 Ebenda, S. 95. Bezeichnenderweise wird die Spaltung zwischen Kommunisten und Antikommunisten gezogen und nicht an der Frage des Kampfes gegen die faschistische Diktatur und des kritischen Widerstandes gegen die neofaschistische Partei und ihre Ideologie festgemacht.
- 297 Ebenda.
- 298 Vgl. Feldbauer, Gerhardt: *Von Mussolini bis Fini – Die extreme Rechte in Italien*, Berlin, 1996, S. 176f.
- 299 Vgl. *Alleanza Nazionale* (1995), a.a. O., S. 13ff.
- 300 Sternhell, Zeev/Sznajdar, Mario/Asheri, Maia: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie – Von Sorel bis Mussolini*, Hamburg, 1999, S. 289.
- 301 Ebenda, S. 49.
- 302 Ebenda, S. 206f.
- 303 Vgl. Respinti, Marco: *L' inventore del Polo della Libertà: Barry Goldwater – Un excursus sul conservatorismo nordamericano*, in: Cannella, Giampiero/Di Lello, Aldo/Respinti, Marco/Torriero, Fabio: *Rivoluzione blu – La sfida di destra alla terza via*, Rom, 1999, S. 102ff.
- 304 Staglieno, Marco: *Appunti metodologici per una „storia delle Destre in Italia“*, in: Fini, Gianfranco: *Un' Italia civile – Intervista di Marcello Staglieno*, Mailand, 1999, S. 129.
- 305 Vgl. Fini, Gianfranco: *Vi presento AN, Partito democratico di destra*, in: *Ideazione*, 1/1995, Rom, S. 81.
- 306 Vgl. Sternhell, u.a., a.a.O., S. 22ff.
- 307 Vgl. Revelli, a.a.O., S. 55ff.
- 308 Ebenda, S. 57.
- 309 *Allanza Nazionale* (1995), a.a.O., S. 7f.
- 310 Ebenda.
- 311 Ebenda, S. 89f. Vgl. *Alleanza Nazionale: Un progetto pe l'Italia del Duemilla*, Verona 27.02.-1.03.1998, S. 10ff.
- 312 Vgl. *Alleanza Nazionale* (1998), a.a.O., S. 8ff.
- 313 Vgl. Storace, Francesco: *Libertà e unità nazionale*, in: *Ideazione, Sonderband Libertà*, a.a.O., S. 359f.
- 314 Vgl. *Alleanza Nazionale* (1998), a.a.O., S. 73f. Fini umschreibt die dafür notwendige Belebung eines neuen Nationalismus als Belebung von Werten und Traditionen, damit ein ziviles Italien (*Italia civile*) wachse. Vgl. Fini, Gianfranco: *Un' Italia civile – Intervista di Marcello Staglieno*, Mailand, 1999, S. 7ff.
- 315 Vgl. *Alleanza Nazionale: Libero, Forte, Giusto – Il Governo che vogliamo*, Seconda Conferenza Programmatica, Napoli, 23-25. Febbraio 2001. Nach dem Gründungsparteitag in Fuggi (1995) und dem ersten Programmparteitag in Verona (1998) wurden hier die Positionen in gestraffter Form für die Wahl 2001 präsentiert. Die Sprache ist noch moderner als bisher, und explizite Hinweise auf alte neofaschistische Erklärungsmuster wurden tunlichst vermieden.
- 316 Ebenda, S. 11.
- 317 De Cesare, a.a.O., S. 100.
- 318 Vgl. Ptak, Ralf: *Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten – Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie*, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): *Braune Gefahr – DVU, NPD, REP, Geschichte und Zukunft*, Berlin, 1999, S. 135ff.
- 319 Marcuse, Herbert: *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): *Faschismus und Kapitalismus – Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktionen des Faschismus*, Frankfurt a. M./Wien, 1967, S. 45.
- 320 Vgl. Losurdo, a.a.O., S. 37f.
- 321 Vgl. Di Lello, Aldo: *Il progresso non è progressista*, in: Cannella, u.a, a.a.O., S. 39ff. Malgieri, a.a.O., S. 307ff. Malgieri sieht in der Globalisierung und der zunehmenden sozialen Marginalisierung den Verteilungskonflikt der

Zukunft, der nur durch den Bezug auf Heimat, Nation und das Kollektiv gelöst werden kann und keine Antwort im Klassenkampf habe, da dieser nur die Gemeinschaft spalte.

322 Ptak, Ralf: Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte – Betrachtungen zu einer wenig behandelten Frage, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin, 1996, S. 908.

323 Vgl. Ptak, Ralf/Schui, Herbert: Das FPÖ-Dreieck, Rechtsextremes Fundament-Neoliberale Substanz-Marktgerichtete Präsentation, in: Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternative, Heft 1/98, Wien, S. 98ff.

324 Vgl. Valentini, in: Ginsborg, a.a.O., S. 679f.

325 Vgl. Alleanza Nazionale (2001), a.a.O., S. 2f.

326 Ebenda. Vgl. Alleanza Nazionale (1998), a.a.O., S. 7f.

327 Ders.: Problemi e realtà del fascismo, Firenze, 1924, S. 21. Zitiert nach Sternhell u.a., a.a.O., S. 289f.

328 Zorato, Bruno/Lechner, Brunhilde: Italiens neue Rechte, Stuttgart, 1976, S. 57.

329 Ebenda, S. 59.

330 Agnoli, Johannes: Jenseits von Liberalismus und Sozialismus – Korporatives System, Kapitalismus und Faschismus in Italien, in: Ders.: Faschismus ohne Revision, Gesammelte Schriften Bd. 4, Freiburg, 1997, S. 142.

331 Agnoli, Johannes: Zur Faschismuskussion, in: Ebenda, S. 66, Fußnote 25.

332 Vgl. Alleanza Nazionale (1998), a.a.O., S. 20ff. Alleanza Nazionale (2001), a.a.O., S. 10f.

333 Vgl. Alleanza Nazionale (2001), a.a.O., S. 19ff.

334 Ebenda, S. 3. Alleanza Nazionale (1995), a.a.O., S. 32ff. Alleanza Nazionale (1998), a.a.O., S. 39ff.

335 Vgl. Fini: Un' Italia civile, a.a.O., S. 48ff.

336 Vgl. Alleanza Nazionale (2001), a.a.O., S. 4.

337 Ebenda, S. 9.

338 Ebenda, S. 11.

339 Ebenda.

340 Vgl. Dubiel, a.a.O., S. 68ff.

341 Vgl. Höhne, a.a.O., S. 197.

342 Der Ansatz eines so gearteten nationalen Korporatismus findet sich durchgängig in rechten Publikationen. Für die Entwicklung der AN wird in dieser Kombination der Schlüssel des zukünftigen Erfolges gesehen. Vgl. Cannella, Giampiero/Di Lello, Aldo/Respinti, Marco/Torriero, Fabio: Rivoluzione blu – La sfida di destra alla terza via, Rom, 1999.

343 Vgl. Höhne, a.a.O., S. 197.

344 Vgl. il Giornale: Nasce l'amore tra industriali torinesi e Casa delle libertà, Mailand, 24.3.2001. il manifesto: Il carro del cavaliere – Industriali in crescita le simpatie per il Polo. Il piu odiato: Sergio Cofferati, Rom, 20.3.2001. Gegen die Gewerkschaft CGIL und ihren Vorsitzenden Sergio Cofferati wird seit Wochen seitens der Confindustria mit den gleichen Argumenten polemisiert wie sie auch die Rechtskoalition strapaziert: Gewerkschaftskartelle verhindern die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes. Wachstum gäbe es nur durch sinkende Lohnkosten. Cofferati wies zu Recht auf die identischen Aussagen des Unternehmensverbandes und der Rechtskoalition hin und merkte an, dass die gleichen Personen an den Positionspapieren arbeiten würden. Vgl. Corriere della Sera: „Imprese e Polo, stessi programmi“, Mailand, 5.4.2001.

345 Vgl. il Giornale: Andreotti E D'Antoni – L'Errore Della Solitudine, Mailand, 19.3.2001. Zwar wird der Partei in diesem Artikel keine eigenständige Lebensfähigkeit zugestanden, aber diese ablehnende Haltung resultiert eher aus dem Ärger über die gescheiterte Einbindung in die Rechtskoalition. Nach einem Sieg Berlusconi's wird sich die Democrazia Europea voraussichtlich auf eine Zusammenarbeit verständigen.

346 Vgl. Corriere della Sera: Tremonti – un patto con la Cgil sugli atipici e i posti sommersi, Mailand, 15.3.2001. Der zukünftige Wirtschaftsminister unter Berlusconi, Giulio Tremonti, zeigt hier die Linie auf: Absprachen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes würden zunächst auf den Bereich der prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnisse beschränkt und die tarifvertraglich geschützten Bereiche zunächst von überzogenen Forderungen verschont bleiben.

347 Vgl. Corriere della Sera: „Votate chi segue le idee della Chiesa.“ Quelle assonanza tra la Cei e la Cassa delle Libertà, Mailand, 27.3.2001.

348 Vgl. L'Espresso: Nuovi Poteri/La Confindustria di CL – Compagnia di lotta e di governo, Mailand, 1.6.2000.

349 Vgl. Revelli, Marco: Sinistra manageriale, un ceto seperato alla società, in: Liberazione, Rom, 23.7.2000.

350 Gritti, Roberto: Pds/Ds – modernità senza identità, in: Prospero/Gritti, a.a.O., S. 17.

351 Vgl. il manifesto: Politica, roba da ricchi. I conti in rosso della Quercia, Rom, 30.7.2000.

352 In dieser Situation scheint die Kommunikationsfähigkeit Berlusconi's überlegen. In den letzten Wochen des Wahlkampfes kam jedoch sein übersteigertes Ego und seine übliche Cholerik stärker durch, was ihn Sympathien ko-

stete. Sollte Rutelli doch noch die Wahl gewinnen, so hat Berlusconi ihm diesen Sieg kurz vor dem Ziel geschenkt.
Vgl. Panebianco, Angelo: Il Vero Rivale Del Cavaliere, in: Corriere della Sera, Mailand, 2.4.2001.
353 Vgl. Polyani, Karl: The Great Transformation – Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M., 1997.

Abkürzungsverzeichnis

AN	<i>Alleanza Nazionale</i> : Nationale Allianz (1995 aus der MSI-AN hervorgegangene neofaschistische Partei)
ANFI	<i>Associazione Nazionale dei Club Forza Italia</i> : Nationale Vereinigung der Forza Italia Clubs (Dachorganisation der „privaten“ Clubs bzw. der Basis der FI)
ENI	<i>Ente Nazionale Idrocarburi</i> : 1953 gegründete Staatsholding der Erdöl- und petrochemischen Industrie. Mit 400 angeschlossenen Unternehmen eine der führenden Industriegruppen der Welt. Neben der IRI zentral für die italienische Nachkriegsentwicklung.
FI	<i>Forza Italia</i> : Vorwärts Italien (1994 gegründete liberal-konservative Partei)
FN	<i>Forza Nuova</i> : Neue Kraft (seit 1998 existierende rechtsradikale Splitterpartei)
FPÖ	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i>
CCD	<i>Centro Cristiano Democratici</i> : Christlich-Demokratisches Zentrum (konservative Splitterpartei, die der Mitte-Rechts-Koalition angehört; 1994 aus der PPI hervorgegangene Abspaltung)
CDU	<i>Cristiani Democratici Uniti</i> : Vereinigte Christdemokraten (rechte Splitterpartei, die der Mitte-Rechts-Koalition angehört; 1995 aus der PPI hervorgegangene Abspaltung)
CENSIS	<i>Centro Studie Investimenti Sociale</i> : Studienzentrum für soziale Investitionen (1964 gegründete DC-nahe private Stiftung für Sozialforschung; Think-Tank und Beratungsgremium für sozialpolitische Entscheidungen der italienischen Regierungen)
CGIL	<i>Confederazione Generale Italiana del Lavoro</i> : Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund („linke“ Gewerkschaft)
CISEL	<i>Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori</i> : Bund der Italienischen Arbeitergewerkschaft (christlich-konservative Gewerkschaft)
CISNAL	<i>Confederazione Italiana Sindacati Nazionali</i> : Bund der Nationalen Gewerkschaften Italiens (1950 gegründeter, der MSI bzw. heutigen AN nahestehender organisierter Arbeitnehmerflügel)

COBAS	<i>Comitati di base</i> : Basiskomitees (autonome Vertretungsorgane von Arbeitern und Angestellten mit berufsständischer Orientierung; gegründet in den 80er Jahren als Kritik an den etablierten Gewerkschaften und ihrer nivellierender Lohnpolitik)
Confindustria	<i>Confederazione Generale dell'Industria Italiana</i> : Allgemeiner Italienischer Verband der Industrieunternehmer (gegründet 1919)
DC	<i>Democrazia Cristiana</i> : Christdemokratische Partei (bestimmende Partei der Nachkriegszeit; 1992/93 „aufgelöst“; Sammlung in der neu gegründeten PPI und zahlreichen weiteren konservativen Splitterparteien, die sich im Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Bündnis finden)
DS	<i>Democratici di Sinistra</i> : Linksdemokraten (seit 1998 Name der PDS bzw. der seit 1995 als PDS-DS auftretenden Partei)
ISTAT	<i>Istituto Centrale di Statistica</i> : Statistisches Zentralamt
IRI	<i>Istituto pe la Ricostruzione Industriale</i> : Institut für industriellen Wiederaufbau (1933 als Dachorganisation gegründet; größter Universalkonzern Europas und größter Staatskonzern der westlichen Welt)
MSI	<i>Movimento Sociale Italiana</i> : Italienische Soziale Bewegung (1946 gegründete neofaschistische Partei; von 1993 bis 1995 als MSI-AN auftretender Vorläufer der AN)
MST	<i>Movimento Sociale - Fiamma Tricolore</i> : Soziale Bewegung - „Dreifarbige“ Flamme (1995 als Abspaltung von der AN gegründete rechte Splitterpartei)
P2	<i>Propaganda 2</i> : In den 60er Jahren gegründete und 1981 verbotene Freimaurerloge mit dem Ziel der umfassenden Einflussnahme (Unternehmen, Parteien und Institutionen) zur Etablierung eines autoritär-neoliberalen Ordnungsmodells.
PCI	<i>Partito Comunista Italiano</i> : Italienische Kommunistische Partei (1943 gegründet, 1991 aufgelöst; Nachfolgeparteien: PDS, PRC und PDCI)
PDCI	<i>Partito Dei Comunisti Italiani</i> : Italienische Kommunistische Partei (gegründet 1998 während des „Sturzes“ der 1996 gewählten Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi als Abspaltung von der PRC; die PDCI blieb im Mitte-Links-Bündnis und an der Regierung; die PRC wechselte in die Opposition)

PDS	<i>Partito Democratico della Sinistra</i> : Demokratische Partei der Linken (Nachfolgepartei der 1991 aufgelösten PCI; weitere Namensänderung in PDS-DS 1995 und DS 1998)
PFR	<i>Partito Fascista Repubblicano</i> : Republikanisch faschistische Partei (Staatspartei in der norditalienischen RSI von 1943 bis 1945; Nachfolger der PNF)
PLI	<i>Partito Liberale Italiana</i> : Italienische Liberale Partei (1922 gegründete philofaschistische Partei des Bürgertums; 1943/44 im befreiten Italien neu gegründete neoliberale Partei; 1993 aufgrund finanzieller Probleme „liquidiert“)
PNF	<i>Partito Nazionale Fascista</i> : Nationalfaschistische Partei (1921 gegründet, 1943 aufgelöst; Staatspartei zur Zeit Mussolinis)
PPI	<i>Partito Popolare Italiano</i> : Italienische Volkspartei (aus der 1992/93 untergegangenen DC hervorgegangene stärkste Zentrumspartei)
PRI	<i>Partito Repubblicano Italiano</i> : Italienische Republikanische Partei (1895 gegründete laizistische, liberale Partei; seit 1994 tritt sie nicht mehr als PRI zur Wahl an)
PSI	<i>Partito Socialista Italiano</i> : Sozialistische Partei Italiens (1893 gegründet; seit 1994 nicht mehr existent)
PSDI	<i>Partito Socialista Democratico Italiano</i> : Italienische Sozialistische Demokratische Partei (1946 als rechte Abspaltung der PSI gegründet; seit 1993 nicht mehr existent)
PRC	<i>Partito della Rifondazione Comunista</i> : Partei der kommunistischen Wiederbegründung (zwischen 1989/91 gegründete linke Abspaltung der PDS; Wahlbündnis mit Mitte-Links-Koalition und Eintritt in die Regierung 1996; Austritt 1998 und Abspaltung der PDCI)
RSI	<i>Repubblica Sociale Italiana</i> : Republik von Salò (Mussolinis Herrschaft in Norditalien von September 1943 bis April 1945)
UIL	<i>Unione Italiana del Lavoro</i> : Italienische Gewerkschaftsunion („liberale“ Gewerkschaft)

